Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

21. Mai 1979
Jg. 7 Nr. 21

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Demokratisches Kampuchea zu Blockfreientreffen eingeladen

z.anb. Auf seiner Sitzung Anfang Mai in New York hat das Koordinationsbüro der Blockfreien das Demokratische Kampuchea, vertreten durch die Regierung Pol Pot, offiziell zum Treffen der Außenminister im Juni in Colombo eingeladen, die die Gipfelkonferenz vom Herbst diesen Jahres vorbereiten wird. Unter Berufung auf die ,,vollendeten Tatsachen'' der vietnamesischen Aggression hatten Kuba, Vietnam und Laos vehement protestiert. Entsprechenden Druck hatte die Sowjetunion auf Äthiopien, Afghanistan und die DVR Jemen ausgeübt. Die übrigen 30 Länder verwahrten sich dagegen, daß die Blockfreienbewegung als Instrument der Sozialimperialisten mißbraucht wird, und bekräftigten ihre Unterstützung für die Regierung Pol Pot. Die Einladung wurde erweitert auf alle von OAU und Arabischer Liga anerkannten Befreiungsbewegungen.

Arabische Staaten fordern: EG muß die PLO anerkennen!

z.pek. Die Ministerkonferenz der Organisation arabischer erdölproduzierender Staaten (OAPEC) hat am 9. Mai in Kuwait Bilanz über die seit 1974 geführten Gespräche mit der EG gezogen: Als Lieferant von Maschinen und Anlagen stehen die EG-Imperialisten an erster Stelle. Für ihre Erdölimporte haben sie als Nutznießer der Dollarkurssenkungen 1978 im Durchschnitt um 6% weniger gezahlt als 1977, die BRD-Imperialisten gar um 17%. Den zionistischen Besatzerstaat unterstützen sie mit Vorzugskrediten in Milliardenhöhe. Das Separatabkommen zwischen Israel, Ägypten und den US-Imperialisten haben sie als ,,Ausdruck des Friedenswillens'' gelobt. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, daß weitere Verhandlungen der OAPEC mit der EG nur geführt werden, wenn die EG die PLO als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkennt.

Aufruf zum Generalstreik: Sturz des Somoza-Regimes!

z.rua. Am 1. Mai hat die Sandinistische Befreiungsfront (FSLN) das Volk Nikaraguas zum Generalstreik aufgerufen, um dem Somoza-Regime den

auf alle von OAU und Arabischer Liga anerkannten Befreiungsbewegungen.

Arabische Staaten fordern: EG muß die PLO anerkennen!

z.pek. Die Ministerkonferenz der Organisation arabischer erdölproduzierender Staaten (OAPEC) hat am 9. Mai in Kuwait Bilanz über die seit 1974 geführten Gespräche mit der EG gezogen: Als Lieferant von Maschinen und Anlagen stehen die EG-Imperialisten an erster Stelle. Für ihre Erdölimporte haben sie als Nutznießer der Dollarkurssenkungen 1978 im Durchschnitt um 6% weniger gezahlt als 1977, die BRD-Imperialisten gar um 17%. Den zionistischen Besatzerstaat unterstützen sie mit Vorzugskrediten in Milliardenhöhe. Das Separatabkommen zwischen Israel, Ägypten und den US-Imperialisten haben sie als ,,Ausdruck des Friedenswillens'' gelobt. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, daß weitere Verhandlungen der OAPEC mit der EG nur geführt werden, wenn die EG die PLO als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkennt.

Aufruf zum Generalstreik: Sturz des Somoza-Regimes!

z.rua. Am 1. Mai hat die Sandinistische Befreiungsfront (FSLN) das Volk Nikaraguas zum Generalstreik aufgerufen, um dem Somoza-Regime den

entscheidenden Schlag zu versetzen. Sie veröffentlichte ein Programm für den nationaldemokratischen Aufbau des Landes. Es sieht u. a. die Enteignung des ausländischen Kapitals und des Großgrundbesitzes, die Organisations- und Pressefreiheit vor. Die Nationalgarde, die seit 45 Jahren entweder in den USA oder von US-Militärberatern ausgebildet wird, soll aufgelöst werden. Gegenüber 1970 haben die USA ihre Militärhilfe 1978 auf 4,5 Mio. $ verdreifacht. Die Nationalgarde soll die Volksmassen niederwerfen. Sie beginnt sich aber zu zersetzen. Soldaten schließen sich der FSLN an oder desertieren ins Ausland. Seit März hat die FSLN 84 Soldaten und Spitzel getötet und über 100 Waffen erbeutet .

Streik finnischer Angestellter auf sowjetischer Baustelle

z.coi. In Kostamus im sowjetischen Teil Kareliens haben am 8. Mai etwa 100 finnische Angestellte, unter anderem im Gesundheits- und Telefondienst, einen Tag für die Erhöhung der Tagesgelder gestreikt. Sie gehören zu den 5000 Finnen, die auf Rechnung eines finnischen Unternehmens den Sozialimperialisten eine komplette Erzgrubenstadt bauen. Mit ihrer Arbeit lassen sich die Sozialimperialisten unter anderem ihre Öllieferungen bezahlen – seit März dieses Jahres noch um 9% teurer. Die finnische Bourgeoisie versucht ihrerseits, sich mit Lohnsenkungen bei den insgesamt 80000 Montagearbeitern in der UdSSR schadlos zu halten. Die finnischen Bauarbeiter in Kostamus haben ihr bereits im letzten Jahr mit einem erfolgreichen Streik einen Strich durch die Rechnung ge-

Schmidts Energieprogramm: Sparen und Zahlen

Ölmonopole haben billig eingekauft / Preiserhöhungen für die Massen / Billigstrom für die Kapitalisten

z.bew. ,,Drastische Einsparungen und Verbote'' hat Staatsminister Dohnanyi auf dem Parteitag der Rheinland-Pfälzischen SPD am vergangenen Wochenende angekündigt, mit denen seine Partei ,,ein Höchstmaß an Energieeinsparung erzwingen will''. Bundeskanzler Schmidt hat in seiner Eröffnungsrede bei der Europäischen Nuklearkonferenz am 7.5. die Kernpunkte des Energieprogramms der Bundesregierung zusammengefaßt: 1. Einsparung von Energie, 2. Vorrangige Nutzung der heimischen Energiequellen, 3. Entwicklung nichtnuklearer Alternativenergie, 4. Ausbau der Kernenergie. Letzte Woche haben neben den verschiedensten Versammlungen von Kapitalistenverbänden, Landesparteitagen und anderen Gremien der bürgerlichen Parteien auch der ,,Nuklearrat'' – Vertreter der Industrie und der Gewerkschaften, die Ministerpräsidenten der Länder, die Partei- und Fraktionsvorsitzenden und einige Minister – und das ,,Nuklearkabinett'' – die Minister für Inneres, Wirtschaft, Forschung, Arbeit und Finanzen – unter Leitung des Bundeskanzlers getagt und Fragen der Energieversorgung behandelt.

Herausgekommen ist vorderhand das Regierungsprogramm ,,Kontinuierliche Energiepolitik und verstärktes Energiesparen''. Diese vom Bundeskabinett beschlossenen Energiesparmaßnahmen beinhalten: Erweiterte Vorschriften für den Wärmeschutz in Wohnhäusern und die Verpflichtung zum Einbau von Temperaturmeßgeräten, Einbau von verbrauchsanzeigenden Geräten in den Autos, Änderung der Autosteuer – die bisherige Kfz-Steuer soll zu Beginn der nächsten Legislaturperiode auf die Benzinsteuer umgelegt werden, wodurch die Abgaben an den Staat von bisher 54 Pfennige pro Liter um 14 Pfennige auf 78 Pfennige pro Liter steigen –, Senkung der Heizungstemperatur in den Gebäuden des öffentlichen Dienstes und groß angelegte Verbraucherkampagnen zum Energiesparen.

Damit das Programm auch richtig zieht, haben nach Chevron, BP, Texaco und Aral in der letzten Woche ab

gen und anderen Gremien der bürgerlichen Parteien auch der ,,Nuklearrat'' – Vertreter der Industrie und der Gewerkschaften, die Ministerpräsidenten der Länder, die Partei- und Fraktionsvorsitzenden und einige Minister – und das ,,Nuklearkabinett'' – die Minister für Inneres, Wirtschaft, Forschung, Arbeit und Finanzen – unter Leitung des Bundeskanzlers getagt und Fragen der Energieversorgung behandelt.

Herausgekommen ist vorderhand das Regierungsprogramm ,,Kontinuierliche Energiepolitik und verstärktes Energiesparen''. Diese vom Bundeskabinett beschlossenen Energiesparmaßnahmen beinhalten: Erweiterte Vorschriften für den Wärmeschutz in Wohnhäusern und die Verpflichtung zum Einbau von Temperaturmeßgeräten, Einbau von verbrauchsanzeigenden Geräten in den Autos, Änderung der Autosteuer – die bisherige Kfz-Steuer soll zu Beginn der nächsten Legislaturperiode auf die Benzinsteuer umgelegt werden, wodurch die Abgaben an den Staat von bisher 54 Pfennige pro Liter um 14 Pfennige auf 78 Pfennige pro Liter steigen –, Senkung der Heizungstemperatur in den Gebäuden des öffentlichen Dienstes und groß angelegte Verbraucherkampagnen zum Energiesparen.

Damit das Programm auch richtig zieht, haben nach Chevron, BP, Texaco und Aral in der letzten Woche ab

Montag dieser Woche auch Shell und Esso die Benzinpreise um 2–3 Pfennige je Liter erhöht und damit die 1 DM-Grenze überschritten. Dieselöl ist seit Jahresbeginn schon fünfmal einen Pfennig erhöht worden, und das leichte Heizöl für die Wohnungen wird nach Ankündigungen der Mineralölgesellschaften auf der Preishöhe vom Winter bleiben, während es bislang im Sommer oft um 50% sank. Gleichzeitig schließen Esso und einige bürgerliche Politiker Engpässe bei Benzin und Heizöl für die nächste Zeit nicht aus, und die Bourgeoisblätter malen ,,Kalifornische Zustände'' zu Horrorgemälden mit Schlägereien, Raub und Prostitution um Benzin aus, um die Massen freiwillig zum Energiesparen und zum Verzicht aufs Auto zu bringen.

Energie und vor allem Mineralölprodukte wie Benzin und leichtes Heizöl, bei denen die westdeutschen Imperialisten nahezu vollständig vom Import, vor allem aus den Ländern der Dritten Welt, abhängig sind, sollen die Massen sparen, denn die Kapitalisten brauchen viel und billige Energie, um im imperialistischen Konkurrenzkampf mithalten zu können. Die Chemiekapitalisten, Vertreter der Bau- und Aluminiumindustrie haben in der letzten Woche verstärkt nach billigem Öl und billiger Energie geschrien. Der Energieverbrauch ist in Westdeutschland im ersten Quartal 1979 um 6,7% gegenüber dem Vergleichsraum 1978 gestiegen, der Stromverbrauch um etwa 7%, gegenüber einem durchschnittlichen Wachstum von 4% 1978. Die notwendigen Einfuhren steigen, und durch die einheitliche und feste Politik der OPEC-Staaten gelingt es den Imperialisten nicht, über die Schürung von Widersprüchen Druck auf den Preis auszuüben.

Die Mineralölkonzerne jammern über die Preissteigerungen der OPEC-Länder und begründen damit ihre Preiserhöhungen, dabei macht z.B. BP bei jeder Tonne raffiniertem Öl einen Gewinn von 12 DM, der durch die Benzinpreiserhöhung um 5 DM auf 17 DM je Tonne steigt, wodurch dieser Konzern allein 125 Mio. DM zusätzlichen Profit macht. 1978 haben die Mineralölkonzerne 142,2 Mio. Tonnen Rohöl und Mineralölprodukte eingeführt, 2,9% *mehr* als im Vorjahr, bezahlt haben sie dafür aber nur 32,5

sten nahezu vollständig vom Import, vor allem aus den Ländern der Dritten Welt, abhängig sind, sollen die Massen sparen, denn die Kapitalisten brauchen viel und billige Energie, um im imperialistischen Konkurrenzkampf mithalten zu können. Die Chemiekapitalisten, Vertreter der Bau- und Aluminiumindustrie haben in der letzten Woche verstärkt nach billigem Öl und billiger Energie geschrien. Der Energieverbrauch ist in Westdeutschland im ersten Quartal 1979 um 6,7% gegenüber dem Vergleichsraum 1978 gestiegen, der Stromverbrauch um etwa 7%, gegenüber einem durchschnittlichen Wachstum von 4% 1978. Die notwendigen Einfuhren steigen, und durch die einheitliche und feste Politik der OPEC-Staaten gelingt es den Imperialisten nicht, über die Schürung von Widersprüchen Druck auf den Preis auszuüben.

Die Mineralölkonzerne jammern über die Preissteigerungen der OPEC-Länder und begründen damit ihre Preiserhöhungen, dabei macht z.B. BP bei jeder Tonne raffiniertem Öl einen Gewinn von 12 DM, der durch die Benzinpreiserhöhung um 5 DM auf 17 DM je Tonne steigt, wodurch dieser Konzern allein 125 Mio. DM zusätzlichen Profit macht. 1978 haben die Mineralölkonzerne 142,2 Mio. Tonnen Rohöl und Mineralölprodukte eingeführt, 2,9% mehr als im Vorjahr, bezahlt haben sie dafür aber nur 32,5

Mrd. DM, d.h. 7,9% *weniger* als im Vorjahr. Bei der Rohöleinfuhr ist die Spanne noch drastischer: die Einfuhr von Rohöl hat um 2% abgenommen, bezahlt wurden aber 3,5 Mrd. DM weniger, was einem um 15% geringeren Preis entspricht. (Angaben nach: Nachrichten für Außenhandel 11.5.1979)

Die Arbeiterklasse und die Volksmassen sollen mehr zahlen, damit die Energiemonopole noch größere Profite machen, die Bundesregierung erläßt neue Gesetze gegen die Massen, um sie mit höheren Kosten und Bespitzelung dazu zu bringen, weniger Energie zu verbrauchen und der ganzen Kapitalistenklasse billige Energie zu subventionieren.

Energiesparmaßnahmen und Preiserhöhungen für die Massen sind für die westdeutschen Bourgeois jedoch nur begrenzt wirksam zur Sicherung der billigen Energie: 1. Können sie bekämpft werden und 2. beziehen sie sich vor allem auf Öl, das heute in Westdeutschland 52,5% des Primärenergieverbrauchs deckt und bei dem sie nahezu vollständig vom Import abhängig sind. Deshalb das Energieprogramm der Bundesregierung mit der Forderung nach Anwendung der eigenen Energiequellen und Millionen von Subventionen für Kohlekraftwerke und Forschungsvorhaben für Kohleverflüssigung und Kohlevergasung – und verstärktem Ausbau der Kernenergie. Die Dutzende von Sitzungen in der letzten Woche haben einmütig diesen Schwerpunkt des Energieprogramms bekräftigt. Auch das ,,Jein'' von Niedersachsens Albrecht zu Gorleben heißt nichts anderes. In Anbetracht des breiten Widerstandes und der belagerten Bohrfahrzeuge war es ihm aber zweifelhaft, ,,ob es (die Wiederaufbereitungsanlage) politisch realisierbar erscheint''. Die ,,Zwischenlager-Lösung'' schiebt nur den Schwarzen Peter der Bundesregierung zu und soll die Vorstufe für Wiederaufbereitungsanlage und Endlager sein.

Chinas Arbeiter wählen Werkhallen-, Abteilungs- und Gruppenleiter



Auf dem Neunten Nationalen Gewerkschaftskongreß im letzten Jahr hat Ministerpräsident Deng Xiaoping erklärt: ,,Werkhallenleiter, Abteilungsleiter und Gruppenleiter in jedem Unternehmen müssen in Zukunft von den Arbeitern in ihren Einheiten gewählt werden.'' Durch Förderung der Initiative der Arbeiter soll die Leitung der Unternehmen vereinfacht und die Produktivität verbessert

westdeutschen Bourgeois jedoch nur begrenzt wirksam zur Sicherung der billigen Energie: 1. Können sie bekämpft werden und 2. beziehen sie sich vor allem auf Öl, das heute in Westdeutschland 52,5% des Primärenergie-

reitungsanlage) politisch realisierbar erscheint''. Die ,,Zwischenlager-Lösung'' schiebt nur den Schwarzen Peter der Bundesregierung zu und soll die Vorstufe für Wiederaufbereitungsanlage und Endlager sein.

Chinas Arbeiter wählen Werkhallen-, Abteilungs- und Gruppenleiter



Auf dem Neunten Nationalen Gewerkschaftskongreß im letzten Jahr hat Ministerpräsident Deng Xiaoping erklärt: ,,Werkhallenleiter, Abteilungsleiter und Gruppenleiter in jedem Unternehmen müssen in Zukunft von den Arbeitern in ihren Einheiten gewählt werden.'' Durch Förderung der Initiative der Arbeiter soll die Leitung der Unternehmen vereinfacht und die Produktivität verbessert

werden, um China noch in diesem Jahrhundert zu einem starken, modernen sozialistischen Land zu machen. Das Bild zeigt eine Abteilungsversammlung der Schmiede der Beijinger Dieselmotorenfabrik, die den erfahrenen Arbeiter Sun Yujiang zum Abteilungsleiter gewählt hat.

,,Japan bald Exportnation Nummer Eins?''

BRD-Institut errechnet Überflügelung der USA 1985, der BRD 1990 / Hauptkonkurrenzpunkt Elektromarkt

z.gab. Anfang Mai stattete Japans Ministerpräsident Ohira seinen Antrittsbesuch bei den US-Imperialisten ab. Carter wurde deutlich: unvermindert aggressiv betreibe der japanische Konkurrent seine Exportpolitik – schirme seinen eigenen Markt gegenüber den US-Imperialisten ab. Carter drohte erneut mit Repressionen, falls Japan nicht bereit sei, seinen Handelsbilanzüberschuß abzubauen. Allein von 1975 bis 1978 steigerte Japan seinen Warenexport um 76% auf 98415 Mrd. Dollar. Die japanischen Imperialisten liegen damit an dritter Stelle hinter den US-Imperialisten und den BRD-Imperialisten. Die US-Imperialisten hatten ihren Warenexport im gleichen Zeitraum um 33,5% gesteigert auf insgesamt 143670 Mrd. Dollar, die BRD-Imperialisten um knapp 58% auf 142295 Mrd. Dollar. Durch die Dollarabwertung hatten die US-Imperialisten zwar den Wert des japanischen Warenexports im Januar 1979 um 3,8% gegenüber Dezember 78 gesenkt, gegenüber Januar 1978 war er jedoch immer noch um 7,3% gestiegen. Setze der japanische Konkurrent ,,diesen Trend fort'', so werde er bis 1985 die US-Imperialisten überflügeln und bis Anfang 1990 die BRD-Imperialisten, errechnete das Deutsche Institut für Wirtschaft im März. Weniger die Überflügelung des US-Imperialismus bereitet dabei der westdeutschen Bourgeoisie Sorge, als der eigene Verlust an Marktpositionen, vor allem auch auf dem inneren Markt der der US-Supermacht. Dort hatten die BRD-Imperialisten empfindliche Verluste hinnehmen müssen.

Innerhalb des europäischen Marktes fordern die westdeutschen Elektrokonzerne ,,wirksame Repressionen'' gegen die ,,Überflutung mit japanischem Gerät''. Gerade der Elektromarkt ist einer der Hauptkonkurrenzpunkte neben dem Automobil- und Motorradmarkt. Die westdeutschen Elektrokonzerne haben mit der Umwälzung des Produktionsapparates begonnen, um mit Hilfe des Einsatzes mikroprozessorgesteuerter Maschinerie eine enorme Steigerung der Arbeitsproduktivität bei gleichzeitiger Lohnsenkung gegen die westdeutsche Arbeiterklasse durchzusetzen. Hohe Profite winken.

Große Anstrengungen unternehmen die japanischen Elektrokonzerne, die Märkte der imperialistischen Konkurrenten zu erobern. Gerade in der verarbeitenden Industrie entwickelt sich der mikroelektronische Bereich und die Computerindustrie sprunghaft. ,,Frauen'', schreibt der Leiter des japanischen Instituts für Wirtschaftsforschung, ,,bilden einen integrierenden Bestandteil der Arbeiter am Fließband''. In wachsendem Maße haben sie ,,Männer auf ihren Arbeitsplätzen abgelöst''. Die Löhne verheirateter Fließbandarbeiterinnen zwischen 30 und 40 Jahren liegen in derselben Höhe wie die 18jähriger Mädchen, die gerade das Gymnasium abgeschlossen haben, berichtet er weiter über die große Armee billigster Arbeitskräfte, die sich die japanische Kapitalistenklasse damit geschaffen hat.

Zufrieden stellte der japanische Kapitalistenverband fest, daß die Produktion von Industrierobotern im vergangenen Jahr um 39% auf einen Wert von 25 Mrd. Yen gesteigert wurde. Bis 1985 soll sie auf 290 Mrd. Yen steigen und vor allem der Export nach Europa und in die USA von gegenwärtig 11% auf 17% des Gesamtumsatzes steigen.

UNCTAD: Die Supermächte können die Rede des Demokratischen Kampuchea nicht verhindern



Auf der Welthandelskonferenz UNCTAD V in Manila lehnte der Vertreter des US-Imperialismus Zahlungen in den Rohstoffonds ab. Die Supermächte scheitern jedoch mit ihren Erpressungsversuchen. Die Sozialimperialisten konnten auch durch Auszug nicht verhindern, daß die Völker der Dritten Welt der Sozialministerin des Demokratischen Kampuchea Ieng Thirith das Wort erteilten.

Neue Arbeitszeitordnung im Anmarsch

Abgeordnete regen an und fordern / Regierung läßt auftragsforschen

z.hev. Offiziell war es um die insbesondere von Bundesarbeits- und Sozialminister Ehrenberg betriebene Änderung der z.Zt. noch geltenden Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 ziemlich still geworden. Monatelang war gar nichts zu hören. Aber etwa seit Mitte März nehmen die Fragen von Abgeordneten an die Regierung über Schichtarbeit, Aufhebung der Beschäftigungsverbote für Frauen und das Ladenschlußgesetz erheblich zu. Den Startschuß gab der Abgeordnete Stockleben (SPD) am 9.3.79 mit einer Frage nach den Mehrfachbelastungen der Schichtarbeiter „durch Umweltbedingungen an ihren Arbeitsplätzen", gefolgt von Krockert (SPD), der von der Regierung wissen wollte, welche „Initiativen zugunsten einer Minderung der Belastung durch Schichtarbeit" ergriffen würden und was mit dem Forschungsbericht zur Schichtarbeit aus dem Arbeits- und Sozialministerium vom Oktober 1978 werden solle. Er hat inzwischen eine Antwort bekommen. „Die Verhältnisse in den Betrieben und Verwaltungen" seien „außerordentlich vielfältig" und „bedürfen noch weiterer Klärung". Aber soviel sei schon klar: „Globale Regelungen" könnten in der „beabsichtigten Neuregelung des Arbeitszeitrechts durch ein Arbeitszeitgesetz" getroffen werden. Notwendig seien „Mindestanforderungen an die Arbeitsbedingungen für Schicht- und Nachtarbeiter." Im Juni wird die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung ein Seminar darüber abhalten.

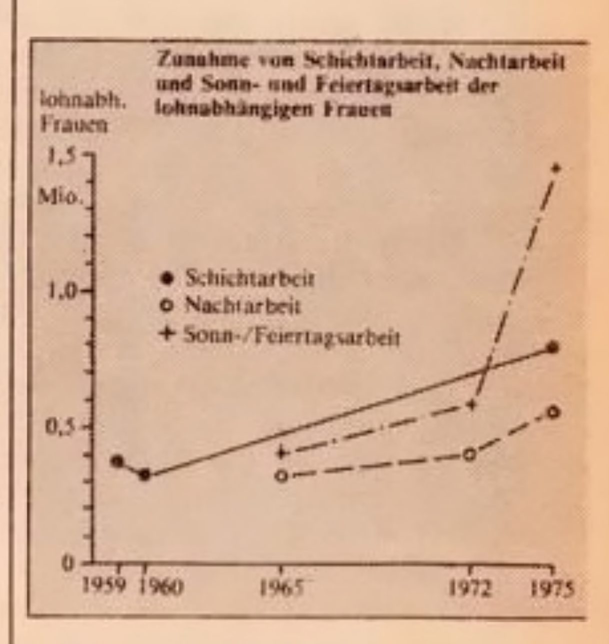
An einer anderen Front bohrte Müller (CDU/CSU). Seine „Frage" enthielt die Forderung nach Aufhebung der Beschäftigungsverbote für Frauen (Nachtarbeitsverbot, Verbot der Beschäftigung an Tagen vor Sonn- und Feiertagen nicht nach 17 Uhr) „aus Gründen der Gleichberechtigung". Frau Matthäus-Maier (FDP) entrüstete sich aus den gleichen Gründen über die noch geltende Bestimmung einer ärztlichen Untersuchung alle 18 Monate als Voraussetzung einer Beschäftigung von Frauen auf Fahrzeugen. In dieselbe Kerbe schlug auch Hamburgs Sozialsenator Ehlers: „Das in § 19 (Arbeitszeitordnung) verankerte Nachtbeschäftigungsverbot gilt nur für Arbeiterinnen, nicht für weibliche Arbeitnehmer wie Angestellte und Beamte. Dafür gibt es keine sachlich haltbare Begründung." Der Mann will nicht etwa die Nachtarbeit für Angestellte abschaffen – umgekehrt, er will sie für die Arbeiterinnen haben!

Das Ladenschlußgesetz ist nicht ein Gesetz zur Regelung der Einkaufsmöglichkeiten für die arbeitende Bevölkerung, wie die Bourgeoisie ständig weismachen will, sondern ein Gesetz, das die Ausbeutung der im Handel Beschäftigten beschränkt. Es war 1956 von der Arbeiterklasse – mit großen Mängeln unzähliger Ausnahmeregelungen behaftet – durchgesetzt worden. Das große Handelskapital nagt an ihm schon lange. Diederich (SPD) hat einen neuen Angriffspunkt – quasi über die Hintertür – gefunden: „Beabsichtigt die Bundesregierung das Ladenschlußgesetz dahingehend zu ändern, daß die Abgabe von Waren außerhalb der geltenden Ladenöffnungszeiten (z.B. durch Tankstellen oder auch durch Kioske oder Kleinverkaufsstellen) legalisiert wird?" Auch diese Frage ist rein rhetorisch. Natürlich beabsichtigt die Regierung, und zwar besonders für die Kaufhäuser, die Frage ist nur, wann und wie. Aus dem Fragebombardement wird jedenfalls die Vorbereitung eines neuen Generalangriffs auf noch existierende Beschränkungen des Arbeitstages sichtbar, der auf vielfältige Weise durch Forschungsvorhaben bzw. schon laufende Forschungen und Modellversuche abgedeckt und eingeleitet wird.

Ehrenbergs Forschungsbericht Schichtarbeit z.B. kommt zum Ergebnis, daß es sich bei der Schichtarbeit um eine „Variante unter verschiedenen Arbeitszeitregelungen" bzw. „geregelte Abweichungen" handelt und lehnt die „Forderung nach Beschränkung der Schichtarbeit" ab, weil ja dann in Überstunden ausgewichen würde, und das sei nur eine „Verschiebung der Probleme". Auf die Idee, daß Schichtarbeit *und* Überstunden verboten werden müssen, kommen die Forscher nicht, warum auch? Die Regierung als Auftraggeber zahlt alleine im Rahmen des Programms „Humanisierung der Arbeitswelt" an 29 Arbeitswissenschaftler 47 Millionen Mark. Das als Bundeswehrforschungsstätte bekannte Fraunhofer-Institut wickelt den größten Teil der „arbeitspädagogischen Begleitforschung" mit Schwerpunkt „Produktionstechnik und Automatisierung" ab, wohl auch, um Erfahrungen in der Organisierung von Zwangsarbeit zu sammeln.

All dies wäre leichter zurückzuschlagen, wenn die gegenwärtigen Gewerkschaftsführungen dem klare Forderungen entgegenstellten, auf denen sich die Arbeiterklasse zusammenschließen kann, wie Verbot der Nacht- und Schichtarbeit, Verbot der Überstunden, Verbot der Akkordarbeit. Aber der DGB empfiehlt seinen Funktionären in „Die Quelle" vom Oktober 1978 die Vorstellungen der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD: „Schichtarbeit gänzlich abzuschaffen ist wohl unrealistisch. Die AfA will sie erträglicher machen".

z.ger. **Tarifvertragliche Regelungen der Arbeitszeit. Metall:** regelmäßige Arbeitszeit 40 Std/Woche, für Fahrer und Wachmänner bis zu 46 Std/Woche bei „überwiegender Arbeitsbereitschaft", auf Werften bis zu 52 Std/Woche. **Chemie:** regelmäßige Arbeitszeit 40 Std/Woche, bei Gleitzeit bis regelmäßig 10 Std/Tag, Ausgleichszeitraum 3 Wochen, Rufbereitschaft kann angordnet werden. Bei „überwiegender Arbeitsbereitschaft" regelmäßig bis 49 Std/Woche, 10 Std/Tag. **Öffentlicher Dienst:** regelmäßige Arbeitszeit 40 Std/Woche. Ausdehnbar auf regelmäßig 10 Std/Tag, 50 Std/Woche bei „Vor- und Abschlußarbeiten", bis zu 60 Std/Woche bei „saisonbedingten Arbeiten". Bei „überwiegender Arbeitsbereitschaft" bis 12 Std/Tag. Krankenanstalten und Verkehrsbetriebe: Bereitschaftsdienst bzw. Rufbereitschaft außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit kann angeordnet werden. **Gastgewerbe:** regelmäßige Arbeitszeit



(Quelle: Forschungsbericht Schichtarbeit, Okt. 78, Arbeitsministerium)

186 Std/Monat, in Betrieben ohne Schichtwechsel bis 216 Std/Monat, täglich bis 10 Std. Arbeitszeit unterbrochen von bis zu 3 Std. Pausen. Ruhezeit zwischen Arbeitsschichten mindestens 10 Std. **Textil:** regelmäßige Arbeitszeit 40 Std/Woche, bei „dringenden Bedürfnissen" bis zu 50 Std/Woche, 10 Std/Tag. „Arbeitnehmer sind zur Leistung von Mehr-, Schicht- und Nachtarbeit verpflichtet".

Keine bindende Begrenzung der *maximalen* täglichen Arbeitszeit in den Tarifverträgen. Die **Arbeitszeitordnung** (Gesetz) läßt bis zu 10 Std/Tag zu, bei „überwiegender Arbeitsbereitschaft" oder mit Genehmigung des Gewerbeaufsichtsamts auch über 10 Std. Die Arbeitszeitordnung gilt nicht für den öffentlichen Dienst, Krankenanstalten, Bäckereien u.a.

Schichtarbeit von Frauen ist besonders verbreitet im Gastgewerbe und im Gesundheitswesen. 44% der schichtarbeitenden Frauen haben Kinder zu versorgen. **Nachtarbeitsverbot:** nur für Arbeiterinnen (nicht für weibliche Angestellte) von 23 bis 6 Uhr, gilt praktisch nur für Industriebetriebe. Dort werden

Die Einheit der Patriotischen Front wird gefestigt

US-Senat fordert Aufhebung der UNO-Sanktionen durch Carter / Vance nach London

z.ges. Das Treffen des Vereinigten Exekutivkomitees der Patriotischen Front vom 10. bis zum 12. Mai hat als Hauptergebnis einige Regelungen zur Verbesserung der politischen und militärischen Zusammenarbeit von ZANU und ZAPU gebracht. Es wurde ein Koordinationsrat gebildet, um die politischen und militärischen Aktionen der beiden Organisationen laufend aufeinander abzustimmen. Um die Kriegsanstrengungen weiter zu verstärken, wurde ein gemeinsamer Verteidigungsrat gebildet. Unter Leitung dieses Verteidigungsrates soll ein Vereinigtes Oberkommando dessen Richtlinien in die Tat umsetzen. Damit wird ein alter Vorschlag der ZANU verwirklicht.

Das Vereinigte Exekutivkomitee hat die Zuversicht ausgesprochen, das rhodesische Kolonialregime und seine jetzige Marionettenregierung zu zerschlagen, wie langandauernd und erbittert der bewaffnete Kampf auch geführt werden muß.

Auf seiten der Imperialisten wird das Manöver fortgesponnen, das sie mit der „Inneren Lösung" eingeleitet und mit den jüngstvergangenen Terrorwahlen vorangetrieben haben. Führend bleiben weiterhin die US-Imperialisten, die Smith wirtschaftlich und militärisch in der Hand haben, während Muzorewa und Sithole auf den Gehaltslisten in Rhodesien engagierter US-Konzerne stehen. In der letzten Woche hat der US-Senat in einer eindeutigen Abstimmung mit 75 gegen 19 Stimmen den Präsidenten aufgefordert, die Handelssanktionen gegen das rhodesische Kolonialregime aufzuheben.

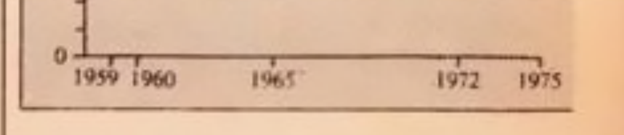


Bei der Abstimmung im US-Senat handelt es sich um eine politische Demonstration, denn gehalten haben sich die USA zu keinem Zeitpunkt an die Sanktionen. Ohnehin ist der US-Präsident durch das letztjährige „Case-Javits-Amendment" verpflichtet, die Sanktionen aufzuheben, falls er zu dem Schluß kommt, die Regierung des Kolonialregimes sei auf der Basis freier Wahlen an die Macht gekommen und habe eine Bereitschaft gezeigt, mit der Patriotischen Front zu verhandeln. Carter will sich bis Mitte Juni, zwei Wochen nach Amtsantritt der Marionettenregierung, Zeit lassen, seinen Schluß mitzuteilen. Einstweilen kann er den Senatsbeschluß als Druckmittel gegenüber den Frontstaaten und der OAU einsetzen, ohne selber bereits seine Karten offenlegen zu müssen.

gen. So oder so können sie sich dabei nicht auf die Terrorwahlen des Kolonialregimes berufen. Der UNO-Sicherheitsrat hat diese Wahlen von vorneherein für null und nichtig erklärt, und in diesem Fall hatten es die US-Imperialisten nicht gewagt, ihr Veto einzulegen. Eine Anerkennung der Marionettenregierung bedeutet offenen Angriff auf die Dritte Welt und die von ihr durchgesetzten UNO-Beschlüsse. Wie weit die westeuropäischen Imperialisten dem US-Imperialismus dabei folgen werden, ist noch nicht entschieden. Diese Woche fliegt US-Außenminister Vance erstmal nach London, um zu sondieren. Die englische Regierung will vor dem Commonwealth-Gipfel Anfang August in Lusaka keine offizielle Entscheidung treffen.

Mit der Einsetzung der Marionettenregierung müssen die Arbeiter und Bauern Zimbabwes noch ein paar Drohnen mehr ernähren. „Wir lernen erst, was freie Wirtschaft, was Geldverdienen ist", gestand ein „afrikanischer Geschäftsmann" dem Südafrikakorrespondenten der „Welt". Daß Geldverdienen aus der Umwandlung von eigenem Schweiß in fremdes Geld besteht, wissen aber die Arbeiter und Bauern Zimbabwes aus der Kolonial-

Im Juni wird die Bundesanstalt für Ar- die Ausbeutung der im Handel Be- die „Forderung nach Beschränkung Die AfA will sie erträglicher machen".



(Quelle: Forschungsbericht Schichtarbeit, Okt. 78, Arbeitsministerium)

186 Std/Monat, in Betrieben ohne Schichtwechsel bis 216 Std/Monat, täglich bis 10 Std. Arbeitszeit unterbrochen von bis zu 3 Std. Pausen. Ruhezeit zwischen Arbeitsschichten mindestens 10 Std. **Textil:** regelmäßige Arbeitszeit 40 Std/Woche, bei „dringenden Bedürfnissen" bis zu 50 Std/Woche, 10 Std/Tag. „Arbeitnehmer sind zur Leistung von Mehr-, Schicht- und Nachtarbeit verpflichtet".

Keine bindende Begrenzung der *maximalen* täglichen Arbeitszeit in den Tarifverträgen. Die **Arbeitszeitordnung** (Gesetz) läßt bis zu 10 Std/Tag zu, bei „überwiegender Arbeitsbereitschaft" oder mit Genehmigung des Gewerbeaufsichtsamts auch über 10 Std. Die Arbeitszeitordnung gilt nicht für den öffentlichen Dienst, Krankenanstalten, Bäckereien u.a.

Schichtarbeit von Frauen ist besonders verbreitet im Gastgewerbe und im Gesundheitswesen. 44% der schichtarbeitenden Frauen haben Kinder zu versorgen. **Nachtarbeitsverbot:** nur für Arbeiterinnen (nicht für weibliche Angestellte) von 23 bis 6 Uhr, gilt praktisch nur für Industriebetriebe. Dort werden
Frauen besonders für Sonn- und Feiertagsarbeit eingesetzt. **Schichtarbeit von Jugendlichen** ist nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz 1974 zulässig. 1975 gab es 163000 Schichtarbeiter zwischen 14 und 19 Jahren. Nachtarbeit zwischen 23 und 6 Uhr ist für Jugendliche nicht zulässig.

Die Einheit der Patriotischen Front wird gefestigt

US-Senat fordert Aufhebung der UNO-Sanktionen durch Carter / Vance nach London

z.ges. Das Treffen des Vereinigten Exekutivkomitees der Patriotischen Front vom 10. bis zum 12. Mai hat als Hauptergebnis einige Regelungen zur Verbesserung der politischen und militärischen Zusammenarbeit von ZANU und ZAPU gebracht. Es wurde ein Koordinationsrat gebildet, um die politischen und militärischen Aktionen der beiden Organisationen laufend aufeinander abzustimmen. Um die Kriegsanstrengungen weiter zu verstärken, wurde ein gemeinsamer Verteidigungsrat gebildet. Unter Leitung dieses Verteidigungsrates soll ein Vereinigtes Oberkommando dessen Richtlinien in die Tat umsetzen. Damit wird ein alter Vorschlag der ZANU verwirklicht.

Das Vereinigte Exekutivkomitee hat die Zuversicht ausgesprochen, das rhodesische Kolonialregime und seine jetzige Marionettenregierung zu zerschlagen, wie langandauernd und erbittert der bewaffnete Kampf auch geführt werden muß.

Auf seiten der Imperialisten wird das Manöver fortgesponnen, das sie mit der „Inneren Lösung" eingeleitet und mit den jüngstvergangenen Terrorwahlen vorangetrieben haben. Führend bleiben weiterhin die US-Imperialisten, die Smith wirtschaftlich und militärisch in der Hand haben, während Muzorewa und Sithole auf den Gehaltslisten in Rhodesien engagierter US-Konzerne stehen. In der letzten Woche hat der US-Senat in einer eindeutigen Abstimmung mit 75 gegen 19 Stimmen den Präsidenten aufgefordert, die Handelssanktionen gegen das rhodesische Kolonialregime aufzuheben.



In Maputo stellen Mitglieder der ZANU und des KBW die Druck- und Satzeinrichtung auf. Die Satzeinrichtung ist schon in Gebrauch.

Bei der Abstimmung im US-Senat handelt es sich um eine politische Demonstration, denn gehalten haben sich die USA zu keinem Zeitpunkt an die Sanktionen. Ohnehin ist der US-Präsident durch das letztjährige „Case-Javits-Amendment" verpflichtet, die Sanktionen aufzuheben, falls er zu dem Schluß kommt, die Regierung des Kolonialregimes sei auf der Basis freier Wahlen an die Macht gekommen und habe eine Bereitschaft gezeigt, mit der Patriotischen Front zu verhandeln. Carter will sich bis Mitte Juni, zwei Wochen nach Amtsantritt der Marionettenregierung, Zeit lassen, seinen Schluß mitzuteilen. Einstweilen kann er den Senatsbeschluß als Druckmittel gegenüber den Frontstaaten und der OAU einsetzen, ohne selber bereits seine Karten offenlegen zu müssen.

Der Senatsbeschluß ist illegal. Die Sanktionen beruhen auf einem UNO-Beschluß, und ein UNO-Beschluß kann weder durch Beschluß des US-Senats noch durch Beschluß des US-Präsidenten aufgehoben werden. Aber die USA wollen bei zukünftigen Beschlüssen des Sicherheitsrates ihr Veto einle-

gen. So oder so können sie sich dabei nicht auf die Terrorwahlen des Kolonialregimes berufen. Der UNO-Sicherheitsrat hat diese Wahlen von vorneherein für null und nichtig erklärt, und in diesem Fall hatten es die US-Imperialisten nicht gewagt, ihr Veto einzulegen. Eine Anerkennung der Marionettenregierung bedeutet offenen Angriff auf die Dritte Welt und die von ihr durchgesetzten UNO-Beschlüsse. Wie weit die westeuropäischen Imperialisten dem US-Imperialismus dabei folgen werden, ist noch nicht entschieden. Diese Woche fliegt US-Außenminister Vance erstmal nach London, um zu sondieren. Die englische Regierung will vor dem Commonwealth-Gipfel Anfang August in Lusaka keine offizielle Entscheidung treffen.

Mit der Einsetzung der Marionettenregierung müssen die Arbeiter und Bauern Zimbabwes noch ein paar Drohnen mehr ernähren. „Wir lernen erst, was freie Wirtschaft, was Geldverdienen ist", gestand ein „afrikanischer Geschäftsmann" dem Südafrikakorrespondenten der „Welt". Daß Geldverdienen aus der Umwandlung von eigenem Schweiß in fremdes Geld besteht, wissen aber die Arbeiter und Bauern Zimbabwes aus der Kolonial-
geschichte schon lange. Wenn die Ausbeutung an der einen oder an der anderen Stelle eine schwarze Maske erhält, werden sie umso schneller lernen, daß das Ziel des Befreiungskampfes letztlich nur die Beseitigung der Ausbeutung in jeder Gestalt sein kann. Dies ist das Programm der ZANU.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler / Gesamtauflage: 32000

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helge Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/72087677, Redakteur: Gerd Heinemann

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n. · agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni 41/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road GB-London, WC1X 8QF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Straußengasse 7, Tür 4 · 1040 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2



Verbreitungsgebiete und Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung – Bezugsadressen –

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/382168
Bezirksausgabe: Flensburg, Flensburg/Westküste (01) · Kiel, Holstein (02) · Hamburg, Hamburg/Unterelbe (03)

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455
Bezirksausgabe: Bremen, Bremen/Unterweser (04) · Oldenburg, Weser/Ems (05) · Münster, Münsterland/Emsland (06)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099
Bezirksausgabe: Westberlin, Westberlin (07)

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045
Bezirksausgabe: Hannover, Hannover (08) · Braunschweig, Südostniedersachsen (09) · Bielefeld, Ostwestfalen (10)

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353
Bezirksausgabe: Dortmund, Dortmund/Westliches Westfalen (11) · Essen, Essen/Ruhr (12) · Duisburg, Duisburg/Niederrhein (13) · Düsseldorf, Düsseldorf/Rhein (14)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77
Bezirksausgabe: Wuppertal, Wuppertal/Bergisches Land (15) · Köln, Köln/Rhein-Sieg (16) · Aachen, Aachen/Grenzland (17) · Koblenz, Koblenz/Mittelrhein (18)

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42
Bezirksausgabe: Kassel, Kassel/Nordhessen (19) · Gießen, Gießen/Sieg-Lahn (20) · Frankfurt, Frankfurt/Südhessen (21) · Mainz, Mainz/Rheinhessen-Taunus (22)

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791
Bezirksausgabe: Trier, Trier/Eifel-Hunsrück (23) · Saarbrücken, Saarbrücken/Saarland (24) · Kaiserslautern, Kaiserslautern/Westpfalz (25)

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279
Bezirksausgabe: Mannheim, Rhein-Neckar-Pfalz (26) · Heilbronn, Franken (27) · Karlsruhe, Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald (28)

Geschäftsstelle Nürnberg: Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095
Bezirksausgabe: Würzburg, Unterfranken (29) · Nürnberg, Mittelfranken (30) · Bayreuth, Oberfranken (31)

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582
Bezirksausgabe: Stuttgart, Mittlerer Neckar (32) · Freiburg, Südbaden (33) · Konstanz, Konstanz/Südschwarzwald (34) · Ulm, Ulm/Bodensee (35)

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481
Bezirksausgabe: Regensburg, Mittlere Donau (36) · Landshut, Niederbayern (37) · München, München/Oberbayern (38) · Augsburg, Schwaben (39)

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 erscheint einmal im Monat, Preis 2,40 DM · Zu beziehen sind die Spezialnachrichtendienste bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Der Handelskrieg um den inneren Markt des Rivalen

Die Warenströme zwischen den Supermächten – ein Hauptmittel der Konkurrenz

z.anb. Mitte 1978 überrundeten die sowjetischen Imperialisten die USA in der Kohleproduktion: der monatliche Ausstoß stieg auf 58,8 Mio. t, in den USA stand er bei 47,8 Mio. t. Ein Absinken um rund 2 Mio. t ist seit den großen Streiks der amerikanischen Bergarbeiter nicht wieder aufgeholt worden. Dem sowjetischen Rivalen soll es recht sein, er hat seinerseits einiges gezahlt für den Weltstandard der Schweißauspressung: die Maschinerie für die mechanisierte intensivierte Ausbeutung der sowjetischen Bergarbeiter mußten die Sozialimperialisten teuer in den westlichen Industriestaaten einkaufen, zum erheblichen Prozentsatz in den USA.

Die Rohstahlproduktion als Grundlage der Produktionsmittelindustrie haben die sowjetischen Imperialisten bereits Anfang der siebziger Jahre auf Weltrekordmarke getrieben. Mitte 1978 produzierten sie 3mal soviel Eisenerz wie die USA und um 33% mehr Erdöl. Der größte Posten ihrer Maschinerieimporte aus den USA waren Bohranlagen und Ausrüstungen für die Ausbeute der sowjetischen Rohstoff- und Brennstoffvorkommen, 21,19 Mio. Dollar. 23,3% des gesamten Importvolumens aus den USA, das sind 374 Mio. Dollar, mußten die neuen Bourgeois 1977 für solche modernste Anlagen aufbringen.

Die Ausbeute der sowjetischen Erdgaslager kommt sie noch teurer, bislang produzieren sie erst 60% des US-Standards. Im Vorjahr schloß das sowjetische Außenhandelsmonopol mit drei US-Konzernen ein Kooperationsabkommen zur Erschließung der Gasvorkommen in Orenburg, den Bau einer 1500-km-Pipeline von Orenburg nach Murmansk, von wo aus pro Jahr für 450 Mio. Dollar verflüssigtes Erdgas nach den USA verschifft werden soll. 1,5 Mrd. schießt die Sowjetunion vor, den „Rest" von 6,1 Mrd. Dollar die US-Monopole in Form von Maschinerie, Ausrüstungen, Technikern, Patenten, Lizenzen. 12 Jahre lang liefert die UdSSR dafür 75% der über das Projekt geförderten Erdgasmenge, die übrigen 25% dienen zur Finanzierung von sowjetischen Käufen auf dem US-Markt. 25 Jahre läuft das Abkommen. 25 mal 450 Mio., das macht 11,25 Mrd. So vervielfältigt sich, was man vorschießt. Die US-Imperialisten loben solche Kooperation als „Ersatz für Kapitalexport" in Staatshandelsländer. Wer ließe sich nicht ein Geschäft gefallen, das das Doppelte des Einsatzes zurückbringt?

Inzwischen gibt es in Moskau Vertretungen von 20 US-Monopolen. Zehn Coca-Cola-Betriebe haben Lizenzproduktion aufgenommen. Demnächst wird es auch sowjetisch produzierte Marlboro geben, ein Teil davon Anlagen aufbringen.

Die Ausbeute der sowjetischen Erdgaslager kommt sie noch teurer, bislang produzieren sie erst 60% des US-Standards. Im Vorjahr schloß das sowjetische Außenhandelsmonopol mit drei US-Konzernen ein Kooperationsabkommen zur Erschließung der Gasvorkommen in Orenburg, den Bau einer 1500-km-Pipeline von Orenburg nach Murmansk, von wo aus pro Jahr für 450 Mio. Dollar verflüssigtes Erdgas nach den USA verschifft werden soll. 1,5 Mrd. schießt die Sowjetunion vor, den „Rest" von 6,1 Mrd. Dollar die US-Monopole in Form von Maschinerie, Ausrüstungen, Technikern, Patenten, Lizenzen. 12 Jahre lang liefert die UdSSR dafür 75% der über das Projekt geförderten Erdgasmenge, die übrigen 25% dienen zur Finanzierung von sowjetischen Käufen auf dem US-Markt. 25 Jahre läuft das Abkommen. 25 mal 450 Mio., das macht 11,25 Mrd. So vervielfältigt sich, was man vorschießt. Die US-Imperialisten loben solche Kooperation als „Ersatz für Kapitalexport" in Staatshandelsländer. Wer ließe sich nicht ein Geschäft gefallen, das das Doppelte des Einsatzes zurückbringt?

Inzwischen gibt es in Moskau Vertretungen von 20 US-Monopolen. Zehn Coca-Cola-Betriebe haben Lizenzproduktion aufgenommen. Demnächst wird es auch sowjetisch produzierte Marlboro geben, ein Teil davon
marschiert in die USA zurück. Man braucht Devisen. Denn für die aus den USA importierten Nahrungsmittel, vor allem Getreide, Obst und Gemüse, wollen die Konkurrenten Bares sehen, sie wissen, wo ihr Trumpf steckt. 1977 bestand der sowjetische Import aus den USA – wertmäßig das Fünffache des umgekehrten Warenstroms – zu 46% aus Nahrungsmitteln, allein 848 Mio. Dollar für Getreide. Das allein ist der dreieinhalbfache Wert des Exports der UdSSR in die USA im Jahre 1977. Dieser betrug 235 Mio. Dollar und bestand zu 50% in Erdöl und NE-Metallen, zu weiteren 15% aus metallischen Erzen, zu 11% aus Diamanten und Gold. Beruhigt stellten die US-Rivalen fest, daß sie das sowjetische Erdöl *unter* Weltmarktpreis ergattern konnten; schadlos halten sollten sich die Geprellten woanders, was sie auch versucht haben. Für den RGW stieg der Ölpreis um 17%.

Die Warenliste des US-Exports in die Sowjetunion weist ungefähr doppelt soviele Posten aus wie umgekehrt. Den Hauptanteil halten jeweils verschiedene Waren: bei den USA Maschinen und Nahrungsmittel, bei der UdSSR Roh- und Brennstoffe. Man kennt diese Struktur aus den Handelsbeziehungen zwischen imperialistischen Staaten und Ländern der Dritten Welt. 1978 betrug der Handelsbilanzüberschuß der US-Imperialisten aus ihrem Ostgeschäft insgesamt 2,9 Mrd. Dollar, 100% mehr als ein Jahr zuvor. Während jedoch die USA ihre Exporte in die Sowjetunion um 57,7% steigerten, hat diese ihre Exporte in die USA mehr als doppelt so rasch gesteigert und innerhalb eines Jahres das Verhältnis der beiden Exportvolumen von 1:5 nach 1:3 verbessert. Vor allem aber ist der *Anteil* der Maschinerie am Import aus den USA gesunken, von 621 Mio. Rubel 1977 auf 350 Mio. Rubel 1978. Nicht, als ob die sowjetischen Bourgeois hochentwickelte Anlagen nicht mehr importieren müßten, ihr Gesamtimport ist im gleichen Jahr weiter gewachsen, um 11%. Aus der BRD haben sie gar um 50% mehr Anlagen eingeführt, gleichzeitig aber den Anteil von Maschinenlieferungen an ihrem *Export* in die BRD von einem Viertel auf ein Drittel des Wertvolumens erhöht.

Über ein mörderisches Programm der Schweißauspressung der sowjetischen Arbeiterklasse versuchen die sowjetischen Imperialisten, die Bedingungen im Handelskrieg mit der US-Supermacht so zu verändern, daß deren einträgliche Stellung und relative Stärke in der Schlacht um den inneren Markt eingedämmt wird. Die Lieferung von Rohstoffen für Maschinerie wird umgewälzt zugunsten von Industriegütern. So lieferte die UdSSR 1978 um 30% mehr Chemieprodukte in die USA und um 9% mehr Konsumgüter.

Die Verschärfung des Handelskrieges zwischen den beiden Supermächten um Zugriff auf den inneren Markt des Rivalen und letztlich auf Teilhabe an der Ausbeutung der jeweiligen produktiven Arbeit spiegelt sich im gesamten Welthandel wider. Notwendig verschärft sich besonders die Rivalität auf den Märkten der westeuropäischen Staaten mit hohem Standard der Industrieproduktion, wo die Sowjetunion verstärkt Ausrüstungen, vor allem für die Chemieindustrie, einkauft, die USA sich die Brocken nicht entgehen lassen wollen.

Die Aufholbewegung des sowjetischen Imperialismus, wie sie sich in Rekordmarken der Ausbeutung in bestimmten Produktionszweigen äußert, hat sich bislang nicht in bare Münze verwandelt. Im Gegenteil, die USA profitieren u.a. noch von ihrer historischen Stellung als Kolonialmacht und Kontrollmacht über die Welthandelsströme. Über die New Yorker Börse haben die 8 größten imperialistischen Monopole, die den Baumwollweltmarkt kontrollieren, der Sowjetunion als dem größten Baumwollexporteur der Welt die Preise diktiert, d.h. gedrückt. So geschehen 1978. Um deren Stelle einzunehmen, müssen die Sozialimperialisten auf Krieg setzen.



hältnis der beiden Exportvolumen von 1:5 nach 1:3 verbessert. Vor allem aber ist der *Anteil* der Maschinerie am Import aus den USA gesunken, von 621 Mio. Rubel 1977 auf 350 Mio. Rubel 1978. Nicht, als ob die sowjetischen Bourgeois hochentwickelte Anlagen nicht mehr importieren müßten, ihr Gesamtimport ist im gleichen Jahr weiter gewachsen, um 11%. Aus der BRD haben sie gar um 50% mehr Anlagen eingeführt, gleichzeitig aber den Anteil von Maschinenlieferungen an ihrem *Export* in die BRD von einem Viertel auf ein Drittel des Wertvolumens erhöht.

kordmarken der Ausbeutung in bestimmten Produktionszweigen äußert, hat sich bislang nicht in bare Münze verwandelt. Im Gegenteil, die USA profitieren u.a. noch von ihrer historischen Stellung als Kolonialmacht und Kontrollmacht über die Welthandelsströme. Über die New Yorker Börse haben die 8 größten imperialistischen Monopole, die den Baumwollweltmarkt kontrollieren, der Sowjetunion als dem größten Baumwollexporteur der Welt die Preise diktiert, d.h. gedrückt. So geschehen 1978. Um deren Stelle einzunehmen, müssen die Sozialimperialisten auf Krieg setzen.



Tagung des Handels- und Wirtschaftsrates USA/UdSSR. – US-Finanzminister Blumenthal, flankiert von Außenhandelsminister Patolitschew (links) und seinem Stellvertreter Suschkow. „Es spricht demnach viel für einen energischen Ausbau der Handelsbeziehungen und Kapitalströme nach dem Osten."

Zentralasiatische Sowjetrepubliken: Alle in die Fabriken!



Zulieferbetriebe für die Exportindustrie: Kunstleder-Bezüge für die LADA-Produktion werden in Baschkirien hergestellt.

z.krk. Anfang 1979 ließ die russische neue Bourgeoisie in Georgien eine Kampagne führen „zur Auffindung unbeschäftigter Personen und ihrer Einsetzung auf Arbeitsplätzen". „Arbeitergruppen" wurden organisiert, deren Mitglieder die Funktion von Hilfspolizisten hatten. Sie besuchten die Familien und führten eine vollständige demographische Erhebung durch. In der Stadt Poti gelang es so, 48,5% der „arbeitslos" vorgefundenen zwangszuvermitteln. Erfolglos blieb dagegen die Kampagne in der Adzharischen und der Abchasischen autonomen Republik wie an vielen anderen Orten. Trotzdem erachtet die russische Bourgeoisie die Aktion als beispielhaft und gedenkt sie auf weitere Gebiete auszudehnen. Gemeint sind vor allem die zentralasiatischen Republiken, die Kasachische, Turkmenische, Tadschikische und Aserbaidschanische SSR. In diesen Republiken leben insgesamt 27,273 Millionen Menschen, über ein Zehntel der Bevölkerung der UdSSR.

Die Tadschikische SSR steht, was die Beschäftigung der arbeitsfähigen Bevölkerung betrifft, an letzter Stelle in der UdSSR, die Zahl der nicht in der staatlichen Wirtschaft Beschäftigten liegt 2,5 mal höher als der Landesdurchschnitt, während die Beschäftigung in der Hauswirtschaft und in der privaten Landwirtschaft in den letzten Jahren zunahm. 63% der Bevölkerung lebt auf dem Lande. Da die Kollektivierung nach der Restauration des Kapitalismus mit der Enteignung der Bauern gleichbedeutend wurde, handelt es sich dabei entweder um Landarbeiter oder um Arbeitslose. Die billigen Hilfsarbeiterjobs in den Städten weigern sie sich anzunehmen. Aber auch solche sind nur wenig vorhanden. Von 47 städtischen Siedlungen der Republik gibt es in 16 überhaupt keine Industrie mit Ausnahme von Bäckereien. Die Sozialimperialisten kommen oft selbstbewußt darauf zu sprechen, daß im laufenden Fünfjahrplan 80% aller Investitionen in die asiatischen Gebiete der Sowjetunion fließen. Allerdings

schen und der Abchasischen autonomen Republik wie an vielen anderen Orten. Trotzdem erachtet die russische Bourgeoisie die Aktion als beispielhaft und gedenkt sie auf weitere Gebiete auszudehnen. Gemeint sind vor allem die zentralasiatischen Republiken, die Kasachische, Turkmenische, Tadschikische und Aserbaidschanische SSR. In diesen Republiken leben insgesamt 27,273 Millionen Menschen, über ein Zehntel der Bevölkerung der UdSSR.

Die Tadschikische SSR steht, was die Beschäftigung der arbeitsfähigen Bevölkerung betrifft, an letzter Stelle in der UdSSR, die Zahl der nicht in der staatlichen Wirtschaft Beschäftigten liegt 2,5 mal höher als der Landesdurchschnitt, während die Beschäftigung in der Hauswirtschaft und in der privaten Landwirtschaft in den letzten Jahren zunahm. 63% der Bevölkerung lebt auf dem Lande. Da die Kollektivierung nach der Restauration des Kapitalismus mit der Enteignung der Bauern gleichbedeutend wurde, handelt es sich dabei entweder um Landarbeiter oder um Arbeitslose. Die billigen Hilfsarbeiterjobs in den Städten weigern sie sich anzunehmen. Aber auch solche sind nur wenig vorhanden. Von 47 städtischen Siedlungen der Republik gibt es in 16 überhaupt keine Industrie mit Ausnahme von Bäckereien. Die Sozialimperialisten kommen oft selbstbewußt darauf zu sprechen, daß im laufenden Fünfjahrplan 80% aller Investitionen in die asiatischen Gebiete der Sowjetunion fließen. Allerdings
fast ausschließlich in die asiatischen Gebiete der Russischen SSR, die ganz Sibirien umfaßt.

Teile der Intelligenz in Usbekistan z.B. erhoben die Forderung nach Industrialisierung in ihrer Republik. Dies ist von verschiedenen russischen Ökonomen wiederholt kategorisch abgelehnt worden. Was in Frage käme, erläuterten sie, seien stark spezialisierte, arbeitsintensive Zulieferbetriebe. Statt Ansiedlung einer lokalen Industrie sollen die Arbeitskräfte mobiler werden. Während des 8. und 9. Fünfjahrplans sollen in der Sowjetunion insgesamt 120000 Familien, 265000 Arbeitskräfte umgesiedelt werden. 1977 waren es schon 35000 Familien, die hauptsächlich in den Fernen Osten, nach Sibirien und in die Nicht-Schwarzerdezone der Russischen SSR mußten.

Die russische Bourgeoisie will die von ihr unterdrückten Völker restlos in die Lohnarbeit pressen. Sie sind bestrebt, die Familienverbände zu zerschlagen, daher die immer häufiger werdende Kritik an den „patriarchalen Verhaltensweisen". Diese Kritik beinhaltet auch Maßnahmen gegen die „patriarchalische Gewohnheit" viele Kinder zu bekommen. Wie die jetzt ausgeführte Volkszählung zeigt, ist die Zuwachsrate der Bevölkerung der zentralasiatischen Republiken in der Sowjetunion am höchsten. (Auf eine durchschnittliche Zuwachsrate von 109% in der UdSSR seit 1970 kommt in der Usbekischen SSR eine Zuwachsrate von 130%, in der Tadschikischen SSR 131%.) Billige Arbeitskräfte will die russische Bourgeoisie schon haben, aber nicht einen solchen Zuwachs der Rebellenarmee, die sich *nicht* in die Lohnarbeit pressen läßt. Die Frauen sollen arbeiten gehen, statt Kinder zu kriegen – das ist die Linie russischer Bevölkerungspolitik.

Die zentralasiatischen Republiken sind allesamt reich an Bodenschätzen und wichtige Lieferanten von landwirtschaftlichen Produkten. Aus der Usbekischen SSR kommt ⅔ der Baumwollernte in der Sowjetunion und die Hälfte des dort angebauten Reises. 5 Mio. Karakulschafe, 1,204 Mio. Rinder, 500000 Ziegen ist der Bestand allein in Usbekistan. Wichtig ist die Seidenraupenzucht in allen Republiken. Aus Usbekistan kommt 68% des in der Sowjetunion hergestellten Baumwoll-

von ihr unterdrückten Völker restlos in die Lohnarbeit pressen. Sie sind bestrebt, die Familienverbände zu zerschlagen, daher die immer häufiger werdende Kritik an den „patriarchalen Verhaltensweisen". Diese Kritik beinhaltet auch Maßnahmen gegen die „patriarchalische Gewohnheit" viele Kinder zu bekommen. Wie die jetzt ausgeführte Volkszählung zeigt, ist die Zuwachsrate der Bevölkerung der zentralasiatischen Republiken in der Sowjetunion am höchsten. (Auf eine durchschnittliche Zuwachsrate von 109% in der UdSSR seit 1970 kommt in der Usbekischen SSR eine Zuwachsrate von 130%, in der Tadschikischen SSR 131%.) Billige Arbeitskräfte will die russische Bourgeoisie schon haben, aber nicht einen solchen Zuwachs der Rebellenarmee, die sich *nicht* in die Lohnarbeit pressen läßt. Die Frauen sollen arbeiten gehen, statt Kinder zu kriegen – das ist die Linie russischer Bevölkerungspolitik.

Die zentralasiatischen Republiken sind allesamt reich an Bodenschätzen und wichtige Lieferanten von landwirtschaftlichen Produkten. Aus der Usbekischen SSR kommt ⅔ der Baumwollernte in der Sowjetunion und die Hälfte des dort angebauten Reises. 5 Mio. Karakulschafe, 1,204 Mio. Rinder, 500000 Ziegen ist der Bestand allein in Usbekistan. Wichtig ist die Seidenraupenzucht in allen Republiken. Aus Usbekistan kommt 68% des in der Sowjetunion hergestellten Baumwoll-
garns und 16% der Erdgasproduktion. Zinn, Blei, Zink, Gold, Silber, Kohle, Erdgas und Erdöl sich die wichtigsten Bodenschätze der zentralasiatischen Republiken. Lieferanten für Rohstoffe und Nahrungsmittel und eine Quelle billigster Arbeitskräfte – diese Rolle weist die russische Bourgeoisie diesen Völkern zu.

„Meistbegünstigung"

Daran lassen die USA die Sozialimperialisten nur schnuppern

z.frb. Hätten nicht die Sozialimperialisten zu Moskau die Entspannungspolitik und ihre Untermauerung durch gegenseitige Handelsverstrickung der imperialistischen Rivalen erfunden, so hätten die USA-Imperialisten sie erfinden müssen. Brzezinski, heute Carters Sicherheitsberater, schrieb 1965: „Falls ein Land seine ökonomische Abhängigkeit von der UdSSR verstärkt, muß man es belohnen, falls ein Land sein inneres System liberaler gestaltet, muß man es fördern". Das Konzept der Infiltration, das hier angesprochen ist, sollte auch für die Sowjetunion selbst gelten. Kissinger, einer der Hauptbetreiber dieser Politik seitens der USA, liefert in einer Stellungnahme von 1974 folgende Begründung: „Boykott nimmt uns die Möglichkeit, Einfluß zu erlangen und eventuell kommerzielle Gewinne zu erzielen".

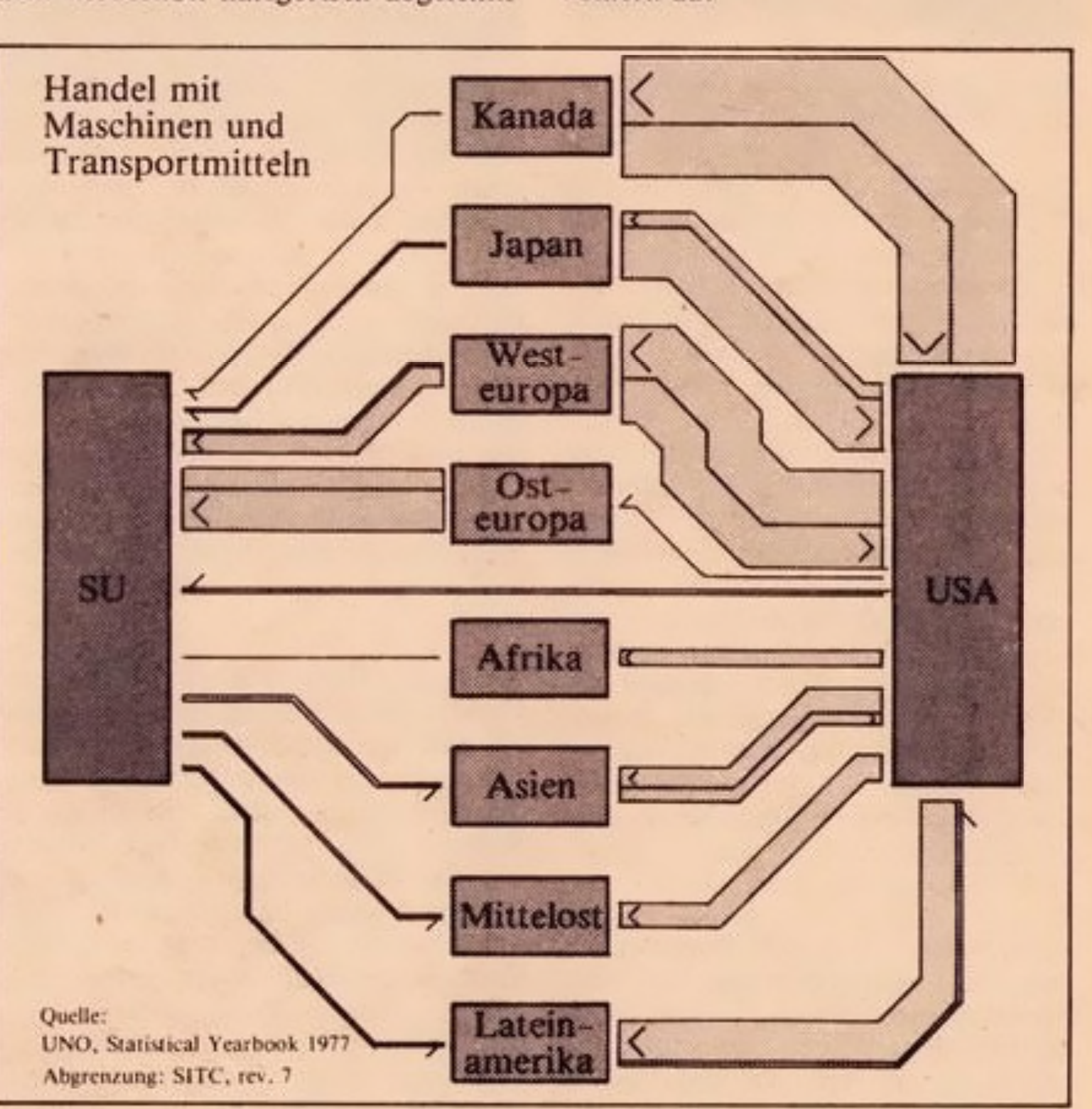
Wie sehr die USA-Imperialisten ihre ökonomische Überlegenheit gegenüber ihrem Hauptrivalen auskosten, zeigt die Behandlung der *Meistbegünstigung* gegenüber der SU. Und wie sehr der Konkurrent in die Zange genommen wurde, läßt das abgekartete Spiel zwischen Kongreß und Regierung erkennen. Wobei die Regierung den Entspannungsfreund zu spielen hatte, der vom Kongreß zu immer neuen Forderungen gezwungen wird.

Meistbegünstigung bedeutet, daß die USA die Einfuhr aus der SU genauso begünstigen wie aus allen etwa 100 anderen Ländern, mit denen sie Meistbegünstigung vereinbart haben. Kein Land soll bei Zöllen etc. günstiger behandelt werden.

1972, zum Besuch Nixons in Moskau, schlossen die USA und die SU eine Reihe von Wirtschaftsverträgen. Die SU gab dem Verlangen der USA nach, 722 Mio. Dollar für Lieferungen im Zweiten Weltkrieg zu zahlen. Dafür versprach die USA die Gewährung der Meistbegünstigung. In einem *Handelsabkommen* wurde dies nochmals ausdrücklich zugesichert.

Die Meistbegünstigung für die SU verlangte eine Änderung des amerikanischen Handelsgesetzes, und Nixon brachte auch eine entsprechende Vorlage im Kongreß ein. Senat und Repräsentantenhaus aber verlangten, daß die Sozialimperialisten zuvor Beschränkungen bei der Auswanderung – insbesondere für Nachschub in den Brückenkopf Israel – aufheben. Zwei Jahre wurde die Sache gekocht. Kissinger unterrichtete den Senator Jackson, daß die SU ihr Wohlverhalten angeboten habe. So wurde schließlich der US-Präsident ermächtigt, die Meistbegünstigung einzuräumen – aber nur für 18 Monate. Danach sollte der Kongreß die Sache überprüfen. Und falls der US-Kongreß dann der Meinung ist, die SU sei den Forderungen nach Erleichterung der Auswanderung nicht nachgekommen, sollte die Meistbegünstigung wieder gestrichen werden.

Jetzt lehnte die SU ab. Und so haben es die beiden großen Friedenstauben bis zum heutigen Tage in ihrer „Entspannung durch Handel" noch nicht einmal zu einem gemeinsamen Handelsvertrag gebracht.



Dank ihrer ökonomischen Überlegenheit können die USA-Imperialisten auf die Meistbegünstigung pfeifen, die Sozialimperialisten brauchen sie.

z.kam. **Ist Wochenendpendeln für Arbeiter zumutbar?** Natürlich, meinten einhellig die bürgerlichen Parteien nach ihrem letzte Woche veranstalteten Spektakel über eine ,,Entschärfung'' der Fünften Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes. ,,Die Arbeitgeberverbände haben darauf hingewiesen, daß es für Hunderttausende von Arbeitnehmern selbstverständlich sei, als ,Wochenendpendler' oder in Drei-Schicht-Betrieben tätig zu sein. Sie würde man ungerecht behandeln, wenn die gleichen Tätigkeiten für Arbeitslose nun als unzumutbar erklärt würden.'' (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.5.79) – An einem schnellen und reibungslosen Umschlag der Ware Arbeitskraft haben die Kapitalisten ein Interesse. Fast 8 Milliarden DM hat die Bundesregierung dieses Jahr der Bundesbahn für den Ausbau ihres Streckennetzes zur Verfügung gestellt – neben bereits 6,4 Milliarden DM für den Ausbau des Personennahverkehrs. S- und U-Bahnen sind in den Ballungsgebieten schneller als Transportmittel für weitere Strecken als das Auto, das im Berufsverkehr nur stokkend vorankommt. – Einen schnelleren Personenumschlag gewährleistet auch das ab diesem Sommer gültige Intercity-System der Bundesbahn: ab 6 Uhr früh im ,,Ein-Stunden-Takt für beide Klassen'' (d.h. jeder Intercity-Zug führt die 2. Klasse, Zuschlag 3 DM) befahren die Intercity-Züge mit einer Geschwindigkeit von 160 bis 200 km/h vier wichtige Hauptstrecken, die die Industrieballungszentren miteinander verbinden. – Ehrenbergs Vorstoß hinsichtlich der ,,Zumutbarkeit'' für Arbeitslose, lange Wegstrecken zur Arbeit hinzunehmen, zielt auf noch größere Manöver gegen die Arbeiterklasse, als es schon die Bundesanstalt für Arbeit in ihrem Runderlaß 230/78 zum Arbeitsförderungsgesetz präzisiert:

,,Zumutbar ist bei Vollzeitarbeit eine einfache Wege- oder Fahrzeit bis zu einer Stunde. Das entspricht bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder privater Kraftfahrzeuge ungefähr der Entfernung von 50 km. Liegt die Wohnung des Arbeitslosen in verkehrsmäßig ungünstiger Lage, können Zeiten bis 1 ½ Stunden zugemutet werden ...'' Ist es da inzwischen nicht durchaus ,,zumutbar'', einem Arbeitslosen aus Fulda beispielsweise eine rund 90 km entfernt liegende Arbeitsstelle im Frankfurter Raum zu vermitteln, wo die Fahrzeit per Intercity nicht mal eine Stunde beträgt?

z.ine. **Das Oberlandesgericht Hamm hat die Bestechung von Bürgerinitiativen durch Energieversorgungsunternehmen für rechtens erklärt.** Mehr als



Gold, Mangan, Uran und anderen Erzen. 50 Mio. t. Fisch und Krill meinen die Imperialisten dort im Jahr abfischen zu können (die gegenwärtige Jahresproduktion beträgt 70 Mio.). In ihren Anstrengungen treffen die BRD-Imperialisten dabei auf andere imperialistische Räuber. Nachdem 1908 Großbritannien einen großen Teil der Antarktis zu seinem Gebiet erklärt hatte, machten neben Chile und Argentinien eine Reihe von imperialistischen Ländern Gebietsansprüche geltend. Unter Führung der USA wurde 1959 der Antarktisvertrag geschlossen, in dem sich 12 Länder die gesamten Entscheidungen über die Antarktis vorbehielten. Zwar kann jeder Staat dem Vertrag beitreten, stimmberechtigt in den Entscheidungsgremien ist er aber erst, wenn er ,,erhebliche wissenschaftliche Forschungen in der Antarktis'' durchführt. Die Länder der 3. Welt bekämpfen den Monopolvertrag und erheben z.T. die Forderung nach Unterstellung der Antarktis unter UN-Hoheit. Die BRD-Imperialisten versuchen, durch die Einrichtung einer ganzjährigen Forschungsstation sich den Zugang zum Entscheidungsgremium zu verschaffen.



z.chc. **Vom 14. bis 18. Mai fand in München der dritte statuarische Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) statt.** Der EGB wurde 1973 gegründet und besteht aus 31 Gewerkschaftsbünden aus 18 westeuropäischen Ländern. Der Kongreß war bestimmt von verbalen Zugeständnissen an die Kämpfe der Arbeiter in den europäischen Ländern, von dem Versuch, die reformistische Politik der Spaltung der Arbeiterklasse in den einzelnen Ländern durch die reformistischen Gewerkschaftsführer jetzt unter der Fahne des europäischen Sozialchauvinismus fortzusetzen und von der direkten Vorbereitung der Europawahlen durch die Sozialdemokratie. Dabei hat es die westdeutsche Bourgeoispresse mit Genugtuung als Erfolg Vetters verbucht, daß die Aufnahme der revisionistisch bestimmten französischen Gewerkschaft CGT durch den Kongreß nicht befaßt, sondern an den Exekutivausschuß vertagt wurde, der die Sache sicherlich erst nach den Europawahlen verhandeln wird. In die Präambel der Schlußresolution wurde die Passage aufgenommen, daß die Arbeiter überall ,,gewerkschaftliche Kämpfe'' führen und als die Interessen die-



Beschäftigte im Groß- und Einzelhandel kämpfen gegen Lohnsenkung

r.sin. Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für den Einzelhandel sowie für den Allgemeinen Groß- und Außenhandel in Niedersachsen und Bremen sind mit dem 30.4.1979 ausgelaufen.

Im Einzelhandel hatten die Kapitalisten in der ersten Verhandlung 45 bis 65 bzw. 70 DM angeboten. Die Presse sagt, das Angebot entspräche 4,5%, was nur zeigt wie niedrig die Löhne im Handel sind. Nach der amtlichen Statistik über die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste kaufmännischer Angestellter in den verschiedenen Wirtschaftszweigen bildet der Handel das Schlußlicht. Der Durchschnittslohn in der metallverarbeitenden Industrie lag danach 1978 um ca. 600 DM über dem im Einzelhandel und um ca. 500 DM über dem im Großhandel. Nach dem alten Tarifvertrag in Niedersachsen bekommt eine gelernte Verkäuferin im ersten Berufsjahr ganze 998 DM (brutto), ab dem 9. Berufsjahr 1550 DM. Im Großhandel verdient eine gelernte Büroschreibkraft anfangs 1025 DM, im 9. Gehilfenjahr 1500 DM, ein Kraftfahrer Klasse III 8,79 DM pro Stunde, was 1520 DM im Monat (ohne Spesen) entspricht.

Warum konnte es den Handelskapitalisten gelingen, das Lohnniveau so weit zu drücken? Ein Grund ist der noch schwache gewerkschaftliche Organisationsgrad gewesen, ein anderer die Zersplitterung in viele branchenspezifische und Haustarife, die den Zusammenschluß erschweren. Schließlich kommt hinzu, daß die Arbeiter und Angestellten, vor allem im Großhandel, in vielen Betrieben außertarifliche Zuschläge durchgesetzt haben, so daß teilweise bis zu 300 DM des Lohnes nicht tariflich abgesichert sind.

In den vergangenen 5 Jahren hat sich die Mitgliederzahl der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen jedoch verdoppelt auf jetzt ca. 300000.

Die Forderungen, die die Tarifkommissionen aufgestellt haben, sind recht gut geeignet, in diesem Tarifkampf eine breite Einheit herzustellen. Im Einzelhandel fordert die HBV Tariferhähungen zwischen 100 und 181 DM, den Wegfall des 1. Berufsjahres in der Lohngruppe II mit 998 DM brutto und 130 DM Anhebung in dem 2. Berufsjahr und Erhöhung der Ausbildungsvergütung auf 450, 500 und 610 DM vom 1. bis 3. Jahr.

Die Tarifkommission für den Allgemeinen Groß- und Außenhandel fordert 7%, mindestens 140 DM, Erhöhung der Ausbildungsvergütungen auf 475, 541 und 609 DM sowie die ungekürzte Weitergabe des Abschlusses und Nichtanrechnung auf übertarifliche Zahlungen.

Die Solidarität mit dem Kampf der Beschäftigten im Handel entwickelt sich. An die streikenden Arbeiter und Angestellten bei Papiergroßhandel Seiler (Ronneberg bei Hannover) schickten 26 Betriebsräte eines HBV Lehrganges aus der ganzen BRD ein Solidaritätstelegramm, in dem es u.a. heißt: ,,Wir unterstützen eure Warnstreiks zur Durchsetzung eurer berechtigten Forderungen. Wir werden über eure beispielhaften Aktionen in allen vertretenen Großhandelsbetrieben informieren.''. Vor dem Kaufhaus Hertie wurden vergangene Woche in einer Stunde 50 Unterschriften gesammelt unter eine Solidaritätsadresse mit der Belegschaft, die auf einer Betriebsversammlung Kampfmaßnahmen beriet, während der das Kaufhaus geschlossen werden mußte. Die Delegiertenkonferenz des niedersächsischen Studienseminars unterstützt ebenfalls in einer Erklärung vom 19. Mai die Lohnkämpfe im Groß- und Einzelhandel.

Im Großhandel gibt es nach den ersten geplatzten Verhandlungen (die Kapitalsiten hatten erst 3,5% angeboten, nachher 3,8%, dann gar nichts mehr) keinen neuen Verhandlungstermin. Für diese Woche bereiten die Beschäftigten im Einzelhandel, insbesondere in den großen Kaufhäusern Kampfmaßnahmen vor; dort sind die nächsten Verhandlungen für Niedersachsen am 28. Mai.

Diskutiert werden muß die Frage, ob die sogenannten Warnstreiks ausreichen, um die Kapitalisten an einer weiteren Lohnsenkung zu hindern. Zumal in Bremen in der vergangenen Woche, während die Streikvorbereitungen noch liefen, die Kapitalisten einen Abschluß untergebracht haben der gerade für die unteren Lohngruppen ein weiteres Absinken des Lohnes bedeutet: 50 DM sollen z.B. die Beschäftigten in der Lohngruppe I erhalten.

Nächstes Ziel für neuen Manteltarif im Einzelhandel: Arbeitszeitverkürzung

r.her. Dem Lohnkampf vorangegangen sind in fast allen Tarifbezirken und -bereichen der HBV Manteltarifverhandlungen um Urlaub und Arbeitszeitverkürzung. Die Urlaubsverhandlungen sind weitgehend abgeschlossen, das Ziel 6 Wochen Urlaub wurde jedoch nicht erreicht. Gerade zwei Tage mehr Urlaub sind im Einzelhandel in Niedersachsen durchgesetzt. Gerechnet auf 6 Werktage ist der Mindestanspruch von 22 auf 24 Werktage und der Höchstanspruch für die Beschäftigten über 30 Jahre von 28 auf 30 Tage erhöht worden. Das sind lediglich 3 Wochen und höchstens 5 Wochen.

Die Forderungen nach Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden auf 5 Tage und ausdrückliche Einführung der 5-Tage-Woche sollen nach dem Abschluß des Lohnkampfes weiterverhandelt werden.

Schon auf ihrem 9. Gewerkschaftstag 1976 hat sich die HBV für Verkürzung der Arbeitszeit im Handel ausgesprochen. Erreicht wurde bisher in den



hinsichtlich der ,,Zumutbarkeit'' für Arbeitslose, lange Wegstrecken zur Arbeit hinzunehmen, zielt auf noch größere Manöver gegen die Arbeiterklasse, als es schon die Bundesanstalt für Arbeit in ihrem Runderlaß 230/78 zum Arbeitsförderungsgesetz präzisiert:

,,Zumutbar ist bei Vollzeitarbeit eine einfache Wege- oder Fahrzeit bis zu einer Stunde. Das entspricht bei Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder privater Kraftfahrzeuge ungefähr der Entfernung von 50 km. Liegt die Wohnung des Arbeitslosen in verkehrsmäßig ungünstiger Lage, können Zeiten bis 1 ½ Stunden zugemutet werden ...'' Ist es da inzwischen nicht durchaus ,,zumutbar'', einem Arbeitslosen aus Fulda beispielsweise eine rund 90 km entfernt liegende Arbeitsstelle im Frankfurter Raum zu vermitteln, wo die Fahrzeit per Intercity nicht mal eine Stunde beträgt?

z.ine. **Das Oberlandesgericht Hamm hat die Bestechung von Bürgerinitiativen durch Energieversorgungsunternehmen für rechtens erklärt.** Mehr als



Bauern blockieren erneut die Bohrarbeiten in Gorleben.

1,9 Mio. DM ,,Abfindung'' für 72 Mitglieder einer Bürgerinitiative in Bergkamen gegen den Bau eines Kohlekraftwerkes, nämlich 0,12% der Baukosten von 1,9 Mrd. DM, seien ,,kein Mißverhältnis'', ,,wenn damit der alsbaldige Baubeginn und zugleich die Abwehr möglicher Schadensersatzansprüche endgültig erreicht wird'', so die Gerichtsentscheidung (Zit. Bundesarbeitsblatt, 5/79). Woran die bürgerliche Justiz dabei dachte: ,,Schließlich war auf der anderen Seite zu bedenken, daß Großunternehmen... die Möglichkeit erhalten bleiben müsse, zur Vermeidung größerer Nachteile infolge vom Gesetz zugelassener immissionsschutzrechtlicher Nachbarklagen tatsächlich oder auch nur vermeintliche Nachteile der Nachbarn großzügig auszugleichen.''

z.reb. **Am 5.2.79 hat die Bundesregierung ihre Beitrittserklärung zum Antarktisvertrag hinterlegt.** Gierig schielen die BRD-Imperialisten nach den Rohstoffen am Südpol. 45 Mrd. barrel Erdöl, 410 Mrd. m^3 Erdgas werden dort vermutet, sowie reiche Lager an Kohle, Eisen, Kupfer, Blei, Chrom,

z.chc. **Vom 14. bis 18. Mai fand in München der dritte statuarische Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) statt.** Der EGB wurde 1973 gegründet und besteht aus 31 Gewerkschaftsbünden aus 18 westeuropäischen Ländern. Der Kongreß war bestimmt von verbalen Zugeständnissen an die Kämpfe der Arbeiter in den europäischen Ländern, von dem Versuch, die reformistische Politik der Spaltung der Arbeiterklasse in den einzelnen Ländern durch die reformistischen Gewerkschaftsführer jetzt unter der Fahne des europäischen Sozialchauvinismus fortzusetzen und von der direkten Vorbereitung der Europawahlen durch die Sozialdemokratie. Dabei hat es die westdeutsche Bourgeoispresse mit Genugtuung als Erfolg Vetters verbucht, daß die Aufnahme der revisionistisch bestimmten französischen Gewerkschaft CGT durch den Kongreß nicht befaßt, sondern an den Exekutivausschuß vertagt wurde, der die Sache sicherlich erst nach den Europawahlen verhandeln wird. In die Präambel der Schlußresolution wurde die Passage aufgenommen, daß die Arbeiter überall ,,gewerkschaftliche Kämpfe'' führen und als die Interessen die-ser Kämpfe wurde ausgegeben, die Regierungen ,,zu einer neuen Wirtschaftspolitik anzuhalten''. Die Abschlußresolution selbst ist bestimmt von der Forderung nach dem ,,Recht auf Arbeit'' europaweit, nach der Verkürzung der Arbeitszeit wahlweise durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Verlängerung des Urlaubs oder der Ausbildung oder durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Schließlich wird gefordert: europäische Mitbestimmung an den Expansions- und Investitionsprogrammen der europäischen Finanzbourgeoisien. Abschließend wurde eine Entschließung gefaßt, die die Arbeiter dazu aufruft, ,,in Massen' zu den Europawahlen zu gehen. Das sollte auch auf einer Kundgebung in München im Rahmen des Kongresses unterstrichen werden, mit Gewerkschaftsführern der europäischen Länder als Redner. Es kamen dann etwa 1000 – 1500 Teilnehmer, zum großen Teil Teilnehmer des Kongresses. Der Bezirksverband des KBW hat dort die Forderungen der Arbeiterklasse propagiert.

z.ebk. **Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem sie die Parkgebühren erhöhen,** mehr Parkraum gebührenpflichtig machen, das Parken von Bussen und LKWs in Wohngebieten verbieten, die Kosten für ,,Amtshandlungen, Prüfungen und Untersuchungen im Bereich des Straßenverkehrs'' erhöhen und neue Straftatbestände bei Nichtablieferung entzogener Führerscheine schaffen will. ,,Die (Park-)Gebühren betragen je angefangene halbe Stunde 0,10 DM'', formuliert der Entwurf und fährt weiter: ,,Es kann eine höhere Gebühr als 0,10 DM festgelegt werden'', ohne eine

spezifische und Haustarife, die den Zusammenschluß erschweren. Schließlich kommt hinzu, daß die Arbeiter und

,,Wir unterstützen eure Warnstreiks

Nächstes Ziel für neuen Manteltarif im Einzelhandel: Arbeitszeitverkürzung

r.her. Dem Lohnkampf vorangegangen sind in fast allen Tarifbezirken und -bereichen der HBV Manteltarifverhandlungen um Urlaub und Arbeitszeitverkürzung. Die Urlaubsverhandlungen sind weitgehend abgeschlossen, das Ziel 6 Wochen Urlaub wurde jedoch nicht erreicht. Gerade zwei Tage mehr Urlaub sind im Einzelhandel in Niedersachsen durchgesetzt. Gerechnet auf 6 Werktage ist der Mindestanspruch von 22 auf 24 Werktage und der Höchstanspruch für die Beschäftigten über 30 Jahre von 28 auf 30 Tage erhöht worden. Das sind lediglich 3 Wochen und höchstens 5 Wochen.

Die Forderungen nach Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden auf 5 Tage und ausdrückliche Einführung der 5-Tage-Woche sollen nach dem Abschluß des Lohnkampfes weiterverhandelt werden.

Schon auf ihrem 9. Gewerkschaftstag 1976 hat sich die HBV für Verkürzung der Arbeitszeit im Handel ausgesprochen. Erreicht wurde bisher in den letzten Verhandlungen, daß die Vor- und Abschlußzeiten in die Arbeitszeit von 40 Stunden wöchentlich eingerechnet werden müssen. Bislang hatte es in den Tarifverträgen immer noch geheißen, die Arbeitszeit darf dafür täglich um 15 Minuten überschritten werden, dabei ist es dann nie geblieben.

Durch die massive Teilzeitbeschäftigung im Einzelhandel wird die Einführung eines Normalarbeitstages systematisch verhindert. Schon im November 1978 hat sich die EURO-FIET (Europäische Untergruppe des Internationalen Bundes der Privatangestellten) gegen Teilzeitarbeit im Handel und für Arbeitszeitverkürzung ausgesprochen.



Die Konferenz stellte fest: ,,Tatsache ist, daß die Teilzeitbeschäftigung von den Unternehmern als Mittel zur Intensivierung der Arbeit benutzt wird; Tatsache ist weiter, daß nicht mehr Arbeitnehmer beschäftigt werden, sondern mehr Vollzeitarbeitsplätze wegrationalisiert werden sollen.

Dem Kampf der Beschäftigten im Einzelhandel gegen die kapitalistische Rationalisierung wollen die Einzelhandelskapitalisten mit einer Neuregelung der Landenschlußzeiten entgegentreten. Das strenge Ladenschlußgesetz sei schuld daran, daß z.B. die Ausbreitung der Einkaufszentren auf der ,Grünen Wiese' bei uns so rasch ihre Grenzen gefunden hat (,,Die Welt'', 14.Mai). Tatsächlich spürt der Einzelhandel Aufwind: Einzelhandel gut im Rennen, vermeldet die bürgerliche Presse letzte Woche. Das will ,genutzt' werden. Daß die Einzelhandelskapitalisten nicht Tag und Nacht wie in der Produktion für den Profit schanzen lassen können, vermehrt ihre Versuche eine entsprechende Änderung des Ladenschlußgesetzes herbeizuführen. Nur auf der Grundlage eines ausreichenden Lohnes für den Normalarbeitstag sind die Beschäftigten im Einzelhandel in der Lage diese Angriffe zurückzuweisen und für die Verkürzung der Arbeitszeit den Kampf zu führen.

Höchstgebühr zu nennen. In der Begründung kommt die Parkgebühr von 1 DM pro halbe Stunde zur Sprache. Das ist vorerst das Ziel. Wer sie nicht zahlen will, soll entweder in fünfmal so teure Parkhäuser getrieben werden oder eine mindestens zehnmal so teure Verwarnung oder Geldbuße fangen. Dazu werden auch Scharen von Hilfspolizisten ,,zur Überwachung des ruhenden Verkehrs'' geheuert. Die Zahl der Bußgeldverfahren ist allein in Bayern von 1974 = 551499 auf 1977 = 598182 gestiegen. Allerdings erhöht sich die Zahl derer, die sich das nicht gefallen lassen, noch mehr. 1974 haben 9,9% Einspruch erhoben, 1977 waren es 14,4%, 38% davon waren erfolgreich. In der ganzen BRD gab es 1974 399135 Bußgeldverfahren vor den Amtsgerichten, 1976 70,8% mehr: 563731.

z.rev. **Rücklagen der Krankenversicherungen werden auf ein Minimum reduziert – das sieht der ,,Entwurf eines Gesetzes über die Verwaltung der Mittel der Träger der Krankenversicherungen'' (KVMG) aus dem Hause Ehrenberg vor,** den die Bundesregierung am 11.5. dem Bundesrat zuleitete. ,,Unnötige Kapitalansammlung'' nennt die Bundesregierung in der Begründung des Entwurfs die Reserven der Krankenversicherungen, die nach der noch geltenden Reichsversicherungsordnung mindestens eine Ausgabe von zwei Monaten betragen müssen. Nach dem Gesetzesentwurf werden die Pflichtrücklagen auf eine halbmonatige bis höchstens einmonatige Ausgabe gesenkt. Grundsätzlich gilt, daß die Versicherten Gelder brauchen, um z.B bei Epidemien auf eine Sicherheitsreserve zurückgreifen zu können. In der Hand der Bourgeoisie nützen sogenannte Rücklagen den Versicherten in keinem Fall. So auch in diesem – gegenwärtig hält es Ehrenberg für besser, die Gelder den Kapitalisten direkt zuzuschieben. 1,5 Mrd. Mark sind es, wovon ein beträchtlicher Teil an die Kapitalisten weitergeleitet wird, die bisher bei Kurzarbeit und Schlechtwetter die vollen Abgaben an die Versicherungen abführen mußten. Jetzt aber, nach Änderung des § 14 Lohnfortzahlungsgesetz, werden die Abgaben der Kapitalisten gesenkt und nur noch nach dem Kurzarbeits- und Schlechtwettergeld berechnet.

z.maf. **Nach gegenwärtig geltendem Recht besteuert der bürgerliche Staat den Spendenhandel zwischen Kapitalisten und bürgerlichen Parteien.** Als ob es das gleiche wär, wenn das Haus Bahlsen-Keks einen Deckhengst fürs Gestüt aufkauft oder einen Albrecht für die Landesregierung aufbaut. Nur 600 DM sind pro Jahr für Parteispenden steuerlich abzugsfähig. Ein guter Mann ist dafür nicht zu haben, und auch die Schlechten sind so billig nicht. Die Regierung Albrecht (Bahlsen), gestützt von der Regierung Strauß (Bölkow) klagen gegenwärtig vor dem Bun-

Klöckner Osnabrück: Umbesetzungen, Entlassungen

Dagegen Kampfmaßnahmen, Warnstreiks

r.hej. „Zur Zukunftssicherung des Schwerpunktprogrammes des Werkes Osnabrück muß daher dieses Erzeugnis aufgegeben werden", verkünden die Klöckner-Kapitalisten gleich nach dem Streik der Stahlarbeiter. Gemeint ist die Stillegung der Stahlgießereibetriebe. Der Aufsichtsrat hat am 25.4.79 der Stillegung zugestimmt. Rund 300 Arbeiter und Angestellte sollen „freigesetzt" werden. Unterstützt werden soll die Stillegung durch eine „durchgreifende Umstrukturierung" der verbleibenden Produktionsbereiche. Diese Neuordnung wiederum soll eine „Straffung" der nichtproduktiven Bereiche ermöglichen, wodurch weitere 300 Arbeiter und Angestellte „freigesetzt" werden sollen. Im neuen Geschäftsbericht heißt es bezogen auf das Werk Osnabrück: „Im Verarbeitungsbereich lag das Schwergewicht unserer Investitionen bei Maßnahmen der Rationalisierung und Qualitätsverbesserung." Zur Sicherung des Profits richtet sich das Hauptaugenmerk der Klöckner-Kapitalisten in ihrem „Selbsthilfeprogramm" auf weitere Kostensenkung durch Personalabbau und Stillegung.

Ausgerichtet ist die Produktion im Werk Osnabrück dann in drei Produktionsbereiche, wenn das Stahlwerk in Georgsmarienhütte organisatorisch angegliedert wird. 1. Schmiedestücke, 2. Produkte für den Schienenverkehr (Räder, Reifen, Achsen, Radsätze und Weichen, sowie Ringe) 3. Behälter- und Apparatebau. In den letzten Jahren ist die Maschinerie mit Investitionen von über 100 Millionen DM modernisiert worden, um in diesen Bereichen gegenüber der Konkurrenz zu expandieren, welches aber voraussetzte, daß die Stahlarbeiter verschärft ausgebeutet werden.

Mit dem Bau des UHP-Elektroofens 1973 kann jetzt hochwertiger Elektrostahl in kürzester Zeit (100 t in ca. 2 bis 3 Std.) erschmolzen werden, der zu Schmiedestücken von 200 t verarbeitet wird. Mit Mitteln aus dem Bundesforschungsministerium wurde die 6000 t Presse auf 9000 t zur größten in Westdeutschland umgebaut und die Elektro-Schlacke-Umschmelz-Anlage errichtet. Die Schmiedeprodukte gehen hauptsächlich in die schwere Investitionsgüterindustrie; hier wiederum vorrangig in den Energiesektor. Moderne Drehmaschinen wurden schon weitestgehend seit 1970 aufgestellt. „Damit sei das Werk Osnabrück mit seinen Anlagen im wesentlichen auf zukunftsträchtige Märkte ausgerichtet." Eingeschworen haben sich die Kapitalisten auf den Energiesektor und damit vor allem auf das Energieprogramm der Bundesregierung, woraus die Gelder in ihre Taschen fließen sollen. 73/74 wurden für ca. 28 Mill. DM Lieferungen für Kernkraftwerke gemacht, davon 13 Mill. direkt für Kernkraftwerke und 5 Mill. DM indirekt für Kernkraftwerke (z.B. Generator und Turbinenteile). 74/75 insgeamt ca. 40 Mill. DM, davon 21 direkt und 4,5 indirekt; 75/76 ca. 33 Mill. DM, davon 2,4 direkt und 6 Mill. indirekt. Diese Lieferungen sind jetzt mit dem Kampf gegen das Energieprogramm weiter gesunken.

Die Profitverluste aus dem Streik sollen wettgemacht werden, deshalb werden dauernd Überschichten verfahren, um die Tonnen rauszukriegen. Gleichzeitig will der Werksvorstand die Umbesetzungen und Entlassungen durchsetzen, die Belegschaft von ca. 3300 auf 2760 abbauen. Am Mittwoch hat der Betriebsrat einen detaillierten Plan vorgelegt. 161 sollen über einen Sozialplan bis Jahrgang 21 entlassen werden. Wie damit 600 entlassen werden sollen, wird verschwiegen, denn die Arbeiter aus der Stahlgießerei, Stahlputzerei und Modelltischlerei, insgesamt über 200, und 100 Arbeiter und 31 Angestellte aus dem I- und R-Bereich sollen umbesetzt werden. Der Betriebsrat will über die Erweiterung des Sozialplans über Jahrgang 21 hinaus und eine Verdienstsicherung bei Umbesetzungen verhandeln. Im I- und R-Bereich haben die Kapitalisten hauptsächlich ältere Arbeiter zur Umbesetzung aufgelistet, die z.B. schon über 30 Jahre ihre Knochen in der Profitproduktion ruiniert haben und meistens sogar Schwerbeschädigt sind. Durch die Umbesetzerei wollen die Kapitalisten den Lohn senken, die Schichtarbeit ausdehnen und Mehrarbeit rauspressen. Die Belegschaft soll verjüngt werden und der Anteil der Facharbeiter zugunsten Hilfsarbeitertätigkeiten gesenkt werden. Darüber wird das Lohnniveau gedrückt.

Geschlossen haben gegen diese Maßnahmen der Kapitalisten am Dienstag, den 15.5., die Arbeiter der Stahlgießerei die Arbeit nach der Frühstückspause über eine Stunde niedergelegt. Am Donnerstag wurde über eine Stunde eine Versammlung mit dem Betriebsratsvorsitzenden gemacht, nachdem der Arbeitsdirektor sich geweigert hat, runterzukommmen. Die Arbeiter haben sich gegen die Stillegung ausgesprochen und genaueres über die Absichten der Umbesetzerei verlangt. Die Former haben Lohnsicherung gefordert.

Belegschaft führt Produktion selbständig weiter

z.ulg.Rom. Über ein Drittel aller Industriearbeiter der sardischen Provinz Nuoro sind im Chemiefaserwerk Ottana (Zentralsardinien) beschäftigt. In den meisten Industriebetrieben der Provinz wird seit Monaten kurzgearbeitet, einige Werke sind ganz geschlossen worden. Gerade die passenden Bedingungen für eine „Sanierung", denken sich die Chemiefaserkapitalisten, zu gleichen Teilen das staatliche Ölmonopol ENI und der größte Chemiekonzern Montedison. Zum „Auftakt" verweigern die Kapitalisten Ende April die Lohnzahlung, es sei kein Geld da. Mit Streik setzt die Belegschaft die Auszahlung der Löhne durch. Kaum zehn Tage später, am vorletzten Freitag, verfügt die Geschäftsleitung die Stillegung des Werks. Die ENI liefere kein Öl mehr, und die Arbeiter sollten nach Hause gehen. Der Fabrikrat organisiert den „Ungehorsam": Die Belegschaft bleibt im Werk und führt die Produktion mit den verbliebenen Rohstoffvorräten weiter, um eine endgültige Schließung zu verhindern. Doch einfach darum ging es den Chemiemonopolen gar nicht. Am Mittwoch lassen sie sich die Weiterführung des Betriebs von der Regierung mit weiteren 33 Mrd. Lire (76 Mio. DM) aus der Steuer honorieren. In Ottana wird weiter produziert, doch der Hauptkampf steht noch bevor: 600 der 2200 Arbeiter seien „überschüssig", hat die ENI verlauten lassen.

Fiat meldet Rekordprofit – Aussperrung zurückgeschlagen

z.erm.Rom. Mit 74,6 Mrd. Lire (170 Mio. DM) Bilanzgewinn melden die Fiat-Kapitalisten für 1978 einen Rekordprofit, 18% mehr als im Vorjahr. 185 Lire pro 500-Lire-Aktie sollen an die Aktionäre ausgeschüttet werden, dazu kommen allein 7,5 Mrd. Lire „außerordentliche Rückstellungen". Einen matten Abglanz von der aus den Arbeitern herausgepreßten Profitrate vermittelt das Verhältnis der Dividende zum Aktienkurs: 6,9% (VW: 3,6%). – Im Hauptwerk Turin hatten die Kapitalisten schon in den letzten Wochen mehrfach vergeblich versucht, Streiks mit Massenaussperrungen zu zerschlagen. Vorletzte Woche blockierten die Arbeiter des Motoren- und Getriebewerks Termoli an der Adria, 200 km östlich von Rom, im Kampf für die Tarifforderungen sieben Tage lang die Werkstore und verhinderten die Zulieferungen und den Abtransport der fertigen Produkte. Die Geschäftsleitung reagierte zunächst mit einer Anzeige gegen die Gewerkschaft wegen „Aufrufs zu illegalen Kampfmaßnahmen". Der unter dem Schutz von Carabinieri zu „Ermittlungen" im Werk aufkreuzende Richter wurde mit Pfiffen empfangen. Als die Geschäftsleitung auch noch 200 Arbeiter aussperrte, traten die 2800 Arbeiter und Angestellten für zwei Tage in den Streik und demonstrierten in der Stadt gegen das Straf-

Lohnerhöhungen in französischen Stahlwerken

Rückschlag für die Rationalisierungspläne / Arbeiter kämpfen um ihre Einheit

z.pel.Paris. Am 17.5. unterbreitete Arbeitsminister Boulin den französischen Stahlarbeitern das letzte „Angebot" der vereinigten Stahlkapitalisten: Durchführung aller geplanten 27000 Entlassungen bei Möglichkeit der Frühverrentung ab 50 Jahren und einer Prämie von 50000 Franc bei freiwilliger Kündigung, Versprechungen zur Schaffung von 12000 Arbeitsplätzen bis 1981. Bei der offiziellen Verkündung der Vorschläge gegenüber den Vertretern der Gewerkschaften ist die Entscheidung der Arbeiter schon gefallen. Alle Stahlwerke ohne Ausnahme werden an diesem Tag bestreikt, in Lothringen und im Süden des Landes demonstrieren tausende von Arbeitern. Ihre einheitliche Forderung: keine Entlassungen. Die Führer der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsverbände sowie der Gewerkschaft der höheren Angestellten wollen dennoch über einen Sozialplan verhandeln, die CFDT möchte sich nicht klar äußern. Die CGT, die ca. 70% der Gewerkschaftsmitglieder im Stahlbereich organisiert, lehnt ab. Es wird nicht weiter verhandelt.

Am gleichen Abend marschieren mehrere Hundertschaften der Bereitschaftspolizei CRS gegen die Stahlar-

schnittlichen Produktionszeit pro Tonne Stahl von acht auf vier Stunden – ohne größere Verluste nun zügig durchziehen zu können. Ihre Taktik der Aushungerung der Arbeiterfamilien schien erfolgreich. Jede der zahlreichen, aber unheinheitlichen Streikaktionen in einzelnen Werksteilen der Konzerne Usinor und Sacilon-Sollac hatten die Stahlkapitalisten jeweils mit Aussperrung der gesamten Belegschaft beantwortet. Das bedeutet für alle Arbeiten kein Pfennig Lohn und somit Gefährdung der Reproduktion, da gewerkschaftliche Streikkassen nicht existieren. Viele erhielten im April um 50 bis 60% gekürzten Lohn, die Gießereiarbeiter bei Usinor Longwy kamen auf ganze 400 Franc. Der Durchschnittsbruttolohn liegt gegenwärtig für Facharbeiter bei 3090 Franc und für Hilfsarbeiter bei 2200 Franc (1F gleich 0,44 DM).

Zudem bestand keine Einheit über Ziel und Forderungen des Kampfes. Die Entscheidung, den Kampf einheitlich zu führen unter den Forderungen nach 300 Franc mehr Lohn und gegen jede Entlassung, die sich in den wochenlangen Lohnstreiks in den Paradestahlwerken in Fos und Dünkirchen ausdrückte, blieb stets umkämpft und

sieben kleineren Stahlbetrieben (Röhrenwerken, Fabriken für Spezialbleche) in Lothringen und dem Department Moselle in den Streik. 4000 sind es in Pompey, in anderen Betrieben einige hundert. Die Forderungen richten sich gegen die dauernde Lohnsenkung und die enorme Verschärfung der Arbeitshetze. 450 Franc verlangen die Hochofenarbeiter in Uckange, 9% und 130 Franc Urlausbgeld die Arbeiter des Röhrenwerkes Vincey. „In Longwy krepiert man an der Arbeitslosigkeit, in Pompey an der Arbeit. Wer in Denain entläßt, senkt in Fos und Dünkirchen die Taktzeiten und erhöht die Arbeitsrisiken." (nach „le quotidien du peuple", 10.5.) Die Arbeiter drängen auf einheitlichen Kampf aller Stahlarbeiter auf der *Grundlage* des Lohnkampfes.

In Uckange und Vincey können die Arbeiter die Konkurrenz der Kapitalisten nutzen und die geforderten Lohnerhöhungen durchsetzen. Die Arbeiter in Fos nehmen nach Beratungen den Streik in dem Moment wieder auf, als der erste Hochofen wieder Guß liefert. Sie beschließen rotierende Streiks kleiner Teile der Belegschaft an strategischen Punkten (z.B. den Hochöfen), um die finanziellen Verluste zu mindern. Die CGT ruft auf zur Bildung eines Solidaritätsfonds. Einer der ersten Beiträge kommt von den Automobilarbeitern von Renault-Billancourt. Der bewußte Kampf zur Überwindung der Spaltung entwickelt sich.



Lohnerhöhungen in französischen Stahlwerken

Rückschlag für die Rationalisierungspläne / Arbeiter kämpfen um ihre Einheit

z.pel.Paris. Am 17.5. unterbreitete Arbeitsminister Boulin den französischen Stahlarbeitern das letzte „Angebot" der vereinigten Stahlkapitalisten: Durchführung aller geplanten 27000 Entlassungen bei Möglichkeit der Frühverrentung ab 50 Jahren und einer Prämie von 50000 Franc bei freiwilliger Kündigung, Versprechungen zur Schaffung von 12000 Arbeitsplätzen bis 1981. Bei der offiziellen Verkündung der Vorschläge gegenüber den Vertretern der Gewerkschaften ist die Entscheidung der Arbeiter schon gefallen. Alle Stahlwerke ohne Ausnahme werden an diesem Tag bestreikt, in Lothringen und im Süden des Landes demonstrieren tausende von Arbeitern. Ihre einheitliche Forderung: keine Entlassungen. Die Führer der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsverbände sowie der Gewerkschaft der höheren Angestellten wollen dennoch über einen Sozialplan verhandeln, die CFDT möchte sich nicht klar äußern. Die CGT, die ca. 70% der Gewerkschaftsmitglieder im Stahlbereich organisiert, lehnt ab. Es wird nicht weiter verhandelt.

Am gleichen Abend marschieren mehrere Hundertschaften der Bereitschaftspolizei CRS gegen die Stahlarbeiter von Longwy. Diese hatten aus Protest gegen die Störung des gewerkschaftlichen Rundfunksenders „Radio Lothringen, Herz des Stahls" den Bahnhof der Stadt sowie die Ausfallstraßen blockiert. Nach Straßenkämpfen bis tief in die Nacht muß die Polizei abziehen.

Noch vor wenigen Wochen hatte sich die Bourgeoisie zuversichtlich gezeigt, die Ende des letzten Jahres verkündeten Rationalisierungspläne – Entlassung von 20% des Gesamtpersonals, Stillegung veralteter Produktionsanlagen, Verringerung der durchschnittlichen Produktionszeit pro Tonne Stahl von acht auf vier Stunden – ohne größere Verluste nun zügig durchziehen zu können. Ihre Taktik der Aushungerung der Arbeiterfamilien schien erfolgreich. Jede der zahlreichen, aber unheinheitlichen Streikaktionen in einzelnen Werksteilen der Konzerne Usinor und Sacilon-Sollac hatten die Stahlkapitalisten jeweils mit Aussperrung der gesamten Belegschaft beantwortet. Das bedeutet für *alle* Arbeiten kein Pfennig Lohn und somit Gefährdung der Reproduktion, da gewerkschaftliche Streikkassen nicht existieren. Viele erhielten im April um 50 bis 60% gekürzten Lohn, die Gießereiarbeiter bei Usinor Longwy kamen auf ganze 400 Franc. Der Durchschnittsbruttolohn liegt gegenwärtig für Facharbeiter bei 3090 Franc und für Hilfsarbeiter bei 2200 Franc (1F gleich 0,44 DM).

Zudem bestand keine Einheit über Ziel und Forderungen des Kampfes. Die Entscheidung, den Kampf einheitlich zu führen unter den Forderungen nach 300 Franc mehr Lohn und gegen jede Entlassung, die sich in den wochenlangen Lohnstreiks in den Paradestahlwerken in Fos und Dünkirchen ausdrückte, blieb stets umkämpft und bedroht durch den Chauvinismus der revisionistischen Gewerkschaftsführer. CGT-Vorsitzender George Seguy Anfang Mai in einem Aufruf: „Bleibt Frankreich an der Spitze der stahlproduzierenden Nationen oder wird es vom Ausland abhängig?"

Ende April müssen die Arbeiter von Usinor Dünkirchen ihren Streik abbrechen, am 7.5. unterbrechen die Arbeiter in Fos. Doch während Arbeitsminister Boulin in Gesprächen mit den Stahlkapitalisten schon über weitere 7000 Entlassungen für die Jahre 1980 bis 1983 berät, treten Stahlarbeiter in sieben kleineren Stahlbetrieben (Röhrenwerken, Fabriken für Spezialbleche) in Lothringen und dem Department Moselle in den Streik. 4000 sind es in Pompey, in anderen Betrieben einige hundert. Die Forderungen richten sich gegen die dauernde Lohnsenkung und die enorme Verschärfung der Arbeitshetze. 450 Franc verlangen die Hochofenarbeiter in Uckange, 9% und 130 Franc Urlausbgeld die Arbeiter des Röhrenwerkes Vincey. „In Longwy krepiert man an der Arbeitslosigkeit, in Pompey an der Arbeit. Wer in Denain entläßt, senkt in Fos und Dünkirchen die Taktzeiten und erhöht die Arbeitsrisiken." (nach „le quotidien du peuple", 10.5.) Die Arbeiter drängen auf einheitlichen Kampf aller Stahlarbeiter auf der *Grundlage* des Lohnkampfes.

In Uckange und Vincey können die Arbeiter die Konkurrenz der Kapitalisten nutzen und die geforderten Lohnerhöhungen durchsetzen. Die Arbeiter in Fos nehmen nach Beratungen den Streik in dem Moment wieder auf, als der erste Hochofen wieder Guß liefert. Sie beschließen rotierende Streiks kleiner Teile der Belegschaft an strategischen Punkten (z.B. den Hochöfen), um die finanziellen Verluste zu mindern. Die CGT ruft auf zur Bildung eines Solidaritätsfonds. Einer der ersten Beiträge kommt von den Automobilarbeitern von Renault-Billancourt. Der bewußte Kampf zur Überwindung der Spaltung entwickelt sich.



Am 7.5. besetzen die Arbeiter von Usinor Longwy das Direktionsgebäude, und 4000 zwingen die aufgebotene CRS zum Abzug.

Fiat meldet Rekordprofit – Aussperrung zurückgeschlagen

z.erm.Rom. Mit 74,6 Mrd. Lire (170 Mio. DM) Bilanzgewinn melden die Fiat-Kapitalisten für 1978 einen Rekordprofit, 18% mehr als im Vorjahr. 185 Lire pro 500-Lire-Aktie sollen an die Aktionäre ausgeschüttet werden, dazu kommen allein 7,5 Mrd. Lire „außerordentliche Rückstellungen". Einen matten Abglanz von der aus den Arbeitern herausgepreßten Profitrate vermittelt das Verhältnis der Dividende zum Aktienkurs: 6,9% (VW: 3,6%). – Im Hauptwerk Turin hatten die Kapitalisten schon in den letzten Wochen mehrfach vergeblich versucht, Streiks mit Massenaussperrungen zu zerschlagen. Vorletzte Woche blockierten die Arbeiter des Motoren- und Getriebewerks Termoli an der Adria, 200 km östlich von Rom, im Kampf für die Tarifforderungen sieben Tage lang die Werkstore und verhinderten die Zulieferungen und den Abtransport der fertigen Produkte. Die Geschäftsleitung reagierte zunächst mit einer Anzeige gegen die Gewerkschaft wegen „Aufrufs zu illegalen Kampfmaßnahmen". Der unter dem Schutz von Carabinieri zu „Ermittlungen" im Werk aufkreuzende Richter wurde mit Pfiffen empfangen. Als die Geschäftsleitung auch noch 200 Arbeiter aussperrte, traten die 2800 Arbeiter und Angestellten für zwei Tage in den Streik und demonstrierten in der Stadt gegen das Strafverfahren. Fiat mußte die Aussperrung zurücknehmen.

Michelin expandiert auf den US-Markt

z.zik. Michelin, drittgrößter Reifenhersteller der Welt und über Kapitalbeteiligungen mit Renault und Citroen verbunden, hat gerade drei Grundstücke in Texas zum Bau von Reifenfabriken gekauft. Mit diesen neuen Fabriken verfügte er dann über insgesamt acht in den USA, alle in den Südstaaten gelegen. Seinen US-Marktanteil von 6% will Michelin auf 10% steigern mit Radialreifen, die bisher erst 30% des US-Marktes ausmachen (europäischer Markt: 75%), aber jährliche Zuwachsraten von bis zu 65% verzeichnen. „Die Arbeitskraft dort (im Süden, d.V.) ist reichlich und von guter Qualität... und vor allem sehr niedrig gewerkschaftlich organisiert", freut sich „Le Monde". Mit relativ billiger Arbeitskraft und ausgereifteren Methoden der Schweißauspressung bei der Produktion von Radialreifen wollen die Michelin-Kapitalisten den US-Konkurrenten Marktanteile abjagen. Offensichtlich setzen sie auch auf Erfolge der Offensive der europäischen Autokonzerne auf dem US-Markt, die ihre Neuwagen mit Radialreifen ausrüsten, und nicht ohne Grund: Allein die französischen Bourgeois haben in Mittel- und Südamerika, dem „Hinterhof" des US-Imperialismus, zehn Fahrzeugfabriken stehen, davon Renault eine in Mexiko in günstiger Nähe der Michelin-Standorte; und 1977 ist Renault bei American Motors eingestiegen.

desverfassungsgericht. Dem Kapitalisten soll es nicht länger wie Luxuskonsum besteuert werden, wenn er in eine Partei oder Regierungslinie investiert. Das Bundesverfassungsgericht will bis zum 24. Juli die Entscheidung herauswürgen. Die vom Gericht als Zeugen gerufenen Schatzmeister Halstenberg SPD, Leisler Kiep CDU, Spilker CSU und Karry FDP sollen berichtet haben, die Finanzen wären zerrüttet und ihre Organisationen vom Bankkredit abhängig. Die Sachwerte im Parteivermögen wären verpfändet und ein wachsender Teil der Mitgliedsbeiträge ginge für die Bestreitung von Bankzinsen drauf. – Schwer zu sehen, wie das Gericht entscheiden wird. Die Aufsicht über die Parteifinanzen ist bei den Bankprokuristen ja nicht eben in den falschen Händen, aber eben nur so lange, wie die Mitgliedsbeiträge zur Deckung der Zinsen ausreichen. Wo der Kredit gestrichen werden muß, tritt das Steuerproblem auch da auf. Außerdem kann eine neue bürgerliche Partei, die berühmte „vierte", nicht ohne große private Geldgeber Lebensatem erhalten. Man wird also auch in dieser Hinsicht am 24. Juli einigen Aufschluß haben. – Für die Funktionäre der bürgerlichen Parteien ist es selbstverständlich nicht so günstig, wenn sie allesamt mit einem Firmenschild am Revers herumlaufen. Ihr Anspruch, fürs allgemeine Wohl zu fechten, könnte Schaden leiden. Außerdem, es besteht selbstverständlich ein Unterschied zwischen Bahlsen und Thyssen und mithin zwischen Albrecht und Adolf. Trotzdem würden geschichtliche Ähnlichkeiten vermutet werden. Es ist also nicht zu erwarten, daß das Bundesverfassungsgericht das Investieren in Bourgeoispolitiker, Parteigliederungen und Parteilinien für gänzlich steuerfrei erklären wird. Wahrscheinlich wird die Marke angehoben. Wieviel, wird man sehen.

z.job. **Der westdeutsche Staatsapparat will vom Iran 300 Mio. DM eintreiben.** Es sind jetzt fällige Zahlungen des Schah-Regimes, für die sich die Hermes-Versicherung bei den Kapitalisten verbürgt hatte. Diese erhalten das Geld aus dem Bundeshaushalt, und die Regierung wird direkter Gläubiger Irans. An 8. Stelle unter den 3. Welt-Ländern steht mit 528 Mio. DM Kapitalexport der Iran (davon 110 Mio. 1978). Mit 6,8 Mrd. DM war der Iran 1978 zehntwichtigstes Warenexportland für die BRD. – Von 1958-78 konnten 4 von 5 Mrd. DM aus den Schuldnerländern für Hermes von den BRD-Imperialisten gepreßt werden, 3 Mrd. zahlten die Kapitalisten Beiträge. Für 1979 befürchten sie erstmals ein Defizit; ein Grund mehr für Einmischung im Iran.

z.mif. **Filmförderungsgesetz verabschiedet; schlagkräftige Propagandawaffe noch nicht vorhanden.** Die Filmförderung untersteht dem Wirtschaftsminister. Über eine Sondersteuer auf die Kinokarte (bisher 15 Pfg., künftig 3-4% vom Umsatz) erhalten erfolgreiche Filmproduzenten Gelder für neue Filme, soweit sie nicht „gegen die Verfassung oder gegen die Gesetze verstoßen oder das sittliche oder religiöse Gefühl verletzen" (§ 19). Die Gesetzesverabschiedung hat sich eineinhalb Jahre verzögert, weil die Auseinandersetzung innerhalb der Bourgeoisie scharf und unerquicklich ist: noch immer keine wirksame filmische Propagandawaffe. Der Marktanteil in der BRD liegt 1976 bei 12% (1956: 47,6%). Während die US-Imperialisten genau rechtzeitig den Film „China Syndrome" herausgebracht haben (Wissenschaftler und Reporter kämpfen gewissenhaft gegen Kernkraftwerksgefahr; die Massen sind blind und taub), ein großes Geschäft machen und erhebliche Spaltung in den Kampf gegen das Kernenergieprogramm tragen, stellt die „Frankfurter Allgemeine" fest, daß der neue Fassbinder-Film „Die dritte Generation", gedreht gegen die Anwendung von Gewalt seitens des Volkes, es wieder nicht bringt.



Noch stößt die industrielle Produktion im Einfamilienhausbau auf technologische Schwierigkeiten im Bereich der Serienfertigung von Bauelementen oder Raumzellen. Vor allem im Stadtbereich läßt sich nur schwer eine Normierung durchsetzen, wie sie bereits im Industrie- und Verwaltungsbau möglich ist.

Deshalb wurde bislang im Einfamilienfertighausbau vorwiegend auf Holzfertigelemente ausgewichen. Wegen ihrer minderen Schall- und Wärmeisolation eignet sich die Holzbauweise kaum für Stadtwohnungsbau, dem im Rahmen der Raumordnungspolitik besondere Bedeutung zufällt. Bei Grundmaterialien im Hoch- und Tiefbau hält Beton einen Marktanteil von 70%, im Einfamilienhausbau allerdings nur von 10%.

Fertighausindustrie – Kapitalisten mobilisieren Rationalisierungsreserven im Wohnungsbau

z.ere. Fertigbau, was ist das eigentlich? Wer kennt nicht aus dem Schulbetrieb der 60er Jahre die „Mobilklassen“ – Schulgebäude in Leichtbauweise, meist in den großen Ferien innerhalb von vier Wochen montiert. Die Bremer Lürßen-Werft, in erster Linie mit Bau und Reparatur von Schnellbooten befaßt, expandierte in dieser Zeit der Kurzschuljahre zum bedeutendsten Mobilschulhersteller. Die Produktionstechnik des Schiffbaus und nicht zuletzt ein auf industrielle Produktion ausgerichteter Arbeiterkörper eigneten sich vortrefflich für die Fertigteilproduktion. Die komplizierten Bauarbeiten herkömmlicher Bauweise lösten sich in eine Kette von normierten Teilarbeiten auf, die im Schiffbau seit Generationen entwickelt worden sind.

Geschoßhoch, lang wie ein ganzes Haus, fabrikationsmäßig vorgefertigt, mit allen erforderlichen Installationen sowie bereits verglasten Fenstern und Türen versehen, eine Wand, fix und fertig schwebt sie als Bauteil auf der Montagestelle, um mit anderen Bauelementen zusammenmontiert zu werden. Nicht nur Wandelemente, komplett eingerichtete Küchen werden neben ebenso fertigen Wohnzimmern montiert. Das ist keine Baustelle mehr, sondern ein Montageplatz. Steinhaufen oder Steine auf Palette, ein Sandhaufen daneben ein Betonmischer, irgendwo Isoliermaterialien, Fensterrahmen usw., dieses Bild herkömmlicher Bauweise soll verschwinden. Die „Stein-auf-Stein-Methode“, wie es die bürgerlichen Arbeitswissenschaftler und Industriesoziologen des Instituts für industrielle Bauproduktion in Karlsruhe bezeichnen, läßt „keine profitable Produktivitätssteigerung mehr zu.“

vier Wochen montiert. Die Bremer Lürßen-Werft, in erster Linie mit Bau und Reparatur von Schnellbooten befaßt, expandierte in dieser Zeit der Kurzschuljahre zum bedeutendsten Mobilschulhersteller. Die Produktionstechnik des Schiffbaus und nicht zuletzt ein auf industrielle Produktion ausgerichteter Arbeiterkörper eigneten sich vortrefflich für die Fertigteilproduktion. Die komplizierten Bauarbeiten herkömmlicher Bauweise lösten sich in eine Kette von normierten Teilarbeiten auf, die im Schiffbau seit Generationen entwickelt worden sind.

Geschoßhoch, lang wie ein ganzes Haus, fabrikationsmäßig vorgefertigt, mit allen erforderlichen Installationen sowie bereits verglasten Fenstern und Türen versehen, eine Wand, fix und fertig schwebt sie als Bauteil auf der Montagestelle, um mit anderen Bauelementen zusammenmontiert zu werden. Nicht nur Wandelemente, komplett eingerichtete Küchen werden neben ebenso fertigen Wohnzimmern montiert. Das ist keine Baustelle mehr, sondern ein Montageplatz. Steinhaufen oder Steine auf Palette, ein Sandhaufen daneben ein Betonmischer, irgendwo Isoliermaterialien, Fensterrahmen usw., dieses Bild herkömmlicher Bauweise soll verschwinden. Die „Stein-auf-Stein-Methode“, wie es die bürgerlichen Arbeitswissenschaftler und Industriesoziologen des Instituts für industrielle Bauproduktion in Karlsruhe bezeichnen, läßt „keine profitable Produktivitätssteigerung mehr zu.“

Fertigbau, Fertigteilproduktion, Fertighaus oder Stadthaus – hinter diesen Begriffen verstecken die Kapitalisten die „Ausschöpfung nicht mobilisierter Rationalisierungsreserven im Wohnungsbau“. Es geht dabei um ein Kapitalvolumen von mehreren hundert Milliarden Mark. Allein 1978 hat das Bauvolumen nach Angaben der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden rund 180 Mrd. DM erreicht, für 1979 wird mit rund 200 Mrd. DM gerechnet. Und für die Altbausanierung veranschlagen die Kapitalisten innerhalb der nächsten 10 Jahre zusätzlich eine Summe von 250 Mrd. DM. Das Einfamilienhaus als Reihenhaus soll den Interessen der Kapitalisten zufolge das Hauptkontingent der Baunachfrage in den nächsten Jahren bilden. Aber immer noch, so klagen die Baulöwen, sei ein Trend zum Massivbau zu verzeichnen. „Wegen seiner bauphysikalischen, wohnhygienischen und umweltfreundlichen Eigenschaften.“ Nur die „Industrialisierung der Bauproduktion“ könne die „erforderliche Leistungssteigerung und den Anstieg der Produktivität bewirken“. Dafür, so erklärte Wohnungsbauminister Haack anläßlich der Eröffnung einer der bedeutendsten Fertighaus-Ausstellungen in der BRD am 3. Mai in Mainz, sei die geeignete Bauweise gefunden worden, die „Fertighausindustrie“. Sie gelte überdies noch als besonders grundstückssparend, was für die Stadtsanierung von erheblicher Bedeutung sei. Forschungsinstitute in Darmstadt, Karlsruhe und Hannover befassen sich im Auftrag der Bundesregierung mit dem, wie es heißt, „fast unerforschten Gebieten der „Arbeitsverhältnisse“ in den Baubetrieben, um die „Rückständigkeit des Bauens, das in seinen Arbeitstechniken hinter der Landwirtschaft rangiert“, zu beseitigen und dem „allgemeinen Rationalisierungsstandard der Technik“ anzupassen. Ein „netter“ Extraprofit lockt jenes Kapital, das hier seine Anlagesphäre sucht, wenn es gelingt, durch Industrialisierung der Bauproduktion das „brachliegende Feld der Rationalisierungsmöglichkeiten“ auszunutzen.

Das manuelle Vermauern von Steinen und Wänden z.B ist der einzige Arbeitsgang an einem Neubau, bei dem ungeheuere Lasten durch menschliche Muskelkraft in gebückter, normaler und gestreckter Haltung umgesetzt werden müssen, es sind viele Tonnen, die ein Bauwerk ausmachen. Zudem erfordert das Vermauern einen ständigen Platzwechsel des Arbeiters und einen laufenden Materialtransport. Die Normen für die Ziegelgrößen müssen diesem Arbeitsprozeß angepaßt sein, sie schreiben gleichzeitig eine Verlangsamung der Ziegelproduktion wie des Mauerns selbst fest. Bei Verlagerung des Vermauerungsprozesses in die Halle nimmt die körperliche Beanspruchung erheblich ab. Die Herstellung erfolgt von einem feststehenden Arbeitsplatz aus in immer derselben Arbeitshöhe bei gleichmäßiger Materialzufuhr. Ein einheitlicher Arbeitsrhythmus wird erreicht, die Arbeit, und das erscheint den Kapitalisten besonders wichtig, wird kontrollierbar. Die Fertigteilherstellung ermöglicht den Kapitalisten die Serienfertigung bis hin zur Ausnutzung computergesteuerter Fließbänder. Die Normierung der Teilarbeiten wie auch der Bauteile selbst erübrigt die herkömmlich-handwerkli-

standard der Technik“ anzupassen. Ein „netter“ Extraprofit lockt jenes Kapital, das hier seine Anlagesphäre sucht, wenn es gelingt, durch Industrialisierung der Bauproduktion das „brachliegende Feld der Rationalisierungsmöglichkeiten“ auszunutzen.

Das manuelle Vermauern von Steinen und Wänden z.B ist der einzige Arbeitsgang an einem Neubau, bei dem ungeheuere Lasten durch menschliche Muskelkraft in gebückter, normaler und gestreckter Haltung umgesetzt werden müssen, es sind viele Tonnen, die ein Bauwerk ausmachen. Zudem erfordert das Vermauern einen ständigen Platzwechsel des Arbeiters und einen laufenden Materialtransport. Die Normen für die Ziegelgrößen müssen diesem Arbeitsprozeß angepaßt sein, sie schreiben gleichzeitig eine Verlangsamung der Ziegelproduktion wie des Mauerns selbst fest. Bei Verlagerung des Vermauerungsprozesses in die Halle nimmt die körperliche Beanspruchung erheblich ab. Die Herstellung erfolgt von einem feststehenden Arbeitsplatz aus in immer derselben Arbeitshöhe bei gleichmäßiger Materialzufuhr. Ein einheitlicher Arbeitsrhythmus wird erreicht, die Arbeit, und das erscheint den Kapitalisten besonders wichtig, wird kontrollierbar. Die Fertigteilherstellung ermöglicht den Kapitalisten die Serienfertigung bis hin zur Ausnutzung computergesteuerter Fließbänder. Die Normierung der Teilarbeiten wie auch der Bauteile selbst erübrigt die herkömmlich-handwerkli-

che Arbeitsgeschicklichkeit und erlaubt es, große Massen ungelernter und junger, ja „unerfahrener“ Arbeitskraft – die sparsame Verausgabung von Muskelkraft erfordert eine langjährige Ausbildung – in den Produktionsprozeß zu ziehen. Auch die Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft steht den Kapitalisten offen ebenso wie die Einführung von immer neuen Akkordsystemen. Neben dem ständigen Abbau des Reallohns versprechen sich die Kapitalisten von der industriellen Bauweise zudem eine Senkung des Lohnkostenanteils, der bislang „zu hoch“, weil weitgehend unkontrollierbar wegen Witterungseinflüssen und den wechselnden örtlichen Bedingungen, die „unvermeidlich als Leerzeiten zwischen den einzelnen Gewerken“ in Erscheinung traten.

Auch wenn die Fertighausaussteller von Baukostensenkung reden, darf sich niemand darüber täuschen lassen, daß die Baukaptitalisten die Stückkostensenkung in ihre Tasche stecken.

Noch bilden erhebliche technologische Schwierigkeiten eine Schranke im Ausbau der industriellen Bauproduktion. Baustoffe, Bauweisen, Baumaschinen, Transport und Fördermittel von vorgefertigten Bauleistungen als Zulieferungen bilden noch keine ausreichende Alternative zur Massivbauweise. Der Ausweg in den Holzbau à la Neckermann und Neue Heimat läßt sich im Bereich der Stadtsanierung nicht durchsetzen, er dient der Überbrückung, von der Fertigung massiver Bauten versprechen sich die Kapitalisten den erhofften Profit, Philipp Holzmann ist entsprechend auf diesem Gebiet tätig geworden.

Umwälzung der Produktion bedeutet für die Bauarbeiter Schwerstarbeit

z.kaq. Mit dem wachsenden Auftragseingang ist die Arbeitshetze auf dem Bau weiter gestiegen. Ein Teil der Aufträge im Raum Lübeck finden in diesem Jahr keinen Abnehmer mehr. Die Baukapitalisten versuchen die erhöhten Aufträge mit der verringerten Mannschaft umzusetzen. Wenn das auch noch nicht alle Bereiche im Bau erfaßt, wir arbeiten zur Zeit auf einer Kleinbaustelle noch 8 Stunden im Leistungslohn, so kann man in der Umgegend auf den Großbaustellen die Überstundenarbeit am Abend beobachten.

Im letzten Herbst habe ich selbst auf einer solchen Großbaustelle von Dyckerhoff und Widmann in Hamburg gearbeitet. 150 Arbeiter auf einer Baustelle zusammengewürfelt aus allen Gegenden und allen Nationalitäten. Die Umwälzung der Produktion von handwerklicher Tätigkeit auf industrielle Produktion ist dort bereits weit fortgeschritten. Ein Industriebau wurde in Fertigteilkonstruktion mit Großflächenschalung hergestellt. Das zerteilt die Arbeit soweit, daß einzelne Kollegen wochenlang nur noch die gleichen Arbeiten machen, Herstellen der Schalelemente, Erstellen der Gerüsttürme, Aufstellen und Betonieren der Säulen. Die Arbeit ist nur noch mit dem Einsatz von 5 Kränen möglich. Für die Arbeiter bedeutet das, daß nach Verlegen der Fertigteilbalken auf die Säulen große Deckenplatten von fast 40 qm bereits fertig auf Gerüsttürme von 7 m Deckenhöhe vom Kran umgesetzt werden, dazu muß man in diesem Gerüst herumklettern, um die Teile am Kran anzuschlagen. Ein Beckengurt zum Einhaken wird einem dabei gerade noch zugestanden. Sind die Teile vom Kran abgesetzt, beginnt

ten Aufträge mit der verringerten Mannschaft umzusetzen. Wenn das auch noch nicht alle Bereiche im Bau erfaßt, wir arbeiten zur Zeit auf einer Kleinbaustelle noch 8 Stunden im Leistungslohn, so kann man in der Umgegend auf den Großbaustellen die Überstundenarbeit am Abend beobachten.

Im letzten Herbst habe ich selbst auf einer solchen Großbaustelle von Dyckerhoff und Widmann in Hamburg gearbeitet. 150 Arbeiter auf einer Baustelle zusammengewürfelt aus allen Gegenden und allen Nationalitäten. Die Umwälzung der Produktion von handwerklicher Tätigkeit auf industrielle Produktion ist dort bereits weit fortgeschritten. Ein Industriebau wurde in Fertigteilkonstruktion mit Großflächenschalung hergestellt. Das zerteilt die Arbeit soweit, daß einzelne Kollegen wochenlang nur noch die gleichen Arbeiten machen, Herstellen der Schalelemente, Erstellen der Gerüsttürme, Aufstellen und Betonieren der Säulen. Die Arbeit ist nur noch mit dem Einsatz von 5 Kränen möglich. Für die Arbeiter bedeutet das, daß nach Verlegen der Fertigteilbalken auf die Säulen große Deckenplatten von fast 40 qm bereits fertig auf Gerüsttürme von 7 m Deckenhöhe vom Kran umgesetzt werden, dazu muß man in diesem Gerüst herumklettern, um die Teile am Kran anzuschlagen. Ein Beckengurt zum Einhaken wird einem dabei gerade noch zugestanden. Sind die Teile vom Kran abgesetzt, beginnt

die schwere Arbeit des Einrichtens der Teile in die richtige Lage. Das geht mit der Hand, d.h. mit Muskelkraft, mit Brecheisen und Hämmern, die Schwerstarbeit ist dabei ausgeweitet worden. So lassen sich Etagen innerhalb von wenigen Wochen erstellen.

Die Veränderung des Arbeitsprozesses, seine weitere Zerlegung hat Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Arbeiterkörpers: Es gibt mehr Poliere auf den Baustellen, die die jeweiligen Arbeiter direkt überwachen. 10 bis 15 auf solch einer Baustelle. Unter Führung von weiteren 2 Vor- oder Facharbeitern arbeitet dann ein Trupp von weiteren 6 bis 10 Angelernten. Der Anteil der Poliere und Vorarbeiter steigt auf solchen Baustellen sowie der Anteil der angelernten Kräfte. Wenn es zur Zeit einen Facharbeitermangel gibt, weil viele Facharbeiter in den letzten Jahren den Bau verlassen haben, so besteht er aber hauptsächlich bei Polieren und Vorarbeitern, die nötig sind, um den Arbeiterstamm zu erhöhen. Der Anteil der Leiharbeiter ist durch diese kürzere Produktionsweise stark gestiegen. Auf der Hamburger Baustelle betrug er fast 50 Mann. Zumeist ganze Kolonnen aus Holland, Schottland, Ostfriesland und aus dem Oldenburgischen. Sie wohnen auf dem Bau und fahren nur am Wochenende bzw. alle 8 Wochen nach Hause. Die erhöhten Reproduktionskosten durch die Trennung von der Familie führen zu Überstunden. 9 Stunden wurden von allen gearbeitet, diejenigen, die auf dem Bau wohnten, haben aber 10 bis 12 Stunden gearbeitet. Selbst Frauen werden schon auf Baustellen eingesetzt, als Praktikantinnen.

Die Baukapitalisten machen mit dem „Facharbeitermangel“ Politik: Jugendliche sollen Bauberufe erlernen. Sie brauchen einen verjüngten, relativ gut ausgebildeten, flexibel einsetzbaren Arbeiter – gerade auch für weitere Rationalisierungen. Mit der Kampagne: „Wir bilden aus“ sind im letzten Jahr 9000 mehr Auszubildende ins Bauhauptgewerbe gekommen. Ihnen wird ein sicherer Arbeitsplatz versprochen. Gleichzeitig vollzieht sich in den ersten zwei Jahren der ersten Stufe: 33 Wochen in einer überbetrieblichen Internatsausbildung, 42 Wochen Blockunterricht in der Berufschule und 19 Wochen im Betrieb. Wer nach dieser ersten Stufe ausscheidet, wird als Facharbeiter eine Lohnklasse tiefer eingestuft. Dabei ist die Entlassungsquote in Schleswig-Holstein hoch mit 10% allein wegen Verstoßes gegen die Heimordnung. Erst in der zweiten Stufe, das ist das dritte Lehrjahr, findet eine spezielle Ausbildung statt, gegenüber der ersteren als allgmeiner Bauarbeiter. Die dritte Stufe findet im wesentlichen im Betrieb statt, wo die Jugendlichen vollwertig bei niedrigem Lohn eingesetzt werden. Die Freistellung von Gesellen aus dem Akkord zwecks Ausbildung gibt es nicht mehr. Der Einfluß der Arbeiter auf die Ausbildung ist damit völlig ausgeschaltet. Mit der allgemeinen Ausbildung der ersten Stufe wird ein allseitig einsetzbarer Bauarbeiter geschaffen und werden damit alte handwerkliche Vorrechte eingerissen, die von den Arbeitern zum Schutz gegen die Ausbeutung eingesetzt werden.

Rationalisierungen. Mit der Kampagne: „Wir bilden aus“ sind im letzten Jahr 9000 mehr Auszubildende ins Bauhauptgewerbe gekommen. Ihnen wird ein sicherer Arbeitsplatz versprochen. Gleichzeitig vollzieht sich in den ersten zwei Jahren der ersten Stufe: 33 Wochen in einer überbetrieblichen Internatsausbildung, 42 Wochen Blockunterricht in der Berufschule und 19 Wochen im Betrieb. Wer nach dieser ersten Stufe ausscheidet, wird als Facharbeiter eine Lohnklasse tiefer eingestuft. Dabei ist die Entlassungsquote in Schleswig-Holstein hoch mit 10% allein wegen Verstoßes gegen die Heimordnung. Erst in der zweiten Stufe, das ist das dritte Lehrjahr, findet eine spezielle Ausbildung statt, gegenüber der ersteren als allgmeiner Bauarbeiter. Die dritte Stufe findet im wesentlichen im Betrieb statt, wo die Jugendlichen vollwertig bei niedrigem Lohn eingesetzt werden. Die Freistellung von Gesellen aus dem Akkord zwecks Ausbildung gibt es nicht mehr. Der Einfluß der Arbeiter auf die Ausbildung ist damit völlig ausgeschaltet. Mit der allgemeinen Ausbildung der ersten Stufe wird ein allseitig einsetzbarer Bauarbeiter geschaffen und werden damit alte handwerkliche Vorrechte eingerissen, die von den Arbeitern zum Schutz gegen die Ausbeutung eingesetzt werden.

Die gesamten Tätigkeiten werden im Gruppenakkord durchgeführt. Von seiten der Leiharbeiter aber auch von seiten der Angelernten ist der Druck stark, den Akkord hoch zu halten, das heißt zwischen 30 und 50%, und den Arbeitstag auszuweiten. Die gezahlte Auslösung, die mit versteuert wird, reicht nicht für die zusätzlichen Reproduktionskosten. Der niedrige Grundlohn, auf den der Akkord und die Leistung berechnet werden, drückt den Gesamtlohn weiter. Die Lohnpolitik der Sozialdemokraten in der IG-Bau, Steine, Erden, die mit dem Relationstarifvertrag die Löhne der Baufach- und Vorarbeiter über drei Jahre jeweils zusätzlich erhöhen wollen, was ja schon zweimal geschehen ist, verschärfen diese Spaltung. Ob der Lohn nur 10,61 DM oder wie bei den Spezialfacharbeitern 12,26 DM beträgt, macht bei Leistungslohn monatlich einen Bruttolohnunterschied von 400 bis 600 DM aus.

Die Produktivität ist in den letzten Jahren auf dem Bau stark angestiegen. Offizielle Statistiken weisen jährliche Steigerungsraten von 4 bis 8% aus. Der Umsatz pro Beschäftigtem ist in Schleswig-Holstein in den Jahren 1970 bis 75 verdoppelt worden von 34667 DM auf 65953 DM. Damit liegt der Umsatz pro Beschäftigtem höher als in der Elektroindustrie mit 56619 DM, erreicht aber noch nicht die Zahlen des Maschinenbaus von 80953 DM. Aber dazwischen liegt auch der Unterschied von industrieller Produktion und noch überwiegend handwerklicher Produktion.

Arbeitstag auszuweiten. Die gezahlte Auslösung, die mit versteuert wird, reicht nicht für die zusätzlichen Reproduktionskosten. Der niedrige Grundlohn, auf den der Akkord und die Leistung berechnet werden, drückt den Gesamtlohn weiter. Die Lohnpolitik der Sozialdemokraten in der IG-Bau, Steine, Erden, die mit dem Relationstarifvertrag die Löhne der Baufach- und Vorarbeiter über drei Jahre jeweils zusätzlich erhöhen wollen, was ja schon zweimal geschehen ist, verschärfen diese Spaltung. Ob der Lohn nur 10,61 DM oder wie bei den Spezialfacharbeitern 12,26 DM beträgt, macht bei Leistungslohn monatlich einen Bruttolohnunterschied von 400 bis 600 DM aus.

Die Produktivität ist in den letzten Jahren auf dem Bau stark angestiegen. Offizielle Statistiken weisen jährliche Steigerungsraten von 4 bis 8% aus. Der Umsatz pro Beschäftigtem ist in Schleswig-Holstein in den Jahren 1970 bis 75 verdoppelt worden von 34667 DM auf 65953 DM. Damit liegt der Umsatz pro Beschäftigtem höher als in der Elektroindustrie mit 56619 DM, erreicht aber noch nicht die Zahlen des Maschinenbaus von 80953 DM. Aber dazwischen liegt auch der Unterschied von industrieller Produktion und noch überwiegend handwerklicher Produktion.

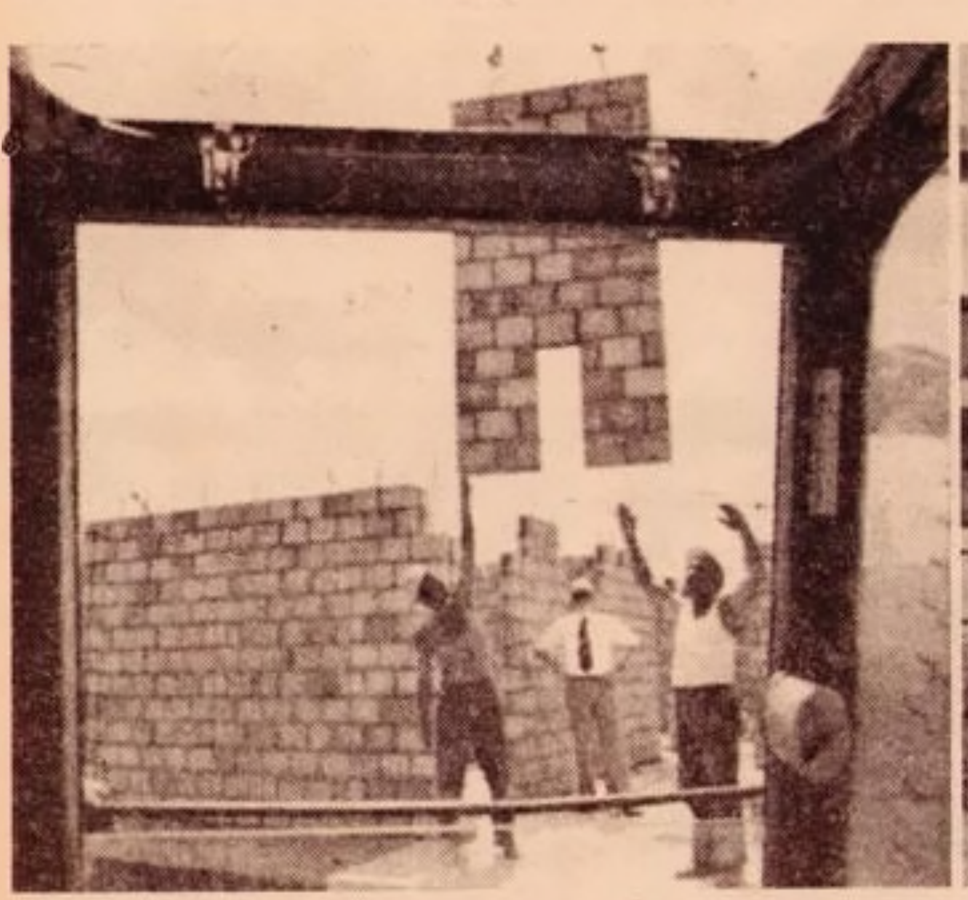
Oberhausen, 9.5.1979. **Am Dienstag letzter Woche sprach sich die Jugendgruppe der BSE Oberhausen dafür aus, im nächsten Tarifkampf Festgeldforderungen aufzustellen.** Vorangegangen war der Vortrag eines Arbeiters über die Auswirkungen des diesjährigen Tarifvertrages. Nicht nur hat dieser 4,5%-Abschluß die Spaltung vertieft und die unteren Lohngruppen noch mehr in Richtung absolute Verelendung getrieben, zusätzlich ist die Spaltung durch den Relationsvertrag drastisch verschärft worden. Während die unterste Lohngruppe einschließlich des Bauausgleichsbetrages um 5,9% erhöht wurde, so die oberste von insgesamt sieben um 10,2%. Selbst der Vertreter des Bezirksvorstandes Dietrich war ganz und gar nicht mit diesem Abschluß einverstanden. Wie die Lage geändert werden soll, hat er allerdings nicht gesagt. Endgültige Beschlußfassung über Festgeld soll in einer der nächsten Sitzungen erfolgen, nachdem die Auswirkungen des Abschlusses auf das Reproduktionsniveau untersucht und per Fragebogen die Meinung der Arbeiter auf den Baustellen sowohl zu Festgeld als auch zur Forderung nach Einhaltung des 8-Stunden-Tages einschließlich der Fahrzeiten zu den Baustellen festgestellt sind.

Gifhorn, 10.5.79. **Sonderschichten abgelehnt.** Die Betriebsleitung des Spanplattenwerks Triangel der Novopan wollte am 1. Mai und am Sonntag darauf in Drei-Schicht produzieren lassen. Begründet wurde dies damit, daß im Werk Alberlah die Heizpresse ausgefallen sei. Vom Betriebsrat wurden die Sonderschichten abgelehnt.

Malsch/Ettlingen, 25.4.79. **Die Belegschaft von Hebel-Gasbeton (Steine-Produktion) hat per Unterschriftensammlung für die von der Geschäftsleitung einberufene Betriebsversammlung den Tagesordnungspunkt „Prämien und Putzzeit“ durchgesetzt.** Beides war im Februar gekürzt worden. Seitdem wird „normal“ gearbeitet, d.h. langsamer gefahren. Die Forderung der Arbeiter: Die Kürzung muß wieder weg! – Es gibt keinen Betriebsrat. Die beiden „Betriebssprecher“ hatten die Kürzung unterschrieben unter der Drohung, daß sonst gar keine Prämie mehr gezahlt würde. Auf der Betriebsversammlung mußte der Geschäftsleiter Schnierlinger neuen Verhandlungen zustimmen. Der von der Geschäftsleitung daraufhin vorgelegte Vorschlag, nach dem die Kürzung nur teilweise wieder zurückgenommen werden soll, wird von der Belegschaft abgelehnt. Die Forderung nach einem Betriebsrat wird jetzt unter den Arbeitern diskutiert.

München, 14.3.79. **Auf einer Wochenendschulung der BSE, Bezirksverband München, haben sich die Teilnehmer ausgesprochen gegen die Bestrebungen in der Bauindustrie, eine gestaffelte Arbeitszeit einzuführen.** So wird von Baukapitalisten vertreten, im Sommer müsse man die 45-Stundenwoche einführen, im Winter dafür die 35-Stundenwoche, was den Besonderheiten am Bau entsprechen würde. Ebenso wurden die Bestrebungen nach einer Laufzeitverlängerung abgelehnt.

(Aus: KVZ-Spezialnachrichtendienste 03: Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft / Chemische Industrie / Stahl / Bau)





Mit erheblichem Forschungsaufwand seitens der Bundesregierung erhoffen sich die Baukapitalisten den Einbruch in diesen Markt. Die Variationsbreite der Mischungsverhältnisse wird ebenso untersucht wie die Verbindungsmöglichkeiten mit Kunststoffen und anderen Materialien. Die Kapitalisten geben sich optimistisch; die Variationsbreite unterscheidet Beton von allen anderen Baustoffen: Vom Pflasterstein bis zum Fernsehturm reicht seine Anwendungsbreite.

Bundesregierung steckt Bauperspektiven ab
Gesetzespaket wird ab 1. Juli in Kraft treten

z.ere. Am Dienstag letzter Woche trafen sich die westdeutschen Baukapitalisten in Westberlin, um ihre diesjährige Mitgliederversammlung abzuhalten. Bundesbauminister Haack war geladen, die „Perspektiven der Baupolitik" vorzutragen. „Die Zeichen stehen auf Expansion", hieß es, und den Baukapitalisten ging es darum, den Rahmen ihrer Expansionsgelüste gesetzgeberisch abgesichert zu wissen. Der „Rationalisierungsgewinn" ist bereits abgesteckt: Angepeilt ist ein „überdurchschnittliches Wachstum" der Produktivitätsentwicklung von 5% bei einem Abbau von rund 400000 Arbeitsplätzen im letzten Jahr. Das Hauptinteresse der Baukapitalisten gilt dem Wohnungsbau. Auf ihn entfällt mittlerweile die Hälfte des gesamten Bauvolumens von rund 180 Mrd. DM im Jahre 1978. Gut 54 Mrd. DM werden davon für Neubauwohnungen investiert, was einer Vermehrung der gesamten Bausubstanz um 450000 Wohnungen entspricht. Die restlichen 36 Mrd. DM entfallen auf die Altbausanierung. Weit über die Hälfte dieser Kapitalmasse von insgesamt 90 Mrd. DM entstammt den ausgezahlten Bausparverträgen (1978 waren das 55,25 Mrd. DM). Zum größten Teil werden diese Gelder im privaten Einfamilienhausbau investiert. Um an die beachtliche Summe von 94,36 Mrd. DM neu abgeschlossener Bausparverträge heranzukommen, wollen die Kapitalisten den privaten Einfamilienhausbau „gefördert" wissen, wofür umfangreiche gesetzgeberische Maßnahmen erforderlich sind. Die Kapitalisten haben es eilig, zumal die Lage auf dem Wohnungsbaumarkt unübersichtlich ist. Zunächst galt es deshalb „Klarheit über den wohnungswirtschaftlichen Bestand" zu erlangen. So fragte die „Stuttgarter Zeitung": „Wie auf einer derart unsicheren Basis – die Daten über den Mietwohnungsbestand weichen um drei Millionen Wohneinheiten voneinander ab – eine überzeugende Wohnungsbaupolitik formuliert werden könne". Die Baustatistik müsse verbessert und der Gebäudebestand fortgeschrieben werden.

Für die weitere Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit, vor allem im privaten Familienhausbau, spielt nach Ansicht der Baukapitalisten die Entwicklung der Kosten für Grundstücke und natürlich für „Leihkapital" eine erhebliche Rolle. „Die Marktpreise für Eigentumsobjekte haben bereits die Schwellwerte erreicht. Jede weitere Verteuerung birgt die Gefahr eines kräftigen Rückgangs. Die Gemeinden müssen unbedingt durch verstärkte Ausweisung von Baugrundstücken der Marktenge entgegenwirken." (Stadtbau-Informationen Nr. 5 vom 6.3.79)

In ihrer „Beschleunigungsnovelle im Städtebaurecht" sieht die Bundesregierung als Lösung für die Stadtsanierung die Vereinfachung des Verfahrens zur Aufstellung von Bauleitplänen sowie die Zuteilung von Grundstücken, die sich im kommunalen Besitz befinden, vor. Die im Regierungsentwurf vorgesehene Grenzregelung soll unter anderem die Möglichkeit des Grundstückstausches eröffnen.

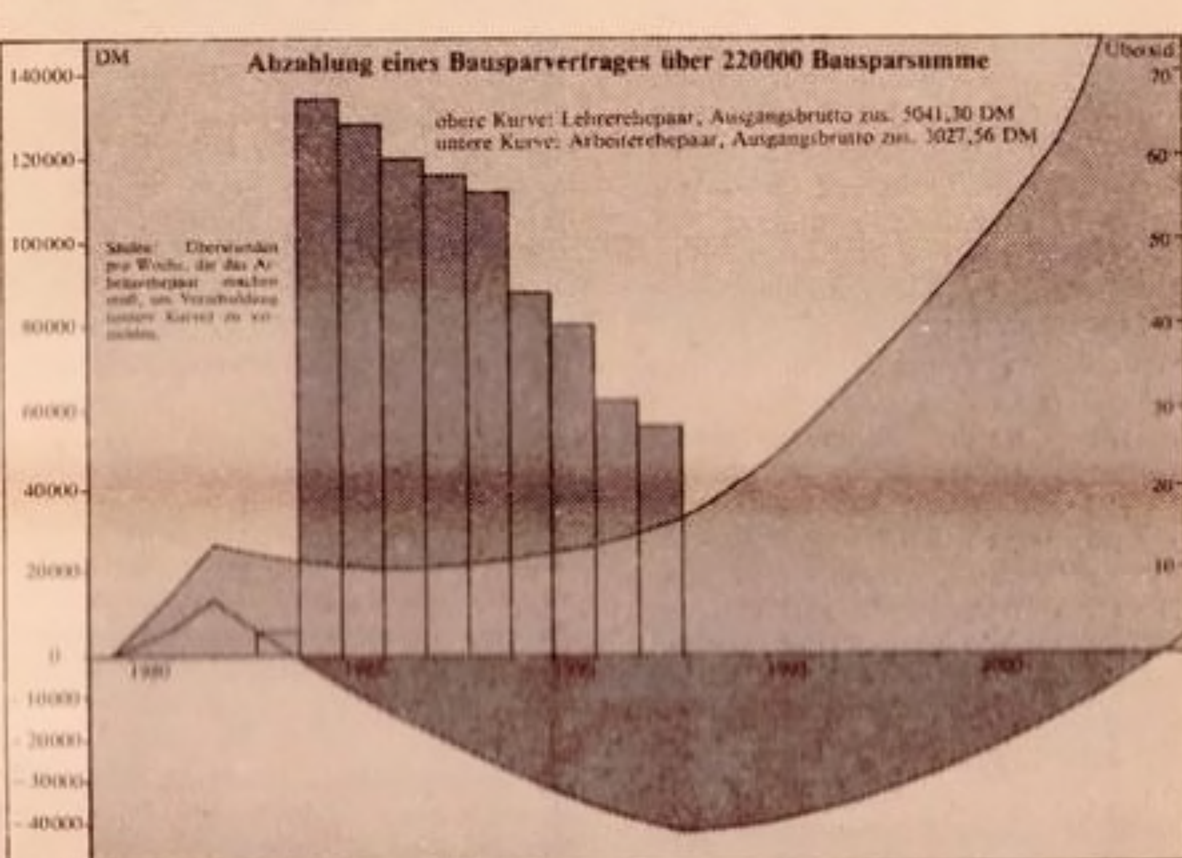
Dabei geht es um die Zusammenlegung benachbarter Grundstücke. Der im Gesetzentwurf vorgesehene Tausch erstreckt sich nicht mehr auf Teile benachbarter Grundstücke, sondern auf *Grundstücke*. Dabei braucht es sich nicht mehr um „Splittergrundstücke" (einseitige Zuteilung) zu handeln, sondern es können Grundstücke sein, die nach Lage, Form und Größe mehr als „Splitter" sind, auch wenn sie nicht selbständig bebaubar sein dürfen. Außerdem muß der Tausch nicht im öffentlichen Interesse *geboten* sein, wie es das bestehende Gesetz vorsieht, es genügt, wenn er ihm *dient*. Ferner plädiert der Bauausschuß des Bundestages für eine „Beschränkung der Bürgerbeteiligung bei der erneuten Auslegung von Bebauungsplänen", was der Enteignung des kleinbürgerlichen städtischen Eigentums dient und die Parzellierung von Altbaugebieten erleichtert. Dieser Gesetzentwurf entspricht dem großen Planungsrahmen der Raumordnung, der Stadtsanierung, besonders der Strukturreform im Ruhrgebiet.

Die Gesetzesregelungen, bereits im letzten Frühjahr in Gang gebracht, sollen zum 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten. Das Gesetz zur Grunderwerbssteuerbefreiung beim Erwerb von Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen vom Juli 1977 hat den *Gebrauchtwohnungsmarkt* günstig beeinflußt, stellte der Ausschuß befriedigt fest. So habe der Verkauf von Eigentumsobjekten 1978 um 6,7% angezogen, von 5654 auf 6030 Einheiten. Damit ist den Forderungen der Kapitalisten nach Mobilität der Arbeitskraft entgegengekommen.

Für die Änderung der Bauordnun-

Bausparen – was als Sparen erscheint, ist lebenslange Verschuldung

z.brp. Der Mietzins, den die Wohnungsbesitzer ziehen, erhöht sich ständig – über Wertzusetzung bei Altbauwohnungen durch Sanierung, Umwandlung von öffentlich bezuschußten Wohnungen in freifinanzierte mit „Kostenmiete", Umwandlung von Mietswohnungen in Eigentums- und Mietkaufwohnungen, über höhere Verkehrswerte der Kernwohngebiete (vor allem durch Verbesserung der Infrastruktur) und über eine steigende Grundrente der Grundeigentümer. Dies verstärkt die Meinung, über einen längeren Zeitraum gesehen sei es günstiger, ein Einfamilienhaus zu bauen. Zudem, es gibt das Bausparen, wo man noch Prämien für's Sparen bekommt. Man ist Gewerkschaftsmitglied und erhält als Beilage zur Gewerkschaftszeitung das Angebot der Neuen Heimat: „Das Glückshaus – Aus dem Neue Heimat Fertighaus-Programm". Fertighäuser, Festpreis 167710 DM für eine Gesamtwohnfläche von 189,17 qm, ein Grundstück, weiter vor der Stadt, auf dem Dorf, könnte man für 50000 DM kaufen. Im Mai 1979 entschließt sich ein junges Ehepaar – er Metallfacharbeiter mit tariflichem Bruttolohn von 1513,78 DM, sie Büroangestellte mit dem gleichen Lohn, ein kleines Kind, beide in Steuerklasse IV/1 – mit einem Bausparvertrag über 50000 DM anzufangen. Sie haben sich vorgenommen, jeden Monat nur 68% ihres Nettolohns plus 50 DM Kindergeld auszugeben, die Lebenshaltung auf minimale Stufe einzuschränken, dazu kommt die monatliche Bausparrate von 400 DM, alles andere wird auf die Seite gelegt. Ein junges Lehrerehepaar, Eingangsstufe A11 und Ortsklasse 1a, ein Kind, macht es genauso – nur: bei 68% Ausgaben für die Lebenshaltung braucht es sich kaum einzuschränken. Nach zwei Jahren bauen beide, die angesparten 50000 DM nehmen sie als Zwischenfinanzierung für einen Bausparvertrag über 220000 DM. Beide müssen in den folgenden 36 Jahren und 6 Monaten an die Bausparkasse 442866,84 DM zurückzahlen. Für die Lebenshaltung geben sie weiterhin 68% ihres Nettolohns aus (der Bruttolohn steigt jährlich um 5%), die neu hinzukommenden festen Kosten für Instandhaltung des Hauses, Ratenzahlungen für neue Möbel, Gardinen, höhere Fahrtkosten, Anliegergebühren, Kanalisationsgebühren, Besteuerung des Hauses übersteigen die jetzt weggefallenen Kosten für die Miete. – Der Arbeiter verschuldet sich, kumuliert nach 14 Jahren auf 41800 DM. Nur über größere Verausgabung seiner Arbeitskraft durch Überstunden oder Schichtarbeit kann er der ausweglosen Verschuldung entgehen, die höheren Reproduktionskosten kann er nicht ausgleichen. Bei Arbeitslosigkeit, geringer steigendem Lohn, sinkendem Lohn, höheren Preisen kommt er wieder ins Minus. – Das Lehrerehepaar bleibt im Plus. Es könnte sogar nach 6 – 7 Jahren ein Zweifamilienhaus bauen und eine Wohnung vermieten. – Das Guthaben des Arbeiters am Anfang entpuppt sich als Anrecht der Banken auf lebenslange Tributzahlung des Arbeiters und als Recht, Grundrente zu ziehen. Die Kapitalisten denken ans Erpressen. Welcher Vorteil also für einen Arbeiter, bauzusparen?



Mit ihrem Grundbesitz pressen die Bourgeois den Arbeitern große Anteile des Lohns ab

z.gek. Das Elend der besitzlosen Volksmassen im Kapitalismus, schrieb Marx, „ist für die Hausrente eine ergiebigere Quelle, als die Minen von Potosi (die Silberminen Boliviens, d. Verf.) je für Spanien waren". Das Wohnungsmonopol

auf Expansion", hieß es, und den Baukapitalisten ging es darum, den Rahmen ihrer Expansionsgelüste gesetzgeberisch abgesichert zu wissen. Der „Rationalisierungsgewinn" ist bereits abgesteckt: Angepeilt ist ein „überdurchschnittliches Wachstum" der Produktivitätsentwicklung von 5% bei einem Abbau von rund 400000 Arbeitsplätzen im letzten Jahr. Das Hauptinteresse der Baukapitalisten gilt dem Wohnungsbau. Auf ihn entfällt mittlerweile die Hälfte des gesamten Bauvolumens von rund 180 Mrd. DM im Jahre 1978. Gut 54 Mrd. DM werden davon für Neubauwohnungen investiert, was einer Vermehrung der gesamten Bausubstanz um 450000 Wohnungen entspricht. Die restlichen 36 Mrd. DM entfallen auf die Altbausanierung. Weit über die Hälfte dieser Kapitalmasse von insgesamt 90 Mrd. DM entstammt den ausgezahlten Bausparverträgen (1978 waren das 55,25 Mrd. DM). Zum größten Teil werden diese Gelder im privaten Einfamilienhausbau investiert. Um an die beachtliche Summe von 94,36 Mrd. DM neu abgeschlossener Bausparverträge heranzukommen, wollen die Kapitalisten den privaten Einfamilienhausbau „gefördert" wissen, wofür umfangreiche gesetzgeberische Maßnahmen erforderlich sind. Die Kapitalisten haben es

über den Mietwohnungsbestand weichen um drei Millionen Wohneinheiten voneinander ab – eine überzeugende Wohnungsbaupolitik formuliert werden könne". Die Baustatistik müsse verbessert und der Gebäudebestand fortgeschrieben werden.

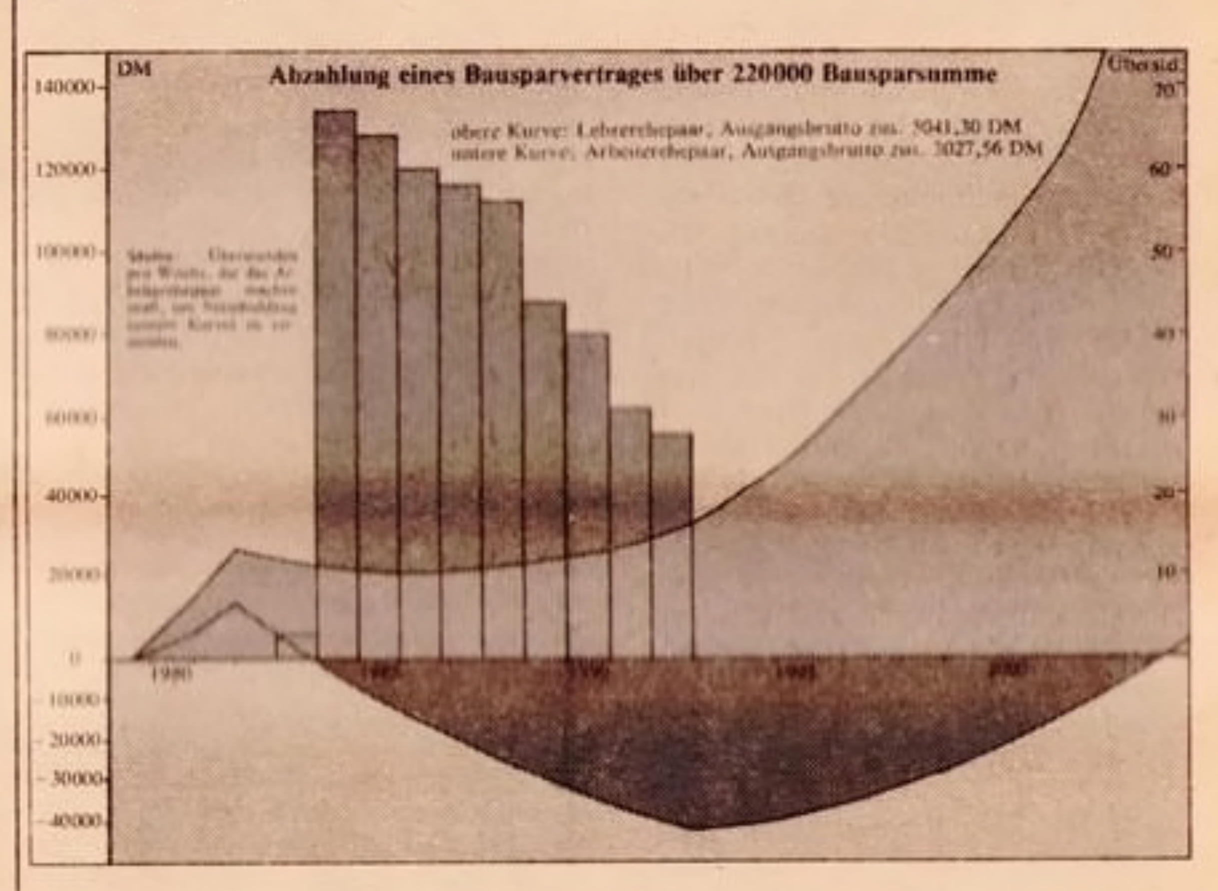
Für die weitere Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit, vor allem im privaten Familienhausbau, spielt nach Ansicht der Baukapitalisten die Entwicklung der Kosten für Grundstücke und natürlich für „Leihkapital" eine erhebliche Rolle. „Die Marktpreise für Eigentumsobjekte haben bereits die Schwellwerte erreicht. Jede weitere Verteuerung birgt die Gefahr eines kräftigen Rückgangs. Die Gemeinden müssen unbedingt durch verstärkte Ausweisung von Baugrundstücken der Marktenge entgegenwirken." (Stadtbau-Informationen Nr. 5 vom 6.3.79)

In ihrer „Beschleunigungsnovelle im Städtebaurecht" sieht die Bundesregierung als Lösung für die Stadtsanierung die Vereinfachung des Verfahrens zur Aufstellung von Bauleitplänen sowie die Zuteilung von Grundstücken, die sich im kommunalen Besitz befinden, vor. Die im Regierungsentwurf vorgesehene Grenzregelung soll unter anderem die Möglichkeit des Grundstückstausches eröffnen.

(einseitige Zuteilung) zu handeln, sondern es können Grundstücke sein, die nach Lage, Form und Größe mehr als „Splitter" sind, auch wenn sie nicht selbständig bebaubar sein dürfen. Außerdem muß der Tausch nicht im öffentlichen Interesse *geboten* sein, wie es das bestehende Gesetz vorsieht, es genügt, wenn er ihm *dient*. Ferner plädiert der Bauausschuß des Bundestages für eine „Beschränkung der Bürgerbeteiligung bei der erneuten Auslegung von Bebauungsplänen", was der Enteignung des kleinbürgerlichen städtischen Eigentums dient und die Parzellierung von Altbaugebieten erleichtert. Dieser Gesetzentwurf entspricht dem großen Planungsrahmen der Raumordnung, der Stadtsanierung, besonders der Strukturreform im Ruhrgebiet.

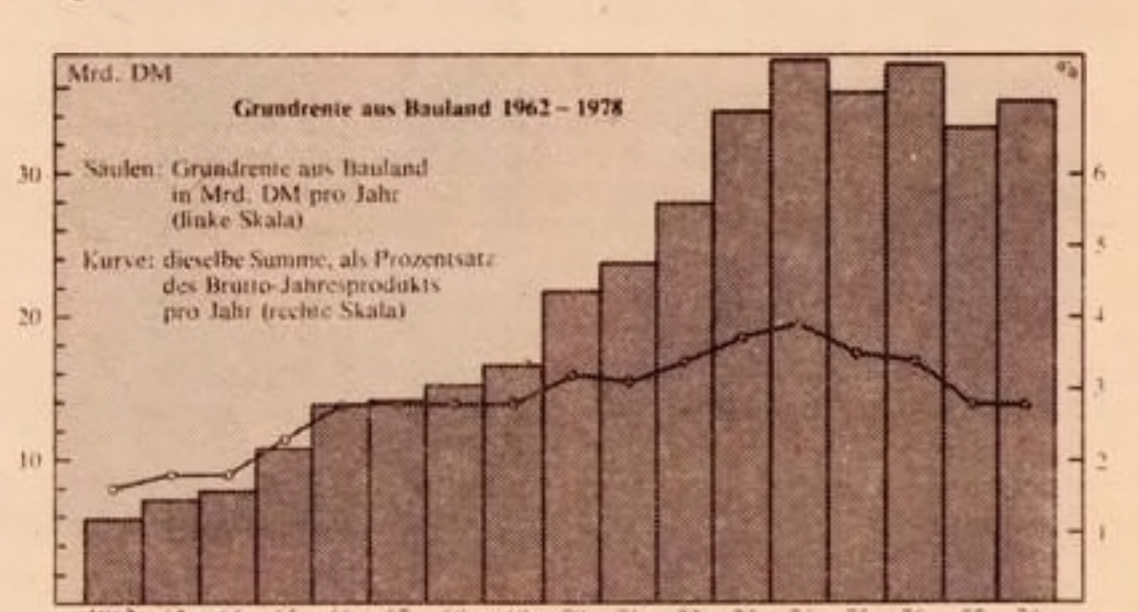
Die Gesetzesregelungen, bereits im letzten Frühjahr in Gang gebracht, sollen zum 1. Juli dieses Jahres in Kraft treten. Das Gesetz zur Grunderwerbssteuerbefreiung beim Erwerb von Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen vom Juli 1977 hat den *Gebrauchtwohnungsmarkt* günstig beeinflußt, stellte der Ausschuß befriedigt fest. So habe der Verkauf von Eigentumsobjekten 1978 um 6,7% angezogen, von 5654 auf 6030 Einheiten. Damit ist den Forderungen der Kapitalisten nach Mobilität der Arbeitskraft entgegengekommen.

– Das Guthaben des Arbeiters am Anfang entpuppt sich als Anrecht der Banken auf lebenslange Tributzahlung des Arbeiters und als Recht, Grundrente zu ziehen. Die Kapitalisten denken ans Erpressen. Welcher Vorteil also für einen Arbeiter, bauzusparen?



Mit ihrem Grundbesitz pressen die Bourgeois den Arbeitern große Anteile des Lohns ab

z.gek. Das Elend der besitzlosen Volksmassen im Kapitalismus, schrieb Marx, „ist für die Hausrente eine ergiebigere Quelle, als die Minen von Potosi (die Silberminen Boliviens, d. Verf.) je für Spanien waren". Das Wohnungsmonopol
der Bourgeoisie steht auf der Grundlage ihres Monopols am Grund und Boden. Im 3. Band des „Kapital" wies Marx nach, daß der Erdboden, als die gratis zur Verfügung stehende Naturgrundlage jeder menschlichen Gesellschaft, für die Berechnung des Wertprodukts der Gesellschaft nicht in Anrechnung gebracht werden kann, außer in bezug auf die ihm einverleibte menschliche Arbeit. Ist darum jeder private Besitztitel auf den Boden an und für sich eine Absurdität – außer im Fall des Bauern, der den Boden selbst unmittelbar als Produktionsmittel nutzt – so gelingt es der grundbesitzenden Bourgeoisie überdies, von den Arbeitern, die ja wohnen und ein Dach über dem Kopf haben müssen, enorme Summen an Lohngeldern (über Miete und Pacht) als bloße *Grundrente* zu erpressen. – Wir haben im folgenden Schaubild annäherungsweise den Anteil der gezahlten Mieten und Pachten errechnet, der nicht für die Benutzung der Baulichkeiten als tatsächlich von den Bourgeois ausgelegten Kapitalien gezahlt wird, sondern rein für den Besitztitel auf den Boden selbst, d.h. als Grundrente. Wir sind dabei von der für Bauten genutzten Wirtschaftsfläche der Statistik ausgegangen, weiter von dem gewogenen Durchschnittspreis für die verschiedenen Kategorien von Bauland, und haben dies in Grund und Boden angelegte Kapital sodann in derselben Höhe als verzinst angenommen, in der auch langfristig laufende Wertpapiere verzinst werden. Dabei ergibt sich, daß mit fallenden Zinssätzen zwar regelmäßig die Bodenpreise steigen, aber bei steigenden Zinsen keineswegs fallen, vielmehr die Grundlage dieser erhöhten Verzinsung bilden; so daß im Zeitraum von nur 16 Jahren sich nicht nur die als Grundrente den Volksmassen abgepreßte Geldsumme schwunghaft gesteigert hat (siehe Säulen), sondern auch der prozentuale Anteil am gesamten Wertprodukt steigt (siehe Kurve), den die grundbesitzenden Bourgeois als Grundrente – und nur für Bauland! – an sich ziehen können.



gen setzte sich der Minister vor den Baukapitalisten in Westberlin energisch ein. Im Fertighausbau kann die Bauaufsicht nicht wie bisher die einzelnen Bauabschnitte begutachten, sie muß während der Fertigung in der Fabrik die einzelnen Teile abnehmen, gedacht ist an eine Art TÜV für den Einfamilienhausbau.

Gesetzgebung zum Wohnungsbau

31.03.78: Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und die Fortschreibung der Gebäudestatistik (verabschiedet)
April 1978: Gesetz zur Änderung des Wohnungsbaumodernisierungsgesetzes (eingebracht)
03.05.78: Umsatzsteuergesetz (Ausschuß)
03.05.78: Wohnungsbaumodernisierungsänderungsgesetz (verabschiedet)
03.05.78: Gesetz zur Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes und 2. Wohnungsbaugesetzes (Ausschuß)
04.07.78: Gesetz zur Änderung des Wohnungseigentumsgesetzes (Ausschuß)
29.09.78: Gesetz zur Änderung des Wohnungseigentumsgesetzes (Ausschuß)
29.09.78: Gesetz zur Beschleunigung von Verfahrun und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht (Ausschuß)
07.02.79: Zweites Gesetz zur Änderung mietrechtlicher und mietpreislicher Vorschriften im Land Berlin (Ausschuß)
14.03.79: Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen (eingebracht)

Immer mehr Aufgaben und Ausgaben muß der Mieter übernehmen

r.mav. Nicht nur über die ständigen Lohnsenkungen sondern auch über dauernd steigende Mieten werden die Reproduktionsbedingungen für die Arbeiter und Angestellten stetig verschlechtert. Über die Mietverträge wälzen die Vermieter immer weitere Kosten für die Unterhaltung der Wohnungen auf die Mieter ab. Das geschieht planmäßig über sog. Einheitsmietverträge, die vom Haus- und Grundstückseigentümerverein ausgetüftelt wurden. Kassiert der Vermieter schon dafür, daß er seine Wohnung bereitstellt, so läßt er sie sich auch noch durch den Mieter mit Hilfe der Schönheitsreparaturen in Schuß halten. Unabhängig davon, ob Installationsgegenstände überhaupt durch die Schuld des Mieters kaputt gehen, kleinere Reparaturen muß er selbst vornehmen. Desgleichen lastet er dem Mieter seine eigene Verpflichtung, Treppenhaus und Gehweg vor dem Haus reinzuhalten, auf. Können die Mieter diese Arbeiten nicht selbst ausführen, beauftragt der Vermieter jemand anderen und die Mieter müssen zahlen. Neben dieser formularmäßigen Aufbürdung von Vermieterpflichten auf den Mieter, findet sich in einem Passus „Besondere Vereinbarungen" oder auch in einer Anlage immer noch Raum für weitergehende Lasten, z.B.:

– Zu den Schönheitsreparaturen gehören Tapezier- und Malerarbeiten, Fußbodenüberholung, Innenanstrich der Fenster und Balkontüren, -geländer und -eisenteile.

– Ist Teppichboden verlegt, ist dieser vor der Übergabe der Wohnung vom Mieter vollständig durch eine Fachfirma zu reinigen.

– Die Schönheitsreparaturen dürfen bei Auszug nicht länger als ein Jahr her sein. Renoviert werden muß dann auch, wenn bei Auszug um die Lichtschalter herum oder nach Wegrücken der Möbel etc. Flecken zu sehen sind. Generell sind Kleinreparaturen bis zu DM 200 für das einzelne Teil vom Mieter zu zahlen.

– Sollten sich in der Wohnung Elektro-Heißwassergeräte befinden, so zahlt der Mieter bei Auszug pauschal einen Zuschuß für die erforderliche Entkalkung von DM 50.

– Reparaturen von Herden und Öfen, gleich welcher Art, sowie deren eventuelle Erneuerung müssen auf Kosten des Mieters durchgeführt werden.

– Sollte der Vermieter in Ausnahmefällen eine Untervermietung gestatten, so ist ein monatlicher Untermietzuschlag von DM 15 pro Person zu zahlen.

Daneben wird in einer Hausordnung, die meist ausdrücklich in den Mietvertrag aufgenommen wird, ein ganzer Katalog von Pflichten aufgezählt. Danach ist es z.B. verboten, seine Wäsche auf dem Balkon zu trocknen, die Fahrräder oder Kinderwagen in den Hausflur zu stellen, Kohlen auf dem Balkon zu lagern, die Haustür zwischen 20 und 6 Uhr geöffnet zu lassen und daß die Kinder im Flur spielen oder sich dort „unnütz" aufhalten.

Sozialdemokratische Wahlkampfspekulation

b.ula. Die SPD hält es mit dem alten Motto hanseatischer Pfeffersäcke: hast du ein Pfund, so wuchere damit. Nun gut, das Pfund ist bloß geliehen aber 1978 immerhin 1148 Mio. stark. Die eigentlichen Wucherer sind zwar die Banken. Für 1979, so hieß es in der Bürgerschaft, gelte, daß von 5 DM neuaufgenommenen Krediten 1 DM in Händen des Bremer Senats bleibt und 4 DM zwecks Tilgung alter Schulden gleich bei den Banken bleibt. Aber spekulieren kann man auch mit geliehenem Geld. Und sei es bloß auf das Gelingen von Wahlkampfbetrug, also auf Bürgerschaftsmandate. Positive Propaganda für die Verschuldung, weil sie den Interessen der Volksmassen diene. Das ist die Leitlinie, ausgegeben auf dem Wahlkampfausrichtungsparteitag Anfang des Jahres: Kampf gegen Arbeitslosigkeit geht vor Steuerkraft, Aufnahme von jährlich ca. 560 Mio DM Krediten. Etwas deutlicher war Koschnick im Handelsblatt: „Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ... geben der heimischen und ansiedelnden Wirtschaft gleichzeitig viele Chancen ... Die Arbeitnehmerverdienste liegen zum Teil erheblich unter dem Bundesdurchschnitt.“

Die Chancen weiter zu verbessern ist das eigentliche Hauptziel der Spekulation. Darin sind sich Spekulant und Wucherer einig. Der pro Kopf Schuldenstand belief sich 1978 auf 6700 DM. Inzwischen wird er um einiges gewachsen sein. Diese Rechnung führt der Senat durch, um festzustellen, wieviel er aus jedem herausholen muß für die Banken. (1973 waren es 2235 DM) Um der Angelegenheit einen guten Zweck für die Volksmassen anzuhängen, wurde im Januar mit einer Anzeigenserieim „Weser-Kurier“ begonnen: z. B. Kernenergie. Koschnick fordert: keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben, Bremerhavens Bürgermeister Lenz fordert sogar die eventuelle Stillegung von Esensham. Sonne, Luft, Wasser und Biogas sollen genutzt werden. Forschungsprogramme dafür kosten Geld. Und Energie wird gebraucht, mehr und billige Energie, für Daimler z. B. Der Ankauf von Energie bei der NWK ist schon im Wirtschaftsstrukturplan von 1977 ausgemacht. Die Strompreise für die Volksmassen wurden zum 1. Quartal 1979 um durchschnittlich 2,9 % erhöht. Sinneswandel bezüglich Kernenergie? Mitnichten. Schlichte Spekulation, daß gegen Atomkraftwerke ist, zahlen muß und zahlen wird.

Oder: Gesundheit. Medizin und Technik machen große Fortschritte, aber „die Menschen“ sind nicht gesund, sinniert Koschnick in einer anderen Anzeige. Eine Ausstellung des Gesundheitssenats informiert über die Ursachen: Rauchen, falsche Ernährung, Fernsehen.

DM. Inzwischen wird er um einiges gewachsen sein. Diese Rechnung führt der Senat durch, um festzustellen, wieviel er aus jedem herausholen muß für die Banken. (1973 waren es 2235 DM) Um der Angelegenheit einen guten Zweck für die Volksmassen anzuhängen, wurde im Januar mit einer Anzeigenserieim „Weser-Kurier“ begonnen: z. B. Kernenergie. Koschnick fordert: keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben, Bremerhavens Bürgermeister Lenz fordert sogar die eventuelle Stillegung von Esensham. Sonne, Luft, Wasser und Biogas sollen genutzt werden. Forschungsprogramme dafür kosten Geld. Und Energie wird gebraucht, mehr und billige Energie, für Daimler z. B. Der Ankauf von Energie bei der NWK ist schon im Wirtschaftsstrukturplan von 1977 ausgemacht. Die Strompreise für die Volksmassen wurden zum 1. Quartal 1979 um durchschnittlich 2,9 % erhöht. Sinneswandel bezüglich Kernenergie? Mitnichten. Schlichte Spekulation, daß gegen Atomkraftwerke ist, zahlen muß und zahlen wird.

Oder: Gesundheit. Medizin und Technik machen große Fortschritte, aber „die Menschen“ sind nicht gesund, sinniert Koschnick in einer anderen Anzeige. Eine Ausstellung des Gesundheitssenats informiert über die Ursachen: Rauchen, falsche Ernährung, Fernsehen.

Wegen der Leichtsinnigkeit der Leute wird das Gesundheitswesen immer teurer, soll der naheliegende Schluß sein. Tatsache ist demgegenüber, daß 1975 in Bremen ein Arzt auf 179 stationäre Behandlungen kam, 1977 hatte einer bereits 185 in der selben Zeit durchzuführen, durch Senkung der Liegezeiten um ca. einen Tag. Brückner ist ein bekannter Propagandist der verstärkten Besteuerung von Überstunden und Schichtzuschlägen und dergleichen gesundheitsschädlichen Sachen.

Nimmt man die Ergebnisse zusammen, so erhält man folgende Rechnung. Die Schulden sind entstanden, weil die Volksmassen alles haben wollen: Energie, aber keine Kernenergie; Gesundheit; Arbeitsplätze. Das kostet Geld. Die Banken springen freundlicher Weise ein, aber verlangen Tilgung und Zins usw... Wie das Geld reinkommt, darüber sind sich Wucherer und Spekulant einig. Die Banken äußern Zufriedenheit über den Geschäftsverlauf 1978 im Lande Bremen und sprachen Koschnick ein Lob auf seine Wirtschaftspolitik aus. Den Entwurf eines Gebühren- und Beitragsgesetzes hat der Senat kürzlich verabschiedet. Umstellung von haushaltsmäßigen auf den betriebswirtschaftlichen Kostenbegriff. Gebühreneinnahmen des Senats 1978: 151,56 Mio, 1979 sollen es 154,56 Mio werden und 1980 bis 83 zusammen 742,62 Mio DM, was eine Steigerung von 19 % jährlich bedeutet; pro Kopf noch mehr, bei sinkender Bevölkerungszahl. Darauf wurde auf dem Bremer Wahl-Parteitag schon ausgerichtet: Keine Alternativen zur Anpassung von Gebühren und Tarifen. Es wäre nicht das erste Mal, daß Koschnick sich verspekuliert.

Dringliche Gesetzesvorhaben der Bundesregierung

Die SPD/FDP-Koalition will noch viel unter Dach und Fach bringen

Zweites Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Als Ziel der Neufassung wird die „Verstärkung der Reaktorsicherheit“ und eine „Güterabwägung zwischen den Erfordernissen des Umweltschutzes und den Erfordernissen von Beschäftigung und wirtschaftlichem Wachstum“ angegeben. Zielgerecht werden dementsprechend relativ eindeutige Vorschriften des bestehenden Gesetzestextes verwässert. So wird generell eine Klausel eingefügt, daß Betriebs- und Errichtungsgenehmigungen trotz entgegenstehender Vorschriften erteilt werden, sobald die „Landesregierungen ein überwiegend öffentliches Interesse an der Durchführung eines Vorhabens feststellen“. Mit § 49a kann dieses Interesse auf ganze Gebiete ausgedehnt werden. Mit § 15,3 kann eine Genehmigung erteilt werden, wenn „die Emissionen der Anlage vermindert werden oder, wenn dies nach dem Stand der Technik nicht möglich ist, die Verteilung der Emissionen erheblich verbessert wird“.

Volkszählungsgesetz 1981. Am 20. Mai 1981 wird die dritte Volkszählung in der Geschichte der Bundesrepublik durchgeführt, die letzte war im Mai 1970. Der jetzt vorliegende „Entwurf eines Gesetzes über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung“ sieht vor, 600000 „ehrenamtlich bestellte Zähler“ für die Volkszählung 1981 zu verpflichten. Über Angaben zur Person, Stellung im Haushalt, Lebensunterhalt, Ausbildung und Beruf, benutzte Verkehrsmittel, Arbeitszeit, Art, Größe und Nutzung der Wohnung, Miete usw. ist jeder volljährige Deutsche auskunftspflichtig. Darüberhinaus werden Angaben über Größe, Lage, Nutzung und Eigentümer aller Grundstücke und Gebäude erhoben sowie eine Arbeitsstättenzählung aller nichtlandwirtschaftlichen Unternehmen.

Dem gleichen Zweck dienen zwei weitere Gesetzentwürfe des Innenministers: die Neufassung des Bundesstatistikgesetzes sowie der Entwurf eines Statistikbereinigungsgesetzes.

Bundeswahlgesetz. In dem „Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes“ wird die Wahlkreiseinteilung den Bevölkerungsbewegungen sowie den Änderungen durch die Gebiets- und Verwaltungsreform in den Ländern angepaßt. Weiter klärt es „Rechtsfragen, die sich bei der Auslegung und Anwendung des Bundeswahlgesetzes ergeben haben“. So war bisher ein Wahlvorschlag zurückzuweisen, wenn „Form *und* Frist“ nicht beachtet wurden. Jetzt wird das Wort „und“ durch ein „oder“ ersetzt und dadurch die Möglichkeit der Schikane verschärft.

Gesetz über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen. Das Gesetz zu dem Abkommen vom 3. Februar 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik ist zur Ratifizierung des Abkommens notwendig. Im Abkommen selbst verpflichten sich zwei imperialistische Staaten zur gegenseitigen Hilfe. Entsprechend umfassend sind die Regelungen, damit keiner der Staaten daraus einen Konkurrenzvorteil ziehen kann. Was als Katastrophe oder schwerer Unglücksfall zählt, ist nicht definiert. Für die Bourgeoisie ist ein Arbeiteraufstand das schwerste Unglück. Die Hilfe kann deshalb nicht nur von Einheiten des Katastrophen- und Zivilschutzes geleistet werden, sondern „falls erforderlich in jeder anderen Weise“, also auch durch Polizei-und Militäreinheiten. Diese werden der Hilfe ersuchenden Seite unterstellt und haben dort freie Bewegungsmöglichkeit zu Lande, zu Wasser und in der Luft.

Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und sozialversicherungsrechtlicher Vorschriften. Dieses Gesetz entspricht einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das für staatliche Ausbildungsmonopole verfügt hat, daß diese auch außerhalb des Beamtenverhältnisses ermöglicht werden müssen. Der vom Bundesrat vorgelegte Entwurf sieht eine Zweigleisigkeit der Ausbildung vor, d.h. die Auszubildenden sollen gespalten werden in solche, die als Beamte auf Widerruf und solche, die in einem besonderen öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis stehen. Zu dieser Ausbildung wird nicht zugelassen, wer darauf ausgeht, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen.

Was die gesetzlichen Verkehrsformen der Kapitalistenklasse anlangt, so ist das Bundesministerium für Justiz damit beauftragt. Seine Obliegenheit ist der Schutz der Verfassung, der Gerichtsverfassung, des Bürgerlichen Rechts. Damit die Konkurrenz die einzelnen Kapitalisten nicht gegenseitig an die Gurgel treibt, tragen sie es in den Formen des Handels- und Wirtschaftsrechts aus. Unmittelbar wichtig sind die Beamten, die es anwenden, das Justizministerium garantiert für die Bestellung der Richter und die Besetzung der obersten Gerichtshöfe.

Wasser und in der Luft.

durchgeführt, die letzte war im Mai 1970. Der jetzt vorliegende „Entwurf eines Gesetzes über eine Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung“ sieht vor, 600000 „ehrenamtlich bestellte Zähler“ für die Volkszählung 1981 zu verpflichten. Über Angaben zur Person, Stellung im Haushalt, Lebensunterhalt, Ausbildung und Beruf, benutzte Verkehrsmittel, Arbeitszeit, Art, Größe und Nutzung der Wohnung, Miete usw. ist jeder volljährige Deutsche auskunftspflichtig. Darüberhinaus werden Angaben über Größe, Lage, Nutzung und Eigentümer aller Grundstücke und Gebäude erhoben sowie eine Arbeitsstättenzählung aller nichtlandwirtschaftlichen Unternehmen.

Dem gleichen Zweck dienen zwei weitere Gesetzentwürfe des Innenministers: die Neufassung des Bundesstatistikgesetzes sowie der Entwurf eines Statistikbereinigungsgesetzes.

Bundeswahlgesetz. In dem „Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes“ wird die Wahlkreiseinteilung den Bevölkerungsbewegungen sowie den Änderungen durch die Gebiets- und Verwaltungsreform in den Ländern angepaßt. Weiter klärt es „Rechtsfragen, die sich bei der Auslegung und Anwendung des Bundeswahlgesetzes ergeben haben“. So war bisher ein Wahlvorschlag zu-

Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und sozialversicherungsrechtlicher Vorschriften. Dieses Gesetz entspricht einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das für staatliche Ausbildungsmonopole verfügt hat, daß diese auch außerhalb des Beamtenverhältnisses ermöglicht werden müssen. Der vom Bundesrat vorgelegte Entwurf sieht eine Zweigleisigkeit der Ausbildung vor, d.h. die Auszubildenden sollen gespalten werden in solche, die als Beamte auf Widerruf und solche, die in einem besonderen öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis stehen. Zu dieser Ausbildung wird nicht zugelassen, wer darauf ausgeht, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen.

Was die gesetzlichen Verkehrsformen der Kapitalistenklasse anlangt, so ist das Bundesministerium für Justiz damit beauftragt. Seine Obliegenheit ist der Schutz der Verfassung, der Gerichtsverfassung, des Bürgerlichen Rechts. Damit die Konkurrenz die einzelnen Kapitalisten nicht gegenseitig an die Gurgel treibt, tragen sie es in den Formen des Handels- und Wirtschaftsrechts aus. Unmittelbar wichtig sind die Beamten, die es anwenden, das Justizministerium garantiert für die Bestellung der Richter und die Besetzung der obersten Gerichtshöfe.

Entwurf eines Staatshaftungsgesetzes. Die Haftung des Staatsapparates für all die Verbrechen der Staatstätigkeit ist beschränkt. Sie geht über den Nachweis der *Schuld* seiner einzelnen Beamten und Staatsbediensteten. Unverkennbar hat dies System auf der Ebene der niedrig entlohnten Staatsbediensteten den Effekt der Spaltung von gemeinsamen Interessen der Arbeiterbewegung und der Bewegung in den öffentlichen Diensten. Der Gesetzentwurf ändert das Grundgesetz und regelt die Staatshaftung neu. Versprochen wird die unmittelbare Haftung des Staates. Gesetzlich fixiert ist der *Ausschluß* von jeglicher Haftung. Nebeneffekt ist die Beseitigung des unmittelbaren Zugriffs auf den höheren Beamtentrupp, den Ansporn, noch ungezügelter vorzugehen, ist deutlich. Haftungsausschluß gilt für die Tätigkeit der Gerichte, den ganzen Bereich der öffentlichen Straßen, Wasserwege, Luftverkehr, öffentliche Verkehrsbetriebe, Abwasser, Abfall, die Deutsche Bundespost, Versorgung mit Wasser und Energie. Neu eingefügt wird die Haftung für „Tumultschäden“ – jede Form der Beteiligung an Demonstrationen und Kampfaktionen schließt den Anspruch auf Haftung aus. Die „Beteiligung“ wird vermutet, sofern „jemand an einer verbotenen Versammlung teilnimmt und sich nach Aufforderung durch die Polizei nicht unverzüglich entfernt“ – Der Staatsapparat wird ihn heranziehen *wollen* wenn es die Arbeiterbewegung nicht verhindert.

17. und 18. Strafrechtsänderungsgesetz. Unter dem Stichwort „Verjährungsdebatte“ liegt der einmütige Entwurf vor, eingebracht von einer Reihe von Bundestagsabgeordneten. Die bis jetzt geltende Verjährung für Mord von 30 Jahren wird aufgehoben. Ungezügelte Verfolgung durch die Staatsmacht bei „Verbrechen mit besonders hohem Unrechtsgehalt“ (Bundesjustizminister Vogel). Von der Nichtverjährung der NS-Verbrechen ist es nicht weit zum Militärgerichtsprozeß. Dazu der Entwurf zur Aussetzung von lebenslangen Freiheitsstrafen auf Bewährung. Bislang, zuletzt bei der reichgewordenen Vera Brühne, als Gnadenakt vollstreckt, wird die Angelegenheit verfeinert. Nach 13 Jahren Haft ist Freilassung mit 5jähriger Überwachung (Bewährung) möglich. Zuvor wird ein Sachverständigengutachten über den Gefangenen eingeholt, das die „Sozialprognose“ seiner Widerstandskraft abgibt.

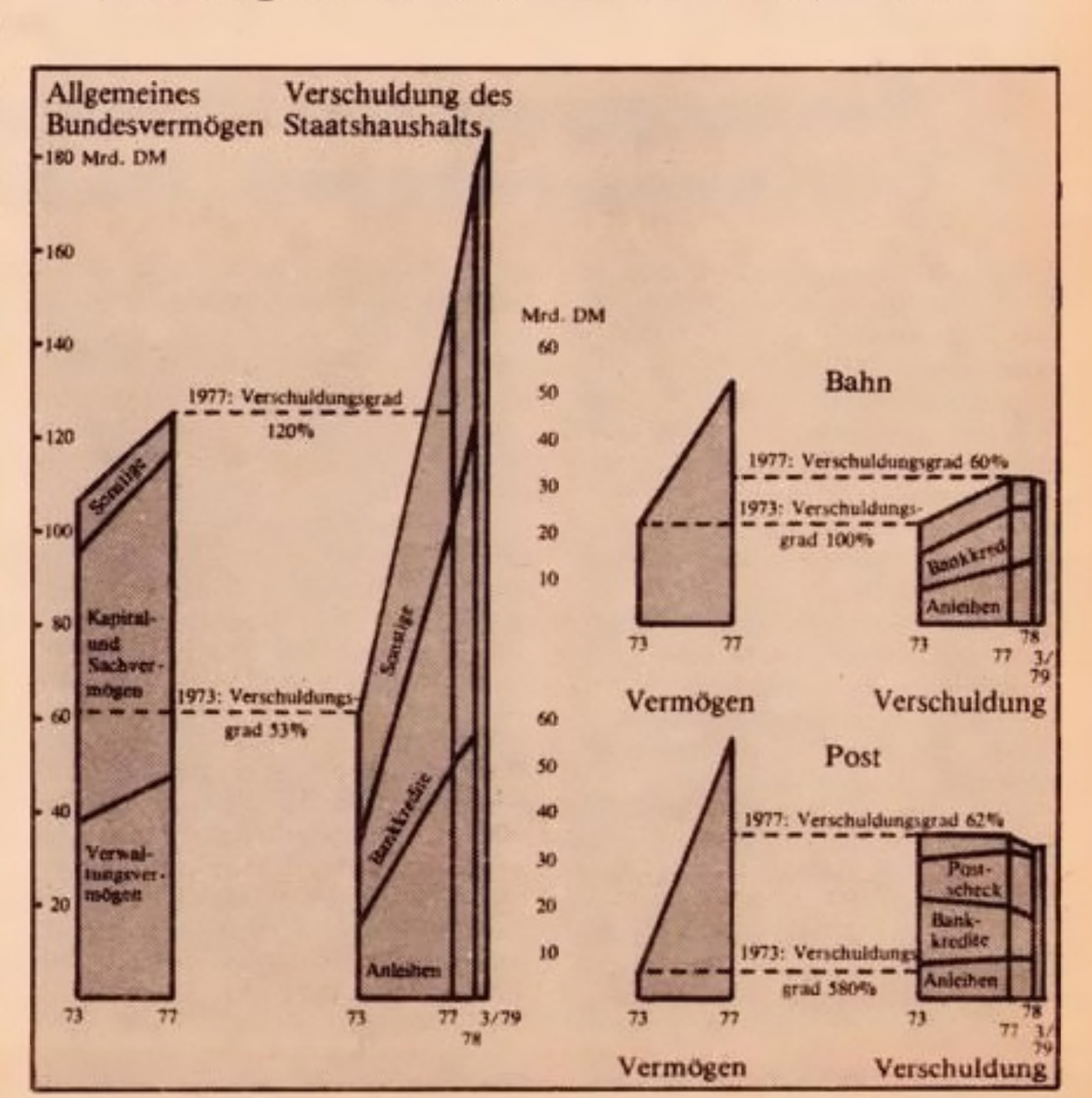
Auslieferungsvertrag BRD/Kanada. Ein gegenseitiges Abkommen zur Auslieferung jeder Person, die wegen einer Straftat verfolgt wird, soll geschlossen werden. Gegenseitige Imperialistenhilfe. Politischer Täter ist *nicht*, wenn die Tat ein Mord, eine Entführung oder ein vorsätzlicher Angriff auf ein Staatsorgan ist.

19. Strafrechtsänderungsgesetz. Es könnte nach geltendem Recht jeder höhere Beamte wegen Verletzung von Geheimhaltungsvorschriften bestraft werden.

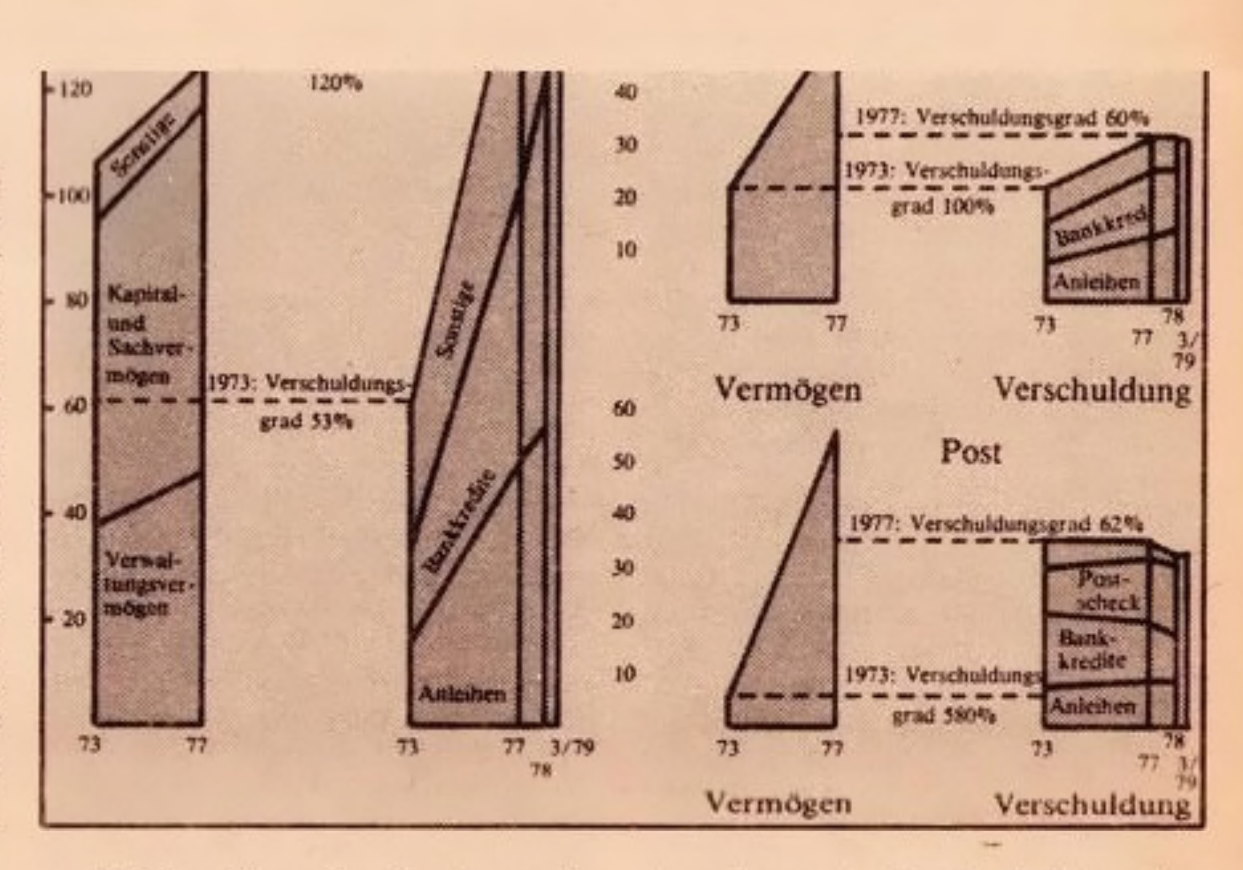
– könnte, weil auf Magazine, die veröffentlichen, ist nicht unbedingt Verlaß. Der Gesetzentwurf beschränkt die Strafbarkeit auf die zur „Geheimhaltung verpflichteten Personen“. Für ehemalige Soldaten wird Strafe *eingeführt*, wenn sie aus den Kasernen berichten. Es wird das Ränkekarussell unter den Bourgeois befördern.

Gesetzentwurf der CDU zur Änderung des Versammlungsgesetzes. Daß sich die Massen versammeln, ist unvermeidlich und läßt sich nicht unterdrücken. Der Gesetzentwurf sieht Strafe für das „Tragen von sonstigen Waffen“ vor, das ist alles, „was geeignet ist, Verletzungen von Personen und Sachen herbeizuführen“. Der Veranstalter, der nicht vorher eine Durchsuchung der Teilnehmer nach solchen „geeigneten Dingern“ durchführt, soll im Gefängnis landen. Ein Verbot für die Propaganda zur Teilnahme an einer verbotenen Demonstration – so hilflos es ist – soll Wirkung zeigen. Verschärfung der schon geltenden Widerstands- und Landfriedensbruchparagrafen des Strafgesetzbuches stellt der Gesetzentwurf dar.

Deckung der Staatsschuld? Steuern, Polizei!



z.mif. Das allgemeine Bundesvermögen ist geringer als die Verschuldung des Bundeshaushalts; Ende 1977 waren bereits 25 Mrd. DM Staatsschuld nicht durch Vermögen des Bundes gedeckt. Der Bund akkumuliert, aber die Staatsschuld steigert er weit schneller. – Nicht als Vermögen ausgewiesen, obwohl bundeseigen, sind die Autobahnen, Bundesstraßen, Kanäle. Die Kosten dafür werden „mangels finanzieller Verwertbarkeit“ sofort abgeschrieben. – Bahn und Post sind hoch verschuldet, aber nicht so hoch wie der Bund. Die kapitalistische Rationalisierung wird durch die Regierung vorangetrieben, um aus diesen Betrieben Profit zu ziehen. Solange der Gewaltapparat des bürgerlichen Staates den Einzug von Steuern zu garantieren vermag, geben die Banken Kredit auch ohne Deckung, wenn die Staatspolitik den richtigen Ausbeuterkurs hat. (Quellen: Finanzbericht 1975, 1979; Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, März 1979; Schuldenstand und Schuldenstruktur des Bundes, Bundestagsdrucksache 8/2804)



z.mif. Das allgemeine Bundesvermögen ist geringer als die Verschuldung des Bundeshaushalts; Ende 1977 waren bereits 25 Mrd. DM Staatsschuld nicht durch Vermögen des Bundes gedeckt. Der Bund akkumuliert, aber die Staatsschuld steigert er weit schneller. – Nicht als Vermögen ausgewiesen, obwohl bundeseigen, sind die Autobahnen, Bundesstraßen, Kanäle. Die Kosten dafür werden „mangels finanzieller Verwertbarkeit“ sofort abgeschrieben. – Bahn und Post sind hoch verschuldet, aber nicht so hoch wie der Bund. Die kapitalistische Rationalisierung wird durch die Regierung vorangetrieben, um aus diesen Betrieben Profit zu ziehen. Solange der Gewaltapparat des bürgerlichen Staates den Einzug von Steuern zu garantieren vermag, geben die Banken Kredit auch ohne Deckung, wenn die Staatspolitik den richtigen Ausbeuterkurs hat. (Quellen: Finanzbericht 1975, 1979; Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, März 1979; Schuldenstand und Schuldenstruktur des Bundes, Bundestagsdrucksache 8/2804)

Ministerium für Finanzen: Massensteuern erhöhen, Kapitalexport sichern

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Entwicklungsländer-Steuergesetzes. Der Gesetzentwurf dient der finanziellen Absicherung der Expansionsbestrebungen der westdeutschen Imperialisten. Nach der letzten Fassung des Gesetzes von 1975 wäre das Gesetz am 1.1.79 ausgelaufen, jetzt wird die zeitliche Begrenzung aufgehoben. Steuerfreie Rücklagen aus dem Profit, die für den Kapitalexport in Länder der Dritten Welt bestimmt sind, müssen nach dem neuen Gesetz statt nach sechs erst nach zwölf Jahren aufgelöst werden. Rücklagen im Bereich der Rohstoff- und Energiegewinnung können 60% statt bisher 40% der Anschaffungs- oder Herstellungskosten der Kapitalanlage ausmachen.

Entwurf zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes. Über ein Jahr später als in der EG-Richtlinie zur Harmonisierung der Umsatzsteuer im Bereich der EG festgelegt, hat die Bundesregierung eine Beschlußempfehlung für ein neues Umsatzsteuergesetz vorgelegt. Obwohl die westdeutschen Imperialisten die EG-Richtlinie mit abgesegnet hatten, sind doch nicht alle Punkte zu ihrer vollsten Zufriedenheit ausgefallen. Unzufriedenheit macht sich bei Teilen der Bourgeoisie insbesondere bei der Festlegung der Umsatzsteuerbefreiungen breit, von der besonders Unternehmen des grenzüberschreitenden Gewerbes wie Reisebüros und Speditionen sowie Unternehmen des Gesundheitsbereichs wie Zahnlabors und Zahnärzte betroffen sind.

Entwurf eines Tabaksteuergesetzes. Die „Harmonisierung der Tabaksteuer im EG-Bereich“ nimmt das Finanzministerium zum Anlaß, die Tabaksteuer zu erhöhen und die Weichen zur Ruinierung der kleinen Tabakwarenhersteller zu stellen. Mit Mindereinnahmen, die sich aus der Preiserhöhung für Zigaretten am 1.7.79 ergeben sollen, wird die Erhöhung der Tabaksteuer von der Bundesregierung begründet. Der stückbezogene Anteil bei Zigaretten wird von 51,52 DM je tausend auf 41 DM je tausend Zigaretten gesenkt, bei gleichzeitiger Anhebung des preisbezogenen Steueranteils von 15,62% auf 30,1% des Kleinverkaufspreises. Die Steuer auf Zigarren und Zigarillos wird gesenkt.

Wirtschaftsministerium: Die Bedingungen des Waren- und Kapitalexports verbessern

Das Gesetz zu dem Abkommen zwischen den Mitgliedsstaaten der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ und Ägypten, Jordanien, Syrien und dem Libanon wurde am 15.2. vom Bundestag verabschiedet, vom Bundesrat noch nicht. Aufgrund der strategischen Bedeutung wird dieser Teil des Abkommens in Gesetzesform gegossen. Senkung der Einfuhrzölle, was die BRD-Imperialisten bei einem Import von 17000 t Walzstahlerzeugnissen wenig kostet. Dabei die Zusicherung der „Meistbegünstigung“, verstärkter Kapitalexport, das Strafferziehen der Schuldenleine mit einem Kredit von 300 Mio. ERE und Festschreiben einer Überprüfung 1979 und 1984, bei der sich die arabischen Staaten „um Fortschritte bei der Beseitigung der Handelshemmnisse bemühen“ müssen.

Fischereitag auf Norderney

Niedersächsischer Landwirtschaftsminister will Fischerei ,,den wirtschaftlichen Daten anpassen''

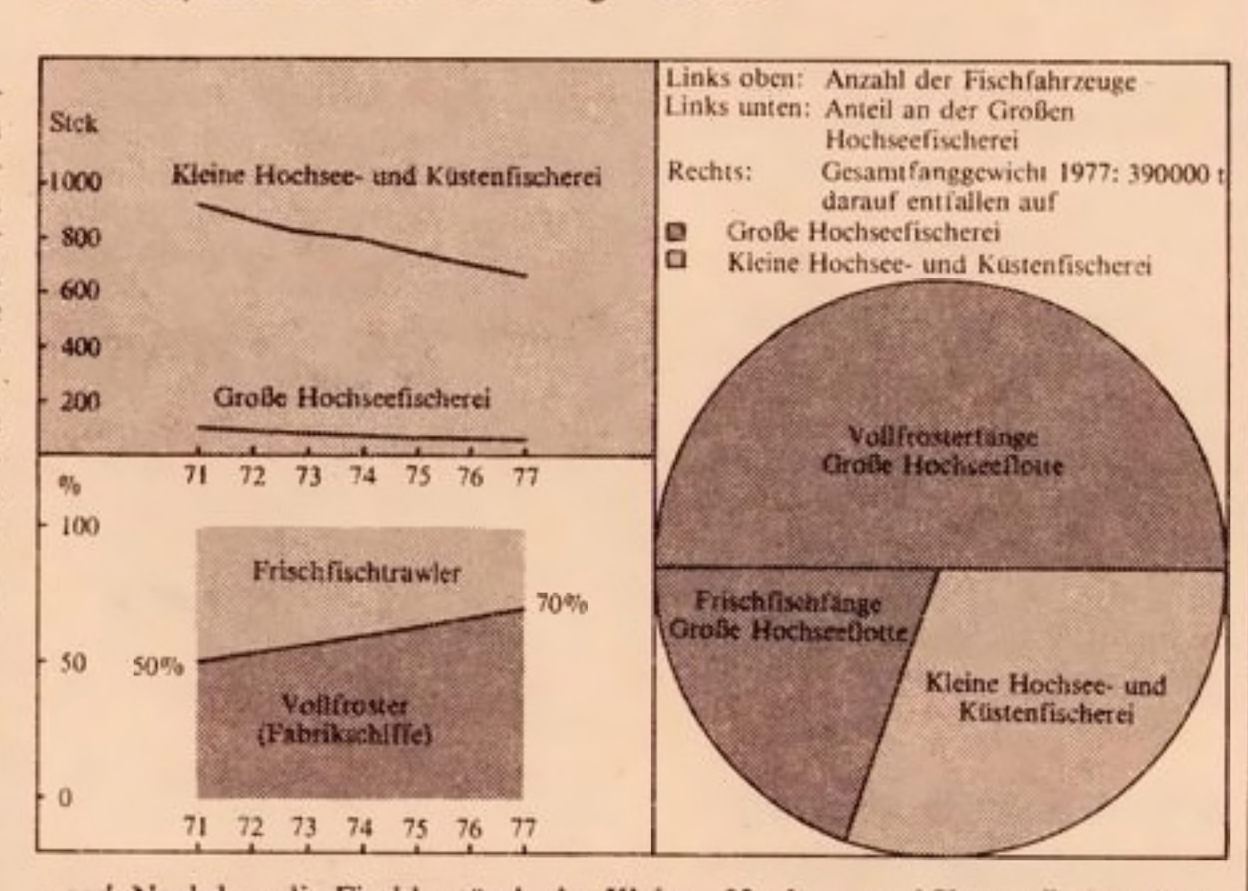
z.bel. ,,Die Beschränkung der Fangmöglichkeiten bereitet der Seefischerei große Sorge'', erklärte der niedersächsische Landwirtschaftsminister Glup. Der Deutsche Fischereitag auf Norderney sollte auf dieser Linie dienen, die kleinen und mittleren Fischer auf die imperialistische Fischereipolitik einzuschwören. Was meint denn Glup? Er spricht davon, daß sich seit 1977 – also seit der internationalen Seerechtskonferenz, auf der die Länder der Dritten Welt durch die Ausweitung ihrer Hoheitsgewässer den Imperialisten gewisse Schranken auferlegt haben – die Verhältnisse in einem Maße geändert hätten, daß es einem Strukturumbruch gleichkommt, ,,wie man ihn in Friedenszeiten noch nicht erlebt'' habe. Worauf der Mann hinauswill: Verständnis für den *Krieg* der Handvoll Fischereimonopolisten, den diese in Gestalt der Ausplünderung der Fischreichtümer der Länder der Dritten Welt wie auch kleinerer kapitalistischer Staaten führen, zu wecken. Die Maßnahmen der Länder der Dritten Welt gegen diese Handvoll Imperialisten sollen als gegen ,,die Seefischerei'' gerichtet erscheinen. Das ist der ideologische Trick des Ministers. So soll die Wirklichkeit auf den Kopf gestellt werden, so sollen die Länder der Dritten Welt, nicht jedoch die imperialistischen Fischereimonopole als Ursache des sich beschleunigenden Ruins der kleinen Fischer erscheinen. Glup spricht stellvertretend für die westdeutschen Imperialisten. Deren Interesse richtet sich schon länger darauf, die kleinen Fischer für ihre Aggressionspolitik zu gewinnen. Der Versuch etwa, die kleinen Ostseefischer für die Verletzung fremder Hoheitsgewässer zu gewinnen, hat dies jüngst einmal mehr deutlich belegt.

Die Fischereimonopole jammern über die Veralterung ihrer Flotte. In Wirklichkeit heißt das: sie lassen die Frischfischschiffe verrotten, die bloß noch in den bereits weitgehend ausgeplünderten Fischereigebieten eingesetzt werden könnten, und verlangen von der Regierung Geld für den imperialistischen Um- und Neubau ihrer Flotte. Gebaut werden ,,Froster'', mit umfangreichen Kühl- und Fabrikationsanlagen, die sich für ausgedehnteste Raubzüge – vor die Küsten Südamerikas zum Beispiel – eignen. Von 1971 bis 1981 bekommen die Fischereimonopole 190 Millionen DM zinsgünstige Darlehen für den Bau ihrer Frosterflotte.

Ist das die Generallinie der Fischereimonopole – im wesentlichen teilen sich Unilever, Oetker und zwei Reedereien aus Hamburg und Bremen den Markt –, so bleibt nach wie vor der ruinöse Druck auf die kleinen und mittleren Fischer bestehen. Sowohl die weitgehende Ausplünderung der traditionellen Fanggründe treibt sie in den Ruin als auch der ökonomische Zwang, immer größeres Kapital einsetzen zu müssen, um überhaupt Erträge zu erzielen. Hochseetüchtige Kutter bei einer Länge von 19 Metern kosten etwa 700000 bis 1 Mio. DM. Darüberhinaus trifft die Fischer die ganze Wucht der Folgen der kapitalistischen Industrialisierung, die die Küstengewässer zerstören. Die linke Jadeseite zum Beispiel, ein Krabbengebiet, ist wegen der Ölgroßtanker zum Sperrgebiet erklärt worden. Seit 1973 sind im Jadegebiet rund 100000 Tonnen Öl ausgelaufen. 1000 Tonnen Arsen fließen jährlich nur allein über den Rhein in die Nordsee. Man habe sich auf dem Fischereitag vor allem der Probleme der Kutter- und Küstenfischer angenommen, verkündete die Bourgeoisie. Das hieß zum Beispiel: Glup empfahl, die Giftanreicherung in den Fischen zu verschweigen, ,,sonst ginge die Verkaufsquote noch weiter zurück''! – Die Fischer lassen sich freilich solchen bloß auf die Profitinteressen der Imperialisten ausgerichteten Zynismus nicht gefallen. Sie protestierten gegen die Ansiedlung des ICI-Konzerns an der Jade.

Die kleinen Fischer versuchen, ihren Ruin durch Einsatz von immer mehr Arbeit aufzuhalten. Von staatlicher Einmischung und Reglementierung in ihre Arbeit wollen sie nichts wissen. Der auf dem Fischereitag vorgetragene Vorschlag von Professor Nellen, ein staatliches ,,Küstenmanagement'' einzurichten, stieß auf ihre Ablehnung. Der Vorsitzende des Fischereiverbandes Weser-Ems, ein Fischer aus Greetsiel, sprach sich unter dem Beifall der Fischer gegen staatliche Eingriffe in die Krabbenfischerei aus. Das wird allerdings so wenig wie der immer ausgedehntere Arbeitseinsatz den Ruin aufhalten. Und die Manöver der CDU, ,,Staatsverdrossenheit'' in reaktionäres Fahrwasser zu leiten, sind bekannt.

Der Kampf ist gegen die imperialistischen Monopole und ihren Staat zu führen.



r.scd. Nachdem die Fischbestände der Kleinen Hochsee- und Küstenfischer (Halter von Motorkutter ohne Nebenerwerbs- und Sportfischerei) nahezu ausgeplündert waren und die Drittländer, in deren 200-Seemeilenzonen die Kapitalisten der Großen Hochseefischerei 65% der westdeutschen Fischereitonnage raubten, immer mehr ihre Ressourcen zu schützen wußten, gingen die Fischereikonzerne mit Hilfe der Bundesregierung daran, die Flotte zu modernisieren; Fischfabrikschiffe anstelle der Frischfischtrawler einzusetzen. Für die Kleine Hochsee- und Küstenfischerei, zum größten Teil im Familienbesitz, bedeutete dies den Ruin. Unilever, Oetker und zwei Reedereien aus Hamburg und Bremen teilen sich heute den gesamten Markt. Durch erhöhten Arbeitskräfteeinsatz und Modernisierung mit Fischfindern, Navigation und modernen Fanggeräten versucht die Kleine Hochsee- und Küstenfischerei ihren Untergang aufzuhalten.

100 Arbeitsstunden in der Woche, Stundenlohn 4,85 DM

Britische Landarbeiter kämpfen gegen Agrarkapitalisten

z.rül.London. ,,Die Landarbeiter und ihre Familien sind es leid, sich mit kümmerlichen Löhnen dürftig durchzuschlagen... Sie sind es leid, ihre Kinder mit zweitklassigen Kleidern aus Ramschverkäufen dürftig anziehen zu müssen. Sie sind nicht länger bereit, sich von ihrem Unternehmer ausrauben zu lassen.''

Mit diesen Worten begründete der Vorsitzende der Gewerkschaft der Landarbeiter und angeschlossenen Arbeiter (NUAAW) am 7. Mai die Forderung der Gewerkschaft, die Mindestlöhne der Landarbeiter im Winter von gegenwärtig 48.50 Pfund wöchentlich schon länger darauf, die kleinen Fischer für ihre Aggressionspolitik zu gewinnen. Der Versuch etwa, die kleinen Ostseefischer für die Verletzung fremder Hoheitsgewässer zu gewinnen, hat dies jüngst einmal mehr deutlich belegt.

Die Fischereimonopole jammern über die Veralterung ihrer Flotte. In Wirklichkeit heißt das: sie lassen die

50 und 65 Hektar groß. Viele ihrer Besitzer wohnen in der Stadt und lassen ihren Hof von Lohnunternehmern bewirtschaften, die pro Hof zwei bis vier Arbeiter ausbeuten. Vor kurzem hat ein Versicherungskonzern einen 75-Hektar-Hof gekauft. Der alte Besitzer ist jetzt Lohnunternehmer. Er beutet drei Landarbeiter aus und führt jedes Jahr umgerechnet 18000 DM Pacht ab.

Alle Landarbeiter in der Gegend sind zu maßloser Überarbeit gezwungen. Ein Arbeiter im Getreide- und Grünfutteranbau arbeitet *normalerweise* 80 Stunden fn der Woche; in der 1000 Tonnen Arsen fließen jährlich nur allein über den Rhein in die Nordsee. Man habe sich auf dem Fischereitag vor allem der Probleme der Kutter- und Küstenfischer angenommen, verkündete die Bourgeoisie. Das hieß zum Beispiel: Glup empfahl, die Giftanreicherung in den Fischen zu verschweigen, ,,sonst ginge die Verkaufsquote noch weiter zurück''! – Die Fischer lassen sich freilich solchen bloß auf die

Landarbeiter und Bauern in Britannien, 1977

Vollzeit-Landarbeiter	199900
Teilzeit-Landarbeiter	61800
Saisonarbeiter	88300
alle Landarbeiter	350000
Landwirtschaftliche Lohnunternehmer (Pächter)	7600
(Vollzeit-) Bauern	181500
nebenberufliche Bauern	64400

kennt. Und das macht so gut wie keiner.

Bis vor zwei Jahren erhielten die ter von Motorkutter ohne Nebenerwerbs- und Sportfischerei) nahezu ausgeplündert waren und die Drittländer, in deren 200-Seemeilenzonen die Kapitalisten der Großen Hochseefischerei 65% der westdeutschen Fischereitonnage raubten, immer mehr ihre Ressourcen zu schützen wußten, gingen die Fischereikonzerne mit Hilfe der Bundesregierung daran, die Flotte zu modernisieren; Fischfabrikschiffe anstelle der Frischfischtrawler einzusetzen. Für die Kleine Hochsee- und Küstenfischerei, zum größten Teil im Familienbesitz, bedeutete dies den Ruin. Unilever, Oetker und zwei Reedereien aus Hamburg und Bremen teilen sich heute den gesamten Markt. Durch erhöhten Arbeitskräfteeinsatz und Modernisierung mit Fischfindern, Navigation und modernen Fanggeräten versucht die Kleine Hochsee- und Küstenfischerei ihren Untergang aufzuhalten.

an Moss. Möglich sei das schon. Die Landarbeiter nehmen die maßlose Überarbeit und die Hungerlöhne jedenfalls nicht mehr hin. Solche Aktionskomitees wie in Surrey-Sussex werden jetzt überall aufgebaut. Für einen erfolgreichen Streik müßten aber die Lohnverhandlungen vorverlegt werden, meint Bryan Moss. Im November-Dezember kann man wenig machen. Besser sei im August-September; wenn dann überall die Maschinenführer sich z.B. weigern, die Ernte einzubringen, könnte man was erreichen. Außerdem muß erst einmal die volle Tariffreiheit durchgesetzt werden. Im

100 Arbeitsstunden in der Woche, Stundenlohn 4,85 DM

Britische Landarbeiter kämpfen gegen Agrarkapitalisten

z.rül.London. ,,Die Landarbeiter und ihre Familien sind es leid, sich mit kümmerlichen Löhnen dürftig durchzuschlagen... Sie sind es leid, ihre Kinder mit zweitklassigen Kleidern aus Ramschverkäufen dürftig anziehen zu müssen. Sie sind nicht länger bereit, sich von ihrem Unternehmer ausrauben zu lassen.''

Mit diesen Worten begründete der Vorsitzende der Gewerkschaft der Landarbeiter und angeschlossenen Arbeiter (NUAAW) am 7. Mai die Forderung der Gewerkschaft, die Mindestlöhne der Landarbeiter im Winter von gegenwärtig 48,50 Pfund wöchentlich (ca. 840 DM im Monat) auf 100 Pfund wöchentlich zu erhöhen, die tarifliche Arbeitszeit auf 35 Stunden zu verringern und den Jahresurlaub auf vier Wochen zu verlängern.

In der NUAAW sind 85000 Landarbeiter organisiert, vorwiegend aus England und Wales. Die TGWU, die Transport- und allgemeine Arbeitergewerkschaft, in der die Landarbeiter in Schottland organisiert sind, hat sich diesen Forderungen angeschlossen.

Die Forderung nach einem Mindestlohn von 100 Pfund die Woche ist ein sozialdemokratisches Manöver als Antwort auf die wachsende Bewegung der Landarbeiter gegen ihre Elendslöhne und die Ausbeutung durch die Agrarkapitalisten. 7000 Landarbeiter allein in England und Wales bekommen einen Lohn unter dem offiziellen Existenzminimum, das sind z.B. für eine Familie mit zwei Kindern umgerechnet 866 DM.

Im Distrikt Surrey-Sussex, südlich von London, bildeten die Arbeiter im Januar, nur einen Monat nach dem letzten Tarifabschluß, ein Aktionskomitee. Vorbereitung der nächsten Lohnkämpfe durch Organisierung weiterer Landarbeiter, Informationsarbeit und die Planung gezielter Streikaktionen sind seine Aufgabe.

Wir fragten den Vorsitzenden der NUAAW in diesem Distrikt, Bryan Moss, nach den Löhnen und Arbeitsbedingungen der Landarbeiter. Surrey-Sussex ist ein Gebiet mit gemischter Landwirtschaft, d.h. Milchviehhaltung, Geflügelzucht, Gemüseanbau und Getreide. Die Höfe sind zwischen 50 und 65 Hektar groß. Viele ihrer Besitzer wohnen in der Stadt und lassen ihren Hof von Lohnunternehmern bewirtschaften, die pro Hof zwei bis vier Arbeiter ausbeuten. Vor kurzem hat ein Versicherungskonzern einen 75-Hektar-Hof gekauft. Der alte Besitzer ist jetzt Lohnunternehmer. Er beutet drei Landarbeiter aus und führt jedes Jahr umgerechnet 18000 DM Pacht ab.

Alle Landarbeiter in der Gegend sind zu maßloser Überarbeit gezwungen. Ein Arbeiter im Getreide- und Grünfutteranbau arbeitet *normalerweise* 80 Stunden fn der Woche; in der Erntezeit oft 100 Stunden und mehr. Arbeiter in der Milchviehaltung oder in der Schweinezucht haben Arbeitsverträge, die sie zu 60 regulären Arbeitsstunden an sechs Tagen verpflichten. Weitere Überstunden können ,,nach Bedarf'', wie es im Vertrag heißt, angeordnet werden. Außerdem müssen sie sich oft Tag und Nacht zur Arbeit bereithalten, ohne dafür einen Pfennig Zuschlag zu bekommen. Erst letztes Jahr setzten sie durch, daß Vollzeitarbeiter *während der Erntezeit* einen Abschlag von etwa 10 DM am Tag erhalten, wenn sie sich bereithalten müssen, aber dann keine Arbeit anfällt. Laut Tarifvertrag gibt es Überstundenzuschläge von 50%, sonst nichts. Deputate, d.h. Zahlung des Lohns oder eines Teils in Naturalien, sind für den Tariflohn verboten.

Urlaub gibts drei Wochen im Jahr, zwei davon in der Zeit vom April bis Oktober. Für Arbeiten an *16* Sonntagen gibt es *einen* zusätzlichen Urlaubstag, bei *32* Sonntagen Arbeit ganze *zwei* Urlaubstage.

Die schwere Arbeit an oft völlig ungesicherten Maschinen führt zu vielen Unfällen. Jährlich sterben ca. 100 Landarbeiter durch Betriebsunfälle und werden 10000 verletzt. Das ist dreimal so viel wie in der Industrie. Erst vor wenigen Jahren konnten die Landarbeiter durchsetzen, daß z.B. die Traktoren durch Überrollbügel gesichert werden. Sicherheitsbeauftragte der Gewerkschaft, die den Zustand der Maschinen überprüfen, sind laut Gesetz nur zulässig, wenn der einzelne Kapitalist die Gewerkschaften anerkennt. Und das macht so gut wie keiner.

Landarbeiter und Bauern in Britannien, 1977

Vollzeit-Landarbeiter	199900
Teilzeit-Landarbeiter	61800
Saisonarbeiter	88300
alle Landarbeiter	350000
Landwirtschaftliche Lohnunternehmer (Pächter)	7600
(Vollzeit-) Bauern	181500
nebenberufliche Bauern	64400

Bis vor zwei Jahren erhielten die Landarbeiter im Krankheitsfall nur ein staatliches Krankengeld, das nie den Nettotariflohn erreichte. Jetzt haben sie durchgesetzt, daß 13 Wochen im Jahr im Krankheitsfall der Lohn fortgezahlt wird.

Kaum ein Landarbeiter bekommt eine Berufsausbildung. Nur wenn der Kapitalist zustimmt, kann er drei Jahre lang in der Zeit von November bis April einmal wöchentlich eine landwirtschaftliche Berufsschule besuchen. Dafür kriegt der Kapitalist dann eine staatliche Unterstützung, wegen des ,,Arbeitsausfalls''.

Ob es in der nächsten Tarifrunde zu Streiks kommen wird, fragten wir Bryan Moss. Möglich sei das schon. Die Landarbeiter nehmen die maßlose Überarbeit und die Hungerlöhne jedenfalls nicht mehr hin. Solche Aktionskomitees wie in Surrey-Sussex werden jetzt überall aufgebaut. Für einen erfolgreichen Streik müßten aber die Lohnverhandlungen vorverlegt werden, meint Bryan Moss. Im November-Dezember kann man wenig machen. Besser sei im August-September; wenn dann überall die Maschinenführer sich z.B. weigern, die Ernte einzubringen, könnte man was erreichen. Außerdem muß erst einmal die volle Tariffreiheit durchgesetzt werden. Im Augenblick entscheidet ein ,,Landwirtschaftliches Lohnkomitee'' über die Forderungen der Gewerkschaften, in dem neben acht Kapitalisten und acht Gewerkschaftlern noch fünf sogenannte ,,Unabhängige'' sitzen, die der Landwirtschaftsminister beruft. Mehrheitsentscheidungen des Komitees sind quasi Gesetz und können nicht abgelehnt werden. Die letzte Konferenz der NUAAW forderte die Abschaffung dieses Komitees und seinen Ersatz durch einen Ausschuß, wo nur Gewerkschaften und Kapitalisten mit gleicher Stimmenzahl vertreten sind. Unter den Landarbeitern ist das Komitee verhaßt. Sie fordern die volle Tariffreiheit.



500 Landarbeiter demonstrierten am 7.12. in London für ihre Forderung nach 80 Pfund Mindestlohn. Sie erreichten eine Erhöhung um 13% auf 48,50 Pfund.

Ausstellung ,,Dritte Welt im Kampf um die Nahrung''

z.pek. Auf der 46. Internationalen Landwirtschaftsmesse, die vom 11. bis 20. Mai in Novi Sad (Jugoslawien) stattfand, veranstalteten 33 Länder der Dritten Welt die Sonderausstellung ,,Entwicklungsländer im Kampf um die Nahrung''. Jugoslawien präsentierte neu entwickelte, besonders ertragreiche Sorten von Weizen, Mais und Sonnenblumen und veranstaltete gleichzeitig ein Ausbildungsseminar für landwirtschaftliche Fachkräfte aus Asien und Afrika. Guatemala hat Verfahren entwickelt, um das Fruchtfleisch der Kaffeepflanze, das von den Imperialisten ungenutzt vernichtet wurde, als Düng- und Tierfutter zu verwenden. Sri Lanka und die Philippinen erprobten erfolgreich die Erzeugung chemischer Produkte, wie Fettsäure und Glycerin, aus Kokosnüssen. Die Ausstellung belegt die bisherige Erfüllung des Aktionsprogramms der blockfreien Länder für die Produktion von Nahrung und landwirtschaftlichen Artikeln, das auf der 5. Gipfelkonferenz der Blockfreien 1976 in Colombo beschlossen und in dem die Zusammenarbeit im Bereich der Forschung und Entwicklung der landwirtschaftlichen Technologie festgelegt wurde. Ziel dieses Aktionsprogramms ist es, die landwirtschaftliche Produktion der Länder der Dritten Welt jährlich um 4% zu steigern, um so die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten aus den imperialistischen Ländern zu beseitigen.

Schweiz: Bauernkomitees fordern Erzeugerpreiserhöhung

z.anb. Anfang Mai demonstrierten in Brugg (bei Zürich) 120 Vertreter von Bauernkomitees, die sich, vor allem in der Westschweiz, gegen die ,,faulen Kompromisse'' des Schweizerischen Bauernverbandes (SBV) zusammengeschlossen haben. Dieser hat unlängst der ,,Vertagung'' der Verhandlungen mit der Regierung über die jährliche Anpassung der Erzeugerpreise zugestimmt; und zwar rechtzeitig vor der nächsten EG-Agrarministerrunde, die im Juni die Preisregelung neu verhandelt. Die ,,Konkurrenzfähigkeit'' der Schweizer Milch liege ihr am Herzen, säuselt die Bourgeoisie. Von den 133126 Betrieben besitzen über 43%, vor allem in den Berggebieten, wo die Milchwirtschaft Hauptproduktionszweig ist, zwischen 1 und 5 ha Boden. Ihre Betriebskosten betragen das Fünffache der Großbauernhöfe. Seit 1965 sind bereits 30000 von ihnen ruiniert worden. Jetzt soll die Erzeugerpreisanpassung – die Kleinbauern fordern 80 Rappen pro Liter statt 76 – beseitigt werden zugunsten von ,,Zuschüssen''. Der Schweizer Nationalrat arbeitet an einem Gesetz über ,,Flächenbeiträge an Bergbauern'', die einerseits lumpig niedrig, andererseits mit dem Zwang verbunden sind, ,,unwirtschaftlich'' genutztes Land ,,unentgeltlich Dritten zu überlassen''. Die ,,Zuschüsse'' sol-

z.anb. Anfang Mai demonstrierten in Brugg (bei Zürich) 120 Vertreter von Bauernkomitees, die sich, vor allem in der Westschweiz, gegen die ,,faulen Kompromisse'' des Schweizerischen Bauernverbandes (SBV) zusammengeschlossen haben. Dieser hat unlängst der ,,Vertagung'' der Verhandlungen mit der Regierung über die jährliche Anpassung der Erzeugerpreise zugestimmt; und zwar rechtzeitig vor der nächsten EG-Agrarministerrunde, die im Juni die Preisregelung neu verhandelt. Die ,,Konkurrenzfähigkeit'' der Schweizer Milch liege ihr am Herzen, säuselt die Bourgeoisie. Von den 133126 Betrieben besitzen über 43%, vor allem in den Berggebieten, wo die Milchwirtschaft Hauptproduktionszweig ist, zwischen 1 und 5 ha Boden. Ihre Betriebskosten betragen das Fünffache der Großbauernhöfe. Seit 1965 sind bereits 30000 von ihnen ruiniert worden. Jetzt soll die Erzeugerpreisanpassung – die Kleinbauern fordern 80 Rappen pro Liter statt 76 – beseitigt werden zugunsten von ,,Zuschüssen''. Der Schweizer Nationalrat arbeitet an einem Gesetz über ,,Flächenbeiträge an Bergbauern'', die einerseits lumpig niedrig, andererseits mit dem Zwang verbunden sind, ,,unwirtschaftlich'' genutztes Land ,,unentgeltlich Dritten zu überlassen''. Die ,,Zuschüsse'' sol-
len die Bauern selber finanzieren über Preiserhöhungen für Futtermittel.

200 an Salmonellose erkrankt

z.tos. In Heilbronn sind Ende April fast 200 Menschen an Salmonellen (Typ ,,Oranienburg'') erkrankt. Drei Wochen lang wurde diese Tatsache von den Behörden und der bürgerlichen Presse verheimlicht. Alle Erkankten haben am 18.4.79 in Betriebskantinen wie z.B. der Metallfabrik Illig, der Kreissparkasse und Spar Brathähnchen gegessen, die von der Fernküche Dürrich aus Neckarsulm/Dahenfeld geliefert werden. Salmonellosen gehen einher mit Erbrechen und Durchfall, Fieber, Kopfschmerzen, Abgeschlagenheit bis zu Bewußtseinsänderungen wie Benommenheit und Apathie. Infektionserreger sind Bakterien der Salmonellengruppe. Die Infektion des Menschen erfolgt durch Genuß kontaminierter Nahrungsmittel, hauptsächlich von Fleischprodukten, Eiern, Milchprodukten usw. Es sind die elenden hygienischen Verhältnisse, die bei der Masthähnchenherstellung in den kapitalistischen Großbetrieben sowie in den Großküchen herrschen, die eine solche Massenerkrankung hervorbringen. Selbst bei Vorherrschen solcher Zustände werden Salmonellen durch längeres Grillen oder Backen im Bratrohr abgetötet, in Großküchen ist es jedoch üblich, daß die Hähnchen nur kurz frittiert werden. Erst am 2. Mai wurde die Dürrich-Küche vom Veterinäramt und dem Wirtschaftskontrolldienst der Polizei inspiziert; sie befanden ,,alles in Ordnung''.

SPD-Schmude: Früh sollen die Jugendlichen die Tugenden des Lohnarbeiters erlernen

z.elf. Offensichtlich ist die gegenwärtige Schulausbildung wenig geeignet, die Arbeiterjugend frühzeitig zu willenlosen Ausbeutungsobjekten zu erziehen. Die bürgerlichen Zeitungen sind voll von Klagen über die mangelnde „Motivation" der Schüler, und Walter Scheel fordert auf einer Veranstaltung anläßlich eines Schülerwettbewerbs zum Kampf gegen die „Schulmüdigkeit" auf. Auf dem „SPD-Bildungsforum Zukunft" in Böblingen Anfang Mai 79 kündigt Minister Schmude eine „Durchforstung der Lehrinhalte" an. Lernen sollen die Kinder, sich „Spontanität und Neugierde zu bewahren, sie sollen das Zusammenleben lernen, um auch ihre Freizeit zu bewältigen, sie sollen das Lernen lernen, um künftige Berufswechsel besser zu überstehen, sie sollen ‚Lust auf die Zukunft' lernen, um sich gegen Anpassung und Niedergeschlagenheit zu schützen". Kenntnisse über den Gang der Produktion zu vermitteln, ist offensichtlich nicht das Hauptziel von Schmudes „Bildungsinhalten". Einen Vorgeschmack dessen, worauf er hinaus will, erfahren die Jugendlichen in den neu eingeführten Fächern „Arbeits- und Wirtschaftslehre" in den Abschlußklassen der Hauptschule bzw. im Berufsgrundbildungsjahr. In den Hessischen Rahmenrichtlinien zu dem Schulfach „Polytechnik/Arbeitslehre" wird als Ziel unter anderem angegeben: „Korrigieren romantischer Berufsvorstellungen ..., es soll verhindert werden, daß der junge Mensch Tendenzen entwickelt, sich selbst zur Geltung zu bringen und durchzusetzen."

Den Jugendlichen sollen also Tugenden des Lohnarbeiters eingetrichtert werden. In den Betriebspraktika sollen sie zur „richtigen Einstellung zur Arbeit", zu „Pünktlichkeit, Ordnung und Sauberkeit" erzogen werden, wie es der Förderer der Betriebspraktika Raum Groß-Gerau ausgedrückt hat. Sie sollen einfache Handgriffe erlernen, um so die Voraussetzungen zu schaffen, sie zu allseitig einsetzbaren Akkordarbeitern zu machen. Gemäß den Bedürfnissen des Kapitals können sie dann von einer Branche in die andere wechseln, eben „künftige Berufswechsel besser überstehen."

Die Jugendlichen sind nicht dazu bereit, sich dem Stumpfsinn und der Langeweile dieser Praktika zu unterwerfen. Zahlreich sind die Beschlüsse gegen die Arbeitslehre und das Berufsgrundbildungsjahr. „Lust an der Zukunft" der Ausbeuterordnung zu schaffen, ist da dringend notwendig und sie ideologisch durchzusetzen, dazu ruft der fromme Sozialdemokrat Schmude auf.

Gegen Lohnsenkung mit Zeitverträgen – Italienische Lehrer bestreiken Zeugniskonferenzen

z.ulg.Rom. Um Einstellung auf feste Planstellen durchzusetzen, hat der nationale Koordinationsausschuß des „prekären" Personals an den italienischen Schulen, d.h. der Lehrer und Verwaltungsangestellten ohne ordentlichen Arbeitsvertrag, aufgerufen, die Zeugniskonferenzen und Prüfungen im Juni zu bestreiken. Weigert sich auch nur ein Lehrer, an der Konferenz teilzunehmen, muß die Entscheidung über Versetzung und Prüfungszulassung nach den geltenden Bestimmungen um einen Monat verschoben werden.

Auch nach der Übernahme von fast 400000 auf Planstellen in den letzten Jahren gehört zu den „Prekären" noch immer ein Fünftel der fast 900000 italienischen Lehrer. Die größte Gruppe, 1978 rund 133000, sind „Vertreter", deren Arbeitsverträge zu 60% auf weniger als ein Jahr befristet sind. Andere haben einjährige oder auch unbefristete (und unkündbare) „Lehraufträge" (35000 bzw. 15000), erhalten aber wie alle „Prekären" nur die Eingangsstufe des Lehrergehalts, gleichgültig, wie lange sie beschäftigt sind. An Ober- und Berufsschulen sind das gegenwärtig rund 430000 Lire (knapp 1000 DM), bei 18 Pflichtstunden. Für Festeingestellte betragen die Alterszuschläge allein für die ersten vier Dienstjahre 16% der Eingangsstufe.

Mit dem immer mehr aufgeblähten Heer von „Prekären" ist es der italienischen Finanzbourgeoisie in den letzten Jahren gelungen, den Lohn eines großen Teils der Lehrer noch unter den Lohnstandard der Industriearbeiter zu drücken. Auch nach dem jüngsten Übernahmegesetz wird nur fest eingestellt, wer einen „Befähigungskurs" absolviert hat. Wohlweislich hat der Dienstherr seit 1974 solche Kurse nicht mehr veranstaltet.

Die Führer der Lehrergewerkschaften fordern „in Anbetracht der Parlamentsauflösung" lediglich eine Verlängerung der bestehenden Arbeitsverträge, um die Frage mit dem neuen Tarifvertrag dann „endgültig zu erledigen". Seit Jahren durch immer neue Versprechungen hingehalten, haben sich die „Prekären" in Koordinationen organisiert. Sie fordern Unkündbarkeit nach sechs Monaten und Übernahme auf Planstellen nach einem Jahr Dienst an der Schule. Die gewählte Kampfform wird die Verbindung mit den Schülern erleichtern: „In der ersten Klasse der Handelsschule, wo ich unterrichte", berichtete uns ein „Vertreter", „sind letztes Mal 70 bis 80% nicht versetzt worden."

Gegen Lohnsenkung mit Zeitverträgen – Italienische Lehrer bestreiken Zeugniskonferenzen

z.ulg.Rom. Um Einstellung auf feste Planstellen durchzusetzen, hat der nationale Koordinationsausschuß des „prekären" Personals an den italienischen Schulen, d.h. der Lehrer und Verwaltungsangestellten ohne ordentlichen Arbeitsvertrag, aufgerufen, die Zeugniskonferenzen und Prüfungen im Juni zu bestreiken. Weigert sich auch nur ein Lehrer, an der Konferenz teilzunehmen, muß die Entscheidung über Versetzung und Prüfungszulassung nach den geltenden Bestimmungen um einen Monat verschoben werden.

Auch nach der Übernahme von fast 400000 auf Planstellen in den letzten Jahren gehört zu den „Prekären" noch immer ein Fünftel der fast 900000 italienischen Lehrer. Die größte Gruppe, 1978 rund 133000, sind „Vertreter", deren Arbeitsverträge zu 60% auf weniger als ein Jahr befristet sind. Andere haben einjährige oder auch unbefristete (und unkündbare) „Lehraufträge" (35000 bzw. 15000), erhalten aber wie alle „Prekären" nur die Eingangsstufe des Lehrergehalts, gleichgültig, wie lange sie beschäftigt sind. An Ober- und Berufsschulen sind das gegenwärtig rund 430000 Lire (knapp 1000 DM), bei 18 Pflichtstunden. Für Festeingestellte betragen die Alterszuschläge allein für die ersten vier Dienstjahre 16% der Eingangsstufe.

Mit dem immer mehr aufgeblähten Heer von „Prekären" ist es der italienischen Finanzbourgeoisie in den letzten Jahren gelungen, den Lohn eines großen Teils der Lehrer noch unter den Lohnstandard der Industriearbeiter zu drücken. Auch nach dem jüngsten Übernahmegesetz wird nur fest eingestellt, wer einen „Befähigungskurs" absolviert hat. Wohlweislich hat der Dienstherr seit 1974 solche Kurse nicht mehr veranstaltet.

Die Führer der Lehrergewerkschaften fordern „in Anbetracht der Parlamentsauflösung" lediglich eine Verlängerung der bestehenden Arbeitsverträge, um die Frage mit dem neuen Tarifvertrag dann „endgültig zu erledigen". Seit Jahren durch immer neue Versprechungen hingehalten, haben sich die „Prekären" in Koordinationen organisiert. Sie fordern Unkündbarkeit nach sechs Monaten und Übernahme auf Planstellen nach einem Jahr Dienst an der Schule. Die gewählte Kampfform wird die Verbindung mit den Schülern erleichtern: „In der ersten Klasse der Handelsschule, wo ich unterrichte", berichtete uns ein „Vertreter", „sind letztes Mal 70 bis 80% nicht versetzt worden."

6. BAföG-Änderungsgesetz vom Bundestag beschlossen, Ausbau des Unterhaltsrechts geplant

z.anl. Am 18.5. hat der Bundestag das 6. BAföG-Änderungsgesetz beschlossen. Damit soll ab Oktober '79 der Bedarfssatz für Studenten um 40 DM auf 620 DM, der Elternfreibetrag um 90 DM erhöht werden. Für Schüler soll der Höchstsatz 260 DM betragen. Die Abgeordneten konnten sich das viele Schwätzen sparen und sich aufs Fingerheben konzentrieren, nachdem die VDS-Führung auf der Mitgliederversammlung der Studentenschaften den Beschluß für eine schlagkräftige zentrale Aktion der Studenten verhindert hatte. Daß dennoch an vielen Hochschulorten Aktionen auf der Straße, teils unter Leitung der ASten, stattfanden, und Schmude Briefe und Telegramme erhielt, zeigt, daß die Bewegung unter den Studenten für gewerkschaftliche Rechte und das Recht auf eine selbständige Vertretung vorhanden ist und unterstützt werden muß. Der Rektor der PH Dortmund nimmt sich heraus, 1000 DM von der VDS-Fachtagung Deutsch, die am 25.5. stattfindet, für Raumbenutzung zu verlangen. Kein Kapitalist könnte sich das gegenüber einem Betriebsrat, der eine Versammlung einberuft, erlauben.

Die Arbeiterbewegung hat das Recht auf Wahl ihrer eigenen Vertretung und Zahlung der Kosten durch die Kapitalisten durchgesetzt, wenn dieses Recht auch durch die im Betriebsverfassungsgesetz verankerten Gebote der vertrauensvollen Zusammenarbeit und der Geheimhaltung und das Verbot der Streikführerschaft verstümmelt ist.

Die Studenten unternehmen Schritte, um sich entsprechende Kampfpositionen zu schaffen. In Frankfurt haben vier Fachbereichsgruppen und Fachschaften beschlossen, gemeinsam zu den Studentenparlamentswahlen zu kandidieren, und sich auf einige Programmpunkte geeinigt: Für Streik- und Koalitionsrecht, politisches und imperatives Mandat. Einspruchsrechte in allen Studien- und Prüfungsangelegenheiten. 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher, 1500 DM Elternfreibetrag. Selbstverwaltung des Studentenwerks. Solche Schritte sind bitter nötig, denn rechtlos können die Studenten gegen das BAFöG, das auf Wegplünderung von Geld aus Lohnarbeit beruht, nichts machen. Die Regierung hat überhaupt nicht vor, es bei der jetzt beschlossenen Schraubendrehung zu belassen. Bereits Ende April hat der Beirat für Ausbildungsförderung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft die Fortsetzung für Schmude formuliert: „Der Beirat hält weitere Anstrengungen für erforderlich, das Recht der individuellen Ausbildungsförderung und das Unterhaltsrecht des BGB noch stärker aufeinander abzustimmen ... Um das Verständnis ... bei den Richtern zu fördern, empfiehlt der Beirat, ein Gespräch hierüber mit den Richtern in den verschiedenen Instanzen der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit zu suchen."

Humboldt-Stiftung mobilisiert Akademiker

Den Kapitalisten ist der wissenschaftliche Nachwuchs zu „auslandsmüde"

z.doj. Grund zum Feiern des 25-jährigen Nachkriegs-Jubiläums der Humboldt-Stiftung sahen Ende letzten Jahres honorige Bourgeois. Die Humboldt-Stiftung ist eine alte Kolonisierungswaffe der deutschen Imperialisten, gegründet 1859 als „Stiftung für Forschungsreisen deutscher Naturforscher ins Ausland". Nach dem Verlust der deutschen Kolonien im ersten Weltkrieg wurde sie 1925 wieder gegründet, um „hochbegabte ausländische Studenten zu fördern". Die Welt war zwischen den imperialistischen Mächten aufgeteilt, deshalb mußten die westdeutschen Bourgeois auch 1953 bei der Wiedergründung den schwierigeren Weg der Anheuerung ausländischer Akademiker gehen, um über den Hebel der „Forschung" wieder ins Rennen zu kommen. „Was das bedeutet", schwärmte Bundespräsident Scheel auf dem Jubiläum im Hammerschmidt-Garten, „habe ich vor wenigen Wochen erlebt, als mir in Kyoto 700 ehemalige Humboldt-Stipendiaten, die heute alle in Japan verantwortungsvolle Stellungen einnehmen, einen überaus herzlichen Empfang bereiteten". In der Jubiläums-Sonderausgabe von „Umschau in Wissenschaft und Technik" wird aufgefordert, „den nutzbringenden Gebrauch des Machtfaktors Wissenschaft zu stärken".

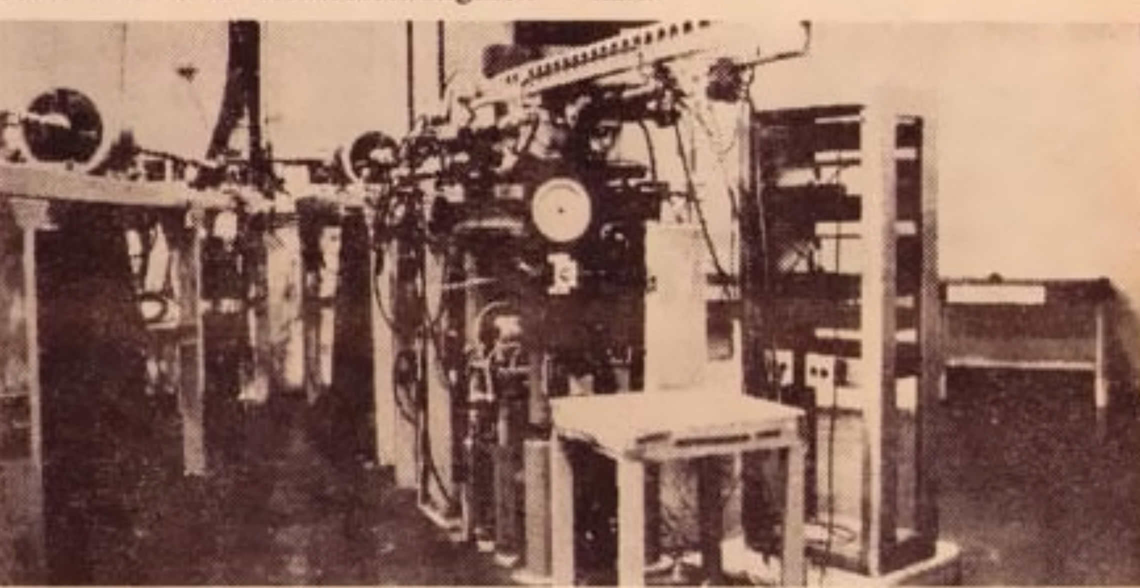
Heute hat es der westdeutsche Imperialismus wieder zu etwas gebracht. Anteilig am Bruttosozialprodukt gab er 1969 noch 2% für Forschung und Entwicklung im Vergleich zu den USA mit 2,8% aus. 1976 sind es 2,3% gegenüber den USA mit ebenfalls 2,3%. 1979 wirbt die Humboldt-Stiftung wieder um jüngere Wissenschaftler für die „Erfüllung längerfristiger Forschungsaufträge im Ausland. – Eine fachliche oder regionale Beschränkung dieses Programms ist nicht vorgesehen" (Pressenotiz 4/79).

„Rohstoffsicherung" ist die Devise. Schon 1976 betonte Minister Matthöfer, daß die BRD „von den 26 wichtigsten mineralischen Rohstoffen 21 in vollem Umfang einführen müsse ... Nur bei 5, nämlich Zink, Blei, Eisen, Flußspat und Baryt, bestehe eine nennenswerte Eigenproduktion im Inland". Diese Sicherung der Rohstoffe könne nur „weltweit erfolgen". Für 1979 sind die Forschungsgelder für Meerestechnik um 59%, für Rohstoffsicherung um über 39% erhöht worden, zusammen sind das 280 Mio. DM für dieses Jahr. Minister Hauff präzisiert die Sache in einem Interview am 4.3.79: „Es gibt auch ganz andere Beispiele – etwa die Erschließung der riesigen schweren Ölvorkommen in Venezuela, wo wir gerade vor kurzem ein Kooperationsabkommen geschlossen haben, das dann, wenn es erfolgreich ist, dazu führen wird, daß eine Technologie, die wir im Zusammenhang mit der Kohlevergasung hier in der BRD entwickelt haben, für entsprechende Veredelungsprozesse dieses sehr schwefelhaltigen Öls eingesetzt wird, was Voraussetzung ist für eine Kommerzialisierung des schweren Öls, das, wie gesagt, in einem ungeheuer großen Vorkommen in Venezuela ruht."

Auf die bloße Rohstoffsicherung kann sich der westdeutsche Imperialismus natürlich nicht beschränken. Auf die verschuldete Türkei läßt sich gehörig Druck ausüben. „Ökologische Kartierung" wird betrieben, ist für vieles nützlich, nur die Begründung dafür fällt der hehren Humboldt-Stiftung schwer. In der Jubiläums-Ausgabe begründet sie hübsch bildhaft: Durch „zu starke Beweidung zerstörte Waldflächen" machen unbedingtes Eingreifen der deutschen Wissenschaftler nötig; denn man müsse „Fehler der Industrienationen vermeiden".

Recht vielseitig gestalten sich die Kooperationsverträge des westdeutschen Imperialismus. Zum Beispiel mit Brasilien. Nur Schwerpunktgebiete sind aufgezählt: Kernforschung und -technik; die bestehende Kooperationsvereinbarung zwischen der brasilianischen Kernenergiekommission (CNEN) und der Kernforschungsanlage Jülich wurde durch die Unterzeichnung einer entsprechenden Vereinbarung zwischen der brasilianischen Nuclebras und dem Kernforschungszentrum Karlsruhe ergänzt. Die Zusammenarbeit von Jülich und dem nationalen Forschungsrat (CNPQ) konzentriert sich auf „spezielle Probleme in feucht-tropischen und semi-ariden Gebieten, sie umfaßt gemeinsame Forschungsprojekte aus den Bereichen Hydrologie, Geologie, Virologie, tropischer Pflanzenbau sowie Fischereitechnik und Fischverwertung" (BMFT-Mitteilungen 10/76). Zwischen dem Institut für Meereskunde an der Universität Kiel und dem Amt für Hydrographie und Schiffahrt Rio de Janeiro wurde eine Vereinbarung über Zusammenarbeit im Bereich der Meereswissenschaften unterzeichnet. Im Bereich der Luft- und Raumfahrt wird gemeinsam an der Raketenstartbasis Natal gearbeitet, Entwicklungsprojekte zur Nutzung der Windenergie werden umgesetzt. Die deutsche Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung und der brasilianische nationale Forschungsrat arbeiten an der Prozeßsteuerung und der Datenbank-Technik. Diese erfolgreiche wissenschaftliche Arbeit soll „in der Zukunft durch eine industrielle Kooperation ergänzt" werden. Kurzfristige Lehr- und Forschungsaufenthalte reichen da nicht aus, die Humboldt-Stiftung ruft nach jungem Forschungstalent für Längerfristiges im Ausland.

Zu großen Taten für westdeutschen Profit im Ausland ruft die Bourgeoisie über die Humboldt-Stiftung auf. Nach denen dürstet es die Wissenschaftler offenbar nicht. Die Stiftung beklagt sich über deren „Auslandsmüdigkeit in der letzten Zeit". Der Job ist nicht sehr begehrt, weil nicht einfach – da sorgen die Völker der 3. Welt für. Und das kühlt auch so manches Forschermütchen im imperialistischen Mutterland.



Schwerionen-Experimentierhalle in Sao Paulo

Jusos für Wiedervereinigung Deutschlands

Jungsozialdemokratischer Großmachtchauvinismus zur Europawahl

Kommunistische Volkszeitung

gierung von unseren Menschenrechtlern. Die Jusos sind gegen die Maßnahmen der DDR-Regierung gegen die westdeutschen Journalisten. Haben

rialismus wieder zu etwas gebracht. Anteilig am Bruttosozialprodukt gab er 1969 noch 2% für Forschung und Entwicklung im Vergleich zu den USA mit 2,8% aus. 1976 sind es 2,3% gegenüber den USA mit ebenfalls 2,3%. 1979 wirbt die Humboldt-Stiftung wieder um jüngere Wissenschaftler für die „Erfüllung längerfristiger Forschungsaufträge im Ausland. – Eine fachliche oder regionale Beschränkung dieses Programms ist nicht vorgesehen" (Pressenotiz 4/79).

„Rohstoffsicherung" ist die Devise. Schon 1976 betonte Minister Matthöfer, daß die BRD „von den 26 wichtigsten mineralischen Rohstoffen 21 in vollem Umfang einführen müsse ... Nur bei 5, nämlich Zink, Blei, Eisen, Flußspat und Baryt, bestehe eine nennenswerte Eigenproduktion im Inland". Diese Sicherung der Rohstoffe könne nur „weltweit erfolgen". Für 1979 sind die Forschungsgelder für Meerestechnik um 59%, für Rohstoffsicherung um über 39% erhöht worden, zusammen sind das 280 Mio. DM für dieses Jahr. Minister Hauff präzi-

schen Imperialismus. Zum Beispiel mit Brasilien. Nur Schwerpunktgebiete sind aufgezählt: Kernforschung und -technik; die bestehende Kooperationsvereinbarung zwischen der brasilianischen Kernenergiekommission (CNEN) und der Kernforschungsanlage Jülich wurde durch die Unterzeichnung einer entsprechenden Vereinbarung zwischen der brasilianischen Nuclebras und dem Kernforschungszen-

Profit im Ausland ruft die Bourgeoisie über die Humboldt-Stiftung auf. Nach denen dürstet es die Wissenschaftler offenbar nicht. Die Stiftung beklagt sich über deren „Auslandsmüdigkeit in der letzten Zeit". Der Job ist nicht sehr begehrt, weil nicht einfach – da sorgen die Völker der 3. Welt für. Und das kühlt auch so manches Forschermütchen im imperialistischen Mutterland.



Schwerionen-Experimentierhalle in Sao Paulo

Jusos für Wiedervereinigung Deutschlands

Jungsozialdemokratischer Großmachtchauvinismus zur Europawahl

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung 14. Mai 1979 Jg. 2 / Nr. 18
Herausg. von der Kommunistischen Hochschulgruppe Rhein-Neckar-Pfalz
Verbreitung: Universität und Pädagogische Hochschule Heidelberg

z.rub. Durchs Land ziehen die Propagandatrüppchen der Jusos mit dem hellroten „Vorwärts", von der Mensa Heilbronn zur Mensa Heidelberg, nach Stuttgart usw. Sie posaunen zur Europawahl die „uneingeschränkte Freizügigkeit in ganz Deutschland" und „Freiheit für Bahro und Havemann" aus. Und wie: „Die Jusos müssen in ganz Deutschland aufgebaut werden, die Jugendlichen in der DDR müssen das *Recht* haben, sich mit uns gemeinsam in den Reihen der Jusos für den Sieg des Sozialismus in ganz Deutschland zu organisieren".

„Wiedervereinigung Deutschlands" – das verfolgt die westdeutsche Finanzbourgeoisie seit der Niederlage im 2. Weltkrieg gegen die von Stalin geführte revolutionäre Rote Armee und die Alliierten Streitkräfte. Nach der von ihr und den USA betriebenen Spaltung Deutschlands und der Zeit des „Kalten Krieges" haben sie ihre Ziele nicht geändert. Damals sagte Truman, Präsident der USA: „Ich bin der Ansicht, daß wir den freien Völkern beistehen müssen, ihr eignes Geschick auf ihre Weise zu bestimmen: Wir sind das einzige Land, das diese Hilfe geben kann." Und Konrad Adenauer posaunte 1949 hinterher: „Selten ist die Gefahr unserer Epoche mit einer solchen Klarheit erkannt und so klar ausgesprochen worden, wie von Präsident Truman."

Seinerzeit bestand das Ministerium für innerdeutsche Angelegenheiten aus einem Schattenkabinett mit Besetzung für alle Regierungs- und Staatsapparatsfunktionen in der DDR für den Fall der Einverleibung.

Heute ist aus dem Streben gegen die revolutionären Volksdemokratien und den Sozialismus der Kampf gegen imperialistische Konkurrenten geworden. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie setzt auf die ökonomische Infiltration und die ideologische Offensive für „Menschenrechte". Seit der Unterzeichnung der Ostverträge und des Grundvertrages hat sie die DDR zu ihrem Schuldner gemacht und ideologisch ziemlich an die Wand gedrückt mit dem Ziel, die DDR aus dem Machtbereich der neuen Zaren herauszubrechen.

Die Jusos spielen hier nützliche Idioten. Sie halten sich an die alte Parole Adenauers: „Deutschland – dreigeteilt niemals!" Dazu stützen sie sich auf Unterdrückungsmaßnahmen in der DDR, gegen die sogenannten „Regimekritiker", die die westlichen Vorposten spielen mit ihrer Forderung nach „freier Marktwirtschaft und sozialer Gerechtigkeit". Gehört haben wir aber niemals was von Freiheit für die Gefangenen der RAF oder gegen das KPD-Verbot und das Kontaktsperregesetz und somit Kampf gegen die westdeutsche Bourgeoisie und ihre Regierung von unseren Menschenrechtlern. Die Jusos sind gegen die Maßnahmen der DDR-Regierung gegen die westdeutschen Journalisten. Haben die sich bisher in der DDR betätigt als ideologische Wühler, so wird ihnen jetzt diese Möglichkeit der Einmischung in die inneren Verhältnisse der DDR genommen. Daß davon nicht die Rede sein kann, tönen Schmidt wie Jusos. Schmidt sagt: „Die DDR ist nicht Ausland", die Jusos sagen: „Die Wahrheit soll unterdrückt werden". Es geht ihnen aus dem gleichen Grund um die Freizügigkeit der Bereisung der DDR, CSSR und Polens – den ehemaligen deutschen Ostgebieten. „Jede Reise ist ein Nagel am Sarg der Bürokratie", steht im „Vorwärts". Die Jusos, schon öfters an der Grenze abgewiesen, wollen sich direkter an dem Geschäft der ideologischen Unterwanderung beteiligen.

Die Studentenmassen sollen auf die chauvinistische Linie eingeschworen werden: „Wir, die Studenten Europas, werden unseren Platz einnehmen in den Reihen derjenigen, die für das sozialistische Europa eingetreten sind!" Hier befinden wir uns dann in den Armen Willy Brandts und Herbert Wehners und dem Streben nach imperialistischen Großmachtplänen, gestützt auf ein Europa unter Führung des BRD-Imperialismus. Erreichen wollen die Jusos eine europäische Studentengewerkschaft unter ihrer Führung.

Unabhängigkeit und Selbstbestimmungsrecht! Für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Für den Sieg des Sozialismus! Mit alledem hat das Europa der Jusos nichts zu schaffen.

„Der Status quo, die Teilung Europas, ein widersinniges Zerrissensein eines großen und zusammengehörigen Kulturraumes, in dessen Mitte eine geteilte Nation" (Juso-Hochschulgruppe im Vorwärts 5/79)

Neuer Gesetzentwurf für Zivildienstleistende: Vollständige Kasernierung und Arbeitsdienst

z.eve. Der Gesetzentwurf ,,Zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes (Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz – KDVNG)'' liegt vor. Sicher ist noch nicht, ob er planmäßig verabschiedet wird. Die CDU hat angedroht, das Verfassungsgericht anzurufen, weil der Gesetzentwurf keine Verlängerung der Dienstzeit vorsieht. Der Bundesregierung geht es darum, endlich die vollständige Unterdrückung und Kasernierung durchzusetzen, die von den Zivildienstleistenden seit 1969 relativ erfolgreich bekämpft worden ist.

Die ersten organisierten Kämpfe der Ersatzdienstleistenden wurden 1969 gerade gegen die Einführung des Lagers Schwarmstedt bei Hannover geführt. 15 Ersatzdienstleistende wurden damals nach Schwarmstedt eingezogen. Sie streikten gegen die Kaserne Schwarmstedt und ihr Streik wurde überall unterstützt, so daß die Bundesregierung im Februar 1970 die Auflösung des Lagers bekanntgeben mußte. Genauso mußte sie den Einsatz von Zivildienstpflichtigen bei der Feuerwehr in Düren zurücknehmen, weil die ZDL sich in einem bundesweiten Streik 1971 durchsetzten. Die organisierten Kämpfe haben seither nicht aufgehört und wir haben in der Kommunistischen Volkszeitung darüber berichtet. So hat die Bourgeoisie seit Einzug der ersten Dienstpflichtigen 1961 bis heute ihre Ziele nicht vollständig durchsetzen können.

In dankenswerter Offenheit hat die damalige Bundesregierung unter Willy Brandt ihre Ziele im ersten Weißbuch der Zivilen Verteidigung von 1972 formuliert: ,,Die militärische Einsatzbereitschaft ist ohne zivile Unterstützung nicht herstellbar.'' Daß die Volksmassen diese Unterstützung nicht freiwillig leisten, hat eine damalige Untersuchung, die auch im Weißbuch herangezogen wird, ergeben. Danach würden ca. ⅔ aller Altersgruppen (mit steigendem Alter bis zu 93%) nicht ehrenamtlich beim Zivilschutz mitarbeiten. So werden denn die Ersatzdienstplätze stetig ausgebaut. 1978 gab es 37030 Zivildienstplätze und 27374 Zivildienstleistende, die eingezogen waren. Geplant sind jetzt 40000 bis 60000 Plätze. Ein immer größerer Teil der Jugend soll mit dem Versprechen, daß sie dem Frieden dienen, unter Militärrecht gestellt werden. Ausnutzen tut die Bourgeoisie die Tatsache, daß der Widerstand der Jugend gegen den Dienst in der Armee auch seinen Ausdruck in steigenden Kriegsdienstverweigerungszahlen findet. Was die Jugendlichen aber erwartet, ist Kasernierung und Zwangsarbeit für einen jämmerlichen Sold, alles um die militärische Einsatzbereitschaft zu stärken. Denn das Bundesamt für Arbeit und Soziales ist auch für die ,,Zivile Verteidigung'' zuständig. Eingeplant im Zivilschutzplan sind auch sämtliche Feuerwehren, das Technische Hilfswerk, das Deutsche Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariter-Bund, die Johanniter-Unfallhilfe und natürlich auch das Gesundheitswesen. Überall dort werden auch Kriegsdienstverweigerer eingesetzt.

Der neue Gesetzentwurf verfolgt im wesentlichen 3 Absichten: Die Straffung des Staatsapparates, die vollständige Unterdrückung und Kasernierung und die Ausweitung der Dienstpflicht.

Die Straffung des Apparates wird dadurch erreicht, daß die Länder jetzt im Auftrag des Bundes Zivildienstämter einrichten. Die Ausschüsse, die die Verweigerungsanträge prüfen werden, werden von zum Richteramt befähigten Personen besetzt, die von den Innenministern der Länder bestimmt werden. Alle Ämter und Behörden haben den Ausschüssen Amtshilfe zu leisten.

Das Gesetz sieht vor, daß alle Zivildienstleistenden in ,,dienstlichen Unterkünften'' untergebracht werden, während das nach dem alten Gesetz auf dienstliche Anordnung hin geschah. Ein vierwöchiger Grundlehrgang mit staatsbürgerlichem Unterricht wird Pflicht.

Die Verletzung der Dienstpflicht wird im Gesetzentwurf genauer gefaßt und der Zivildienstleistende kann auch nach Ableistung des Zivildienstes für Verletzung der Vertraulichkeit belangt werden.

Der neue Gesetzentwurf sieht vor, daß die Dienstpflicht auf neue Bereiche ausgedehnt wird: ,,Eine Beschäftigungsstelle kann auf ihren Antrag anerkannt werden, wenn sie… insbesondere Aufgaben im Sozialen Bereich, im Bereich des Zivilschutzes, im Bereich des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege durchführt''. Anerkannte Kriegsdienstverweigerer sollen künftig auch im Ausland operieren, unentgeltlich, versteht sich. Wer im Ausland ,,das friedliche Zusammenleben der Völker fördert'', wird nicht zum Zivildienst eingezogen, unterliegt aber der Wehrüberwachung. Weiter sollen künftig alle Kriegsdienstverweigerer zum Zivildienst herangezogen werden. So hofft die Bourgeoisie, daß sie endlich ,,die zivile Seite der Operationsfähigkeit und Operationsfreiheit… der Streitkräfte'' (Weißbuch) durchsetzen kann.

Der Bundeskongreß der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden hat am 12./13. 5. in Frankfurt den Gesetzentwurf insgesamt zurückgewiesen und beschlossen, Streiks dagegen zu organisieren. Das soll jetzt in den einzelnen Orten besprochen werden.

30 Jahre Luftbrücke. Traditionen der Besatzer

r.rer. Zum 30. Jahrestag der Luftbrücke hatte der Westberliner Senat am 12. Mai zu einer Kundgebung mit dem Regierenden Bürgermeister Stobbe und den drei Stadtkommandanten aufgerufen. Ihre Geschichte, die Stobbe hier mit den Besatzern feiert, ist die Spaltung Deutschlands.

,,Die Militärverwaltung soll von Anfang an auf die Spaltung Deutschlands hinarbeiten'', wies US-Präsident H. Truman mit der Geheimdirektive ICS 1067 am 25.4.1945 General Eisenhower an. Im Potsdamer Abkommen setzte die Sowjetunion durch, daß die Besetzung Deutschlands ausschließlich der Beseitigung der Grundlagen des Hitlerfaschismus, der Bewahrung der Einheit Deutschlands, der Gewährung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung und baldigem Abschluß eines Friedensvertrages dienen müsse.

Die US-Imperialisten wußten, ,,daß die amerikanische Öffentlichkeit so schnell nach dem Kriege eine vollständige Umkehr nicht dulden würde. So wurde es nötig, langsam in Etappen vorzugehen, die vereinbarte Politik durch eine Anzahl von ausgefallenen Kunstgriffen hinfällig zu machen''. (D. Clark, Again the goose step, New York 1949, S. 56)

Den Imperialisten war völlig klar, daß die entscheidende Kraft für das Scheitern ihrer Restaurationspläne die Arbeiterklasse war. Bekannt ist die Außerkraftsetzung der hessischen Verfassung, nachdem 76,7% der Bevölkerung am 1.12.1946 der Überführung des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Energieindustrie und der Eisenbahn in Gemeineigentum zugestimmt hatten. Mit dem Marschall-Plan wurden die ökonomischen Grundlagen für die Vorherrschaft des US-Imperialismus in Europa gelegt.

Adenauer zitiert den US-Außenminister ,,Die amerikanische Wirtschaft braucht den europäischen Markt''. Die US-Imperialisten lieferten pro Jahr ca. 1,25 Mrd. DM, hatten dagegen aber Einnahmen aus Besatzungskosten von 40 Mrd. DM bis 1949. Ein Jahr nach Verkündung des Marschall-Plans wurde am 26.6.48 in den Westzonen die separate Währung eingeführt, wodurch die Spaltung Deutschlands schon fast besiegelt war. Das Gesetz bestimmte eine Pro-Kopf-Quote für die Arbeiter von 40 DM. Durch weitere Gesetzesmaßnahmen ergaben schließlich für die Arbeiter für 100 Reichsmark 6,50 DM. Ganz anders für die Kapitalisten. 1948 betrugen die Schlußbilanzen der Aktiengesellschaften 12030 Mio. DM, die neuen DM Eröffnungsbilanzen 10116 Mio. DM. Der Verlust belief sich auf 15,9%! Im August 48 wurden die westlichen Imperialisten gezwungen, die B-Währung in Berlin aus dem Verkehr zu ziehen und die Währung der SBZ als einzige Währung für Berlin anzuerkennen. Stattdessen spalteten Clay und Reuter die Stadtverwaltung, das Abenteuer Luftbrücke hatte bereits begonnen. Die SU hatte bereits in der ersten Junihälfte erklärt, eine ,,ausreichende Versorgung Großberlins… zu gewährleisten''. Die imperialistischen Besatzer unterbanden den Handel mit dem Ostsektor. Im August 48 schlug Stalin die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen vor, wenn die Festlegungen des Potsdamer Abkommens eingehalten werden. Die westlichen Besatzer lehnten ab. J. F. Dulles schrieb: ,,Zu jeder Zeit hätte man die Situation in Berlin klären können… Die gegenwärtige Lage ist jedoch für die USA aus propagandistischen Gründen sehr vorteilhaft.'' Im ,,Blockade''-Winter 200 g Lebensmittel pro Kopf und Tag für die Bevölkerung. Für eine Feier fanden sich noch 750 Menschen zu einer Freiheitskundgebung mit Stobbe und den Besatzern bereit.

Belgien: NATO-Übung zur Niederschlagung des bewaffneten Aufstandes

z.elb.Brüssel. Unter dem bezeichnenden Namen ,,French Connection'', was etwa heißt ,,Verbindung mit Frankreich'', führen US-amerikanische, französische und belgische Truppen unter Beteiligung von niederländischen und luxemburgischen vom 8. bis 18. Mai ein NATO-Manöver durch. Die Manöverlage: Ein 2500 Quadratkilometer großes Gebiet in den Ardennen südlich von Namur, das bis Givet in Frankreich hineinreicht, soll gegen die einsickernden ,,Feinde'' geschützt werden. Neben Panzern kommen besonders Fallschirmspringer zum Einsatz, wobei vor allem der schnelle Transport dieser Truppenteile mit Helikoptern geübt werden soll. Wer ist der ,,Feind'', der hauptsächlich durch relativ kleine, beweglich operierende Einheiten bekämpft werden soll? Er ,,infiltriert'', betreibt Sabotage, ändert ständig seine Stellung, hat in den Ardennen gute Unterschlupfmöglichkeiten, um seine Kräfte zu sammeln und die offene Schlacht zu vermeiden, wenn es nötig ist. Und: ,,Ein gewisser Teil der Bevölkerung kollaboriert mit dem Feind.'' Wer anders kann das sein als die Arbeiterklasse und die Volksmassen im bewaffneten Aufstand?

Um den ,,Feind'' schlagen zu können, muß man über seine Bewegungen gut informiert sein. Aus eigener Kraft bringt die Bourgeoisie das bei einem ,,Feind'', der mit den Volksmassen verbunden ist und von ihnen Schutz erhält, nicht fertig. Also wendet die Manöverleitung zwei Mittel an: 1. bezieht sie die Gendarmerie, die Abteilung des Staatsapparats, die die Volksmassen tagtäglich bespitzelt, in das Manöver mit ein, indem sie 2. die Bevölkerung ,,auffordert'' – die Gendarmerie ist das Druckmittel –, jegliche Bewegung des ,,Feindes'' an die Polizei zu melden. Die bürgerliche Presse ist der Bourgeoisie bei diesem Ansinnen behilflich: In einem Artikel des ,,Libre Belgique'' wird an den 10. Mai 1940 erinnert, für den die Hitlertruppen im heutigen Manövergebiet eine Invasion planten, die von Fallschirmspringern eingeleitet werden sollte. Just am 10. Mai 1979 springen die ersten Fallschirmspringer der ,,Feinde'', von Osten her kommend, über dem Gebiet ab. Trotz Polizeiunterdrückung und Chauvinismus gelingt es der Bourgeoisie nicht, die Volksmassen zu Spitzeldiensten zu treiben. Nicht die ,,Feinde'', sondern die ,,Freunde'' werden der Gendarmerie angezeigt. Die Soldaten des Kommandos Philippe Didier, eine Einheit des ,,Feindes'', werden in Vencimont von den Einwohnern fürstlich bewirtet und nicht der Gendarmerie gemeldet. ,,Für die alten Widerstandskämpfer bleiben diejenigen die Freunde, die sich in den Wäldern verstecken und von den Mächtigeren aufgespürt werden'', bemerkt ,,Libre Belgique'' verbittert.



Belgische Soldaten beim Abstransport per US-Helikopter in ,,feindliches'' Gebiet.

,,Verbindung mit Frankreich''. Ob das Manöver der besseren Vorbereitung der Niederschlagung des bewaffneten Aufstandes der belgischen Arbeiterklasse – wenn nötig mit französischen Truppen – dienen oder ob das Gebiet als Aufmarschgebiet gegen die französische Arbeiterklasse erkundet werden sollte: Beides ist nicht so recht gelungen.

schutzplan sind auch sämtliche Feuerwehren, das Technische Hilfswerk, das Deutsche Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariter-Bund, die Johanniter-Unfallhilfe und natürlich auch das Gesundheitswesen. Überall dort werden auch Kriegsdienstverweigerer eingesetzt.

Der neue Gesetzentwurf verfolgt im wesentlichen 3 Absichten: Die Straffung des Staatsapparates, die vollständige Unterdrückung und Kasernierung und die Ausweitung der Dienstpflicht.

Die Straffung des Apparates wird dadurch erreicht, daß die Länder jetzt im Auftrag des Bundes Zivildienstämter einrichten. Die Ausschüsse, die die Verweigerungsanträge prüfen werden, werden von zum Richteramt befähigten Personen besetzt, die von den Innenministern der Länder bestimmt werden. Alle Ämter und Behörden haben den Ausschüssen Amtshilfe zu leisten.

Das Gesetz sieht vor, daß alle Zivildienstleistenden in ,,dienstlichen Unterkünften'' untergebracht werden, während das nach dem alten Gesetz auf dienstliche Anordnung hin geschah. Ein vierwöchiger Grundlehrgang mit staatsbürgerlichem Unterricht wird Pflicht.

Die Verletzung der Dienstpflicht wird im Gesetzentwurf genauer gefaßt und der Zivildienstleistende kann auch nach Ableistung des Zivildienstes für Verletzung der Vertraulichkeit belangt werden.

Der neue Gesetzentwurf sieht vor, daß die Dienstpflicht auf neue Bereiche ausgedehnt wird: ,,Eine Beschäftigungsstelle kann auf ihren Antrag anerkannt werden, wenn sie… insbesondere Aufgaben im Sozialen Bereich, im Bereich des Zivilschutzes, im Bereich des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege durchführt''. Anerkannte Kriegsdienstverweigerer sollen künftig auch im Ausland operieren, unentgeltlich, versteht sich. Wer im Ausland ,,das friedliche Zusammenleben der Völker fördert'', wird nicht zum Zivildienst eingezogen, unterliegt aber der Wehrüberwachung. Weiter sollen künftig alle Kriegsdienstverweigerer zum Zivildienst herangezogen werden. So hofft die Bourgeoisie, daß sie endlich ,,die zivile Seite der Operationsfähigkeit und Operationsfreiheit… der Streitkräfte'' (Weißbuch) durchsetzen kann.

Der Bundeskongreß der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden hat am 12./13. 5. in Frankfurt den Gesetzentwurf insgesamt zurückgewiesen und beschlossen, Streiks dagegen zu organisieren. Das soll jetzt in den einzelnen Orten besprochen werden.

Belgien: NATO-Übung zur Niederschlagung des bewaffneten Aufstandes

z.elb.Brüssel. Unter dem bezeichnenden Namen ,,French Connection'', was etwa heißt ,,Verbindung mit Frankreich'', führen US-amerikanische, französische und belgische Truppen unter Beteiligung von niederländischen und luxemburgischen vom 8. bis 18. Mai ein NATO-Manöver durch. Die Manöverlage: Ein 2500 Quadratkilometer großes Gebiet in den Ardennen südlich von Namur, das bis Givet in Frankreich hineinreicht, soll gegen die einsickernden ,,Feinde'' geschützt werden. Neben Panzern kommen besonders Fallschirmspringer zum Einsatz, wobei vor allem der schnelle Transport dieser Truppenteile mit Helikoptern geübt werden soll. Wer ist der ,,Feind'', der hauptsächlich durch relativ kleine, beweglich operierende Einheiten bekämpft werden soll? Er ,,infiltriert'', betreibt Sabotage, ändert ständig seine Stellung, hat in den Ardennen gute Unterschlupfmöglichkeiten, um seine Kräfte zu sammeln und die offene Schlacht zu vermeiden, wenn es nötig ist. Und: ,,Ein gewisser Teil der Bevölkerung kollaboriert mit dem Feind.'' Wer anders kann das sein als die Arbeiterklasse und die Volksmassen im bewaffneten Aufstand?

Um den ,,Feind'' schlagen zu können, muß man über seine Bewegungen gut informiert sein. Aus eigener Kraft bringt die Bourgeoisie das bei einem ,,Feind'', der mit den Volksmassen verbunden ist und von ihnen Schutz erhält, nicht fertig. Also wendet die Manöverleitung zwei Mittel an: 1. bezieht sie die Gendarmerie, die Abteilung des Staatsapparats, die die Volksmassen tagtäglich bespitzelt, in das Manöver mit ein, indem sie 2. die Bevölkerung ,,auffordert'' – die Gendarmerie ist das Druckmittel –, jegliche Bewegung des ,,Feindes'' an die Polizei zu melden. Die bürgerliche Presse ist der Bourgeoisie bei diesem Ansinnen behilflich: In einem Artikel des ,,Libre Belgique'' wird an den 10. Mai 1940 erinnert, für den die Hitlertruppen im heutigen Manövergebiet eine Invasion planten, die von Fallschirmspringern eingeleitet werden sollte. Just am 10. Mai 1979 springen die ersten Fallschirmspringer der ,,Feinde'', von Osten her kommend, über dem Gebiet ab. Trotz Polizeiunterdrückung und Chauvinismus gelingt es der Bourgeoisie nicht, die Volksmassen zu Spitzeldiensten zu treiben. Nicht die ,,Feinde'', sondern die ,,Freunde'' werden der Gendarmerie angezeigt. Die Soldaten des Kommandos Philippe Didier, eine Einheit des ,,Feindes'', werden in Vencimont von den Einwohnern fürstlich bewirtet und nicht der Gendarmerie gemeldet. ,,Für die alten Widerstandskämpfer bleiben diejenigen die Freunde, die sich in den Wäldern verstecken und von den Mächtigeren aufgespürt werden'', bemerkt ,,Libre Belgique'' verbittert.



Belgische Soldaten beim Abstransport per US-Helikopter in ,,feindliches'' Gebiet.

,,Verbindung mit Frankreich''. Ob das Manöver der besseren Vorbereitung der Niederschlagung des bewaffneten Aufstandes der belgischen Arbeiterklasse – wenn nötig mit französischen Truppen – dienen oder ob das Gebiet als Aufmarschgebiet gegen die französische Arbeiterklasse erkundet werden sollte: Beides ist nicht so recht gelungen.

Abrüstungsschwindel SALT II unterschriftsreif

Gegenseitige Versprechungen der Supermächte über das Ausmaß ihrer weiteren Nuklearaufrüstung

z.hef. Vom 15. bis zum 18. Juni werden Carter und Breschnew in Wien zur Unterzeichnung des Abkommens SALT II zusammentreffen. SALT ist die Abkürzung für ,,Strategic Arms Limitation Talks'', Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen.

Seit 1969 verhandeln die Supermächte über SALT. 1972 schlossen sie das Abkommen SALT I. Sie verpflichteten sich u.a., jeweils nur zwei Gebiete (später reduziert auf ein Gebiet) mit Raketen-Abwehr-Raketen zu umgeben und dafür nicht mehr als 100 Stellungen anzulegen. In diesem Vertrag behaupteten sie, daß beide ,,danach streben, zur Lockerung der internationalen Spannung und der Stärkung des Vertrauens zwischen Staaten beizutragen.'' Hat er denn auf irgendeine Weise ,,Spannungen'' zwischen den Supermächten ,,gelockert''? Die Kriegsgefahr verringert? Natürlich nicht. Mit der zunehmenden Konkurrenz zwischen den imperialistischen Ausbeuterklassen, vor allem zwischen den beiden Supermächten, hat sich auch die Gefahr eines neuen Weltkriegs verschärft. Ursache dieser Verschärfung ist nicht die Anschaffung von neuen oder mehr Waffen durch die Supermächte, sondern die Zuspitzung der Konkurrenz um die Profite aus der Ausbeutung von Arbeiterarmeen, dem Besitz von Rohstoffquellen, der Vorherrschaft über Absatzmärkte.

In SALT II unterschreiben Carter und Breschnew, nicht mehr als 2400 (ab 1981 2250) ,,strategische Waffensysteme'' kriegsbereit zu halten. Gegenwärtig haben die US-Imperialisten 2058, die Sozialimperialisten 2344. ,,Strategische Waffensysteme'' nennen die Imperialisten Kernwaffen großer Sprengkraft, die von Raketen, Bombern oder Cruise Missile (kleine, unbemannte Flugzeuge) ins Ziel gebracht werden. Im ersten Teil des Abkommens, dem bis 1985 gültigen Vertrag, versprechen sich die Supermächte gegenseitig, von diesen 2400 (2250)

- nicht mehr als 1320 Raketen mit Mehrfachsprengköpfen oder Bomber, von denen aus weitreichende Cruise Missile gestartet werden können, bereit zu halten;
- davon nicht mehr als 1200 Raketen mit mehreren Sprengköpfen, die auf verschiedene Ziele gelenkt werden können;
- von diesen nicht mehr als 820 vom Festland abzuschießende Raketen (die anderen werden von U-Booten aus gestartet).

Das Arsenal reicht für die erpresserischen Zwecke, die die Supermächte mit ihrer Atombewaffnung verfolgen: gegeneinander und jede gegen die Länder der Dritten Welt und kleinere imperialistische Konkurrenten.

In dem Vertrag steht unter anderem noch, daß sie Interkontinentalraketen neuen Typs weder bauen noch testen wollen (mit Ausnahme je eines ,,leichten'' Typs), daß sie die Zahl der Sprengköpfe auf bestehenden Raketen nicht erhöhen und bei neuen nicht über zehn (bei landgebundenen) und 14 (bei von U-Booten abgeschossenen Raketen) festlegen. Außerdem versichern sie sich, weder ihre Anlagen tarnen zu wollen, noch die gegnerischen Spionagesatelliten zu behindern.

Im zweiten Teil, einem bis zum 31.12.1981 gültigen Protokoll, ,,verbieten'' sie sich die Bereitstellung und Abschlußtests von fahrbaren Abschußrampen für Interkontinentalraketen, nicht aber die Entwicklung. Getestet, aber nicht in Dienst gestellt werden dürfen Cruise Missile mit Reichweiten über 600 km, die von Schiffen oder vom Boden gestartet werden. Die US-Imperialisten sind gerade dabei, Cruise Missile, die von Flugzeugen aus gestartet werden, in den Einsatz zu bringen, und das ist nicht ,,verboten''.

Abrüstung? Nichts wird abgerüstet, stattdessen vereinbaren die Supermächte *zeitweilige* Höchstgrenzen der nuklearen strategischen Aufrüstung. Das setzt Mittel frei für die Aufrüstung mit ,,konventionellen'' Waffen für die Massenschlächterei und kleineren Atomwaffen, mit der die Imperialisten den Krieg unmittelbar vorbereiten. Die US-Imperialisten behaupten z.B., die Sozialimperialisten müßten 300 Raketen vernichten. 300 Raketen mit *Einzelsprengköpfen*, dafür ,,dürfen'' sie 804 Raketen mit insgesamt 9176 Mehrfachsprengköpfen neu in Stellung bringen. Umgekehrt ähnlich.

Die Völker der Welt haben Erfahrung mit dieser Art ,,Abrüstung''. Die britischen und deutschen Imperialisten schlossen z.B. ein großes ,,Flottenabkommen'', das durch Begrenzung der Kriegsflottenrüstung angeblich der ,,Entspannung'' dienen sollte – am 18.6.1935, vier Jahre vor Beginn des 2. Weltkriegs.



Nach der Oktoberrevolution kam es an der ganzen Front zu Massenverbrüderungen. Hier teilen Ende 1917 russische und österreichische Soldaten ihre Suppe. Die Arbeiterklasse kann der Vorbereitung und Durchführung des Kriegs der Imperialisten durch deren Sturz ein Ende setzen.

Seit 14 Wochen Streik irischer Postbeamter Imperialisten rufen nach Polizei und Armee

z.rül. Seit 14 Wochen streiken die 13000 Postarbeiter der Republik Irland für eine Lohnerhöhung von 31 bis 37% und die Angleichung der Löhne der Frauen an die der Männer. Im Augenblick verdienen sie zwischen umgerechnet 830 und 1050 DM brutto, die Frauen 100 DM weniger. Die Regierung hat der Angleichung der Löhne der Frauen bereits zugestimmt. Jetzt bietet sie 12% für Postarbeiter und 8,5% für Büroangestellte.

Nachdem vor zwei Wochen die britische Postarbeitergewerkschaft beschloß, künftig in Nordirland keine Post in die und aus der Republik abzufertigen, ist den Imperialisten die wichtigste Möglichkeit verschlossen, mit der sie bislang für ihre Auslandspost den Streik unterlaufen konnten. Allein in Dublin sind 50000 Telefone ausgefallen und werden nicht repariert. Die 7000 Postvorarbeiter weigern sich, Streikbrecherdienste zu leisten. Kein einziger Brief wird von der Post ausgeliefert. Ein Sprecher der IDA, einer Regierungsgesellschaft, die imperialistische Niederlassungen in der Republik unterstützt, erklärte, die Lage der ausländischen Firmen sei ,,praktisch unmöglich'', sie ,,verlieren offenkundig Aufträge''. Der ehemalige Zentralbankpräsident forderte am 3. Mai den Einsatz von Polizei und Armee gegen Streiks, ,,die die Versorgung beeinträchtigen''. Am selben Tag beriet das Parlament über die ,,Beeinträchtigung der Wirtschaft durch Arbeitskämpfe'', ohne einen Beschluß zu fassen.

Die Führung der Postgewerkschaft hat inzwischen unter dem Druck der Regierung und der Imperialisten die Lohnforderung auf 16% gesenkt. Die Postarbeiter aber setzen sich erbittert zur Wehr. Sie stellten Streikposten vor privaten Post- und Paketdiensten auf. Die Regierung schickte daraufhin Polizeikräfte, die mehr als 40 Streikposten kurzzeitig verhafteten und mehrere schwer verletzten. In dieser zugespitzten Lage verstärkten die anderen Gewerkschaften ihre Unterstützung: mehr als 50000 Punt (fast 200000 DM) sammelten sie bis jetzt zur Unterstützung der Postarbeiter. Hinzu kommen Spenden aus Nordirland (700 Pfund von Postarbeitern aus Belfast) sowie eine Spende der Deutschen Postgewerkschaft von 50000 DM.

Am 23.5. findet der Kongreß des Gewerkschaftsbundes ICTU statt, der über das neue Lohnabkommen (siehe KVZ 19/79) entscheidet, das u.a. die Lohnerhöhungen auf ca. 12% begrenzt.

Die Adresse der irischen Postarbeitergewerkschaft: Post Office Workers Union, 52, Parnell Square, Dublin 1, Republik Irland.

120000 griechische Beamte und Angestellte im Streik für mehr Lohn

*z.dab.*120000 griechische Staatsbeamte, Lehrer, Krankenhauspersonal, Versicherungsangestellte, Ingenieure, Landwirtschaftsexperten sind am 6.5. in einen 48stündigen Warnstreik getreten, um ihren Forderungen nach höheren Löhnen Nachdruck zu verleihen. Der Streik wurde von 85–95% befolgt. Die Regierung Karamanlis hat die Forderungen als unberechtigt abgelehnt, da ,,es sich um Berufskategorien handle, die ohnehin vom Staat bevorzugt werden''. (Neue Zürcher Zeitung, 7.5.79) Sie hat mit verschärfter Unterdrückung reagiert, die Streikführer festgenommen und Verfahren gegen sie eingeleitet. Der Staat spricht den Staatsbediensteten das Streikrecht ab. Daraufhin haben die Beamten und Angestellten am 14.5. in Athen beschlossen, in einen unbefristeten Streik zu treten. 1978 haben über 3 Mio. Lohnabhängige gestreikt, die Lehrer mit an vorderster Front. Ihr Lohn liegt zwischen 11000 und 22000 Drachmen, das sind etwa 550–1100 DM. Der monatliche Durchschnittsverdienst der Arbeiter in der verarbeitenden Industrie lag 1978 bei 12445 Drachmen. Die Nahrungsmittelpreise stiegen von 1974 bis Juli 78 um 62,4%, die für Bekleidung 1978 um 19,5%, für medizinische Versorgung um 20,8%. Die Hälfte des Lohnes ging für Miete, Strom und Wasser drauf. Die Regierung will ihre Anfang des Jahres festgelegte Lohnleitlinie von 15% durchsetzen.

Ende Mai soll der Vertrag über den Beitritt Griechenlands in die EG unterzeichnet werden. ,,Die Umstrukturierung von Industrie und Landwirtschaft sowie die Umstellung auf kapitalintensive Produktionszweige werden ... die Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft beträchtlich ansteigen lassen''.(Bulletin der EG 1/78) Die Reservearmee von jetzt 7,5 Mio. in der EG mit griechischen Arbeitern auffüllen, ihren Warenexport erhöhen und über vermehrten Kapitalexport die Ausbeutung der billigen griechischen Arbeitskraft steigern, ist die Absicht der EG-Imperialisten. Dazu müssen die ''strukturellen Mängel'' behoben werden, fordern die EG-Imperialisten, d. h. die Bauern gelegt und der Staatsapparat rationalisiert werden. 1973 waren noch 35,1% in der Landwirtschaft tätig (EG 9,6%), der Anteil am Bruttoinlandsprodukt machte 16,1% aus (EG 5%). ''Absolut ging die Zahl der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft von 1961 bis 1971 um 4,5% zurück, seit Anfang der siebziger Jahre nur noch um 2% zurück'' (EG-Bulletin 3/78).

Öffentlicher Dienst Italiens: Regierung bricht Zusage, Lohnerhöhungen endlich auszuzahlen

z.erm.Rom. 1,9 Millionen Beschäftig- Zinsen gekostet.

im Streik für mehr Lohn

*z.dab.*120000 griechische Staatsbeamte, Lehrer, Krankenhauspersonal, Versicherungsangestellte, Ingenieure, Landwirtschaftsexperten sind am 6.5. in einen 48stündigen Warnstreik getreten, um ihren Forderungen nach höheren Löhnen Nachdruck zu verleihen. Der Streik wurde von 85–95% befolgt. Die Regierung Karamanlis hat die Forderungen als unberechtigt abgelehnt, da ,,es sich um Berufskategorien handle, die ohnehin vom Staat bevorzugt werden''. (Neue Zürcher Zeitung, 7.5.79) Sie hat mit verschärfter Unterdrückung reagiert, die Streikführer festgenommen und Verfahren gegen sie eingeleitet. Der Staat spricht den Staatsbediensteten das Streikrecht ab. Daraufhin haben die Beamten und Angestellten am 14.5. in Athen beschlossen, in einen unbefristeten Streik zu treten. 1978 haben über 3 Mio. Lohnabhängige gestreikt, die Lehrer mit an vorderster Front. Ihr Lohn liegt zwischen 11000 und 22000 Drachmen, das sind etwa 550–1100 DM. Der monatliche Durchschnittsverdienst der Arbeiter in der verarbeitenden Industrie lag 1978 bei 12445 Drachmen. Die Nahrungsmittelpreise stiegen von 1974 bis Juli 78 um 62,4%, die für Bekleidung 1978 um 19,5%, für medizinische Versorgung um 20,8%. Die Hälfte des Lohnes ging für Miete, Strom und Wasser drauf. Die Regierung will ihre Anfang des Jahres festgelegte Lohnleitlinie von 15% durchsetzen.

Ende Mai soll der Vertrag über den Beitritt Griechenlands in die EG unterzeichnet werden. ,,Die Umstrukturierung von Industrie und Landwirtschaft sowie die Umstellung auf kapitalintensive Produktionszweige werden ... die Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft beträchtlich ansteigen lassen''.(Bulletin der EG 1/78) Die Reservearmee von jetzt 7,5 Mio. in der EG mit griechischen Arbeitern auffüllen, ihren Warenexport erhöhen und über vermehrten Kapitalexport die Ausbeutung der billigen griechischen Arbeitskraft steigern, ist die Absicht der EG-Imperialisten. Dazu müssen die ''strukturellen Mängel'' behoben werden, fordern die EG-Imperialisten, d. h. die Bauern gelegt und der Staatsapparat rationalisiert werden. 1973 waren noch 35,1% in der Landwirtschaft tätig (EG 9,6%), der Anteil am Bruttoinlandsprodukt machte 16,1% aus (EG 5%). ''Absolut ging die Zahl der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft von 1961 bis 1971 um 4,5% zurück, seit Anfang der siebziger Jahre nur noch um 2% zurück'' (EG-Bulletin 3/78).

Öffentlicher Dienst Italiens: Regierung bricht Zusage, Lohnerhöhungen endlich auszuzahlen

z.erm.Rom. 1,9 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst verweigert die italienische Regierung noch immer die Auszahlung der Lohnerhöhungen aus den Tarifverträgen für 1976 bis 1978. Anfang November mußte die Regierung aufgrund der Streikbewegung an den Krankenhäusern endlich über die noch offenen Punkte abschließen. Obwohl sie den Gewerkschaften der Beschäftigten im öffentlichen Dienst mehrere Male die Auszahlung zusagte, hat die Regierung noch immer nicht über das dazu nötige Gesetz beschlossen.

Am 20. April hatten die betroffenen Beschäftigten in Verwaltung, Schulen, Universitäten und Gemeinden und die ca. 12500 Arbeiter in den staatlichen Tabakmanufakturen einen Streik durchgeführt, auf den die Regierung mit einer erneuten ,,festen'' Zusage reagieren mußte. Doch auch dieses Versprechen hielt sie nicht ein. Auf der nächsten Ministerratssitzung wurde das Gesetz nicht behandelt. In der letzten Woche nun, nach einem erneuten Streik der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, erklärte die Regierung, am 23. Mai werde sie die Erhöhungen beschließen.

Durch ihre Verweigerung der Auszahlung hat die Regierung, nach Abzug von Abschlagszahlungen, die nach Auskunft der Gewerkschaft durchschnittlich 50% betragen, den Beschäftigten seit 1976 1246 Mrd. Lire, heute umgerechnet 2,8 Mrd. DM, an Lohngeldern vorenthalten. Die gleiche Summe hätte, bei den Banken aufgenommen, umgerechnet ca. 600 Mio. DM Zinsen gekostet.

Im Gegensatz z.B. zu den Krankenhausbeschäftigten haben die meisten Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst keine Tariffreiheit. Die zwischen Regierung und Gewerkschaften vereinbarten Abschlüsse sind nicht rechtsverbindlich, sondern bedürfen der Übernahme in ein Besoldungsgesetz. Die Regierung kann sich so von ihren Zusagen nachträglich absetzen und einseitig in dem Besoldungsgesetz Änderungen an den Abschlüssen vornehmen. So machte sie 1976 den Abschluß für die Beschäftigten in den öffentlich-rechtlichen Anstalten, vor allem den Sozialversicherungen, mit der Begründung rückgängig, die Lohngruppeneinteilung sei ,,ungerecht''. Sie konnte eine Senkung für die unteren Lohngruppen durchsetzen.

Heute erklärt die Regierung, daß sie auf ihrer nächsten Sitzung zusätzlich zu den mit der Gewerkschaft vereinbarten Tarifen über Gehaltserhöhungen für die Dienstaufsicht und die Generalität beschließen will. Die bürgerliche Gewerkschaftsführung hat sich in einer Erklärung gegen dieses Vorgehen, nach dem Abschluß einseitig für einen Teil der Beschäftigten Lohnerhöhungen zu erlassen, gewandt. ,,Prinzipiell' aber hat sie sich mit den geplanten Schmiergeldern einverstanden erklärt.

Für den 22. Mai ist eine Delegiertenkonferenz der Beschäftigten im öffentlichen Dienst einberufen, um über das weitere Vorgehen zur Durchsetzung der Forderungen zu beraten.

Frankreich: Kernenergieprogramm beschleunigt

,,Warum soll Frankreich nicht in der Lage sein, mit Deutschland zu rivalisieren?''

z.jon.Paris. Aufmerksam haben die französischen Imperialisten registriert, daß ihre westdeutschen Konkurrenten nicht in der Lage sind, gegen den Widerstand der Volksmassen den Bau einer eigenen Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben durchzusetzen. ,,Das ganze deutsche Nuklearprogramm ist in Gefahr.'' (,,Le Figaro'') Um so größere Anstrengungen unternehmen sie selbst, den Widerstand gegen das eigene Kernenergieprogramm zu unterdrücken und es zum beherrschenden in der europäischen Energieversorgung zu machen. Die BRD-Imperialisten sind auf die französische Anlage in La Hague zur Wiederaufbereitung der Brennstäbe ihrer Kernkraftwerke angewiesen. Mit der Anlage zur Anreicherung von Natururan Eurodif in Le Tricastin, deren erster Abschnitt im April in Betrieb genommen wurde, sind die französischen Imperialisten darüberhinaus als erste in Europa in der Lage, den Brennstoff für Kernkraftwerke selbst herzustellen und sich von den Lieferungen der beiden Supermächte unabhängig zu machen. An Eurodif sind belgische, italienische und spanische Gesellschaften beteiligt, aber keine westdeutschen. Weiter haben die französischen Imperialisten in einigen ihrer ehemaligen Kolonien (z.B. Niger) das Ausbeutungsmonopol für Natururan behauptet. Sie verfügen damit über eine Versorgungsbasis für ihr Kernenergieprogramm und für ihre Atomstreitmacht, die ihnen Handlungsspielraum gegenüber den beiden Supermächten gibt und die Möglichkeit, ihre westeuropäischen Konkurrenten mit deren Abhängigkeit von Uran- und Plutoniumlieferungen zu erpressen. Nach dem Vorbild der US- und der Sowjetimperialisten hat die französische Bourgeoisie von der westdeutschen erzwungen, daß sie die Verwendung des von der Wiederaufbereitungsanlage La Hague gelieferten Plutoniums kontrolliert. Frankreich sei dafür verantwortlich, daß die BRD keine Atomwaffen baut.

,,Frankreich hält an der Kernenergie fest und wird daran festhalten'', erklärte Premierminister Barre am 7. Mai. ,,Warum soll Frankreich nicht in der Lage sein, mit Deutschland zu rivalisieren?''

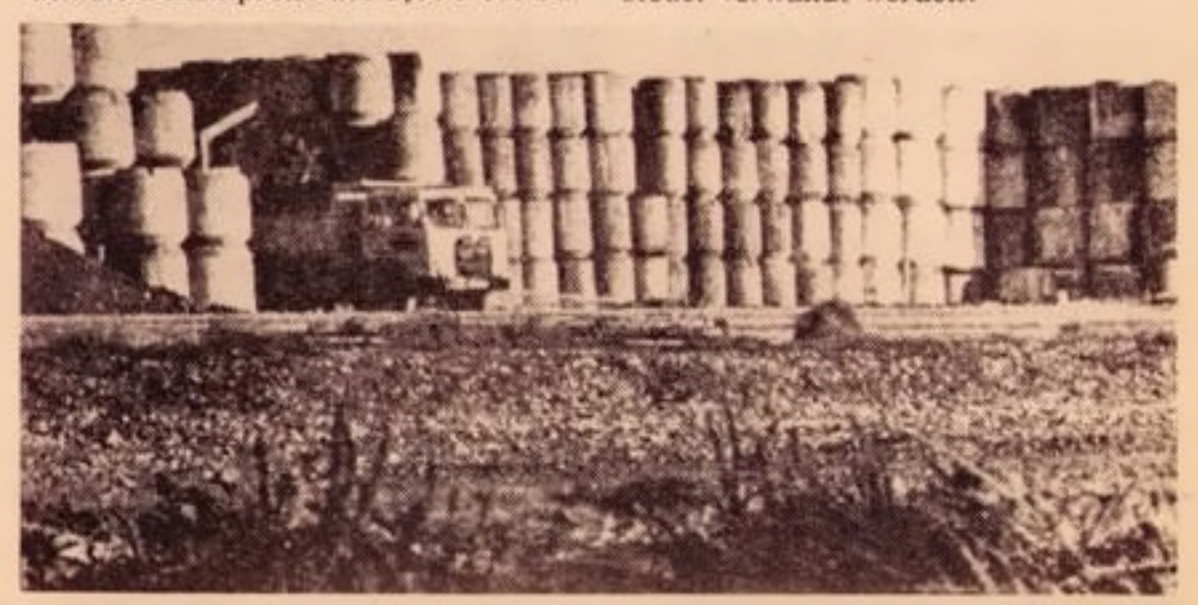
Die eigene Energiebasis der französischen Imperialisten ist noch schmaler als die ihrer westeuropäischen Hauptkonkurrenten. Sie verfügen nicht über die Nordseeölfelder der britischen Imperialisten. In Westdeutschland wird viermal mehr Kohle abgebaut als in Frankreich. Die französische Energieversorgung war 1976 zu 65% von Erdölimporten abhängig, die westdeutsche zu 52%.

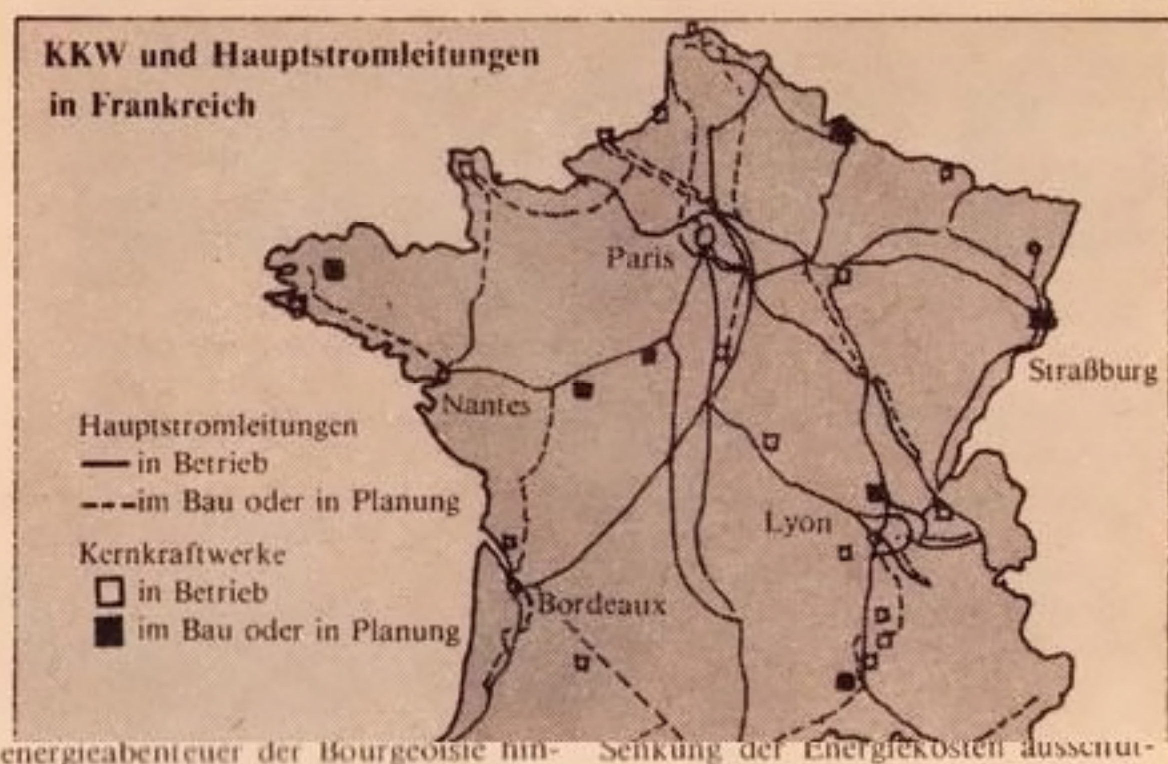
1945 haben die französischen Imperialisten ihre erste Kernenergiekommission eingesetzt. 1956 – sieben Jahre früher als die BRD-Imperialisten – nahmen sie ihr erstes Kernkraftwerk in Betrieb. 1975 lieferten die Kernkraft-

westdeutsche Imperialismus sein Kernenergieprogramm politisch immer schwerer durchsetzen kann, versucht der französische, sein Programm zu beschleunigen und Westdeutschland wieder zu überrunden. Am 7.2. beschloß der Ministerrat, den Bau von zwei Reaktoren mit zusammen 2200 Megawatt (MW) Leistung in diesem Jahr vorzeitig einzuleiten. Außer den 15 bereits arbeitenden Reaktoren in sieben Kernkraftwerken sollen bis 1985 26 Reaktoren mit einer Leistung von jeweils 900 MW und sechs mit einer Leistung von 1300 MW sowie der schnelle Brüter ,,Superphönix'' in Creya-Malville mit 25800 MW in Dienst gestellt werden. Dann sollen 50% der Stromversorgung und 20% der Gesamtenergieversorgung aus Kernenergie gespeist werden.

Allein Eurodif kostet 10 Mrd. DM. Wegen des Widerstandes der Massen gegen den Bau von Kernkraftwerken ist das Programm zwei Jahre hinter den Planzielen von 1974 zurück. Eine weitere Verzögerung kann sich der französische Imperialismus im Kampf um die europäische Vorherrschaft nicht leisten. Die Haupt-,,Idee'' seines Energiefeldzuges ist es deshalb, mit der Begründung der Erdölverteuerung und drohenden Verknappung die Werktätigen so lange zu plündern und zu schikanieren, bis sie bereit sind, das Kernenergieabenteuer der Bourgeoisie hinzunehmen. *Plünderung:* Am 5.5. wurden die Benzinpreise auf 2,86 F für Super (1,30 DM) und auf 2,65 F für Normalbenzin erhöht. Sie sind damit die höchsten der Welt. Zwei Drittel dieses Preises besteht aus Steuern. Zwei Tage später wurde der Preis für Haushaltsstrom um 7,5% erhöht. Geplant ist eine Energiesteuer für alle Formen des Energieverbrauchs. *Schikanen:* Die Regierung hat die Einführung eines obligatorischen Betriebsausweises für alle mit Öl betriebenen Heizungen beschlossen, ohne den es kein Heizöl mehr geben soll. Es soll ein eigener Beamtenkörper zur Überwachung und Registrierung geschaffen werden. Gegen die Autofahrer wird eine Kampagne ,,Tropfenzählen'' zur Durchsetzung des ,,Sparsamfahrens'' durchgeführt. Rationierung und Fahrverbote zu ,,Probezwecken'' und für den Winter als ,,Ernstfall'' sind angekündigt. Mit Absicht beziehen sich diese Maßnahmen alle auf den Verbrauch von Erdölprodukten.

1978 sei es gelungen, Energie im Gegenwert von 16 Mio. t Erdöl zu sparen, teilt die Agentur für Energiesparen mit, 9 Mio. t allein in Wohn- und Burohäusern durch Herunterstellen der Heizungen. ,,Wegen der Gerechtigkeit werde die Industrie von nun an ihrerseits besondere Anstrengungen im Einsparen von Energie unternehmen.'' Der Staat will in diesem Jahr 40 Mio. F an Subventionen für Investitionen zur Senkung der Energiekosten ausschütten. In Zukunft soll dafür die Energiesteuer verwandt werden.





Kernenergieprogramm und für ihre Atomstreitmacht, die ihnen Handlungsspielraum gegenüber den beiden Supermächten gibt und die Möglichkeit, ihre westeuropäischen Konkurrenten mit deren Abhängigkeit von Uran- und Plutoniumlieferungen zu erpressen. Nach dem Vorbild der US- und der Sowjetimperialisten hat die französische Bourgeoisie von der westdeutschen erzwungen, daß sie die Verwendung des von der Wiederaufbereitungsanlage La Hague gelieferten Plutoniums kontrolliert. Frankreich sei dafür verantwortlich, daß die BRD keine Atomwaffen baut.

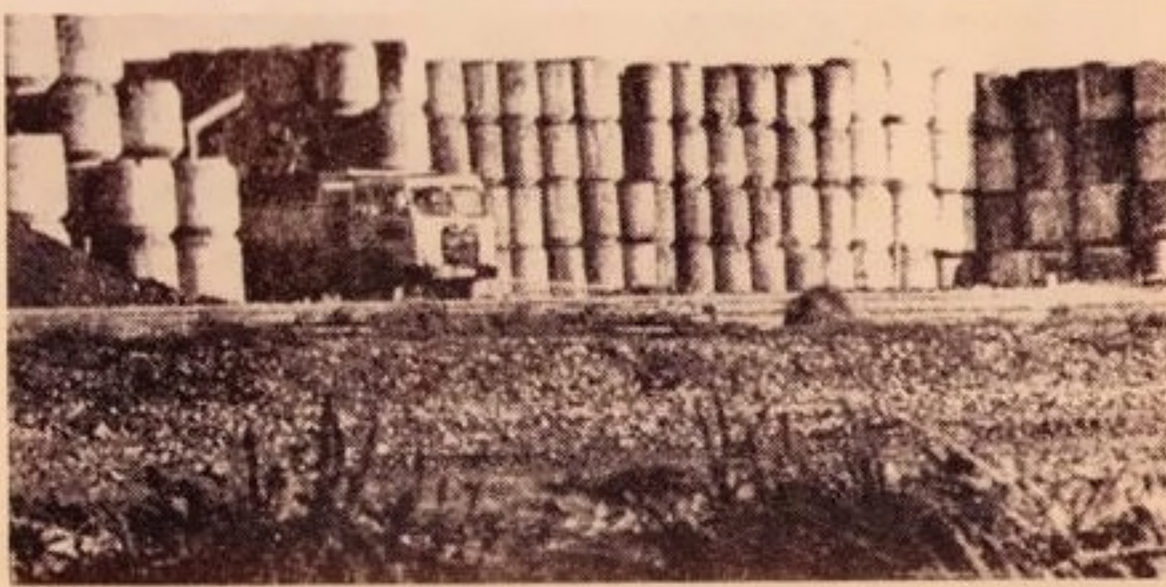
,,Frankreich hält an der Kernenergie fest und wird daran festhalten'', erklärte Premierminister Barre am 7. Mai. ,,Warum soll Frankreich nicht in der Lage sein, mit Deutschland zu rivalisieren?''

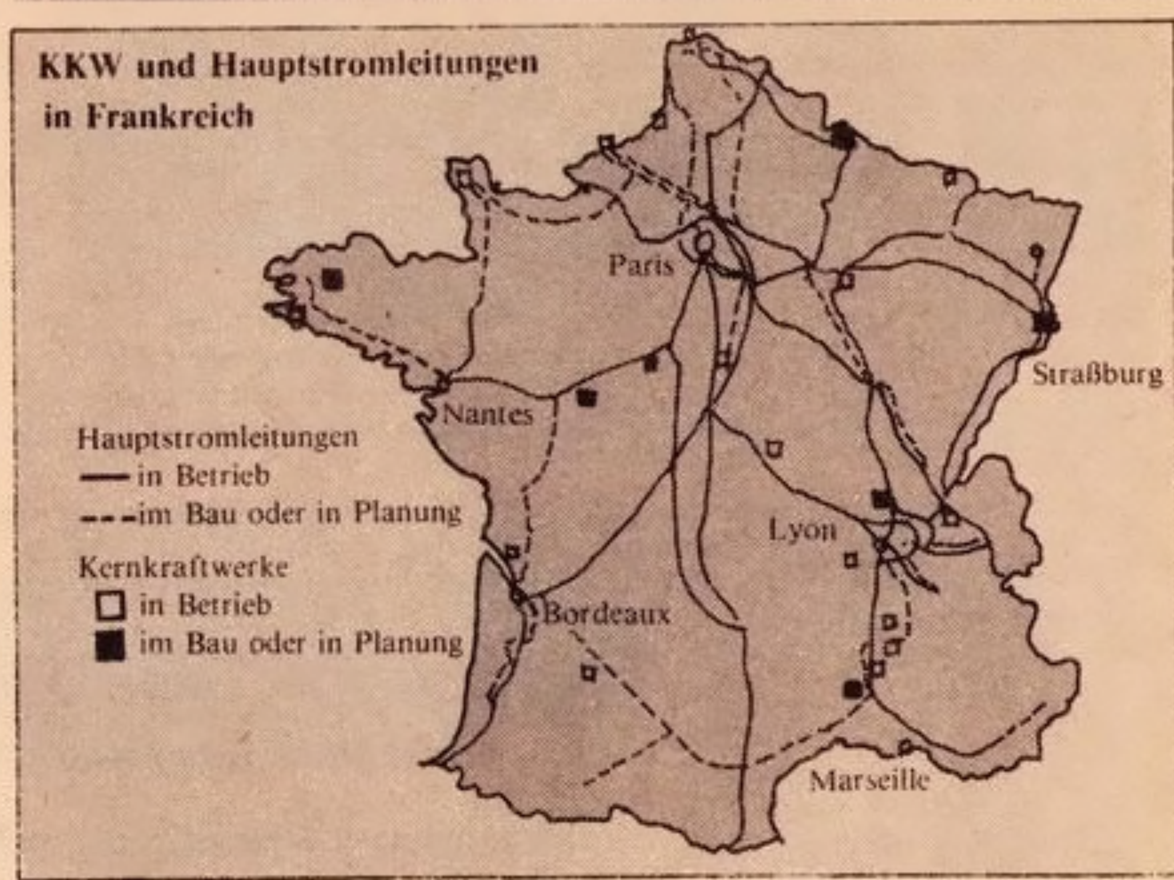
Die eigene Energiebasis der französischen Imperialisten ist noch schmaler als die ihrer westeuropäischen Hauptkonkurrenten. Sie verfügen nicht über die Nordseeölfelder der britischen Imperialisten. In Westdeutschland wird viermal mehr Kohle abgebaut als in Frankreich. Die französische Energieversorgung war 1976 zu 65% von Erdölimporten abhängig, die westdeutsche zu 52%.

1945 haben die französischen Imperialisten ihre erste Kernenergiekommission eingesetzt. 1956 – sieben Jahre früher als die BRD-Imperialisten – nahmen sie ihr erstes Kernkraftwerk in Betrieb. 1975 lieferten die Kernkraft-werke in Westdeutschland erstmals mehr Strom als die französischen. Der Anteil der französischen Kernenergieproduktion an der Gesamtstromproduktion ist aber immer noch höher als in Westdeutschland (1976 Frankreich: 7,7%, BRD: 7,3%). Während der

energieabenteuer der Bourgeoisie hinzunehmen. *Plünderung:* Am 5.5. wurden die Benzinpreise auf 2,86 F für Su-

Senkung der Energiekosten ausschütten. In Zukunft soll dafür die Energiesteuer verwandt werden.





Lagerung von radioaktiven Abfällen in La Hague. – Die Karte zeigt die regionalen Unterschiede in der französischen Stromversorgung. Am 4.4. hat die Regierung ein Sonderprogramm zum Ausbau des Stromnetzes beschlossen.

BRD und Österreich: Rohstoffsicherung in Gabun

z.lik.Wien. Letzte Woche haben das österreichische Stahlmonopol VÖEST und der westdeutsche Konzern Gute-Hoffnungs-Hütte eine ,,Joint-Venture''-Beteiligung am Eisenerzbergbau in Gabun erworben. Im Rahmen ihres Rohstoffsicherungskonzepts halten sie angesichts der zugespitzten Lage im südlichen Afrika eine ,,Schwerpunktverlagerung'' für angeraten, betonte die VÖEST, und zwar auf Länder wie Nigeria, Kenia, Elfenbeinküste, Gabun. Sie sind nicht nur rohstoffreich, sondern haben mit Unterstützung anderer Länder der Dritten Welt verstärkt das Transportwesen aufgebaut. So hat Gabun im letzten Jahr mit Krediten afrikanischer und arabischer Banken den Bau einer Eisenbahnlinie aufgenommen. Außerdem liegen diese Länder an der Westküste Afrikas, ihre Häfen strategisch günstig für den Seetransport nach Westeuropa. Am liebsten hätten die imperialistischen Monopole ganze Bergwerke in ihrem direkten Besitz; das verfolgen sie nach wie vor, auch über die ,,Joint Ventures''. Kapital wie auch moderne Produktionsverfahren brauchen die afrikanischen Staaten für den Aufbau ihrer Industrie. Unter dem Vorwand, das zu fördern, bauen die beiden oben genannten Konzerne in Nigeria bis 1981 ein Stahlwerk für Direktreduktion auf. Die österreichische Regierung hat ihre Afrika-Politik dem Konzept des Stahlmonopols sogleich angepaßt. Außenminister Pahr erklärte zum Zweck von ,,Entwicklungshilfe'': ,,Humanitäres sollten wir der Caritas überlassen.''

US-Militärberater in Oman

z.zik. Mit der Entsendung von Militärberatern und Waffen in das Sultanat Oman am persischen Golf übernimmt der US-Imperialismus direkt das Kommando in der bisherigen Halbkolonie der britischen Imperialisten. Oman war seit Mitte des 19. Jahrhunderts britische Kolonie, seit 1891 unter britischem Protektorat, seit 1951 formal selbständig. Fast ununterbrochen führten die britischen Imperialisten Kolonialkriege gegen das Volk von Oman, seit Anfang der siebziger Jahre gegen den Befreiungskrieg unter Führung der PFLO. Faktisch das ganze Offiziers- und Fliegerkorps der 15600 Mann starken omanischen Armee besteht aus britischen Offizieren, dazu kommen eine vom britischen SAS ausgebildete 2000-Mann-Killertruppe und bis vor kurzem noch 2500 iranische Söldner; die iranische Polizei wird von den US-Imperialisten ausgebildet. 40% seiner Ölimporte bezieht der US-Imperialismus von den arabischen OPEC-Ländern, 20% allein aus Saudi-Arabien, das erst kürzlich die Stationierung der ehemaligen US-Iran-Truppe abgelehnt hat. Die US-Imperialisten sind in Eile: Im an Oman angrenzenden Jemen haben die Sozialimperialisten seit langem ,,Berater'' stehen.

Äthiopien schnürt dem Sudan das Wasser ab

z.rua. Äthiopien könne mit dem Wasser, das *gegenwärtig* ihm gehöre, machen was es wolle, erklärte Mengistu schroff in Radio Addis Abeba (New African 4/79). Nach Abschluß des ,,Freundschaftsvertrages'' mit Äthiopien haben die Sozialimperialisten die seit Juli 1977 beantragte Finanzierung des Baues von fünf Staudämmen am oberen Lauf des Blauen Nil – parallel zur Grenze zum Sudan – bewilligt.

Die Arbeiter El Salvadors kämpfen für den Sturz der Ausbeuterherrschaft

z.rua. 14 Gewerkschaften El Salvadors haben die Arbeiter aufgerufen, für die Durchsetzung ihrer Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen in den Streik zu treten. Am 10. Mai ruhte in allen Fabriken San Salvadors, der Hauptstadt des Landes, die Arbeit. Geschäfte und Büros, Schulen und Universitäten blieben geschlossen. Tausende von Arbeitern, Angestellten, Schülern und Studenten beteiligten sich am Demonstrationszug anläßlich der Beerdigung von 18 von der Nationalgarde Erschossenen und forderten politische und gewerkschaftliche Freiheiten.

Seit März dieses Jahres ließ das Romero-Regime mehrere Führer von Gewerkschaften und politischen Parteien verhaften, um die anhaltenden Streikkämpfe zu zerschlagen. Am 4. Mai besetzten Mitglieder des 17000 Mitglieder zählenden Revolutionären Volksblocks die Kathedrale von San Salvador, um der Forderung nach Freilassung der Inhaftierten Nachdruck zu verleihen. Romero setzte Nationalgarde und Armee-Einheiten ein, die 18 Personen erschossen und mehr als 40 verwundeten.

Die US-Imperialisten haben jetzt zum wiederholten Male angekündigt, ihre Menschenrechtskommission zur Inspektion nach El Salvador zu entsenden. Angesichts des erstarkenden Klassenkampfes der Arbeiter und Volksmassen in Mittelamerika trachten sie danach, ihren direkten Einfluß in dieser Region zu vertiefen, um die revolutionären Erhebungen niederwerfen zu können. 1823, als die Völker Lateinamerikas sich vom spanischen Kolonialjoch befreiten, sprach sich die US-Bourgeoisie mit der „Monroe-Doktrin“ das Recht auf jederzeitige Intervention in Lateinamerika „zum Schutz der vitalen Interessen der USA“ zu. 1959, nach dem Sieg der kubanischen Revolution, schlossen die US-Imperialisten mit ihren Marionettenregierungen in Mittelamerika „Beistands“abkommen „zum Schutz vor in- und ausländischer kommunistischer Subversion“. US-Luft-, Flotten- und Truppenstützpunkte wurden in diesen Ländern errichtet, die Ausbildung und Ausrüstung der nationalen Armeen erfolgt durch die US-Imperialisten.

US-Direktinvestitionen in Ländern der Dritten Welt (in Mio. $)

Jahr	Dritte Welt	Lateinamerika	Mittelamerika
1970 ..	19192	11104	3644
1973 ..	22904	13527	4506
1974 ..	19848	14597	5141
1975 ..	26288	16394	5811
1976 ..	28884	17175	5617
1977 ..	33706	18729	6124

In Mittelamerika ist ein Fünftel aller US-Direktinvestitionen in Ländern der Dritten Welt konzentriert. Mit El Salvador haben die US-Imperialisten im April 1960 ein Abkommen über den Schutz von Privatinvestitionen geschlossen. Mit Kapitalanlagen von ca. 100 Mio. $ beherrschen sie die Zweige der verarbeitenden Industrie – der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie, der Textilindustrie und der Ölraffinierung. Die US-Imperialisten sind die größten Investoren in El Salvador, gefolgt von den westdeutschen und japanischen Konkurrenten.

El Salvador ist das kleinste, aber mit 4,1 Mio. Einwohnern bevölkerungsreichste Land Mittelamerikas. Die spanischen Kolonialisten haben während ihrer 300jährigen Herrschaft die reichen Gold- und Silbervorkommen des

US-Kredite an Mittelamerika 1945 – 1976 (in Mio. $)

Land	Gesamt	davon für Militär	1976 noch nicht getilgt
Belize	7	–	–
Costa Rica	209	2	95
El Salvador	165	12	73
Guatemala	373	30	108
Honduras	192	14	82
Nicaragua	244	23	131
Panama	360	9	195

(Quelle: Statistical Abstracts, 1978)

Landes geplündert und die Waldbestände abgeholzt. Auf Plantagen wurde der Anbau von Kaffee, Zuckerrohr und Baumwolle betrieben. Der Anbau dieser Exportprodukte ist auch heute noch Schwerpunkt der Wirtschaft, außer der in den Händen der Imperialisten befindlichen Rohstoffverarbeitung gibt es keine Industrie. 95% des Bodens ist im Besitz von 14 Großgrundbesitzerfamilien, selbständige kleine Bauern gibt es so gut wie gar nicht. 60% der erwerbstätigen Bevölkerung sind Landarbeiter. Die Hälfte von ihnen – ca. 400000 – muß Saisonarbeit während der viermonatigen Erntezeit von Dezember bis März verrichten. Die Arbeitslosenquote beträgt auf dem Land 50%, in der Stadt 25%. Viele der Landarbeiter erhalten nicht einmal den staatlich festgesetzten Mindestlohn von 7 Colones (ca. 7 DM) pro Tag, sondern nur eine warme Mahlzeit am Tag. Aber selbst mit dem Mindestlohn kann ein Landarbeiter sich und seine Familie während der Erntesaison nicht ernähren, das amtliche Existenzminimum für eine vierköpfige Familie beträgt 12 Colones am Tag. Außerhalb der Erntezeit ist die Reproduktion überhaupt nicht gewährleistet.

Das Arbeitsgesetz von 1963 sieht Kinderarbeit ab 12 Jahren vor. Die gesetzliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden pro Woche, in der Erntezeit werden Überstunden nicht bezahlt. Ein Landarbeiter hat Anspruch auf 6 Urlaubstage im Jahr und einen freien Tag in der Woche. Die Arbeitskraft verschleißt schnell. 20% aller Landarbeiter sind jünger als 20 Jahre, nur 4% werden älter als 55 Jahre.

Die völlige Rechtlosigkeit und Existenznot der Landarbeiter – gewerkschaftliche Organisationen der Landarbeiter gibt es noch nicht – sichert den Imperialisten die billige Ausbeutung der Industriearbeiter. Bei einer 44-Stundenwoche betrug der Stundenlohn eines Textilarbeiters im Dezember 1977 1,44 DM (Arbeitsstatistik El Salvador, 1977). Mit dem Arbeitsgesetz von 1963 wurde den Arbeitern zwar formal das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und Streik zugestanden, gleichzeitig sicherte sich die Regierung jedoch die Möglichkeit, Gewerkschaften aufzulösen und Streiks für illegal zu erklären.

Mit der Zunahme der Industriearbeiter stieg ihre gewerkschaftliche Organisierung. Von 1973 bis 1977 wuchs die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von 54387 auf 76085. Fast alle Arbeiter der Elektrizitäts- und Bauindustrie sind gewerkschaftlich organisiert. Seit 1977 nehmen die Streikkämpfe der Arbeiter für Lohnerhöhungen und gewerkschaftliche Rechte zu. In 19 Streiks, von denen 46 Betriebe vor allem der Bauindustrie betroffen waren, gingen den Kapitalisten 155000 Arbeitstage „verloren“ (Arbeitsstatistik, 1977). Im November 1977 erließ das Romero-Regime das „Gesetz für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“, das einem Ausnahmezustand gleichkommt und das Streikrecht beseitigt. 1500 Textil- und Landarbeiter besetzten daraufhin das Arbeitsministerium und zwangen die Regierung zu Tarifverhandlungen.

Im Februar dieses Jahres traten 800 Arbeiter der Getränkefabriken La Constancia und La Tropical in den Streik und besetzten die Fabriken. Als die Regierung durch die Nationalgarde den Streik zerschlagen wollte, traten die Arbeiter von 24 anderen Fabriken in einen Solidaritätsstreik. Die Elektrizitätsarbeiter legten in einem 23stündigen nationalen Streik die Wirtschaft des Landes lahm. Das Romero-Regime wurde zur Rücknahme des Gesetzes zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und zur Erhöhung der Mindestlöhne gezwungen. Gleichzeitig verstärkte es jedoch die Polizei- und Militäreinsätze gegen die Führer der Arbeiterbewegung.

Am 29. März griff der Revolutionäre Volksblock über den Rundfunk Costa Ricas diese Politik als „Durchsetzung der Politik Carters, die man als die Politik des Lächelns und des Messers definieren könnte“, an (Monitor-Dienst, 4.4.). Er rief die Volksmassen auf, sich im Kampf gegen das Romero-Regime, für die Durchsetzung des Rechts auf Organisations- und Versammlungsfreiheit, für die Freilassung der politischen Gefangenen, die Entwaffnung und Auflösung der staatlichen Unterdrückungsorgane zusammenzuschließen. Als notwendig für die Durchsetzung dieser Ziele wurde die stärkere Organisierung in den Gewerkschaften und die Schaffung von Gewerkschaftsorganisationen insbesondere der Landarbeiter bekräftigt.

den. Angesichts des erstarkenden Klassenkampfes der Arbeiter und Volksmassen in Mittelamerika trachten sie danach, ihren direkten Einfluß in dieser Region zu vertiefen, um die revolutionären Erhebungen niederwerfen zu können. 1823, als die Völker Lateinamerikas sich vom spanischen Kolonialjoch befreiten, sprach sich die US-Bourgeoisie mit der „Monroe-Doktrin“ das Recht auf jederzeitige Intervention in Lateinamerika „zum Schutz der vitalen Interessen der USA“ zu. 1959, nach dem Sieg der kubanischen Revolution, schlossen die US-Imperialisten mit ihren Marionettenregierungen in Mittelamerika „Beistands“abkommen „zum Schutz vor in- und ausländischer kommunistischer Subversion“. US-Luft-, Flotten- und Trup-

reichste Land Mittelamerikas. Die spanischen Kolonialisten haben während ihrer 300jährigen Herrschaft die reichen Gold- und Silbervorkommen des

US-Kredite an Mittelamerika 1945 – 1976 (in Mio. $)

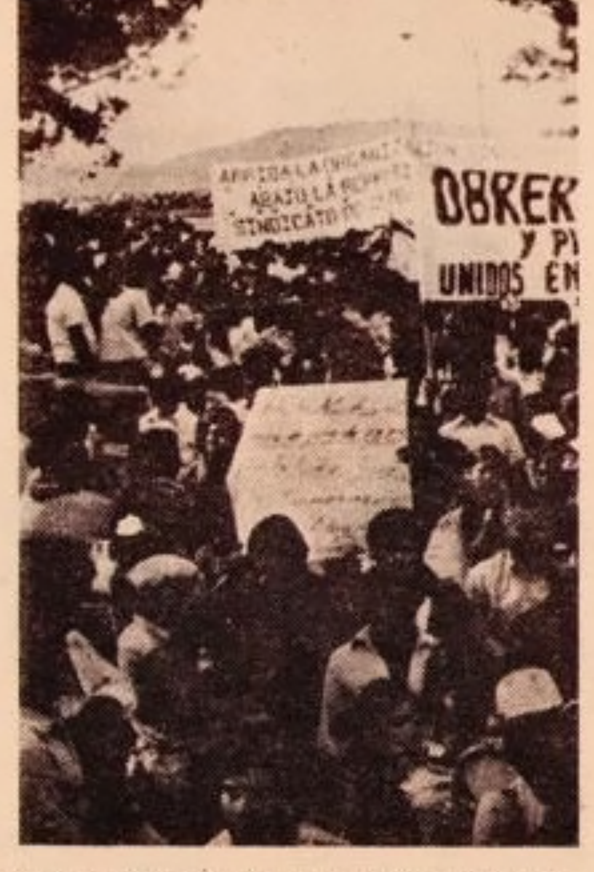
Land	Gesamt	davon für Militär	1976 noch nicht getilgt
Belize	7	–	–
Costa Rica	209	2	95
El Salvador	165	12	73
Guatemala	373	30	108
Honduras	192	14	82
Nicaragua	244	23	131
Panama	360	9	195

(Quelle: Statistical Abstracts, 1978)

den Überstunden nicht bezahlt. Ein Landarbeiter hat Anspruch auf 6 Urlaubstage im Jahr und einen freien Tag in der Woche. Die Arbeitskraft verschleißt schnell. 20% aller Landarbeiter sind jünger als 20 Jahre, nur 4% werden älter als 55 Jahre.

Die völlige Rechtlosigkeit und Existenznot der Landarbeiter – gewerkschaftliche Organisationen der Landarbeiter gibt es noch nicht – sichert den Imperialisten die billige Ausbeutung der Industriearbeiter. Bei einer 44-Stundenwoche betrug der Stundenlohn eines Textilarbeiters im Dezember 1977 1,44 DM (Arbeitsstatistik El Salvador, 1977). Mit dem Arbeitsgesetz von 1963 wurde den Arbeitern zwar formal das Recht auf gewerkschaftli-





Die Bastionen der US-Imperialisten in Mittelamerika und der Karibik wanken. Mitte Mai verhinderten puertoricanische Fischer mit ihren Booten den Manöverbeginn der US-Flotte. Die Völker Nicaraguas und El Salvadors intensivieren den Kampf gegen die Ausbeuterherrschaft. – Demonstration von Industrie- und Landarbeitern in San Salvador 1978. Auf den Transparenten: Vorwärts in der gewerkschaftlichen Organisierung! Nieder mit der Unterdrückung der Gewerkschaften!

Bauern und Studenten Nepals schließen sich im Kampf zusammen

z.mih. Seit Ende April kämpfen die nepalesischen Studenten für bessere Ausbildungsbedingungen. Sie haben sich mit den kleinen Bauern zusammengeschlossen und auf gemeinsamen Kundgebungen die Forderungen nach Abschaffung der Grundsteuer und Verbesserung der Ausbildungsbedingungen erhoben. Nach der Kundgebung vom 8. Mai in der Stadt Bharatpur, auf der acht Teilnehmer von der Polizei erschossen und weitere 160 verletzt wurden, hat die Regierung den Studenten einen Kompromiß angeboten, die Gründung von Fachschaftsgewerkschaften zuzulassen, die Aufnahmeregelungen zu ändern und die bestehenden Prüfungsbedingungen abzuschaffen. Die Studentensprecher der Tribhuwan-Universität haben den Kompromiß abgelehnt, Streik- und Demonstrationsfreiheit, die sofortige Freilassung der bei den Demonstrationen verhafteten Kommilitonen und die Beendigung der Polizeiangriffe gefordert.

Die Studenten und Bauern haben gleiche Interessen. Der überwiegende Teil der Studierenden kommt aus Bauernfamilien. Nepal (Sri Napála Sarkár), der Himalaja-Staat zwischen der VR China und Indien, 140797km² groß und mit 13,14 Millionen Einwohnern, ist ein Agrarland. 90% der Bevölkerung sind Bauern, 80% davon sind Pächter von höchsten 4 ha Land. Die landwirtschaftliche Nutzfläche (nur unterhalb von 2500m Höhe) beträgt nur 28% der Gesamtfläche. Angebaut werden Reis, Mais, Hirse, Gemüse, Leinsaat, Baumwolle, Gewürze, Gemüse, Jute und Zuckerrohr. Die Er-

strialisierung tragen sollen, auf ein Hungerniveau zusammengestrichen. Neben der Abschaffung der Grundsteuern fordern die Bauern die Durchsetzung der gerechten Landverteilung und den Aufbau eines Kreditwesens.

Im Süden des Landes beginnt die Industrialisierung. Die Betriebe – nur 4% haben über 100 Beschäftigte –



Bauern bei der Kartoffelernte

sind sämtlich in staatlicher Hand. Es existieren Gerbereien, Zucker-, Zigaretten-, Ziegel-, Zement-, Streichholz-, Juteverarbeitungs- und Schuhfabriken. Außer dem Abbau von Glimmer und Kalk sollen die reichen Bodenschätze an Gold, Kupfer, Eisenerz, Blei, Nickel, Kobalt, Zink, Kohle und Schwefel erst durch den Colombo-Plan erschlossen werden.

Indien ist der erdrückende Wirtschaftspartner Nepals. 90% der nepalesischen

palesischen Studenten für bessere Ausbildungsbedingungen. Sie haben sich mit den kleinen Bauern zusammengeschlossen und auf gemeinsamen Kundgebungen die Forderungen nach Abschaffung der Grundsteuer und Verbesserung der Ausbildungsbedingungen erhoben. Nach der Kundgebung vom 8. Mai in der Stadt Bharatpur, auf der acht Teilnehmer von der Polizei erschossen und weitere 160 verletzt wurden, hat die Regierung den Studenten einen Kompromiß angeboten, die Gründung von Fachschaftsgewerkschaften zuzulassen, die Aufnahmeregelungen zu ändern und die bestehenden Prüfungsbedingungen abzuschaffen. Die Studentensprecher der Tribhuwan-Universität haben den Kompromiß abgelehnt, Streik- und Demonstrationsfreiheit, die sofortige Freilassung der bei den Demonstrationen verhafteten Kommilitonen und die Beendigung der Polizeiangriffe gefordert.

Die Studenten und Bauern haben gleiche Interessen. Der überwiegende Teil der Studierenden kommt aus Bauernfamilien. Nepal (Sri Napála Sarkár), der Himalaja-Staat zwischen der VR China und Indien, 140797km² groß und mit 13,14 Millionen Einwohnern, ist ein Agrarland. 90% der Bevölkerung sind Bauern, 80% davon sind Pächter von höchsten 4 ha Land. Die landwirtschaftliche Nutzfläche (nur unterhalb von 2500m Höhe) beträgt nur 28% der Gesamtfläche. Angebaut werden Reis, Mais, Hirse, Gemüse, Leinsaat, Baumwolle, Gewürze, Gemüse, Jute und Zuckerrohr. Die Er-

Hungerniveau zusammengestrichen. Neben der Abschaffung der Grundsteuern fordern die Bauern die Durchsetzung der gerechten Landverteilung und den Aufbau eines Kreditwesens.

Im Süden des Landes beginnt die Industrialisierung. Die Betriebe – nur 4% haben über 100 Beschäftigte –



Bauern bei der Kartoffelernte

sind sämtlich in staatlicher Hand. Es existieren Gerbereien, Zucker-, Zigaretten-, Ziegel-, Zement-, Streichholz-, Juteverarbeitungs- und Schuhfabriken. Außer dem Abbau von Glimmer und Kalk sollen die reichen Bodenschätze an Gold, Kupfer, Eisenerz, Blei, Nickel, Kobalt, Zink, Kohle und Schwefel erst durch den Colombo-Plan erschlossen werden.

Indien ist der erdrückende Wirtschaftspartner Nepals. 90% der nepalesischen

träge konnten in den letzten Jahren durch die Verbesserung der Bewässerung und der Düngung gesteigert werden. Die landwirtschaftliche Produktion der kleinen Bauern reicht jedoch nur zur Befriedigung des Eigenbedarfs und wird durch die Pacht an die Großgrundbesitzer und die Grundsteuer, 50% des Ertrages, mit der sie die Indu-

Ausfuhren sackt Indien ein. Über ihre „Entwicklungshilfe“ im Straßenbau versuchen die britischen und US-Imperialisten sich in Nepal festzusetzen und den Boden für profitträchtige Investitionen zu bereiten. Die Herausbildung von nationalen Kadern an eigenen Universitäten und nicht mehr in Indien ist ein Schritt dagegen.

Mit dem Bau wurde bereits begonnen. Der Blaue Nil entspringt im Tana-See in Äthiopien. Er trägt bereits 80% des Nilwassers, bevor er im Sudan mit dem Weißen Nil zusammenfließt. Seine uneingeschränkte Nutzung ist entscheidend für die Landwirtschaft im Sudan, der zum größten Teil aus verwüstetem Gelände besteht. Der Sudan plant ein Bewässerungsprojekt für 2 Mrd. $, um das verwüstete Land wieder urbar zu machen. „Nichts haben auch die großartigen Pläne gefruchtet, den Sudan in eine ‚Kornkammer für ganz Arabien‘ zu verwandeln“, weiden sich die Sozialimperialisten gehässig in ihrer „Neuen Zeit“ (18/79). Wie Ägypten und Somalia hat auch der Sudan Mitte der 70er Jahre die russischen „Berater“ des Landes verwiesen. Gegen Somalia sollen an den in Äthiopien entspringenden Flüssen Juba und Waibi Shebelle Staudämme errichtet werden. Mengistu gibt vor, so Äthiopien in ein blühendes Land zu verwandeln. Blühend – für die sozialimperialistische Plünderung. 1979 sollen die Kaffee-Exporte um ⅓ erhöht werden. Dazu werden die Staatsfarmen um 82000 ha erweitert, 62000 Bauern und Nomaden sollen in die agro-industriellen Komplexe getrieben werden.

Indische Eisenbahnarbeiter im Kampf für mehr Lohn

z.acr. Über 20000 indische Eisenbahnarbeiter demonstrierten am 7.5. vor dem Parlament in Neu-Delhi. Seit Februar fordern sie u.a.: 8,3%ige Erhöhung ihrer Monatslöhne von bisher etwa 400 bis 450 Rupien (ca. 100–113 DM), 6 bis 8-Stundenschichten, feste Anstellung der Gelegenheitsarbeiter.

Vom 29.3. bis 11.4. organisierten die Gewerkschaften der Eisenbahner im Norden und Osten des Landes Streiks. Durch einen Dienst nach Vorschrift seit dem 8.5. legen sie jetzt fast 70% des gesamten Güter- und Personentransports in 53 von 66 Bezirken lahm. Den Streik Anfang April beendete die indische Regierung gewaltsam durch den Einsatz von Soldaten als Streikbrecher. Sie weiß, daß ein Erfolg der Eisenbahnarbeiter eine Ermutigung für andere Teile der Arbeiterklasse wäre.

Außerdem sitzen ihr die Imperialisten im Nacken. Die britischen Imperialisten z.B. als Besitzer der Teeplantagen fordern einen schnellen Transport ihrer leicht verderblichen Ware. Ministerpräsident Desai setzte jetzt erneut 60000 Soldaten ein und droht mit Lohnkürzungen und Entlassungen. Einen Streik aller Eisenbahnarbeiter zerschlug die Regierung Indira Gandhi 1974 durch brutalen Einsatz von Militär und Verhaftung von fast 100000 Arbeitern.

Malta wehrt sich gegen EG-Erdrosselung

z.zik. Malta hat alle Verhandlungen mit der EG über die Einfuhr maltesischer Textilien in EG-Länder abgebrochen, „bis die EG-Kommission in Brüssel wieder mit ernstgemeinten Vorschlägen an den Tag kommt.“ Maltas Export besteht bis zu 50% aus Textilien. Die einseitig entwickelte Wirtschaft ist ein Erbe des britischen Kolonialismus, der im Frühjahr dieses Jahres seine letzten Truppen von der Insel abziehen mußte. Mit scharfen Einfuhrbeschränkungen wollen die Imperialisten der EG Maltas Wirtschaft ruinieren und es erneut in ihre politische Abhängigkeit bringen. Per Verordnung vom 8.11.1978 hatte die EG-Kommission auf Antrag Großbritanniens die Einfuhr bestimmter Textilien aus Malta nach Großbritannien bis zum 31.12. untersagt, für einen anderen Teil *rückwirkend* ab 1.1.1978 Mengenbeschränkungen erlassen. Am 23.11.1978 wurden die für das Jahr 1979 geltenden Einfuhrhöchstmengen für Waren mit ermäßigten Zollsätzen verordnet mit der Maßgabe: „Die Einfuhr dieser Waren ist ... einem Überwachungssystem zu unterwerfen. (...) Dieses Verwaltungsverfahren erfordert eine enge, besonders schnelle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten und der Kommission“, um bei erreichtem Plafond sofort die vollen Zollsätze draufzuschlagen.

Heiliger Nepomuk: Schutzpatron der Ostexpansion

z.pek. Wien. Anläßlich der Feiern „250 Jahre Heiliger Johannes von Nepomuk“ beteten der österreichische Bundespräsident und der tschechoslowakische Kardinal Tomasek am 13. Mai in Salzburg „für alle, die unter Verfolgung leiden“. Noch am Vortag hatte der österreichische Außenminister Pahr „persönlich interveniert“, um „gewisse Schwierigkeiten von seiten der Regierung in Prag“, die der Salzburg-Reise Tomaseks entgegenstanden, beiseitezuräumen. Der geehrte Heilige war 1393 als Generalvikar von Prag von König Wenzel gefoltert und anschließend in der Moldau ertränkt worden. Der Legende zufolge habe er sich geweigert, dem König die Beichte seiner Gattin zu offenbaren, wofür er posthum zum „Patron der unschuldig Verdächtigen“ ernannt wurde. Mit glänzenden Augen erklärte das Oberhaupt der österreichischen Imperialisten, Kirchschläger, vor der Zungenreliquie des Heiligen, daß sich solches „bis auf den heutigen unablässig vollzog und vollzieht“. Um die Seelsorge im östlichen Nachbarland wirksam fortsetzen zu können, rief die „Austria Presse Agentur“ dazu auf, daß es „für Österreich als eines der führenden Osthandelsländer“ (Anteil am Ostexport der westlichen Imperialisten: 14%) an der Zeit sei, „die Präsenz im Osten auch auf Firmenebene zu stärken“. Nachdem die österreichischen Imperialisten ihre Warenexporte in die CSSR seit 1976 um 67% gesteigert haben, wollen sie über Kapitalexport an die direkte Ausbeutung der Arbeiter der CSSR herankommen.

Die Bundesregierung unterstützt die Aggression gegen die Demokratische Republik Ost-Timor

z.löh. Als Ende 1975 in der UNO eine Resolution zur Abstimmung stand, die die Aggression indonesischer Truppen gegen die am 28.11. des gleichen Jahres gegründete Republik Ost-Timor verurteilte – enthielt sich der Vertreter der BRD der Stimme. Die Resolution, die in ihrem Kern den sofortigen Abzug aller indonesischen Truppen forderte, wurde von der UNO – mit den Stimmen der Mehrzahl der Länder der Dritten Welt – angenommen. Die USA-Imperialisten haben dagegen gestimmt. Kein Wunder, sind sie doch die hauptsächlichen Drahtzieher der Aggression.

Von Anfang an hat die Bundesregierung alles unterstützt, was die Abhängigkeit Indonesiens vom Imperialismus verstärkte, mit keinem anderen Zweck als den eigenen Einfluß zu erhöhen und Indonesien als Sprungbrett für eine Expansionspolitik in ganz Südostasien zu benutzen. Als die USA-Imperialisten 1965 mit einem Putsch die demokratische Volksregierung stürzten, Suharto an die Macht brachten, der das Land den Imperialisten öffnen mußte, schrieb das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: „Der Umsturz von 30.9.1965 stellt einen entscheidenden Einschnitt in die jüngere Geschichte des Landes dar ... Es ist gelungen, das Land wieder stabil zu machen und ihm nach außen neues Ansehen zu verschaffen". 1967 ließen sich die BRD-Imperialisten auch gleich ein „Kapitalschutzabkommen" von der indonesischen Regierung geben. Monopole wie Daimler Benz, VW, Siemens, Hoechst, Deutsche Bank und die Commerzbank drangen in das Land ein. Der Kapitalist Burda jun. bezeichnet Indonesien als „,... eine Quelle billiger Arbeitskräfte und auf der anderen Seite ein potentieller Markt für Industrieprodukte." Die „Quellen billiger Arbeitskräfte" hat der BRD-Imperialismus mit seinem von Jahr zu Jahr steigendem Kapitalexport erschlossen. Allein von 1973 bis 1977 ist dieser von 29 Mio. US-Dollar auf über 171 Mio. US-Dollar gestiegen. Den „potentiellen Markt für Industrieprodukte" hat er 1974 mit dem Verkauf von Waren im Werte von 315,8 Mio. US-Dollar und von 485 Mio. US-Dollar 1976 erschlossen.

Mit der Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechtes der Demokratischen Republik Ost-Timor durch die vom USA-Imperialismus angezettelte und von indonesischen Truppen durchgeführte Invasion erhoffte sich der BRD-Imperialismus auch seinen Einfluß auf dieses Land ausdehnen zu können, was ökonomisch vor allem wegen der Erdölvorkommen an der Küste von Bedeutung ist. Neben der Stimmenenthaltung in der UNO sind die offensichtlichsten Tatsachen für eine Unterstützung der Aggression durch die Bundesregierung die folgenden: 20 Kurierhubschrauber des Typs BO-15 wurden Anfang 1976 an das Suharto-Regime geliefert. Durch einen 250 Mio. DM-Kredit im April 1976, den Indonesien aufnehmen mußte für den Erwerb zweier U-Boote, konnte der BRD-Imperialismus gleich drei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Zum einen wurde so insgesamt der Würgegriff der Imperialisten vermittels der Verschuldung gegen Indonesien verstärkt. Zum zweiten konnte der BRD-Imperialismus mit Hilfe dieses Kredits seinen Anteil am Würgegriff erhöhen und so seinen Einfluß gegenüber den imperialistischen Konkurrenten, vor allem der USA und Japan, stärken. Zum dritten wurde so die Möglichkeit verbessert, die Aggression weiterzuführen, was umgekehrt Indonesien in immer tiefere Abhängigkeit treibt. Gleichzeitig läßt die Bundesregierung Offiziere der indonesischen Armee in der Bundeswehr ausbilden und die bundeseigene Firma F. Werner errichtete eine Waffenfabrik in Indonesien. Damit kann der BRD-Imperialismus zumindest indirekt Einfluß auf das militärische Vorgehen nehmen. Gleich nach der Invasion gegen die Demokratische Republik Ost-Timor haben die BRD-Imperialisten mit einem weiteren Kredit von 100 Mio. DM bei einer Verzinsung von 4,5% und einer Laufzeit von 10 Jahren ihren Expansionismus verstärkt. Egon Bahr, damals noch Minister für Entwicklungshilfe, meinte dazu: „Indonesien ist lange Zeit Schwerpunkt deutscher Entwicklungshilfe gewesen. Das lag an der Zahl der Bevölkerung ebenso wie an den für die deutsche Wirtschaft interessanten Rohstoffen." Heute ist die BRD in der sogenannten „Intergovernment Group on Indonesia (IGGI)" – der imperialistischen Gläubigervereinigung gegenüber Indonesien – nach den USA und Japan die dritte führende Macht. Mitte des letzten Jahres wurde ein neuer „Vertrag über weitere Kapitalhilfen" geschlossen. Um dieses Geschäft durchzusetzen, hatte sich eigens Bundesaußenminister Genscher auf die Socken gemacht, „begleitet von führenden Persönlichkeiten aus der Wirtschaft". Für 1979 schätzt der „Ostasiatische Verein" für die Bundesregierung ein, „daß Indonesien nach wie vor ... einer der wichtigsten Wirtschaftspartner der Bundesrepublik in Asien" bleibt und von der „Industrieausstellung in Jakarta ... weitere Impulse erwartet" werden.

Entsprechend dieser Politik der Bundesregierung, die Aggression gegen die Demokratische Republik Ost-Timor zu unterstützen, um auf der einen Seite Indonesien in weitere Abhängigkeit zu treiben und auf der anderen Seite den Einfluß des BRD-Imperialismus auf Ost-Timor und andere Länder Südostasiens auszuweiten, ignoriert sie bis heute den Beschluß der UNO, geschweige denn, daß sie den Beschluß der Blockfreienkonferenz Ende 1976 in Colombo anerkennen würde, der über den Beschluß der UNO hinaus die Anerkennung der FRETILIN als einzig legitime Vertretung des Volkes von Ost-Timor verlangt. Diese Forderun-

rierhubschrauber des Typs BO-15 wurden Anfang 1976 an das Suharto-Regime geliefert. Durch einen 250 Mio. DM-Kredit im April 1976, den Indonesien aufnehmen mußte für den Erwerb zweier U-Boote, konnte der BRD-Imperialismus gleich drei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Zum einen wurde so insgesamt der Würgegriff der Imperialisten vermittels der Verschuldung gegen Indonesien verstärkt. Zum zweiten konnte der BRD-Imperialismus mit Hilfe dieses Kredits seinen Anteil am Würgegriff erhöhen und so seinen Einfluß gegenüber den imperialistischen Konkurrenten, vor allem der USA und Japan, stärken. Zum dritten wurde so die Möglichkeit verbessert, die Aggression weiterzuführen, was umgekehrt Indonesien in immer tiefere Abhängigkeit treibt. Gleichzeitig läßt die Bundesregierung Offiziere der indonesischen Armee in der Bundeswehr ausbilden und die bundeseigene Firma F. Werner errichtete eine Waffenfabrik in Indonesien. Damit kann der BRD-Imperialismus zumindest indirekt Einfluß auf das militärische Vorgehen nehmen. Gleich nach der Invasion gegen die Demokratische Republik Ost-Timor haben die BRD-Imperialisten mit einem weiteren Kredit von 100 Mio. DM bei einer Verzinsung von 4,5% und einer Laufzeit von 10 Jahren ihren Expansionismus verstärkt. Egon Bahr, damals noch Minister für Entwicklungshilfe, meinte dazu: „Indonesien ist lange Zeit Schwerpunkt deutscher Entwicklungshilfe gewesen. Das lag an der Zahl der Bevölkerung ebenso wie an den für die deutsche Wirtschaft interessanten Rohstoffen." Heute ist die BRD in der sogenannten „Intergovernment Group on Indonesia (IGGI)" – der imperialistischen Gläubigervereinigung gegenüber Indonesien – nach den USA und Japan die dritte führende Macht. Mitte des letzten Jahres wurde ein neuer „Vertrag über weitere Kapitalhilfen" geschlossen. Um dieses Geschäft durchzusetzen, hatte sich eigens Bundesaußenminister Genscher auf die Socken gemacht, „begleitet von führenden Persönlichkeiten aus der Wirtschaft". Für 1979 schätzt der „Ostasiatische Verein" für die Bundesregierung ein, „daß Indonesien nach wie vor ... einer der wichtigsten Wirtschaftspartner der Bundesrepublik in Asien" bleibt und von der „Industrieausstellung in Jakarta ... weitere Impulse erwartet" werden.

Entsprechend dieser Politik der Bundesregierung, die Aggression gegen die Demokratische Republik Ost-Timor zu unterstützen, um auf der einen Seite Indonesien in weitere Abhängigkeit zu treiben und auf der anderen Seite den Einfluß des BRD-Imperialismus auf Ost-Timor und andere Länder Südostasiens auszuweiten, ignoriert sie bis heute den Beschluß der UNO, geschweige denn, daß sie den Beschluß der Blockfreienkonferenz Ende 1976 in Colombo anerkennen würde, der über den Beschluß der UNO hinaus die Anerkennung der FRETILIN als einzig legitime Vertretung des Volkes von Ost-Timor verlangt. Diese Forderun-gen gelten nach wie vor und an ihrer Gerechtigkeit hat sich nichts geändert. Den Befreiungskampf des Volkes von Ost-Timor, unter Führung der FRETILIN, sowie insgesamt den Willen der Völker in Südostasien nach nationaler Unabhängigkeit, spürt auch der BRD-Imperialismus, was den „Ostasiatischen Verein" von Hemmnissen für die „Ausweitung des Handels" sprechen läßt. Indonesien wird sich aus den Klauen der Imperialisten nur befreien können, wenn es mit dem ungerechten Krieg gegen das Volk von Ost-Timor Schluß macht und seine Truppen aus der Demokratischen Republik Ost-Timor bedingungslos abzieht.

Der Kampf des Volkes von Ost-Timor stärkt die Befreiungskämpfe in der ganzen Region

z.lup. Am 20. Mai 1974 wurde die Befreiungsfront des Volkes von Ost-Timor gegründet. Anderthalb Jahre später, am 18.11.1975, rief die FRETILIN die Demokratische Republik Ost-Timor aus, die sogleich von einer Reihe asiatischer und afrikanischer Staaten anerkannt wurde. Bis dahin war Ost-Timor portugiesische Kolonie. Seit seiner Unterwerfung unter die Knute des portugiesischen Kolonialismus hat das Volk von Ost-Timor niemals im Kampf für seine Befreiung innegehalten. Mit der Gründung der FRETILIN, die die Einheit der ost-timoresischen Nation repräsentiert, hat sich das Volk von Ost-Timor ein Instrument geschaffen, diesen Kampf erfolgreich zu führen.

Eine einheitliche ost-timoresische Nation hat sich im Kampf gegen die portugiesische Kolonialherrschaft gebildet. Die koloniale Unterwerfung Timors durch Portugal begann 1511. Bis dahin herrschten in Timor verschiedene unabhängige Königreiche. Der Kolonisierung durch Portugal haben sie von Anfang an erbitterten Widerstand entgegengesetzt. Daß er scheiterte, lag hauptsächlich daran, daß die Kolonialisten mit allen Mitteln der Intrige und des Betrugs Widersprüche zwischen den Königreichen schürten und diese nutzten, um so mit Hilfe des einen Reiches das andere niederzuwerfen und nacheinander alle zu unterwerfen, ohne aber jemals die Insel vollständig unter Kontrolle zu haben. Im Krieg mit Holland verlor Portugal 1620 den größten Teil seiner Kolonien in Südostasien, West-Timor und Indonesien gerieten unter holländische Herrschaft, der portugiesische Kolonialbesitz in Südostasien beschränkte sich fortan auf Ost-Timor, Macao und Goa. In den ersten 3 Jahrhunderten ihrer Kolonialherrschaft konzentrierten sich die Portugiesen auf den zügellosen Raub der Reichtümer Ost-Timors, hauptsächlich der Sandelholzbestände. Diese erstreckten sich damals über die ganze Insel. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren sie kahlgeschlagen. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ging die portugiesische Kolonialmacht dazu über, Ost-Timor in eine einzige Kaffeeplantage zu verwandeln. Hatte bis dahin die portugiesische Kolonialherrschaft sich auf einige, eng eingegrenzte Flecken beschränkt, und darin bestanden, die Königreiche immer wieder zu Tributzahlungen und Lieferung von Arbeitssklaven zu zwingen, ging Portugal mit der Einführung des Kaffeeanbaus dazu über, das Land durch größer angelegte Kolonialfeldzüge systematisch seiner Kontrolle zu unterwerfen. Der Widerstand des ost-timoresischen Volkes dagegen gipfelte in dem großen Aufstand von 1895 bis 1917, indem es Bonaventura, einem Stammeshäuptling, zum ersten Mal gelang, fast alle Königreiche im Kampf gegen die portugiesische Kolonialherrschaft zu einen. Durch militärische Übermacht hat Portugal diesen Aufstand schließlich geschlagen.

Während des 2. Weltkrieges wurde Ost-Timor von Japan besetzt. Obwohl die japanischen Imperialisten 15000 Soldaten einsetzten, obwohl diese blutige Greuel anrichteten und insgesamt 40000 Ost-Timoresen umbrachten, hat das Volk von Ost-Timor durch einen Guerillakampf 2 Jahre lang dieser Invasionsarmee erfolgreichen Widerstand geleistet und verhindert, daß jemals das Land vollständig unter japanische Kontrolle hat kommen können. Die portugiesische Kolonialmacht hatte angesichts des japanischen Angriffs ziemlich rasch das Land verlassen. Nach dem 2. Weltkrieg wurde die im Kampf gegen Japan ausgeblutete ost-timoresische Nation erneut der portugiesischen Kolonialherrschaft unterworfen. In Indonesien, zu dem der westliche Teil der Insel gehört, hat Sukarno nach der Niederlage der japanischen Imperialisten im August 1945 die Unabhängigkeit und die Gründung der Indonesischen Republik proklamiert, und die Volksmassen Indonesiens haben ihre unabhängige Republik über mehrere Jahre erfolgreich gegen eine holländisch-angloamerikanische Invasion verteidigt. Als Gastgeberland der Bandung-Konferenz 1955, auf der sich zum ersten Mal die unabhängigen Staaten Asiens, Afrikas trafen und ihre gemeinsamen Prinzipien und ihre Zusammenarbeit im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus proklamierten, hat Indonesien immer eine hervorragende Rolle im Kampf der 3. Welt gespielt, bis es 1965 durch einen von den US-Imperialisten angezettelten Putsch weitgehend unter deren Kontrolle geriet.

Anfang der 70er Jahre begannen Revolutionäre mit der systematischen Agitation unter den Massen Ost-Timors, und der Erarbeitung eines Programms für die nationale Befreiung Ost-Timors, bis sie schließlich am 20. Mai 1974, kaum einen Monat nach dem Sturz des Caetano-Regimes in Portugal, die Befreiungsfront des ost-timoresischen Volkes gründeten. Zum gleichen Zeitpunkt riefen die portugiesischen Kolonialisten die UDT ins Leben, eine Partei, deren Führung im wesentlichen aus Kompradoren, Kolonialbeamten und Plantagenbesitzern bestand und die das Ziel einer „Föderation mit Portugal" verfolgte, um auf diese Weise, einem Konzept Spinolas folgend, die nationale Befreiung Ost-Timors zu verhindern. Gleichzeitig wurde eine dritte Partei, APODETI, gebildet, die einen Anschluß Ost-Timors an Indonesien verfocht.

Obwohl erst 1974 gegründet, gelang es der FRETILIN auf Grund ihrers revolutionären Programms innerhalb kurzer Zeit, die Volksmassen Ost-Timors zusammenzuschließen und zu organisieren, was sich darin ausdrückte, daß bei den Wahlen der Dorfoberhäupter 1975 90% Kandidaten der FRETILIN waren. Unter diesen Umständen und nach dem Sturz Spinolas in Portugal sah sich die UDT gezwungen, zeitweilig die Forderung nach der Unabhängigkeit Ost-Timors zu übernehmen und eine Koalition mit der FRETILIN einzugehen, bis sie am 10. August 1975 einen Putsch durchführte, Dili und Bacau, die beiden größten Städte, besetzte und dort die Kader der FRETILIN verhaftete und umbrachte. Innerhalb von weniger als einem Monat wurde der Putsch unter Führung der FRETILIN zerschlagen.

Nachdem die portugiesische Kolonialmacht sich weigerte, Verhandlungen mit der FRETILIN über die Dekolonisierung und die Übergabe der



nutzten, um so mit Hilfe des einen Reiches das andere niederzuwerfen und nacheinander alle zu unterwerfen, ohne aber jemals die Insel vollständig unter Kontrolle zu haben. Im Krieg mit Holland verlor Portugal 1620 den größten Teil seiner Kolonien in Südostasien, West-Timor und Indonesien gerieten unter holländische Herrschaft, der portugiesische Kolonialbesitz in Südostasien beschränkte sich fortan auf Ost-Timor, Macao und Goa. In den ersten 3 Jahrhunderten ihrer Kolonialherrschaft konzentrierten sich die Portugiesen auf den zügellosen Raub der Reichtümer Ost-Timors, hauptsächlich der Sandelholzbestände. Diese erstreckten sich damals über die ganze Insel. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren sie kahlgeschlagen. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ging die portugiesische Kolonialmacht dazu über, Ost-Timor in eine einzige Kaffeeplan-

Die portugiesische Kolonialmacht hatte angesichts des japanischen Angriffs ziemlich rasch das Land verlassen. Nach dem 2. Weltkrieg wurde die im Kampf gegen Japan ausgeblutete ost-timoresische Nation erneut der portugiesischen Kolonialherrschaft unterworfen. In Indonesien, zu dem der westliche Teil der Insel gehört, hat Sukarno nach der Niederlage der japanischen Imperialisten im August 1945 die Unabhängigkeit und die Gründung der Indonesischen Republik proklamiert, und die Volksmassen Indonesiens haben ihre unabhängige Republik über mehrere Jahre erfolgreich gegen eine holländisch-angloamerikanische Invasion verteidigt. Als Gastgeberland der Bandung-Konferenz 1955, auf der sich zum ersten Mal die unabhängigen Staaten Asiens, Afrikas trafen und ihre gemeinsamen Prinzipien und ihre Zusammenarbeit im Kampf gegen Impe-

kurzer Zeit, die Volksmassen Ost-Timors zusammenzuschließen und zu organisieren, was sich darin ausdrückte, daß bei den Wahlen der Dorfoberhäupter 1975 90% Kandidaten der FRETILIN waren. Unter diesen Umständen und nach dem Sturz Spinolas in Portugal sah sich die UDT gezwungen, zeitweilig die Forderung nach der Unabhängigkeit Ost-Timors zu übernehmen und eine Koalition mit der FRETILIN einzugehen, bis sie am 10. August 1975 einen Putsch durchführte, Dili und Bacau, die beiden größten Städte, besetzte und dort die Kader der FRETILIN verhaftete und umbrachte. Innerhalb von weniger als einem Monat wurde der Putsch unter Führung der FRETILIN zerschlagen.

Nachdem die portugiesische Kolonialmacht sich weigerte, Verhandlungen mit der FRETILIN über die Dekolonisierung und die Übergabe der



Aus der Verfassung der Demokratischen Republik Ost-Timor

Kapitel 1: Allgemeine Prinzipien

Artikel 1: Die Demokratische Republik Ost-Timor ist ein souveräner Staat, einheitlich und unteilbar, antikolonialistisch und antiimperialistisch, gegründet auf einen starken Widerstand des Volkes, basierend auf einem Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus und Imperialismus, unter der rechtmäßigen Führung der einzigen und legitimen Avantgarde des Volkes Mau Beze, der Revolutionären Front für die Unabhängigkeit Ost-Timors, FRETILIN.

Artikel 2: Die Demokratische Republik Ost-Timor wird geführt durch die politische Ausrichtung der FRETILIN mit dem Ziel, veraltete Kolonialstrukturen zu zerstören, um eine neue Gesellschaft, frei von jeglicher Form der Unterdrückung und Ausbeutung, zu schaffen.

Artikel 3: Die Streitkräfte für die Nationale Unabhängigkeit Ost-Timors, FALINTIL, haben die grundlegende Verantwortung – als eine der wichtigsten Kräfte der Staatsmacht – die Souveränität der Nation und die territoriale Integrität des Landes zu verteidigen, als eine wahrhaft volksnahe Kraft sollen sie dazu beitragen, für den nationalen Aufbau in enger Zusammenarbeit mit den Massen der arbeitenden Bevölkerung zu kämpfen.

Artikel 4: Der Präsident der Demokratischen Republik Ost-Timor ist der Oberbefehlshaber der FALINTIL.

Artikel 5: Der Oberbefehlshaber der FALINTIL ist befugt, militärische Kader abzusetzen.

Artikel 6: Für Ost-Timor, als Nation von Bauern, ist die Landwirtschaft die wirtschaftliche Basis. Die Aufmerksamkeit der Regierung der Demokratischen Republik Ost-Timor gilt insbesondere der Politik der landwirtschaftlichen Entwicklung, jedoch mit Rücksicht darauf, daß die Industrie ein entscheidender Faktor für die Entwicklung ist.

Artikel 7: Die Demokratische Republik Ost-Timor unterstützt jede private Initiative, solange sie nicht zu den grundsätzlichen Interessen der Nation, die in der jetzigen Verfassung niedergelegt sind, in Widerspruch gerät.

Artikel 8: Alle natürlichen Ressourcen auf und unter der Erde sind Eigentum des Staates der Demokratischen Republik Ost-Timor. Nur der Staat kann über die Bedingungen der Nutzung der Entwicklung dieser Reichtümer entscheiden.

Artikel 9: Das Eigentum des kolonialistischen Staates, die Besitztümer der Verräter der Nation und das während des bewaffneten Kampfes zurückgelassene Eigentum werden in Nationaleigentum überführt.

Artikel 10: Der Staat fördert und plant die nationale Wirtschaft im Hinblick auf die Gewährleistung und Entwicklung des Landes zum Wohle der Bevölkerung von Ost-Timor.

Artikel 11: Die demokratische Republik Ost-Timor steht für keine Verpflichtung politischer und wirtschaftlicher Natur ein, die von der portugiesischen Kolonialregierung eingegangen worden ist.

Artikel 12: Die Demokratische Republik Ost-Timor fördert eine breite Bewegung gegen Analphabetentum und Unwissenheit und arbeitet für den Schutz und die Entwicklung der Kultur, weil sie wichtige Mittel der Befreiung sind.

Artikel 13: Die Demokratische Republik Ost-Timor organisiert das Gesundheitswesen zum Wohle des Volkes.

Artikel 14: Die Demokratische Republik Ost-Timor betrachtet Frau und Mann als gleichberechtigt in ihren Rechten und Pflichten, in allen sozialen und politischen Bereichen.

Artikel 15: Die Demokratische Republik Ost-Timor respektiert und garantiert die Religionsfreiheit für alle Staatsbürger, für sie sind Staat und Kirche getrennt, d.h. der Staat darf nicht in die Bereiche der Kirchen und umgekehrt die Kirchen nicht in die Bereiche des Staates eingreifen.

Artikel 16: Die Demokratische Republik Ost-Timor entwickelt brüderliche Beziehungen und die Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen und demokratischen Kräften der Welt und versteht sie als ihre natürlichen Verbündeten.

Artikel 17: Die Demokratische Republik Ost-Timor nimmt auf und fördert Beziehungen und Zusammenarbeit mit allen Staaten der Welt, immer auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung, der Souveränität und territorialen Integrität, der Gleichheit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.

Artikel 18: Das nationale Territorium der Demokratischen Republik Ost-Timor umfaßt den östlichen Teil der Insel Timor, die Enklave von Oe-Cussi Ambeno und die Inseln Atauro und Jaco, die von Portugal kolonisiert wurden, sowie den zugehörigen Meeresraum und Meeresboden und den entsprechenden Luftraum, festgelegt durch internationale Gesetze.

Artikel 19: Der Präsident der Demokratischen Republik Ost-Timor, die Mitglieder des Ministerrates und die Vertreter des Staates müssen bei Amtsantritt folgenden Eid leisten:

„Ich schwöre bei meiner Ehre, all meine Kraft und mein Wissen der Bekämpfung von Kolonialismus, Imperialismus und jeder Form von Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der Verteidigung und der Unterstützung der höheren Interessen des Volkes von Ost-Timor zu widmen, zu kämpfen für die kompromißlose Verteidigung der Integrität des Vaterlandes und der Einheit der Nation von Ost-Timor."

Artikel 20: Die Symbole der Demokratischen Republik Ost-Timor sind die

Macht zu führen, und verschiedene Intrigen spann, um die Unabhängigkeit zu verhindern, und Indonesien gleichzeitig damit begann, verschiedene Überfälle an der Grenze durchzuführen, erklärte die FRETILIN am 28. November 1975 in Dili die Unabhängigkeit Ost-Timors und die Gründung der Demokratischen Republik Ost-Timor. In einem Brief an Jose Ramos-Horta, den späteren Außenminister der Demokratischen Republik Ost-Timor, hatte Adam Malik, Außenminister Indonesiens, am 17. Juni 1974 erklärt, daß Indonesien keinerlei Absicht hege, sein Territorium über die in der Verfassung festgelegten Grenzen hinaus zu expandieren, und daß, wer immer nach der Unabhängigkeitserklärung in Ost-Timor regiere, versichert sein könne, daß „Indonesien sich um die Entwicklung guter Beziehungen, Freundschaft und Zusammenarbeit zum Nutzen beider Völker" bemühen werde.

Im September 1975 begann die indonesische Armee mit Aggressionsakten an der Grenze Ost-Timors, die aber von der FALINTIL, der Befreiungsarmee Ost-Timors, zurückgeschlagen wurden. Am 7. Dezember 1975 begann Indonesien mittels Luftlande- und Marinetruppen die Invasion der Hafenstädte Dili und Bacau, während gleichzeitig Bodentruppen von der indonesischen Grenze her gen Dili vorstoßen sollten. Während die Besetzung Dilis nach zähem Widerstand der ost-timoresischen Streitkräfte und blutigen Greueln der indonesischen Aggressionstruppen gelang, wurde der Landvorstoß zurückgeschlagen. Im Dezember 1975 wurde ein erneuter Vorstoß durchgeführt, der mit einer Besetzung des Südteils der Insel verbunden werden sollte. Auch dieser Plan scheiterte. Obwohl die indonesischen Truppen mit großen Massakern in Ost-Timor wüteten und innerhalb eines Jahres 60000 Ost-Timoresen massakrierten, konnten sie nicht verhindern, daß 80% des Landes unter der Kontrolle der Regierung der Demokratischen Republik Ost-Timors blieben. Kurz nach ihrer Gründung wurde die Demokratische Republik Ost-Timor von 12 Staaten anerkannt (China, Kampuchea, Korea, Vietnam, Angola, Mozambique, Guinea-Bissao, Cap Verde, Sao Tome Principe, Guinea (Conakry) Benin, Sahara). Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat am 12. Dezember 1975 alle Staaten aufgerufen, das unverletzliche Recht des Volkes von Timor auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit zu respektieren und Indonesien aufgefordert, unverzüglich die Verletzung der territorialen Integrität Ost-Timors zu beenden und seine Truppen zurückzuziehen. Solche Resolutionen, die die Rechte des Volkes von Ost-Timor bekräftigen und die Aggression Indonesiens verurteilen, wurden seither jährlich von der UNO erneuert. Die US-Imperialisten stimmen regelmäßig gegen diese Resolutionen. Sie haben die Aggression angezettelt.

Die Invasion gegen Ost-Timor wur-
ber 1975 wurde ein erneuter Vorstoß durchgeführt, der mit einer Besetzung des Südteils der Insel verbunden werden sollte. Auch dieser Plan scheiterte. Obwohl die indonesischen Truppen mit großen Massakern in Ost-Timor wüteten und innerhalb eines Jahres 60000 Ost-Timoresen massakrierten, konnten sie nicht verhindern, daß 80% des Landes unter der Kontrolle der Regierung der Demokratischen Republik Ost-Timors blieben. Kurz nach ihrer Gründung wurde die Demokratische Republik Ost-Timor von 12 Staaten anerkannt (China, Kampuchea, Korea, Vietnam, Angola, Mozambique, Guinea-Bissao, Cap Verde, Sao Tome Principe, Guinea (Conakry) Benin, Sahara). Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat am 12. Dezember 1975 alle Staaten aufgerufen, das unverletzliche Recht des Volkes von Timor auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit zu respektieren und Indonesien aufgefordert, unverzüglich die Verletzung der territorialen Integrität Ost-Timors zu beenden und seine Truppen zurückzuziehen. Solche Resolutionen, die die Rechte des Volkes von Ost-Timor bekräftigen und die Aggression Indonesiens verurteilen, wurden seither jährlich von der UNO erneuert. Die US-Imperialisten stimmen regelmäßig gegen diese Resolutionen. Sie haben die Aggression angezettelt.

Die Invasion gegen Ost-Timor wurde durch Indonesien genau einen Tag nach einem Besuch von Ford und Kissinger in der indonesischen Hauptstadt eröffnet. Bevor Indonesien die ersten Grenzüberfälle gestartet hatte, hatte sich der US-imperialistische Geheimdienstgeneral Ali Murtopo in Indonesien aufgehalten. Ein amerikanischer Regierungssprecher hat im letzten Jahr im Kongreß erklärt, daß 90% der Waffen, die bei der Aggression gegen Ost-Timor benutzt werden, von den USA bezogen wurden. Und seit Mitte 1978 nehmen, wie die Regierung der Demokratischen Republik Ost-Timor mitteilt, Berater der US-Imperialisten direkt an der Invasion teil, unter Verwendung von Panzern, Helikoptern u.a. Waffen, die die Kennzeichnung „US Army" tragen. Anfang September wurde ein amerikanischer Berater getötet, der an der Invasion teilgenommen hatte.

Die direkte Beteiligung amerikanischer Berater ist Bestandteil einer neuen Offensive, die letztes Jahr begonnen wurde. Die Aggressoren nutzen dabei die Tatsache, daß Teile der FRETILIN-Führung, so der Präsident und der Informationsminister, Verrat begangen haben und zum Feind überliefen. Ende letzten Jahres ist der Präsident der Demokratischen Republik Ost-Timors Nicolai Lobato in einen Hinterhalt gelockt und nach erbittertem Kampf von indonesischen Aggressionstruppen umgebracht worden. Die Aggressionstruppen verteilen sich jetzt auf größere Teile Ost-Timors in dem Versuch, das Land insgesamt unter Kontrolle zu kriegen. Aber die Befreiungsstreitkräfte sind dabei, durch kleinere Guerillaangriffe gegenüber den Aggressoren – inzwischen 45000 Mann – erneut in die Offensive zu kommen, um sie schließlich im Verlauf eines langandauernden Volkskrieges zu vernichten.

Für die US-Imperialisten ist Ost-Timor von strategischem Interesse. In der Region, in der Ost-Timor liegt, verlaufen die wichtigsten Seestraßen, die Japan und den Pazifik mit dem Nahen Osten verbinden, wie die Malacca-Straße, die Karimatstraße und die Makassastraße. Die „pacific-rim"-Strategie der US-Imperialisten besagt, daß es zur Sicherung ihrer Interessen gegenüber dem sozialimperialistischen Konkurrenten erforderlich ist, die Linie Japan – Philippinen – Indonesien fest unter Kontrolle zu halten. Die ASEAN-Staaten, deren Mitglied Indonesien ist, haben in den vergangenen Jahren einige Schritte unternommen, um der Kontrolle der US-Imperialisten entgegenzutreten und sich die Sozialimperialisten gleichzeitig vom Leibe zu halten. Solange sie die Befreiungskämpfe, die es in allen ASEAN-Ländern gibt, gewaltsam niederschlagen wollen, werden sie in diesen Bemühungen nicht allzuweit kommen. Es ist klar, daß ein Sieg des Volkes von Ost-Timor die Lage gerade in Indonesien ziemlich ändern würde. Nicht nur zuungunsten des US-Imperialismus. Die Sozialimperialisten haben Gründe, daß sie die Demokratische Republik Ost-Timor nicht anerkennen, und warum sie Indonesien gegenüber immer stärker als Waffenhändler auftreten. Und auch Vietnam hat seine Gründe, daß es 1978 bei der Abstimmung im Entkolonisierungsausschuß der UNO über Ost-

Timor zum ersten Mal der Abstim-
mor von strategischem Interesse. In der Region, in der Ost-Timor liegt, verlaufen die wichtigsten Seestraßen, die Japan und den Pazifik mit dem Nahen Osten verbinden, wie die Malacca-Straße, die Karimatstraße und die Makassastraße. Die „pacific-rim"-Strategie der US-Imperialisten besagt, daß es zur Sicherung ihrer Interessen gegenüber dem sozialimperialistischen Konkurrenten erforderlich ist, die Linie Japan – Philippinen – Indonesien fest unter Kontrolle zu halten. Die ASEAN-Staaten, deren Mitglied Indonesien ist, haben in den vergangenen Jahren einige Schritte unternommen, um der Kontrolle der US-Imperialisten entgegenzutreten und sich die Sozialimperialisten gleichzeitig vom Leibe zu halten. Solange sie die Befreiungskämpfe, die es in allen ASEAN-Ländern gibt, gewaltsam niederschlagen wollen, werden sie in diesen Bemühungen nicht allzuweit kommen. Es ist klar, daß ein Sieg des Volkes von Ost-Timor die Lage gerade in Indonesien ziemlich ändern würde. Nicht nur zuungunsten des US-Imperialismus. Die Sozialimperialisten haben Gründe, daß sie die Demokratische Republik Ost-Timor nicht anerkennen, und warum sie Indonesien gegenüber immer stärker als Waffenhändler auftreten. Und auch Vietnam hat seine Gründe, daß es 1978 bei der Abstimmung im Entkolonisierungsausschuß der UNO über Ost-
Timor zum ersten Mal der Abstimmung fernblieb. Der selbständige, auf die eigene Kraft gestützte Kampf des Volkes von Ost-Timor für die Verteidigung seiner nationalen Unabhängigkeit erschwert auch die Infiltrations- und Einmischungsversuche der Sozialimperialisten.

Portugal: Solidaritätswoche, Gründung einer Freundschaftsgesellschaft

Im Verlauf der Solidaritätswoche vom 21. bis 28. November 1978, anläßlich des 3. Jahrestages der Verkündung der Unabhängigkeit der Republik von Ost-Timor, wurden in verschiedenen Städten Portugals Veranstaltungen mit Vertretern der Demokratischen Republik Ost-Timor (DROT) mit der Kulturgruppe 28. November der FRETILIN, Bilder- und Handarbeitsausstellungen aus Ost-Timor durchgeführt. Eine Initiative zur Bildung einer Portugiesisch-Osttimoresischen Freundschaftsgesellschaft führte eine Unterschriftensammlung für die Anerkennung der Demokratischen Republik Ost-Timor und zur Sammlung von Mitgliedern und Spenden für die Bildung der Freundschaftsgesellschaft durch. Diese Initiative ist ein wichtiger Schritt, der eine Lücke in der antiimperialistischen Bewegung in Portugal füllt. Die Bildung der Freundschaftsgesellschaft zwischen Portugal und der Republik Ost-Timor trägt zu einer engeren Verbindung der beiden Brudervölker bei und wird den heroischen Kampf, den das Volk von Maubere unter den schwierigsten Kampfbedingungen gegen den indonesischen Aggressor und den Imperialismus unter der Führung der FRETILIN führt, stärken. Die Solidaritätswoche ist ein wichtiger Schritt dazu. Der Journalist Matos Cristóvao, Mitbegründer der portugiesisch-osttimoresischen Freundschaftsgesellschaft, erklärt in einem Interview die Ziele und Aufgaben:

„Die Initiative ging aus von einer Gruppe von Portugiesen, die unter verschiedenen Bedingungen als Soldaten oder Zivilisten in Osttimor waren. Die Prinzipien dieser Freundschaftsgesellschaft sind: 1. Anerkennung der FRETILIN als Befreiungsbewegung, die in Ost-Timor gegen die Invasoren kämpft. 2. Anerkennung der Demokratischen Republik Ost-Timor als Republik mit einer Verfassung. Der Grund, warum wir für diese Prinzipien kämpfen, ist einfach: die FRETILIN wurde bereits von der UNO als Vertreterin des Volkes von Ost-Timor anerkannt. Ebenso wurde die Demokratische Republik Ost-Timor bereits von verschiedenen Ländern anerkannt.

Unsere kurzfristigen Ziele sind, den Schleier in bezug auf Ost-Timor zu lüften, denn wenn in der Presse von diesem Land gesprochen wird, dann wird als Sprachrohr der indonesischen Regierung gesprochen und die Vorgänge in Ost-Timor und die Richtigstellungen seitens der FRETILIN werden verschwiegen.

Wir haben mit 8 Personen begonnen, jetzt sind wir bereits 120 und arbeiten in Lissabon, Porto, Santarem und Coimbra. Jeder, der unsere Prinzipien anerkennt, kann mitarbeiten. Unsere Freundschaftsgesellschaft ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie offen, demokratisch und mit dem Kampf des Volkes von Ost-Timor verbunden ist. Nur so können wir unsere Ziele erreichen. Die FRETILIN und das Zentralkomitee der FRETILIN und die Demokratische Republik Ost-Timor unterstützen unsere Freundschaftsgesellschaft und die Prinzipien, auf denen wir arbeiten."

Zusammenfassung aus: O Comunista, Zentralorgan der Partido Comunista (marxista-leninista) Portugues, vom 2.11.1978



Kulturgruppe 28. November bei einer Veranstaltung im Casa da Comuna, anläßlich der Vorstellung des Projekts der Gründung einer portugiesisch-osttimoresischen Freundschaftsgesellschaft. (Bild aus: O Comunista, 2.11.1978)

Die Kommunistische Partei Indonesiens unterstützt das Volk von Ost-Timor

z.mat. Unmittelbar nach der Invasion Osttimors durch Indonesien am 7. Dezember 1975 verurteilte die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI) diese bewaffnete Aggression und sicherte der Demokratischen Republik Osttimor die beständige Unterstützung im Befreiungskampf zu. In einer vom Vertreter der PKI in Peking, Jusuf Adjitorop, unterzeichneten Erklärung heißt es: „Die Ziele des Volkes von Osttimor sind gerecht. Es will sich nicht aus dem Rachen eines Krokodils befreien, um in die Klauen eines Tigers zu geraten. (...) Im Augenblick setzt das Volk von Osttimor den Kampf unter sehr schwierigen Bedingungen und mit großen Opfern fort. Aber das Volk von Osttimor steht nicht allein im Kampf. Die revolutionären und fortschrittlichen Völker der ganzen Welt stehen in seinem gerechten Kampf an seiner Seite."

Die Kommunistische Partei Indonesiens steht selbst in heftigstem Kampf gegen das faschistische Suharto-Regime, das 1966 durch einen von den Imperialisten gestützten Militärputsch an die Macht kam, zehntausende von

„Die Initiative ging aus von einer Gruppe von Portugiesen, die unter ver-

Peking diese Haltung mit einer Erklärung: Die militärische Aggression des Suharto-Regimes „ist ein offen kolonialistischer Akt, die abscheulichste Annexion eines unabhängigen Nachbarlandes, das ein Leben in Frieden will. Es wird dabei das heiligste Recht des Volkes von Osttimor auf Unabhängigkeit und Freiheit mit Füßen getreten."

Anläßlich des 58. Jahrestages der Gründung der PKI hat die Delegation des Zentralen Komitees der PKI in Peking in ihrem politischen Bericht 1978 bekräftigt: „In Südostasien setzt das Suharto-Regime sein Komplott mit den reaktionären Regimen Asiens fort, wobei sie den Widerstand der Völker in den jeweiligen Ländern gemeinsam unterdrücken. Jedoch erfährt das Suharto-Regime gleichzeitig den Widerstand der Nachbarn Indonesiens, die die expansionistischen Absichten des Suharto-Regimes fürchten, wie sie am Beispiel Osttimors offensichtlich geworden sind. Unter der Führung der FRETILIN und der Regierung der Demokratischen Republik Osttimor führt das Volk von Osttimor mutig den Kampf fort, um die Freiheit seines Vaterlandes gegen die Aggression und Annexion durch das Suharto-Regime zu verteidigen. Die Kommunisten und das revolutionäre Volk Indonesiens unterstützen weiterhin entschieden den gerechten Kampf des Volkes von Osttimor. Der heroische Kampf des Volkes von Osttimor und seine Siege über Suhartos Aggressionstruppen bedeuten eine große Ermutigung für das indonesische Volk."



lich der Vorstellung des Projekts der Gründung einer portugiesisch-osttimoresischen Freundschaftsgesellschaft. (Bild aus: O Comunista, 2.11.1978)

Die Kommunistische Partei Indonesiens unterstützt das Volk von Ost-Timor

z.mat. Unmittelbar nach der Invasion Osttimors durch Indonesien am 7. Dezember 1975 verurteilte die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI) diese bewaffnete Aggression und sicherte der Demokratischen Republik Osttimor die beständige Unterstützung im Befreiungskampf zu. In einer vom Vertreter der PKI in Peking, Jusuf Adjitorop, unterzeichneten Erklärung heißt es: „Die Ziele des Volkes von Osttimor sind gerecht. Es will sich nicht aus dem Rachen eines Krokodils befreien, um in die Klauen eines Tigers zu geraten. (...) Im Augenblick setzt das Volk von Osttimor den Kampf unter sehr schwierigen Bedingungen und mit großen Opfern fort. Aber das Volk von Osttimor steht nicht allein im Kampf. Die revolutionären und fortschrittlichen Völker der ganzen Welt stehen in seinem gerechten Kampf an seiner Seite."

Die Kommunistische Partei Indonesiens steht selbst in heftigstem Kampf gegen das faschistische Suharto-Regime, das 1966 durch einen von den Imperialisten gestützten Militärputsch an die Macht kam, zehntausende von
Kämpfern mordete und seine Politik der Expansion in Südostasien nur mit brutalster Unterdrückung aller demokratischen Rechte durchsetzen kann. In ihrem Kampf auf dem Land und im Untergrund in den Städten hat die PKI immer an der Unterstützung der FRETILIN festgehalten. Am 25. Juli 1976 erneuerte die Delegation der PKI in

Peking diese Haltung mit einer Erklärung: Die militärische Aggression des Suharto-Regimes „ist ein offen kolonialistischer Akt, die abscheulichste Annexion eines unabhängigen Nachbarlandes, das ein Leben in Frieden will. Es wird dabei das heiligste Recht des Volkes von Osttimor auf Unabhängigkeit und Freiheit mit Füßen getreten."

Anläßlich des 58. Jahrestages der Gründung der PKI hat die Delegation des Zentralen Komitees der PKI in Peking in ihrem politischen Bericht 1978 bekräftigt: „In Südostasien setzt das Suharto-Regime sein Komplott mit den reaktionären Regimen Asiens fort, wobei sie den Widerstand der Völker in den jeweiligen Ländern gemeinsam unterdrücken. Jedoch erfährt das Suharto-Regime gleichzeitig den Widerstand der Nachbarn Indonesiens, die die expansionistischen Absichten des Suharto-Regimes fürchten, wie sie am Beispiel Osttimors offensichtlich geworden sind. Unter der Führung der FRETILIN und der Regierung der Demokratischen Republik Osttimor führt das Volk von Osttimor mutig den Kampf fort, um die Freiheit seines Vaterlandes gegen die Aggression und Annexion durch das Suharto-Regime zu verteidigen. Die Kommunisten und das revolutionäre Volk Indonesiens unterstützen weiterhin entschieden den gerechten Kampf des Volkes von Osttimor. Der heroische Kampf des Volkes von Osttimor und seine Siege über Suhartos Aggressionstruppen bedeuten eine große Ermutigung für das indonesische Volk."



Befreiungskämpferinnen auf Nord-Celebes, Indonesien, im Kampf gegen die niederländische Kolonialmacht, etwa 1948.

Flagge, das Wappen und die Nationalhymne. Die Flagge ist rechteckig, bestehend aus zwei gleichschenkeligen Dreiecken, deren Grundlinien sich decken, die Höhe des schwarzen Dreiecks beträgt ein Drittel der Fahnenhöhe; das Schwarze Dreieck liegt auf dem gelben Dreieck, dessen Höhe die Hälfte der Fahnenhöhe beträgt; in der Mitte des schwarzen Dreiecks liegt ein weißer Stern, der Rest der Fahne ist rot. Wappenspruch: **Einheit Tatkraft Fortschritt.**

Aus dem Programm der FRETILIN

Wirtschaftlicher Aufbau

a) Schaffung von Infrastrukturen

b) Bildung von Kooperativen. Die Kooperativen sind die Grundlage des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Ost-Timor. Produktions-, Verteilungs- und Konsumkooperativen.

c) Abschaffung der übermäßigen Abhängigkeit vom Ausland. Anreize zur Produktion von lebensnotwendigen Produkten auf der Grundlage einer vielfältigen Landwirtschaft und konsequenten Bekämpfung der Einseitigkeit in der Produktion.

d) Agrarreform. Enteignung der Landgüter und Plantagen und ihre Rückgabe an das Volk zur kooperativen Bearbeitung. Das nicht bebaute Ackerland wird an das Volk verteilt und kooperativ oder durch die staatlichen Betriebe bearbeitet.

e) Mechanisierung der Landwirtschaft.

f) Förderung der Viehzucht und der Fischerei.

g) Schutz aller Fauna und Flora. Wiederaufforstung. Einführung neuer Tier- und Pflanzenarten.

h) Entwicklung der Nahrungsmittelindustrien (Milchverarbeitung, Fleisch-, Fisch- und Obstkonserven) bei rationeller und optimaler Verwendung der vorhandenen Fischbestände. Forstwirtschaftliche Nutzung zur rationellen Verwendung der vorhandenen Holzarten, besonders zur Herstellung von Möbeln, Papiermasse usw., Schutz und Entwicklung der lokalen Industrie, hauptsächlich Handwerk und timoresische Webereien, Förderung der modernen Industrie mit dem Ziel einer schnellen und harmonischen sozioökonomischen Entwicklung von Ost-Timor.

i) Bekämpfung der Spekulation. Preiskontrolle. Schaffung eines neuen Steuersystems. Kontrolle des Handels.

UNO-Resolution unterstützt Demokratische Republik Ost-Timor

UN-Dekolonialisierungsausschuß
12. November 1976

Algerien, Benin, Congo, Cuba, Demokratisches Kampuchea, Guinea, Guinea-Bissao, Mozambique, Vereinigte Republik von Tansania: Resolutionsentwurf:

Die Generalversammlung

... eingedenk der politischen Erklärung der Fünften Konferenz der Staats- und Regierungschefs der blockfreien Länder zur Ost-Timor-Frage, nach Anhörung der Stellungnahme des Vertreters Portugals,
ebenso nach Anhörung der Stellungnahme des Vertreters der Frente Revolucionária de Timor Leste Independente (FRETILIN),...

tief betroffen über die kritische Situation, die aus der militärischen Intervention der Streitkräfte Indonesiens in Ost-Timor resultiert, ...

1. bestätigt das unveräußerliche Recht des Volkes von Ost-Timor auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit und die Legitimität seines Kampfes, dieses Recht zu erhalten; ...

3. bestätigt die in der politischen Erklärung der Fünften Konferenz der Staats- und Regierungschefs der blockfreien Länder zur Ost-Timor-Frage festgelegten Prinzipien; ...

5. weist den Anspruch, Ost-Timor sei Teil Indonesiens, zurück, insbesondere da das Volk in diesem Gebeit nicht in der Lage war frei sein Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit auszuüben;

6. fordert die Regierung von Indonesien auf, alle seine Truppen aus diesem Gebiet zurückzuziehen; ...

(Beschlossen mit der Stimme Portugals, gegen die USA bei Enthaltung der westeuropäischen Imperialisten. Eigene Übersetzung)



Nach dem offiziellen Rückzug aus Thailand sind der Clark-Luftwaffenstützpunkt (unser Bild) und der Subic-Bay-Marinestützpunkt auf den Philippinen die wichtigsten Militärstützpunkte der US-Imperialisten in Südostasien. Der Ende letzten Jahres erneuerte Vertrag sieht neuerdings das Recht der US-Imperialisten vor, ihre Truppen gegen die Befreiungskämpfer im Inneren des Landes einzusetzen.

Kampfmaßnahmen der Lehrer für Arbeitszeitverkürzung

Beschlußfassungen der GEW-Vertreterversammlungen

r.gör. In den zahlreichen Beschlüssen haben die Lehrer ihre Forderungen nach einer 40-Stundenwoche bekräftigt. Die Landesvertreterversammlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Niedersachsen (7. bis 10. Mai) droht dem Kultusminister, daß die in der GEW organisierten Lehrer im Februar keine Zeugnisse schreiben und nicht an Zeugniskonferenzen teilnehmen, wenn ihre Forderung nicht erfüllt werde. Außerdem soll dann eine Urabstimmung für einen Warnstreik eingeleitet werden. Der Hauptvorstand der GEW hat jetzt bereits bekanntgegeben, daß die Landesverbände bis zu zweistündigen Warnstreiks ohne Urabstimmung durchführen können. Die Aktionslosung ist: Für jeden Lehrer eine Unterrichtsstunde weniger, höchstens 25 Unterrichtsstunden.

Die stadtbremische Delegiertenversammlung der GEW, die in der vergangenen Woche stattfand, hat die Forderung der 40-Stundenwoche definiert: 20 *Unterrichts*stunden. Solche Festlegung ist notwendig, weil durch jeweilige Verordnungen der Kultusminister nur die Unterrichtsstundenzahl festgelegt ist, ansonsten die allgemeinen Bestimmungen des Beamtengesetzes die Lehrer zu beliebiger Mehrarbeit verfügbar machen. Heute liegt die Regelstundenverpflichtung für Gymnasiallehrer bei 23, für Realschullehrer bei 26 und für Grund- und Hauptschullehrer bei 28 Wochenstunden. Bei der Forderung nach 20 Unterrichtsstunden können sich die Lehrer sowohl auf Untersuchungen der GEW als auch der Kultusministerkonferenzen stützen. Die haben ergeben, daß sich die Gesamtarbeitszeit der Lehrer durchschnittlich nur zur Hälfte aus Unterrichtsstunden, zur anderen Hälfte jedoch aus Unterrichtsvorbereitung, Korrekturen, Konferenzen, Elternarbeit usw. zusammensetzt.

1958 hatte der damalige Hamburger Kultussenator Landahl eine Untersuchung über die Pflichtstundenzahl der Lehrer in Auftrag gegeben und kam zu dem Ergebnis, „daß die Lehrer gegenwärtig mehr Unterrichtsstunden erteilen als sogar vor dem 1. Weltkrieg“. In Schleswig-Holstein lag die Wochenstundenzahl der Grundschullehrer seit 1880 bei 30 Stunden, Verkürzungen fanden erst 1969 auf 29 und 1975 auf 28 Stunden statt. Das war natürlich überhaupt kein Ausgleich für die intensiver gewordene Ausnutzung der Arbeitskraft der Lehrer durch die Dienstherren. 1973 wurde von der Ständigen Kultusminister-, Innenminister- und Finanzministerkonferenz als Ergebnis einer Untersuchung bekannt gegeben, daß die durchschnittliche Arbeitszeit der Lehrer – bei Zugrundelegung von 47 Arbeitswochen pro Jahr, also gewöhnlicher Urlaubsregelung – 45,1 Stunden beträgt. Tatsächlich hat sich bei im wesentlichen gleichbleibender Pflichtstundenzahl die Gesamtarbeitszeit der Lehrer verlängert. Denn durch die Serie der bürgerlichen Schulreformen der letzten Jahre wurden die Lehrer neben ihrer Unterrichtstätigkeit stets umfassender in den Apparat der Schulbüprokratie eingespannt. Gerade dies ist eine wesentliche Triebkraft der Lehrer. Welcher Lehrer will sich schon zum Handlanger der bürgerlichen Regierungen und ihrer Schulaufsicht machen lassen, sich von ihnen zwingen lassen, die Kinder mit immer ausgefeilteren Methoden in ihrer Entwicklung zu unterdrücken und für ihr späteres Lebensdasein auszusieben?

Ohne Kampfmaßnahmen können die Lehrer eine Arbeitszeitverkürzung nicht erreichen. Zuletzt im Dezember vorigen Jahres haben die Länderregierungen noch einmal ausdrücklich ihr „Stillhalteabkommen“ bekräftigt, also keine Arbeitszeitverkürzung zuzulassen. Ihr Plan geht vielmehr dahin, den wachsenden Druck der Lehrerarbeitslosigkeit zu nutzen, um mit Zeit- und Kettenarbeitsverträgen in wachsendem Umfang Mehrarbeit aus den Lehrern zu pressen und über die Eingangsvergütungen das Lohnniveau insgesamt zu senken. Die Forderung nach Einstellung der arbeitslosen Lehrer auf Planstellen hat hierin ihre materielle Grundlage.

Ins einzelne gehende Aktionen hat die bremische Delegiertenversammlung der GEW festgelegt. Die Aktionslosung ist: Kein Lehrer mehr als 25 Unterrichtsstunden. So kann auch der Spaltung der Arbeitszeiten nach Schultypen entgegengewirkt werden. Sodann beschloß sie: Die Personalversammlungen sollen während der Unterrichtszeit vorbereitet werden. Am 31. Mai sollen alle Lehrer schon morgens um 9 Uhr von ihren jeweiligen Schulen aus geschlossen zur zentralen Personalversammlung (11 Uhr) in der Innenstadt marschieren. Im Juni soll eine Demonstration aller Lehrer in Bremen stattfinden, um auf die dann stattfindende Konferenz der Kultusminister Druck auszuüben.

Man hört die Bourgeois jetzt schon schreien: Die Lehrer verletzen die Dienstpflicht. Das soll Angst machen und spalten. Ja, es handelt sich darum, daß die Lehrer das dienstrechtliche System von Befehl und Gehorsam durchbrechen müssen, um ihre Interessen durchzusetzen. Wie sehr die Drohung des Dienstherrn mit diesem System wirkt, zeigt selbst noch der Beschluß der niedersächsischen GEW-Versammlung, ihre Kampfmaßnahmen auf Februar des nächsten Jahres zu verschieben. Das schafft aber den Länderregierungen bloß weiteren Raum für Manöver. Dagegen können sich die Lehrer gut mit den Schülern und Eltern verbinden. Jedenfalls für effektive Kampfmaßnahmen. Ungeschickt ist es aber, wie in Bremen mit einem halbherzigen „Dienst nach Vorschrift“ gerade Wandertage u. ä. aus dem Arbeitsprogramm der Lehrer zu streichen. Dagegen haben am 11. Mai rund 1000 Bremer Grund- und Hauptschüler den Unterricht boykottiert, aber zugleich ihren Lehrer erklärt: Euren Kampf für die Senkung der Unterrichtsstunden unterstützen wir.

Die Bauern in Gorleben blockieren die Bohrungen



Von Montag bis Mittwoch kam kein Bohrfahrzeug zum Abstellplatz. Als die Polizei nachts behelmt einen Generator herausholen wollte, haben ca. 60 Bauern sich sofort formiert. Die Polizei erreichte nichts. Sie droht jetzt mit Landfriedensbruch und Schadensersatzansprüchen.

Nach Albrechts Regierungserklärung – alles beim alten?

Bourgeoisie: Stellungnahme ausbaufähig / Lüchow-Dannenberg: Bauern besetzten Bohrmaschinenplatz

r.her. Im Grunde nicht unzufrieden, das ist die Reaktion der Bourgeoisie auf die Entscheidung, die im Landesparlament Niedersachsen in der letzten Woche getroffen wurde: Ablehnung des *derzeit* vorliegenden Konzepts der DWK zur Wiederaufbereitung von abgebrannten Plutonium-Brennelementen in Gorleben und statt Endlagerung *langfristige* Zwischenlagerung dieser Brennstäbe in Gorleben.

Bundesregierung wie DWK bekräftigen darnach ihr Festhalten an ihrem Energieprogramm und ihre relative Zufriedenheit insofern, als die DWK durch ihren Vorstandsvorsitzenden Scheuten erklären läßt: Etwas Verzögerung würde man schon in Kauf nehmen, auch das Konzept etwas umarbeiten, sodaß an eine Untätigkeitsklage gegen die Landesregierung derzeit nicht gedacht sei. Und die Bundesregierung, sie hat schon Anfang Mai durch ihren Sprecher Bölling ausrichten lassen: Die Bundesregierung, die sich über das Bundesinnenministerium im Atomrecht das Weisungsrecht gegenüber den Länderregierungen gesichert hat, wolle nicht von dieser theoretischen Möglichkeit Gebrauch machen. Und der *weisungsberechtigte* Polizeibundesinnenminister Baum, nach der Regierungserklärung: Die Albrechterklärung sei auslegefähig.

Die Bauern um Lüchow-Dannenberg hatten in richtiger Einschätzung, daß ihre Interessen und Forderungen auf dem Landtagsspektakel unberücksichtigt bleiben würden, von Montag bis Mittwoch den Bohrmaschinenplatz besetzt gehalten, und nach der Regierungserklärung die Fortsetzung des Widerstandes angekündigt. Erfolgreich hatten sie darüber „gewacht, daß die Blockade nicht aufgehoben wurde“, wie die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ vornehm einen erfolglosen Polizeiüberfall umschreibt.

Vornehm deshalb, weil den Polizeieinsatz zu nennen, hätte nicht in den Tenor der Landtagssitzung gepaßt. Beide Parteien erklärten doch übereinstimmend, daß ihr ‚Nein‘ zu Gorleben, wie sie es zu nennen belieben, das sie beschlossen haben, aus Rücksicht auf die „Sorgen und Ängste“ der Bauern und der übrigen Bevölkerung zustande gekommen sei.

Die zunehmende Unterstützung der Arbeiter und Angestellten aus allen Branchen mit den Kämpfen der Bauern und gegen das Energieporgramm der Bundesregierung hat mittlerweile auch verschiedene Einzelgewerkschaften, dazu gezwungen, ihre Befürwortung des Energieprogramms der Bundesregierung zu modifizieren. Ein nicht unerheblicher Vorgang – Spaltung tut Not, Spaltung aktuell und konkret zur Isolierung der Kämpfe der Bauern um Lüchow-Dannenberg, aber auch „langfristig“. Also *neue* Manöver.

Albrecht macht das eigentlich doch recht plump über das allgemeine Lebensrisiko, wie viele an Krebs sterben und wie viele im Kohlebergbau schon usw. Er setzt wohl eher auf die Kleinbourgeoisie und diejenigen Schichten der Bevölkerung, die nicht in der industriellen Produktion organisiert sind und daher nicht so sehr aus eigener Erfahrung die kapitalistische Organisierung der Arbeit und die dadurch hervorgerufenen Risiken für die Arbeiterleben kennen. Sterben müssen wir alle einmal ist seine Zuspitzung – wie wahr, auch sogar Herr Dr. Albrecht – also überhaupt kein Interessengegensatz. Deshalb sein Fazit: technisch möglich, politisch derzeit nicht durchsetzbar.

Ravens dagegen ist sehr viel geschickter: Widerstand berechtigt, sichere Technik muß erst noch – und damit eingeschlossen ist das *kann* – entwickelt werden. Er spricht direkt die Fähigkeit der Arbeiterklasse zur Entwicklung der Produktion an und befindet sich damit auf der Linie wie die Sozialdemokratie in der Gewerkschaft operiert: Wenn sicher, dann ja. Das ist die wesentlich gefährlichere Argumentation. Sie stützt sich auf die tatsächlich vorhandene Fähigkeit der Arbeiterklasse, verhüllt aber vollständig, daß die Arbeiterklasse ja nicht die Herrin der Produktion ist, also die sichere Technologie auch nicht entwickeln kann, denn die ist ja gezwungen, in Lohnsklaverei die Produktion zu verrichten, die die Kapitalisten allein entlang ihren Profitinteressen zu organisieren suchen und keineswegs unter Berücksichtigung der Interessen der Produzenten, die haben ihre Interessen allemal durch Klassenkampf durchsetzen müssen.

Die Gewerkschaften können sich so auch mit Schmidt-Kanzler wieder näherkommen und Albrecht kann 20 Millionen für das geplante Gutachten „ob Wiederaufarbeitung“ in Gorleben erst mal „sparen“, er hat sie schon gestrichen. An der Technik ist auch wohl doch so viel nicht mehr zu entwicklen, das sieht man an der „Erklärung“ des sog. Reaktorunfalls in Harrisburg: Ein dicker Bauch des instrumenteablesenden Ingenieurs war im Wege, er hätte nicht alle Anzeigen überblicken können. Dazu zu kommentieren, sträubt sich einem die Feder.

Was sich als erforderlich abzeichnet ist, daß den Spaltungsabsichten der Bourgeiosie mit der Intensivierung der Untersuchung und Enthüllung der Absichten des imperialistischen Energieprogramms geantwortet werden muß, und zwar insbesondere in den Gewerkschaften. Aber auch die Bürgerinitiativen können auf dieser Linie die Unterstützung mit den Kämpfen der Bauern festigen und die Einheit aller Bürgerinitiativen im Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm der Bundesregierung herstellen.

Junge Polizisten werden schärfer an die Kandare genommen

r.klm. In Hamburg hatte sich die Polizeigewerkschaft gegen einen Einsatz junger Polizisten in Gorleben ausgesprochen. (Vgl. KVZ, Nr. 12/79, S.11, Ausgabe Nord) Die Bourgeoisie könne sich der jungen Polizisten für solche Bürgerkriegseinsätze nicht sicher sein. Die niedersächsische Landesregierung will sich das keineswegs gefallen lassen. Die regierenden Amtswalter der Bourgeoisie sind darauf angewiesen, ihren Polizeiapparat mit jungen Kräften aus dem Volk aufzufrischen. Daß diese ideologisch für den Einsatz als Unterdrücker aller Kämpfe und Selbständigkeit der Volksmassen nicht zu gewinnen sind, wird mit schärferer Unterdrückung im Polizeiapparat selbst zu kompensieren versucht. Dies hat die niedersächsische Landesregierung veranlaßt, durch Innenminister Möcklinghoff eine neue Verordnung „über Ausnahmen für jugendliche Polizeibeamte von den Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes zur Regelung der Arbeitszeit“ herauszugeben. Der Paragraph 4 lautet: „Müssen aus zwingenden dienstlichen Gründen die jugendlichen Polizeivollzugsbeamten, die die Grundausbildung beendet haben, über ihre weitere Ausbildung hinaus zum Dienst herangezogen werden, weil auf volljährige Polizeivollzugsbeamte nicht zurückgegriffen werden kann, so sind ... Ausnahmen (vom) Jugendarbeitsschutzgesetz zulässig.“ U.a. werden folgende Rechte aus dem Jugendarbeitsschutzgesetz aufgehoben: §8 – Die Dauer der Arbeitszeit für Jugendliche ist begrenzt auf 40 Stunden wöchentlich; §11 – Ruhepausen und Aufenthaltsräume müssen für Jugendliche angemessen sein; §13 – Die tägliche Freizeit muß ununterbrochen 12 Stunden betragen; §14 „Jugendliche dürfen nur in der Zeit von 7 bis 20 Uhr beschäftigt werden.“; §15 – „Jugendliche dürfen nur an fünf Tagen in der Woche beschäftigt werden“; §§16, 17 und 18 – „An Samstagen (Sonn- und Feiertagen) dürfen Jugendliche nicht beschäftigt werden“.

Die Polizei soll die Interessen der Bourgeoisie gegen das Volk durchsetzen. Damit dies funktionieren kann, schafft sie sich ein System von Befehl und Gehorsam, das sich auf Zwangsgesetze stützt. Möcklinghoff hat mit seiner neuen Verordnung vom 25. April 1979 ein neues Zwangsgesetz zur Disziplinierung der jugendlichen Polizeibeamten geschaffen, das den reibungslosen Einsatz aller Polizeikräfte rund um die Uhr ermöglichen soll.

Tarifabschluß in der Textil- und Bekleidungsindustrie

r.wof. 4,1 % – für Angestellte 4,5 % –, rückwirkend ab 1. Mai 1979, 2 Tage mehr Urlaub ab 1979 und 6 Wochen Urlaub bis 1982 sowie Abschluß des seit 1960 offenen Manteltarifvertrages, mit diesem Ergebnis schlossen die Kapitalisten der Bekleidungsindustrie und die IG Textil- und Bekleidung am Donnerstag der letzten Woche den Tarifkampf in der Bekleidungsindustrie ab. Bereits eine Woche vorher wurde der Tarifkampf in der Textilindustrie mit dem gleichen Ergebnis beendet. – Insgesamt 15000 Beschäftigte in der Bekleidungsindustrie führten am Dienstag, 15.5., Warnstreiks durch. Am Mittwoch streikten weitere 4000. Die Kapitalisten hatten bis dahin 4 % angeboten und jede Verhandlung über die Forderung nach 6 Wochen Urlaub abgelehnt. In die 4 % sollten zudem die „Kosten des Manteltarifs“ mit einberechnet werden. Für die Beschäftigten haben die 6 Wochen Urlaub auf der Grundlage der gewaltigen Steigerung der Ausbeutung in den letzten Jahren einige Bedeutung. Aus dem gleichen Grund spielten Forderungen bezüglich der Schicht- und Akkordarbeit in den Auseinandersetzungen um den Manteltarif eine wesentliche Rolle. Den Lohnsenkungen ist mit den 4,1 % dagegen kein wirksamer Riegel vorgeschoben, noch ändert sich etwas daran, daß die Löhne in der Textil- und Bekleidungsindustrie im untersten Bereich der Löhne in der BRD liegen.

Präsidentschaft des Städtetages Womit verdient?

r.brb. „Der Bürger versteht den Staat nicht mehr“, so hat Helmut Kohl auf dem Städtetag vorsichtig den Haß der Volksmassen auf die staatliche Unterdrückung und Ausplünderung umschrieben. Bantzer, Kieler Oberbürgermeister und neuer Präsident des Städtetages hat deshalb an die Einheit appelliert: „Verzicht auf parteipolitische Schaukämpfe“, um „den Bürger als Partner zu gewinnen“. Gemeint ist als Opferlamm. Am Haushalt Kiels kann man das studieren: über 600 Mio. DM sind insgesamt veranschlagt, 136 Mio. DM – 11% mehr als im Vorjahr – für den Vermögenshaushalt, aus dem vor allem die Investitionen für die Bourgeoisie getätigt werden, 466 Mio. DM für den Verwaltungshaushalt für die vielfältigen Unterdrückungsmaßnahmen. Wenn Bantzer den Verwaltungshaushalt gegenüber dem Vermögenshaushalt kürzen will, dann um die Unterdrückung kostengünstig zu machen. Dazu sieht er vor: 1. Senkung der Personalkosten auf eine Zuwachsrate von 4%, Absetzung der Mittel für Stellenbesetzungen und -vermehrungen, 2. Kürzung der Sozialhilfeleistungen – das Zwangsarbeitsprogramm ABM beginnt sich in Barem auszuzahlen, 3. „die laufende Anpassung der Gebühren an gestiegene Kosten“. Sie sollen 90 Mio. DM gegenüber 85 Mio. DM im letzten Jahr einbringen. Kürzung von Bau- oder sonstigen Investitionsmaßnahmen kommt ausdrücklich nicht in Frage. Neuverschuldung soll *nur* in Höhe der Tilgungsrate von 21 Mio. DM im Jahr erfolgen, ansonsten soll der Kreditbedarf im Vermögenshaushalt durch die Einsparungen im Verwaltungshaushalt gedeckt werden. Der Grund – die Stadt steckt jetzt schon mit 370 Mio. DM bei der Finanzbourgeoisie in der Kreide, was Anspruch auf staatliche Plünderung der Volksmassen ist.

Demonstration zum Wissenschaftsministerium

Hannover, 17.5.79. Ca. 300 Studenten der Fachhochschule Hannover (E-Technik und Maschinenbau), der FH Sozialwesen und der Fachhochschule Hildesheim sind zum Wissenschaftsministerium demonstriert. Die Studenten forderten die Anerkennung ihrer Satzung und Wahlordnung und richteten sich gegen die Angriffe auf die Verfaßte Studentenschaft und gegen die Prüfungsverschärfungen. Die Forderungen waren: Satzungs- und Finanzhoheit, ein reguläres 7. Semester bei acht Semestern BAföG-Förderungsdauer (nach der neuen Prüfungsordnung sollen die Abschlußarbeiten noch zusätzlich im 6. Semester gemacht werden). Auf einer Kundgebung am Kröpke wurde die Forderung nach der 40-Stunden-Woche für Studenten begrüßt. Der Delegation, die im Wissenschaftsministerium war, wurden keine festen Zusagen gemacht, Pestel selbst war nicht zu sprechen.

chen lassen, sich von ihnen zwingen lassen, die Kinder mit immer ausgefeilteren Methoden in ihrer Entwicklung zu unterdrücken und für ihr späteres Lebensdasein auszusieben?

Ohne Kampfmaßnahmen können die Lehrer eine Arbeitszeitverkürzung nicht erreichen. Zuletzt im Dezember vorigen Jahres haben die Länderregierungen noch einmal ausdrücklich ihr „Stillhalteabkommen“ bekräftigt, also keine Arbeitszeitverkürzung zuzulassen. Ihr Plan geht vielmehr dahin, den wachsenden Druck der Lehrerarbeitslosigkeit zu nutzen, um mit Zeit- und Kettenarbeitsverträgen in wachsendem Umfang Mehrarbeit aus den

der niedersächsischen GEW-Versammlung, ihre Kampfmaßnahmen auf Februar des nächsten Jahres zu verschieben. Das schafft aber den Länderregierungen bloß weiteren Raum für Manöver. Dagegen können sich die Lehrer gut mit den Schülern und Eltern verbinden. Jedenfalls für effektive Kampfmaßnahmen. Ungeschickt ist es aber, wie in Bremen mit einem halbherzigen „Dienst nach Vorschrift“ gerade Wandertage u. ä. aus dem Arbeitsprogramm der Lehrer zu streichen. Dagegen haben am 11. Mai rund 1000 Bremer Grund- und Hauptschüler den Unterricht boykottiert, aber zugleich ihren Lehrer erklärt: Euren Kampf für die Senkung der Unterrichtsstunden unterstützen wir.

Von Montag bis Mittwoch kam kein Bohrfahrzeug zum Abstellplatz. Als die Polizei nachts behelmt einen Generator herausholen wollte, haben ca. 60 Bauern sich sofort formiert. Die Polizei erreichte nichts. Sie droht jetzt mit Landfriedensbruch und Schadensersatzansprüchen.

Nach Albrechts Regierungserklärung – alles beim alten?

Bourgeoisie: Stellungnahme ausbaufähig / Lüchow-Dannenberg: Bauern besetzten Bohrmaschinenplatz

reich der Löhne in der BRD liegen.

Präsidentschaft des Städtetages Womit verdient?

r.brb. „Der Bürger versteht den Staat nicht mehr“, so hat Helmut Kohl auf dem Städtetag vorsichtig den Haß der Volksmassen auf die staatliche Unterdrückung und Ausplünderung umschrieben. Bantzer, Kieler Oberbürgermeister und neuer Präsident des Städtetages hat deshalb an die Einheit appelliert: „Verzicht auf parteipolitische Schaukämpfe“, um „den Bürger als Partner zu gewinnen“. Gemeint ist als Opferlamm. Am Haushalt Kiels kann man das studieren: über 600 Mio. DM sind insgesamt veranschlagt, 136 Mio. DM – 11% mehr als im Vorjahr – für den Vermögenshaushalt, aus dem vor allem die Investitionen für die Bourgeoisie getätigt werden, 466 Mio. DM für den Verwaltungshaushalt für die vielfältigen Unterdrückungsmaßnahmen. Wenn Bantzer den Verwaltungshaushalt gegenüber dem Vermögenshaushalt kürzen will, dann um die Unterdrückung kostengünstig zu machen. Dazu sieht er vor: 1. Senkung der Personalkosten auf eine Zuwachsrate von 4%, Absetzung der Mittel für Stellenbesetzungen und -vermehrungen, 2. Kürzung der Sozialhilfeleistungen – das Zwangsarbeitsprogramm ABM beginnt sich in Barem auszuzahlen, 3. „die laufende Anpassung der Gebühren an gestiegene Kosten“. Sie

Die Förde-Reederei muß nachgeben und einen kollektiven Tarifvertrag abschließen!

clm. Streik und Blockade der dänischen Arbeiter für einen kollektiven Tarifvertrag mit der Fördereederei gehen in die vierte Woche. Seit zwei Wochen versucht die Reederei durch Großeinsatz dänischer Polizei die Blockade zu zerschlagen. Der Versuch, Streikbrecher aus Flensburg und Dänemark einzusetzen, ist gescheitert. Der Kern der jetzigen Streikbrechermannschaft besteht aus spanischen Matrosen, die den Inhalt der Auseinandersetzung nicht verstehen. Wir befragten einen Matrosen zur Blockadewacht zur derzeitigen Lage: ,,Wie sahen die Ereignisse am Mittwoch und Donnerstag aus?''

,,Am Mittwoch wurde Polizei eingesetzt, 40 Mann durchbrachen die Absperrung und einige Autos kamen von der Fähre an Land. Danach wurde die Blockade vom eigentlichen Hafengebäude weggedrängt und es wurden 6 bis 7 Polizisten am Anleger postiert. Diese Polizisten stehen bis heute da und werden jede Stunde ausgewechselt. Die Blockadeposten machen aber weiter ein Stückchen weiter weg an der Zufahrt zum Hafen. Sie diskutieren mit Fahrern und Insassen aller Wagen, nur ganz wenige fahren danach weiter, die meisten solidarisieren sich und kehren um. Viele geben auch Geld und Unterschriften. Auf dem Schiff sind vier spanische Matrosen, der Rest sind dänische Besatzungsmitglieder. Die dänischen Matrosen, die zur Blockadewacht gehören, haben jetzt einen Übersetzer gefunden, der heute noch mit den vier Spaniern spricht, um ihnen zu erklären, was da eigentlich los ist.''

,,Blockade gebrochen'', ,,wieder Fährverkehr Röm-Sylt'', ,,Polizei will reibungslosen Fährverkehr sicherstellen'', so oder ähnlich lauten seit zwei Wochen die Schlagzeilen in der Presse. Jeden zweiten Tag teilt irgendein Mitglied der Geschäftsleitung der Fördereederei mit, der Fährverkehr werde jetzt wieder normal laufen. H.W. Nissen am 18.5. im Flensburger Tageblatt: ,,Die dänische Polizei hat die Protestaktion dänischer Seeleute im Hafengebiet von Havneby beendet und will einen reibungslosen Fährverkehr sicherstellen. Bereits zum Wochenende wird die Zahl der Doppelfahrten zwischen List und Havneby um zwei auf neun erhöht. Ab 1. Juni soll neben der bereits eingesetzten Autofähre die große Vikingland auf dieser Route verkehren.''

Tatsache ist, daß nur unter Großeinsatz der Polizei einige wenige Passagiere das Schiff betreten. Immer, wenn der Polizeischutz nachläßt, wird die Blockade wieder enger. Die meisten Fahrgäste kehren freiwillig wieder um.

und Unterschriften. Auf dem Schiff sind vier spanische Matrosen, der Rest sind dänische Besatzungsmitglieder. Die dänischen Matrosen, die zur Blockadewacht gehören, haben jetzt einen Übersetzer gefunden, der heute noch mit den vier Spaniern spricht, um ihnen zu erklären, was da eigentlich los ist.''

,,Blockade gebrochen'', ,,wieder Fährverkehr Röm-Sylt'', ,,Polizei will reibungslosen Fährverkehr sicherstellen'', so oder ähnlich lauten seit zwei Wochen die Schlagzeilen in der Presse. Jeden zweiten Tag teilt irgendein Mitglied der Geschäftsleitung der Fördereederei mit, der Fährverkehr werde jetzt wieder normal laufen. H.W. Nissen am 18.5. im Flensburger Tageblatt: ,,Die dänische Polizei hat die Protestaktion dänischer Seeleute im Hafengebiet von Havneby beendet und will einen reibungslosen Fährverkehr sicherstellen. Bereits zum Wochenende wird die Zahl der Doppelfahrten zwischen List und Havneby um zwei auf neun erhöht. Ab 1. Juni soll neben der bereits eingesetzten Autofähre die große Vikingland auf dieser Route verkehren.''

Tatsache ist, daß nur unter Großeinsatz der Polizei einige wenige Passagiere das Schiff betreten. Immer, wenn der Polizeischutz nachläßt, wird die Blockade wieder enger. Die meisten Fahrgäste kehren freiwillig wieder um.
Die ganzen Pressemeldungen haben nur den einen Zweck, vielen deutschen Touristen vorzumachen, die Blockade wäre beendet und sie so dazu zu bringen, erst einmal nach Harneby oder List zu fahren.

Die Reederei setzt darauf, daß dann der niedrige Fahrpreis, den sie auf Grundlage des niedrigen Lohns und der Überarbeit des Fährpersonals halten kann, Wirkung zeigt und die Leute – sind sie erst einmal da – dann auch fahren wollen. Eine Doppelfahrt mit der Fähre Römö-Sylt kostet 83 Kronen für einen PKW, mit der Deutschen Bundesbahn über den Hindenburgdamm kostet sie 206 Kronen. Bei Lastwagen ist der Preisunterschied noch größer: 187 Kronen und 665 Kronen. In Havneby ist die Rechnung bisher nicht aufgegangen. Zu groß ist der Unterschied inziwschen in der Unterstützung aller dänischen Gewerkschaften und die Fährleute halten die Blockade trotz Polizeieinsatz aufrecht. Die schwächste Stelle in der ganzen Kampffront sind die deutschen Touristen, die von List aus nach Römö übersetzen wollen. Insbesondere auf diese zielen dann auch all die Zeitungsmeldungen über die Beendigung der Blockade ab. Einmal an Bord gelockt, können sie dann auch schlecht in Havneby aufgehalten werden. Regelmäßige Informationen am Anleger List kann da schon einiges bewirken.

Die ganze Propaganda und alle Lügen der Geschäftsleitung haben im wesentlichen den Zweck, die Fahrgäste, insbesondere die deutschen Urlauber, gegen die Fährarbeiter auszuspielen: soweit das rechtlich überhaupt möglich sei, habe die Reederei jetzt schon nachgegeben. Sogar einer generellen Lohnerhöhung um 500 Kronen habe man zugestimmt. Aber ein kollektiver Vertrag mit der Gewerkschaft sei auf keinen Falll möglich. Die Fördereederei sei ein deutsches Unternehmen und das könne nur mit deutschen Gewerkschaften Tarifverträge abschließen. ,,Alles frei erfunden'' meint die dänische Gewerkschaft dazu. In der Tat. Wenn es möglich ist, eine deutsche Tochtergesellschaft zu gründen und die Schiffe unter zyprischer Flagge laufen zu lassen, welchen Hintergrund soll es da geben, einen Tarifvertrag mit der dänischen Gewerkschaft abzuschließen?

Das fragten wir einen Matrosen der Blockadewacht:

,,Die Fördereederei ist inzwischen bereit, ähnlichen Lohn und ähnliche Arbeitszeit zu bieten wie die dänischen Gewerkschaften sie fordern. Aber: durch das Prinzip der Einzelarbeitsverträge fallen alle fundamentalen Regelungen weg, die besonders den Arbeitsschutz betreffen und vor allem auch Krankheit, z.B. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, dann überhaupt die Klärung, wer die Krankheit bzw. den Unfall bezahlt und, wer die Stärke der Bemannung regelt, z.B. wenn jemand ausfällt.''

gegen die Fährarbeiter auszuspielen: soweit das rechtlich überhaupt möglich sei, habe die Reederei jetzt schon nachgegeben. Sogar einer generellen Lohnerhöhung um 500 Kronen habe man zugestimmt. Aber ein kollektiver Vertrag mit der Gewerkschaft sei auf keinen Falll möglich. Die Fördereederei sei ein deutsches Unternehmen und das könne nur mit deutschen Gewerkschaften Tarifverträge abschließen. ,,Alles frei erfunden'' meint die dänische Gewerkschaft dazu. In der Tat. Wenn es möglich ist, eine deutsche Tochtergesellschaft zu gründen und die Schiffe unter zyprischer Flagge laufen zu lassen, welchen Hintergrund soll es da geben, einen Tarifvertrag mit der dänischen Gewerkschaft abzuschließen?

Das fragten wir einen Matrosen der Blockadewacht:

,,Die Fördereederei ist inzwischen bereit, ähnlichen Lohn und ähnliche Arbeitszeit zu bieten wie die dänischen Gewerkschaften sie fordern. Aber: durch das Prinzip der Einzelarbeitsverträge fallen alle fundamentalen Regelungen weg, die besonders den Arbeitsschutz betreffen und vor allem auch Krankheit, z.B. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, dann überhaupt die Klärung, wer die Krankheit bzw. den Unfall bezahlt und, wer die Stärke der Bemannung regelt, z.B. wenn jemand ausfällt.''

Nur aufgesplittert in Einzelverträgen kann die Reederei die Kampfkraft der Belegschaft brechen. Das ist der Fördereederei so wichtig, daß sie es sich bisher 500000 Kronen Streikausfall hat kosten lassen. Die Fährarbeiter teilten mit, daß sie die Blockade mit flexiblen Mitteln, wenn es sein muß noch ein Jahr weiterführen werden. Der bisherige Verlauf hat gezeigt, daß durch Polizeigewalt allein der Streik nicht gebrochen werden kann. Deshalb versucht die Reederei alles, die Arbeiter durch Lügen und Manöver zu isolieren. Erfolg hatte sie damit bisher nicht. Die Fährarbeiter werden von den dänischen Gewerkschaften breit unterstützt. Diese Woche haben sowohl die ÖTV als auch die Internationale Transportarbeitergewerkschaft Solidaritätsadressen geschickt.

Das ganze Gerede, ,,der Kollektivvertrag sei see- und tarifrechtlich nicht möglich'', hat also nicht verfangen.

Besonders die Solidaritätsaddressen des ÖTV-Vorstandes, welche Dieter Benze unterzeichnet hat, kann man jetzt gut nutzen, um die Reserven des Streiks zu erschließen: die verschiedenen Gewerkschaftsgruppen können selber den Streik direkt durch Beschlüsse und Spenden unterstützen, wie es der AjLE-Flensburg jetzt schon getan hat.

Gleich nach Bekanntwerden der Blockade hatte die Reederei berechtigte Sorge, die Flensburger Arbeiter könnten den Streik durch eigene Aktionen unterstützen. Aus dem niedrigen Lohn von 6,75 DM bis 7,00 DM brutto, maßloser Überarbeit von bis zu 120 Stunden die Woche hat die Fördereederei die Kraft gezogen, das staatlich geförderte Geschäft aus dem Verkauf ,,zollfreier Waren'' auf ihren Butterschiffen voll auszuschöpfen. Die Leute sind gezwungen, billige Lebensmittel einzukaufen und Zigaretten, Alkohol, Käse und Butter sind auf den Schiffen trotz Extraprofit für die Reederei immer noch billiger als im Laden. So sind die Butterschiffe im Sommer hoffnungslos überfüllt. Die Arbeit ist fast nicht mehr zu bewältigen und die Reederei macht ¼ des Profits in diesen vier Monaten.

Jetzt droht der Geschäftsleitung nicht nur, daß sie aus den Flensburger und Kappelner Arbeitern herausgepreßten 12 Mio DM sich in der Römö-Sylt-Linie nicht verwerten. Aktionen der Flensburger Arbeiter gerade zur Saison würden die Grundlage ihrer Expansion austrocknen. So hatte sie es ziemlich eilig, am 11. Mai einen neuen Heuertarifvertrag zu unterschreiben, der rückwirkend zum 1. Mai eine Erhöhung der Heuer um 4,9%, mindestens aber 75 DM, über die Laufzeit von 12 Monaten für die Flensburger, Kappelner, Kieler und ostfriesländischen Schiffe der Reederei. Der Kampf der dänischen Fährleute hat der Tarifauseinandersetzunge in Flensburg direkt genutzt. Ein Erfolg der Blockade verbessert die Bedingungen im Kampf

brutto, maßloser Überarbeit von bis zu 120 Stunden die Woche hat die Fördereederei die Kraft gezogen, das staatlich geförderte Geschäft aus dem Verkauf ,,zollfreier Waren'' auf ihren Butterschiffen voll auszuschöpfen. Die Leute sind gezwungen, billige Lebensmittel einzukaufen und Zigaretten, Alkohol, Käse und Butter sind auf den Schiffen trotz Extraprofit für die Reederei immer noch billiger als im Laden. So sind die Butterschiffe im Sommer hoffnungslos überfüllt. Die Arbeit ist fast nicht mehr zu bewältigen und die Reederei macht ¼ des Profits in diesen vier Monaten.

Jetzt droht der Geschäftsleitung nicht nur, daß sie aus den Flensburger und Kappelner Arbeitern herausgepreßten 12 Mio DM sich in der Römö-Sylt-Linie nicht verwerten. Aktionen der Flensburger Arbeiter gerade zur Saison würden die Grundlage ihrer Expansion austrocknen. So hatte sie es ziemlich eilig, am 11. Mai einen neuen Heuertarifvertrag zu unterschreiben, der rückwirkend zum 1. Mai eine Erhöhung der Heuer um 4,9%, mindestens aber 75 DM, über die Laufzeit von 12 Monaten für die Flensburger, Kappelner, Kieler und ostfriesländischen Schiffe der Reederei. Der Kampf der dänischen Fährleute hat der Tarifauseinandersetzunge in Flensburg direkt genutzt. Ein Erfolg der Blockade verbessert die Bedingungen im Kampf
gegen die rechtlose Lage in Flensburg und an den anderen Orten noch mehr. Die deutschen Arbeiter der Fördereederei haben jetzt erst recht allen Grund, durch Beschlüsse und Geldspenden an die Streikleitung den Kampf ihrer dänischen Kollegen zu unterstützen.

,,Uns ist nicht jede Macht recht...''

b.tvf. Norderstedt. Am Schulzentrum Süd machen gegenwärtig 30 Schüler das Abitur, zu Beginn der Studienstufe vor 3 Jahren gingen noch 43 Schüler in dieses Semester. Von ihnen machen jetzt 6 eine Lehre, weitere 6 sind nach Hamburg umgeschult, weil sie dort eher eine Chance sehen, das Abitur zu bekommen, 2 haben ein Schuljahr wiederholen müssen. Freiwillig ist niemand abgegangen. Durch schlechte Noten und Verordnungen, die z.B. Mindestpunktzahlen für den weiteren Schulbesuch festsetzen, sind mehr als ein Viertel der Schüler aussortiert worden. Die Auslese soll bei der Abiturprüfung fortgesetzt werden. Um jeden Widerstand dagegen zu verhindern, ist die Schulleitung ängstlich darum bemüht, die Schüler zu spalten. Am letzten Freitag wurden die Ergebnisse der schriftlichen Prüfungen bekanntgegeben. Die Abiturienten waren zu 3 verschiedenen Zeiten bestellt, und der Direktor hat ihnen einzeln die Noten mitgeteilt. Die Schüler haben sich darauf nicht eingelassen: die meisten waren die ganze Zeit vor dem Direktorzimmer versammelt, und wenn einer herauskam, wurden die Zensuren den anderen vorgelesen. 3 Lehrer haben 5en gegeben, u.a. der Gemeinschaftskunde-Lehrer Nanninga. Seine Schüler haben ihm – der ,,beamteten Herrlichkeit'' – deshalb ein Gutachten ausgestellt, in dem sie die Unterdrückung im Unterricht angreifen: ,,...muß unsererseits festgestellt werden, daß Sie Ihre Ihnen von Recht zugestandene Macht mit Recht ausgeübt haben, wir jedoch feststellen mußten, daß uns nicht jede Macht recht ist, sei die Macht auch Recht''.

Die Polizei wagte nicht, die Treckerblockade in Lüchow anzugreifen

b.thr. Die Polizei wagte nicht, die Treckerblockade in Lüchow anzugreifen. Ab dem 14.5., nachts um 2 Uhr kam kein Bohrfahrzeug mehr vom Schrottplatz in Lüchow. Mit ca. 30 Treckern hatten die Bauern den Platz blockiert. Erst Dienstagnacht konnte die Celler Bohrfirma mit Ersatzfahrzeugen weiterbohren. 6000 DM Schaden pro Tag soll ihr entstanden sein. Als ihnen ein Generator fehlte, versuchten sie diesen herauszuholen. 15 Polizisten bekamen in der Nacht von Montag auf Dienstag den Befehl ,,Helm und Visier runter'' und marschierten auf die ca. 60 Bewacher – meist Bauern – zu. Als diese sich sofort entschlossen formierten, wagte die Polizei keinen Angriff. Dies war ein Testballon, um zu sehen, wie man mit den Bauern umspringen kann. Einzelne Bauern meinten hinterher: ,,Die sollen nur kommen, dann kriegen sie eine Abreibung, die sie schon lange verdient



haben''. Von da ab hat sich Polizei und BGS auf ,,Beweissicherung'' verlegt. Es wurde gefilmt und die Nummern der sich abwechselnden insgesamt ca. 100 Treckern aufgeschrieben. In der ,,Elbe Jeetzel Zeitung'' wurde mit Schadensersatzansprüchen und mit Landfriedensbruch gedroht. Die Regierung und Polizei wissen genau: Die Blockade war die Antwort auf den Plan, das NEZ schrittweise gegen den Widerstand des Wendlandes durchzusetzen, wie es auch auf der Bürgerversammlung in Hitzacker deutlich geworden ist. Schon über diese Versammlung hatte N. Fischer (Fraktionsvorsitzender der CDU im Kreistag) geschäumt, ob ,,eine Veranstaltung als friedlich (zu) bewerten (sei), zu der sich gewaltsam, durch Einreißen von Türen, Zugang verschafft wird.'' (EJZ) Die Aktion der Bauern fand breite Unterstützung. Von wegen ,,Zerrissenheit des Kreises'' (Grill, CDU)! Wer arbeitet, ist gegen das NEZ. Neben den über 20000 Unterschriften finden sich in der EJZ oft Anzeigen wie ,,Satemin ist dagegen! Auch gegen die 1. Etappe! 98% der angetroffenen, des Schreibens kundigen Dorfbewohner haben das mit ihrer Unterschrift ausgedrückt.'' Auf der Abschlußdemonstration am Mittwoch haben die Bauern weitere Aktionen angekündigt.

Über den Akkord wird ständig die Lohnhöhe angegriffen

b.chs. Auf der letzten Betriebsversammlung der ILO Motorenwerke in Pinneberg wurde die Betriebsführung wegen der Kürzung der Akkordvorgabezeiten angegriffen und das Verbot der Akkordarbeit gefordert. Zwar rechnet jeder Arbeiter seinen Akkord alleine ab, dennoch wird im allgemeinen um die 140% abgegeben, was Ein-

den pro Tag soll ihr entstanden sein. Als ihnen ein Generator fehlte, versuchten sie diesen herauszuholen. 15 Polizisten bekamen in der Nacht von Montag auf Dienstag den Befehl ,,Helm und Visier runter'' und marschierten auf die ca. 60 Bewacher – meist Bauern – zu. Als diese sich sofort entschlossen formierten, wagte die Polizei keinen Angriff. Dies war ein Testballon, um zu sehen, wie man mit den Bauern umspringen kann. Einzelne Bauern meinten hinterher: ,,Die sollen nur kommen, dann kriegen sie eine Abreibung, die sie schon lange verdient



Blockade war die Antwort auf den Plan, das NEZ schrittweise gegen den Widerstand des Wendlandes durchzusetzen, wie es auch auf der Bürgerversammlung in Hitzacker deutlich geworden ist. Schon über diese Versammlung hatte N. Fischer (Fraktionsvorsitzender der CDU im Kreistag) geschäumt, ob ,,eine Veranstaltung als friedlich (zu) bewerten (sei), zu der sich gewaltsam, durch Einreißen von Türen, Zugang verschafft wird.'' (EJZ) Die Aktion der Bauern fand breite Unterstützung. Von wegen ,,Zerrissenheit des Kreises'' (Grill, CDU)! Wer arbeitet, ist gegen das NEZ. Neben den über 20000 Unterschriften finden sich in der EJZ oft Anzeigen wie ,,Satemin ist dagegen! Auch gegen die 1. Etappe! 98% der angetroffenen, des Schreibens kundigen Dorfbewohner haben das mit ihrer Unterschrift ausgedrückt.'' Auf der Abschlußdemonstration am Mittwoch haben die Bauern weitere Aktionen angekündigt.

Über den Akkord wird ständig die Lohnhöhe angegriffen

b.chs. Auf der letzten Betriebsversammlung der ILO Motorenwerke in Pinneberg wurde die Betriebsführung wegen der Kürzung der Akkordvorgabezeiten angegriffen und das Verbot der Akkordarbeit gefordert. Zwar rechnet jeder Arbeiter seinen Akkord alleine ab, dennoch wird im allgemeinen um die 140% abgegeben, was Ein-
heit unter den Arbeitern schafft und eine Position ist, von der aus man um die Vorgabezeiten streiten kann. 140% bedeuten bei einem angelernten Arbeiter in Lohngruppe 5 einen Stundenlohn von DM 11,80 und bei einem Facharbeiter in Lohngruppe 6 DM 12,60.

Allen ist klar: Ist erstmal die Mauer von 140% eingerissen, dann ist die Lage der Arbeiter sehr schwierig, da der Kapitalist das Lohngefüge zusätzlich um 10, 20 oder 30% auseinanderreißen kann und die Löhne drücken wird. Besonders die Verknüpfung des Akkords mit der Mehrmaschinenbedienung erhöht die Auspressung der Arbeitskraft: Bekam man früher für das Schleifen der Nocken 65 Tausendstel, so müssen heute während der Laufzeit der ersten Maschine noch beide Schenkel der Kurbelwelle geschliffen und der Nocken poliert werden – das ganze jetzt für 44 Tausendstel.

Veranstaltungskalender

Bezirksgruppe Nordost

Revolutionäres Volksbildungsprogramm – Sommerhalbjahr 1979 –

Mit dem Faschismus schlägt die deutsche Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung nieder und greift erneut nach der Weltherrschaft

Mölln 21.– 28.Mai, 20.00 – 22.00 Uhr, Gaststätte ,,Zur Linde'', Königsberger Straße 19.

Revolutionen sind der Motor der Geschichte

Hamburg Nord, 28.Mai – 1.Juni, 19.30 – 21.30 Uhr, Schule Fränkelstraße.

Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeit der Ministerien seit Beginn der großen Koalition – Die Ministerien des Inneren, der Justiz, der Finanzen und der Wirtschaft.

Flensburg, 21. – 25.Mai, 20.00 – 22.00 Uhr, Pestalozzischule, Waitzstraße.

Reihe zur Kritik am Reformismus

Kiel, 28.Mai – 1.Juni, 20.00 – 22.00 Uhr, Universität Alte Mensa.

Reihe Iran

Bad Oldesloe, 28.Mai – 1.Juni, 20.00 – 22.00 Uhr, Holsteneck, Rümpeler Weg 60.

Lohnsumme und Lohnsummenverteilung

Hamburg-Mitte, 21. – 25.Mai, 19.30 – 21.30 Uhr, Gustv-Radbruch-Haus, Borgfelder Str.14.
Uelzen, 28.Mai – 1.Juni, 19.30 – 21.30 Uhr, ,,Wienerwald'' Veerßer Straße.

Die Geschäfte des Bundesministers für Arbeit und Soziales

Bad Segeberg, 21. – 25.Mai, 20.00 – 22.00 Uhr, Hotel Stadt Hamburg, Kurhausstr.

Reihe Europäische Gemeinschaft

Lüchow-Dannenberg, 21. – 27.Mai, 19.30 – 21.30 Uhr, Deutsches Haus, Lange Straße.

Lübeck, 28.Mai – 1.Juni, 20.00 – 22.00 Uhr, Gaststätte zur Tonne, Marliring.
Stade, 28.Mai – 1.Juni, 19.30 – 21.30 Uhr, ,,Grafenklause'', Udonenstraße.

Schulungen Marx/Engels: ,,Manifest der Kommunistischen Partei''

Flensburg, 28.Mai – 1.Juni, 20.00 – 22.00 Uhr, Pestalozzischule, Waitzstraße.
Kiel, 21. – 25.Mai, 20.00 – 22.00 Uhr, Universität, Alte Mensa.

Mao Zedong: ,,Fünf philosophische Monographien''

Eutin, 21. – 25.Mai, 20.00 – 22.00 Uhr, Gasthaus Am See, Elisabethstraße.

Lenin: ,,Staat und Revolution''

Universität Hamburg, 28.Mai – 1.Juni, 18.00 – 20.00 Uhr, Phil-Turm, Hörsaal F.

Lenin: ,,Materialismus und Empiriokritizismus''

Kiel, 26./27.Mai und 2./3./4. Juni, 20.00 – 22.00 Uhr, Universität, Alte Mensa.
Universität Hamburg, 26./27.Mai und 2./3./4. Juni, 15.00 – 20.00 Uhr, Eimsbüttler Krug, Osterstr. 5.

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten

Kurs in Rückengymnastik

Hamburg, 21. – 25,Mai, 19.30 Uhr, Ort im Büro des KBW zu erfahren.

Kurs zur Autowartung

Hamburg, 28.Mai – 1.Juni, 19.30 – 21.30 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer.

Sportkurs (Gymnastik/Ballspiel)

Hamburg, Sonntag, den 27.Mai, 10.00 Uhr, Treff auf der Stadtparkwiese vor dem Turm.

Reparatur eines Opels

Sektion Technik und Sport

Oster-Ohrstedt, Samstag, 26.Mai, ab 9.00 Uhr, bei Ernst Metzger; Schwabstedter Damm. Besprechung Freitag, 25.Mai, 20.00 Uhr, im Büro des KBW:Flensburg, Harrisleer Straße 46.

Prozesse gegen Iran-Demonstranten

Hamburg, Strafjustizgebäude, Sievekingsplatz.
22.Mai, 11.15 Uhr, R. 160, Susanne Lambrecht wegen Leitung einer verbotenen Demonstration am 9.12.78.
22.Mai, 14.00 Uhr, R. 92, Egon S. wegen Beleidigung am 16.12.78.
1.Juni, 9.00 Uhr, R. 83, Frank H. wegen Widerstand und Körperverletzung am 23.12.78.
5.Juni, 13.00 Uhr, R. 92, Hubertus R. wegen Widerstand, Körperverletzung und Gefangenenbefreiung am 16.12.78.

Montag, 21.Mai

Kiel, Amtsgericht, 11.45 Uhr, R. 373, zweiter Verhandlungstag im Verfahren gegen Uwe von Appen wegen Betreiben eines Standes.
Itzehoe, Landgericht, 8.30 Uhr, R. 28, Fortsetzung im Verfahren wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt gegen Martin Hentzschel anläßlich eines Brokdorf-Prozesses in Itzehoe 1977.

Dienstag, 29.Mai

Kiel, Amtsgericht, 9.00 Uhr, R. 112, zweiter Verhandlungstag im Verfahren gegen H. Peters, H. Neubecker und W. Strobel wegen Körperverletzung, Beleidigung und Nötigung.

Mittwoch, 30.Mai

Hamburg, Die Hitler-Diktatur unterwirft die Schulen kasernenmäßiger Kontrolle und Unterdrückung und mobilisiert für den 2. Weltkrieg. Ort: Langenhorn, Gaststätte Kiebitzklause, Fibigerstr. 265 (U-Bahn Kiwittsmoor), 15.30 Uhr
Lübeck, Amtsgericht, 10.30 Uhr, R. 252, Prozeß wegen Beleidigung gegen F. Kontny, der Ministerpräsident Albrecht als ,,rosaroten Kinderarsch'' bezeichnet hat.
Kiel, Landgericht, 14.00 Uhr, R. 220, Prozeß wegen Sachbeschädigung durch Plakatieren am Exerzierplatz gegen K.Steffens, A.Giffhorn, J.Maart und G.Lange.

b.hoo. **Am 6., 7., 8., 14. und 15.6. will die Staatsschutzkammer In Flensburg den nächsten Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung durchziehen.** Angeklagt ist die Verteilung einer „Volksmiliz" im November 1977, in der die GSG 9 nach dem Einsatz in Mogadischu als Helden der verfaulten Bourgeoisie bezeichnet und mit konterrevolutionären Vorläufern wie den Freicorps, der SS und der Legion Condor verglichen worden war. Mit drakonischen Gefängnisstrafen soll verhindert werden, daß die stattfindende Zersetzung der bewaffneten Einheiten der Bourgeoisie für den Zusammenschluß gegen die imperialistische Bourgeoisie in Westdeutschland genutzt wird. Die Staatsschutzkammer in Flensburg ist aber angeschlagen. Seit Juli 1978 ist ihr trotz mehrfacher Anläufe keine Verurteilung mehr geglückt. Ein Verfahren mußte abgebrochen, ein anderes jetzt Anfang Mai eingestellt werden. Eine Entscheidung steht somit an. Die kann zu einer Niederlage für die Staatsschutzkammer werden, wenn alle Kräfte für den Zusammenschluß gegen die Staatsschutzprozesse vor und im Prozeß selber genutzt werden.

b.row.Flensburg. **Ausgang der Personalrats- und Jugendvertreterwahlen bei den Stadtwerken Flensburg.** Die Wahlbeteiligung lag bei über 90%. Bei den Jugendvertreterwahlen konnte das Bestreben der Gewerkschaftsführung, mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen Kandidaten abzulehnen und die Aufstellung der Kandidaten den Auszubildenden aus der Hand zu nehmen und sie zu spalten, verhindert werden. Einige Auszubildende beantworteten diese Absicht mit der Bildung einer „Neutralen Liste". Diese kandidierte auf einem Programm, das die wesentlichen Forderungen zur Ausbildung aufstellte, z.B. Abschaffung der Stufenausbildung und 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Tagen. Sie erhielt daraufhin 53 Stimmen und stellt 2 Vertreter, die ÖTV-Liste erhielt 39 Stimmen und stellt einen Jugendvertreter. Jetzt wird es darauf ankommen, die aufgestellten Forderungen durchzusetzen.

b.irm. **Positive Erfahrungen mit weiblichen Häftlingen in Lübeck behauptet der schleswig-holsteinische Justizminister Schwarz aufgrund der Sozialtherapie gemacht zu haben.** So jedenfalls die „Kieler Nachrichten" vom 10.5. Zwei Tage später: „In den frühen Abendstunden des 10.5. weigerten sich 6 weibliche Untersuchungsgefangene und 2 weibliche Strafgefangene, vom Freistundenhof in ihre Zellen zurückzukehren (...) Die Gefangenen mußten mit einfacher körperlicher Gewalt in ihre Zellen zurückgeführt werden..." Gefängnis ist ein Mittel der Bourgeoisie, Genickbruch zu organisieren. Die sozialtherapeutische Abteilung mit Unterbringunsmöglichkeit für Kinder, Farbgestaltung, die dem Anstaltscharakter entgegenwirken soll, Sitzgruppen, die zu spontanen Grup-

sie zu spalten, verhindert werden. Einige Auszubildende beantworteten diese Absicht mit der Bildung einer „Neutralen Liste". Diese kandidierte auf einem Programm, das die wesentlichen Forderungen zur Ausbildung aufstellte, z.B. Abschaffung der Stufenausbildung und 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Tagen. Sie erhielt daraufhin 53 Stimmen und stellt 2 Vertreter, die ÖTV-Liste erhielt 39 Stimmen und stellt einen Jugendvertreter. Jetzt wird es darauf ankommen, die aufgestellten Forderungen durchzusetzen.

b.irm. **Positive Erfahrungen mit weiblichen Häftlingen in Lübeck behauptet der schleswig-holsteinische Justizminister Schwarz aufgrund der Sozialtherapie gemacht zu haben.** So jedenfalls die „Kieler Nachrichten" vom 10.5. Zwei Tage später: „In den frühen Abendstunden des 10.5. weigerten sich 6 weibliche Untersuchungsgefangene und 2 weibliche Strafgefangene, vom Freistundenhof in ihre Zellen zurückzukehren (...) Die Gefangenen mußten mit einfacher körperlicher Gewalt in ihre Zellen zurückgeführt werden..." Gefängnis ist ein Mittel der Bourgeoisie, Genickbruch zu organisieren. Die sozialtherapeutische Abteilung mit Unterbringunsmöglichkeit für Kinder, Farbgestaltung, die dem Anstaltscharakter entgegenwirken soll, Sitzgruppen, die zu spontanen Grup-
penaktivitäten aufrufen sollen, ist das Zuckerbrot, mit dem Rückfallneigung aberzogen werden soll. Hinter solcher „Lockerung des Strafvollzuges" droht immer unmittelbar Zwang und Polizeiknüppel: Von 71 weiblichen Strafgefangenen, die in Lübeck in die sozialtherapeutische Abteilung übernommen worden waren, sind 10 als „für eine therapeutische Behandlung ungeeignet" in den allgemeinen Strafvollzug zurückverlegt worden.

b.hek. **Die AOK Pinneberg will ihre Beiträge senken, wie ihr Prokurist Fleege mitteilte.** Die Vertreterversammlung gab folgende Zahlen bekannt: 65075 Versicherte, einschließlich Familienangehöriger über 120000, davon 22125 Rentner. Für Krankenhauspflege gab die AOK 1978 45,15 Mio. DM (fast ein Drittel aller Leistungskosten) aus. Für Arzneien 19,9 Mio. DM, ärztliche Honorare 23,9 Mio. DM, zahnärztliche Honorare 7,85 Mio. DM, für Zahnersatz 10,7 Mio. DM. Das Krankengeld (14,25 Mio. DM) stieg gegenüber 1977 um 10,7%. Die Gesamteinnahmen 1978 lagen bei 151,1 Mio. DM und damit um 9,45% höher als im Vorjahr. Ausgaben: 145 Mio. DM (plus 5,8%). Der Überschuß beträgt 5,7 Mio. DM.

b.chv.Plön. **114816 Angestellte sind in den 17 Gewerkschaften und Industriegewerkschaften des DGB in Schleswig-Holstein, Hamburg und dem nördlichen Niedersachsen vertreten.** Diese neueste Mitgliederzahl der gewerkschaftlich organisierten Angestellten im Bereich des DGB-Landesbezirks Nordmark teilte Karl-Heinz Köpke,

Vorsitzender des DGB-Kreises Kiel/Plön, in einer Sitzung des DGB-Kreisausschusses mit. 1970 waren im Landesbezirk Nordmark erst 68145 Angestellte Gewerkschaftsmitglieder. Der Zuwachs um 46671 Mitglieder von 1970 bis 1978 entspricht einer Rate von 68,5%.

b.kas.Kiel/Hamburg. **500 bis 600 Studenten haben auf der Vollversammlung der Universität Hamburg zur Ablehnung des 6. BAföG-Änderungsgesetzes ein Telegramm an den Bundestag verabschiedet.** Darin wird 700 DM mindestens, ausreichendes Ausbildungsentgelt und Erhöhung des Elternfreibetrages auf 1400 DM gefordert. Der AStA wurde auf Untersuchungen über die Auswirkungen des 6. BAföG-Änderungsgesetzes an den Fachbereichen und eine Veranstaltung zur Diskussion der Ergebnisse festgelegt. Die Opportunisten vom KB (Nord) und der „Marxistischen Gruppe" haben die Vollversammlung gespalten, indem sie durch Sprechchöre die Befassung des Punktes „Kampf gegen die Hochschulformierung" zu verhindern suchten und damit rund die Hälfte der anfänglich 1500 Studenten vergraulten. – In Kiel ist die Vollversammlung ausgefallen, nachdem 50 bis 70 Studenten erschienen waren. Vorausgegangen waren eine Propaganda des RCDS-Grundgesetzstudenten-AStA für „jährliche Anpassung der BAföG-Sätze an die Steigerung der Lebenshaltungskosten und Einkommen" und die Verbreitung des Gerüchts, der Bundestagsausschuß wolle den Elternfreibetrag auf DM 1300 bis 1350 anheben, völliger Boykott durch die Opportunisten, aber auch kaum Beschlüsse und Tätigkeiten der Fachschaftsgruppen, um dem Gesetz entgegenzutreten. – Am Donnerstag demonstrierten in Kiel 250 Studenten der Fachhochschule Kiel gegen den Entwurf einer neuen Prüfungsordnung, die die Regelstudienzeit einführt. Gleichzeitig fanden in Lübeck und Flensburg Demonstrationen statt.

b.row.Flensburg. **Mit der Zentralisierung der Haupt- und Grundschulen haben auch die Fahrtzeiten der Schüler zu den Schulen zugenommen.** In dem Schaubild haben wir die Zahlen der zu befördernden Schüler an Grund- und Hauptschulen in Schleswig-Holstein 1968 und 1973 nach Nahbereichen dargestellt. In den Städten hat die Zahl der zu befördernden Schüler relativ zum Land weniger zugenommen. Auf dem Land sind diese teilweise um 40 bis 50% gestiegen. Im ganzen Land Schleswig-Holstein betrug die Zahl 1968 18261, 1973 54520. Davon konnten 1973 15686 nicht mit dem Schulbus fahren, sondern die Eltern müssen die Fahrtkosten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln tragen. Beförderungspflichtig sind nur Schüler bis zur 10. Klasse und wo der Fahrweg länger als 4 km lang ist. Alle Schulen Schleswig-Holsteins, deren Trägerschaft das

freibetrag auf DM 1300 bis 1350 anheben, völliger Boykott durch die Opportunisten, aber auch kaum Beschlüsse und Tätigkeiten der Fachschaftsgruppen, um dem Gesetz entgegenzutreten. – Am Donnerstag demonstrierten in Kiel 250 Studenten der Fachhochschule Kiel gegen den Entwurf einer neuen Prüfungsordnung, die die Regelstudienzeit einführt. Gleichzeitig fanden in Lübeck und Flensburg Demonstrationen statt.

b.row.Flensburg. **Mit der Zentralisierung der Haupt- und Grundschulen haben auch die Fahrtzeiten der Schüler zu den Schulen zugenommen.** In dem Schaubild haben wir die Zahlen der zu befördernden Schüler an Grund- und Hauptschulen in Schleswig-Holstein 1968 und 1973 nach Nahbereichen dargestellt. In den Städten hat die Zahl der zu befördernden Schüler relativ zum Land weniger zugenommen. Auf dem Land sind diese teilweise um 40 bis 50% gestiegen. Im ganzen Land Schleswig-Holstein betrug die Zahl 1968 18261, 1973 54520. Davon konnten 1973 15686 nicht mit dem Schulbus fahren, sondern die Eltern müssen die Fahrtkosten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln tragen. Beförderungspflichtig sind nur Schüler bis zur 10. Klasse und wo der Fahrweg länger als 4 km lang ist. Alle Schulen Schleswig-Holsteins, deren Trägerschaft das
Land innehatte, sollen nach Inkrafttreten des Schulgesetzes bis 1982 die Gemeinden übernehmen. Damit wälzt das Land große Kosten auf die Gemeinden ab. Für die Realschulen werden im nächsten Jahr sämtliche Landeskosten für die Schülerbeförderung gestrichen. Man kann sich ausrechnen, daß die Stadt entweder die Eltern zur Kasse bitten oder aber die Leistungen verschlechtern wird.



b.ulh. **Sozialsenator Ehlers hat über sein Amt für Arbeitsschutz einen neuen Angriff gestartet.** Unter dem Deckmantel „Humanität am Arbeitsplatz" heuchelt er Mitleid für die Arbeiterinnen, die an Umpackkassen bis zu 6 t täglich heben müssen, indem sie die Ware von einem Einkaufskorb in den anderen befördern, und setzt das Verbot der Umpackkassen durch. Der

Tarifvertrag im Praktikum! 700 DM!

Verhandlungen mit GGLF und Kapitalistenverband aufgenommen

b.rik. Am Donnerstag, den 17.5., erschien der Geschäftsführer des landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes in Schleswig-Holstein zu Verhandlungen mit der Fachschaft Agrar im Fachbereich. Es ging den Studenten darum, ihre Forderung nach Praktikantenvertrag mit tarifmäßiger Absicherung, mindestens 700 DM durchzusetzen. Gab sich dieser Vertreter der landwirtschaftlichen Kapitalisten auch frech, man fände mit solchen Forderungen sowieso keinen mehr, bei dem man noch Praktikum machen dürfe und sowieso sei es die GGLF, mit der er verhandele, so ist sein Erscheinen doch Reaktion auf die Bewegung unter den Studenten, mindestens ausreichende Bezahlung und die Arbeitszeit jetzt verbindlich zu regeln. Innerhalb der FT ELFG in den VDS hat sich eine Mehrheit für die oben genannten Forderungen ausgesprochen und bereits Verhandlungen mit dem Hauptvorstand der GGLF um einen gemeinsamen Vertragsentwurf aufgenommen. Die Fachschaft in Kiel unterstützt diese Forderungen und hat auf Landesebene die Verhandlungen mit der Gewerkschaft und dem Kapitalistenverband aufgenommen.

Zugespitzt wird diese Auseinandersetzung durch den Plan seitens der Bourgeoisie, ein Jahr Vorschaltpraktikum mit Praktikantenabschlußprüfung durchzusetzen (heute: ½ Jahr, nachzuweisen bei der Meldung zum Diplom). Sie beabsichtigt damit, billige studentische Arbeitskraft flüssig zu machen für die Großbauern und Agrarkapitalisten und gleichzeitig die Kontrolle über die Studenten im Praktikum auszuweiten bei gleichzeitiger völliger Rechtlosigkeit der Studenten. Nichts als Einrichtung des Arbeitsdienstes in der Landwirtschaft ist das.

Schon jetzt drängt die Lage der Studenten auf Festlegung der grundlegenden Bedingungen für die Ableistung des Praktikums: Dies bestätigt das Ergebnis einer Fragebogenaktion der Kieler Fachschaft: Nur 20% der 171 erfaßten Studenten gaben an, auf einem Betrieb unter 50 ha gewesen zu sein, 53% arbeiteten für einen großen Bauern mit über 70 ha. 69% erhielten eine Bezahlung bis zu 400 DM, 14 Studenten überhaupt gar keine. Dafür mußten 88% täglich 8 bis 14 Stunden arbeiten. Nur bei 14 Studenten gab es eine Überstundenregelung (Vergütung/Freizeit). Die 50 Studenten, die über 400 DM verdienten, gaben an, dies als Erntehelfer, bzw. über Landarbeiterjobs verdient zu haben. 68 Studenten wurden zu außerlandwirtschaftlichen Arbeiten (Haushalt, Garten, Bauarbeiten) eingesetzt.

Ran an die billige jugendliche Arbeitskraft ist die Devise. Grundlage dafür stellt zunächst das neu eingeführte Berufsgrundbildungsjahr für Auszubildende in der Landwirtschaft, die darüber ein Jahr in die Berufsschule getrieben werden und den Rest der Zeit vollständig zur Ausbeutung freigegeben sind. Also kein der Akkumulation hinderlicher Berufsschulbesuch mehr unter der Woche. Mit den neuen Plänen stünden allein in Schleswig-Holstein jährlich rund 500 Studenten (Uni Kiel/FH Rendsburg) gegenüber 106000 Landarbeitern zur Verfügung. Die Landarbeiter werden zu 63% zu Tarif bezahlt, der Rest erhält 0,50 DM bis 0,70 DM mehr. 1976 verdiente ein Maschinenbauarbeiter 11,93 DM, der Unterschied zum höchsten Lohn der Landarbeiter betrug 4,80 DM. Durch die niedrigen Löhne ist es einfach für die Agrarkapitalisten, Überstunden zu erzwingen. Das Statistische Jahrbuch weist 45 Stunden in der Woche aus. Mit der Masse billiger jugendlicher Arbeitskraft wird ihnen dies Geschäft erheblich erleichtert.

So ist es nicht richtig, wenn die GGLF-Führung nur mit einem ganzen Forderungspaket in die Verhandlungen gehen will (mit integriertem Praktikum, für das die Mehrheit der Studenten nicht ist). Arbeiterklasse und Studentenmassen haben ein Interesse an der raschen Verabschiedung des Vertrages, ohne daß an die Studenten irgendwelche Bedingungen gestellt werden.

Militärmanöver: „Ein Funke und Ahrenviöl steht nicht mehr"

Bundeswehr „sichert den Treibstoffnachschub"

b.ham. Wenn man durch Treia fährt, das liegt zwischen Schleswig und Husum, sieht man an zehn Stellen im Dorf Posten stehen und Patrouillen marschieren, mit geschultertem Gewehr. Jeder dritte oder vierte Bauernhof wird bewacht, 14 Tage lang, vom 9. bis 22. Mai: Die Kompanie aus Schleswig (Nachschub, 200 Mann) übt die Treibstoffversorgung. Eine Rohrleitung von 6,5 km Länge ist von Treia nach Ahrenviöl gelegt und Treibstofflager sind gebaut worden. Für die Mannschaften eine elende Schinderei. – Ich spreche mit drei Rekruten. Sie berichten: „Ein Rohr wiegt 78 kg. Gearbeitet wird morgens 7 Uhr bis abends 20 Uhr, danach ist Wache oder Schlafen. Alle zwei Stunden ist Wachablösung, normalerweise. Als Gefreiter bekommst du 8 Mark den Tag, 245 Mark im Monat."

„Bekommt ihr was extra jetzt durch das Manöver?" „Ja, zwei Tage Sonderurlaub." „Zum ersten Mal fahren wir scharf, mit Diesel und Kerosin (das ist Treibstoff für Stahltriebwerke, hochexplosiv). In den Jahren vorher ist immer Wasser genommen worden. Bei Ahrenviöl ist ein Treibstofflager aufgebaut worden mit 500 Kubikmetern Kerosin, ein Funke und Ahrenviöl steht nicht mehr. Da kann auch die Feuerwehr nichts machen." „Sind die Leute hier informiert worden?" „Nein, nur die Polizei und der Bürgermeister und die Feuerwehr." „Was für Auseinandersetzungen gibt es zwischen der Manöverleitung und den Bauern?" „Wir erfahren meistens nichts davon. Grundsätzlich darf sich die Bundeswehr überall bewegen, weil sie „hoheitliche Aufgaben erfüllt."

Was geübt wird, wird zu verschweigen versucht: Ein Dorf wird besetzt, damit der Nachschub fließen kann. Daran wird die zweifellos richtige Überlegung der Generalität deutlich, daß eine imperialistische Armee von den Massen nicht unterstützt wird, daß sie ihren Treibstoff selbst mitbringen oder ihn mit Gewalt aus den Heizöl- und Dieseltanks der Arbeiter und Bau-



fung durchzusetzen (heute: ½Jahr, Berufsgrundbildungsjahr für Auszu- den.

Militärmanöver: „Ein Funke und Ahrenviöl steht nicht mehr"

Bundeswehr „sichert den Treibstoffnachschub"

b.ham. Wenn man durch Treia fährt, das liegt zwischen Schleswig und Husum, sieht man an zehn Stellen im Dorf Posten stehen und Patrouillen marschieren, mit geschultertem Gewehr. Jeder dritte oder vierte Bauernhof wird bewacht, 14 Tage lang, vom 9. bis 22. Mai: Die Kompanie aus Schleswig (Nachschub, 200 Mann) übt die Treibstoffversorgung. Eine Rohrleitung von 6,5 km Länge ist von Treia nach Ahrenviöl gelegt und Treibstofflager sind gebaut worden. Für die Mannschaften eine elende Schinderei. – Ich spreche mit drei Rekruten. Sie berichten: „Ein Rohr wiegt 78 kg. Gearbeitet wird morgens 7 Uhr bis abends 20 Uhr, danach ist Wache oder Schlafen. Alle zwei Stunden ist Wachablösung, normalerweise. Als Gefreiter bekommst du 8 Mark den Tag, 245 Mark im Monat."

„Bekommt ihr was extra jetzt durch das Manöver?" „Ja, zwei Tage Sonderurlaub." „Zum ersten Mal fahren wir scharf, mit Diesel und Kerosin (das ist Treibstoff für Stahltriebwerke, hochexplosiv). In den Jahren vorher ist immer Wasser genommen worden. Bei Ahrenviöl ist ein Treibstofflager aufgebaut worden mit 500 Kubikmetern Kerosin, ein Funke und Ahrenviöl steht nicht mehr. Da kann auch die Feuerwehr nichts machen." „Sind die Leute hier informiert worden?" „Nein, nur die Polizei und der Bürgermeister und die Feuerwehr." „Was für Auseinandersetzungen gibt es zwischen der Manöverleitung und den Bauern?" „Wir erfahren meistens nichts davon. Grundsätzlich darf sich die Bundeswehr überall bewegen, weil sie „hoheitliche Aufgaben erfüllt."

Was geübt wird, wird zu verschweigen versucht: Ein Dorf wird besetzt, damit der Nachschub fließen kann. Daran wird die zweifellos richtige Überlegung der Generalität deutlich, daß eine imperialistische Armee von den Massen nicht unterstützt wird, daß sie ihren Treibstoff selbst mitbringen oder ihn mit Gewalt aus den Heizöl- und Dieseltanks der Arbeiter und Bau-
ern holen muß. Diese Wahrheit fürchtet auch die bürgerliche Presse, sie hat kein Wort über das Manöver verloren. Von den Bürgermeistern muß die sofortige Offenlegung des Manövers verlangt werden. *Alle* Manöverschäden müssen bezahlt werden.



Die Felder, auf denen z.B. Röhren liegen und Patrouille gelaufen wird, können nicht von den Bauern bestellt werden. Wo die Posten an den Straßen stehen, kann Vieh nicht getrieben werden, weil es scheut.

Hintergrund des Ganzen : von der HBV soll jetzt längerfristig ein EDV-Tarifvertrag über den Manteltarif verhandelt werden. Die Kapitalisten wollen mit der Einführung von EDV an den Kassen den Arbeiterinnen gleich noch die ganze Abrechnung aufnötigen. Dadurch, daß sich Ehlers jetzt über die Umpackkassen empört, will er diesen Vorgang beschleunigen. Über das Amt für Arbeitsschutz hat er quasigesetzliche Maßnahmen treffen lassen, um den Kapitalisten die Durchsetzung ihrer Interessen zu erleichtern.

b.bif. **Im Bericht des Vorstandes der Volksbank Elmshorn 1978 kann man nachlesen, wie die Kapitalisten ihre Profite zu steigern gedenken:** niedrige Tarifabschlüsse und mehr Mobilität der Arbeiter bei gleichzeitiger Steigerung der Produktion. Die Volksbank selber sackt dabei tüchtig ein. „Im Geschäftsjahr 1978 erhöhte sich die Bilanzsumme unserer Volksbank von 223,7 Mio. DM um 21,5 Mio. DM auf 245,2 Mio. DM", was eine Steigerung von 9,6% ist. Wie gut, daß „die Tarifpartner mit einer zurückhaltenden Lohnpolitik einen guten Beitrag zur Preisstabilität geleistet...haben"! Für 1979 wissen sie auch schon, wer die 4,5% Lohnerhöhung bezahlen soll, nämlich die Volksmassen. Ab 1. Mai 79 müssen die Kunden Kontoführungsgebühren zahlen, bei 5 Freiposten im Monat 20 Pf je Buchung (5 Mio. Buchungen zählt die Bank 1978). Die Zinsen für Darlehen wurden rückwirkend ab 1. Januar um ½% erhöht, die Zinsen für Sparkonten jedoch erst ab 1. April um ½%.

b.edg.Norderstedt. **Bei Otto KVM wird samstags in Sommer nicht gearbeitet.** In der Firma sind bei einer Belegschaft von 17 Arbeitern und Angestellten in den letzten 9 Monaten 3 Kollegen gekündigt worden, 11 sind von selbst wieder abgehauen. Mit geringem Einsatz von fixem Kapital wie einer alten Lagerhalle, abgewrackten Maschinen, knapp gehaltenem Werkzeug und Material, bei geringen Lohnkosten – 11,50 bis 12,30 DM Stundenlohn brutto bei den Facharbeitern – versucht der Kapitalist Otto, dicke Profite zu machen und zu expandieren. Demnächst will er in Kaltenkirchen eine Fabrik für 20 Mann ausbauen. Auftrag folgt auf Auftrag, zwingt zu dauernden Überstunden und ständiger Arbeitshetze. Einige Kollegen machen jetzt Schluß damit, dauernd „halb krank" zu arbeiten, sondern kurieren sich erstmal aus. Samstagsarbeit im Sommer wird verweigert. Ein Kollege hat gestern gegen seine Kündigung, weil er zu oft krank war, einen Prozeß geführt und die Einhaltung der Kündigungsfrist bei 450 DM Nachzahlung erreicht.

b.mas. **Uelzen. 8.5.79. ÖTV-Generalversammlung Kreis Uelzen.** Seit 1975 ist der Mitgliederstand um 410 Kollegen auf 1623 gestiegen. 168 Kollegen waren auf der Versammlung anwesend. Die Beratung über die Vorbereitung des Lohnkampfes wurde vom Vorstand mit Hilfe der Geschäftsordnung abgewürgt. Der Vorstand beantragte für die Kreisdelegiertenversammlung im Oktober die Forderung nach „drastischer Erhöhung des Steuerfreibetrages, um einen ausreichenden Lohn zu sichern". Die genaue Höhe müsse beraten werden.

b.uwh. **Staatsschutzsenat beim OLG Hamburg hat am 14.5.79 das Verfahren gegen R. Bücking eingestellt.** Wegen Beteiligung an Protestaktionen gegen Tariferhöhungen bei der Bremer Straßenbahn hat der Bremer Senat 200 Verfahren eingeleitet, gegen Bücking wegen „Nötigung", Höchststrafe 10 Jahre. „Genötigte" Zeugen waren nicht aufzutreiben.

In einer imperialistischen Metropole stirbt es sich schneller für die Massen

b.rus. Auf Hamburg sind die Sozialdemokraten immer besonders stolz. ,,Unter unserer Führung ist die Stadt wieder aufgebaut und zu einer lebenswerten und leistungsfähigen Metropole entwickelt worden.'' (Klose) Es ist das Hamburg der Kapitalisten, worauf die Sozialdemokraten stolz sind. Für die Massen hat der Wiederaufbau Hamburgs als imperialistische Metropole nur immer bedeutet Verelendung und direkten Raub an Lebensjahren. Wir haben die Lebenserwartung der Männer in Hamburg untersucht, was nur auf Grundlage der bloß mit Mühe zu beschaffenden bürgerlichen Daten funktioniert, die mit den Durchschnittswerten die Wirklichkeit verfälschen. Und das in einer Stadt mit der größten Millionärsdichte, wo die steinalten Geldsäcke samt Anhang ebenso zum Durchschnittswert beitragen wie die Contischichtarbeiter, die kaum 60 werden.

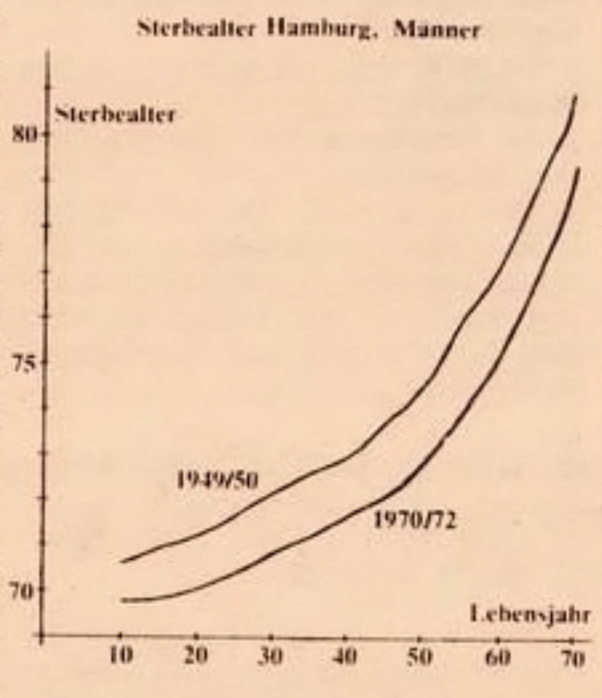
Im Vergleich der Jahre 1949/50 und 1970/72 haben wir zwecks besserer graphischer Darstellung folgende Werte gewählt: Jeweiliges Lebensalter plus die noch verbleibende Anzahl der Lebensjahre ergibt das wahrscheinliche Sterbealter. Natürlich steigt eine solche Kurve an, weil das Baby noch alle Attacken der kapitalistischen Produktionsweise vor sich hat, während der 70jährige Arbeiter von Glück sprechen muß, daß er noch da ist und noch ein paar Jahre vor sich hat. Entscheidend ist aber das Niveau, auf dem sich die Kurve bewegt. Das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland hatte bereits im Oktober 1976 nachgewiesen, daß die Lebenserwartung auf Bundesebene gesunken ist (Arbeitsheft 9, S.23). Die Kurve von 1970/72 liegt deutlich unter der von 1949/50. Für einen 50jährigen bedeutet das z.B. ein Sinken der Lebenserwartung um 0,7 Jahre.

Derselbe Vergleich für Hamburg zeigt einen wesentlich größeren Abstand der beiden Kurven, also ein wesentlich stärkeres Sinken der Lebenserwartung. Für einen 50jährigen ein Sinken der Lebenserwartung um 1,63 Jahre. Hier die Differenzen für einige Altersstufen:

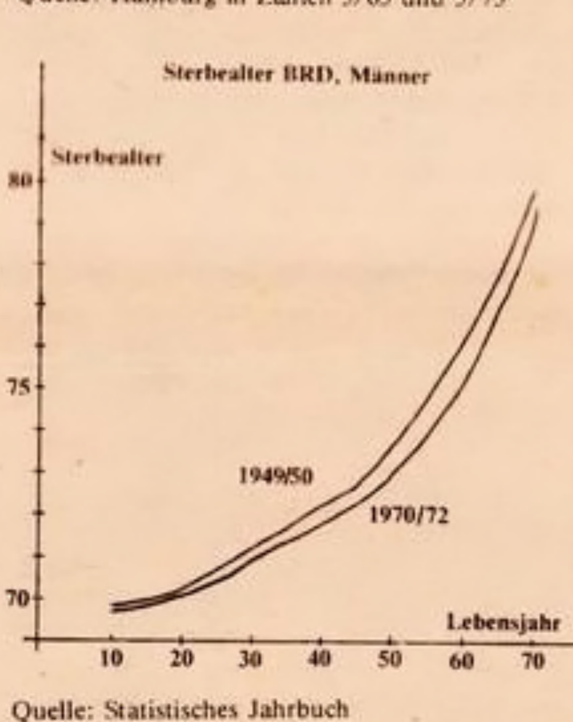
Alter	10	20	30	40	45	50	55
Diff.	0,86	1,07	1,28	1,49	1,53	1,63	1,77
Alter	60	65	70	75	80	85	90
Diff.	1,86	1,79	1,56	1,06	0,70	0,18	+ 0,39

Im Vergleich zum Sinken der Lebenserwartung auf Bundesebene ergibt sich, daß die Lebenserwartung meist doppelt, bei den 40jährigen sogar dreimal so schnell gesunken ist. Gut abzulesen ist die Auswirkung der zunehmenden Ausbeutung in der imperialistischen Metropole Hamburg: Bis zu dem Alter, in dem die Arbeiter aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden sind, sinkt die Lebenserwartung immer schneller. Das ist kein Wunder, ist doch die arbeitende Klasse in der Großstadt konzentrierter. Danach passiert zweierlei, einmal sorgen die Nachwirkungen der kapitalistischen Produktion sowie die schmale Rente für ein weiteres Sinken der Lebenserwartung – damit dies schneller geht, hat das Finanzkapital Ehrenberg angeheuert – zum anderen geht das Sinken der Lebenserwartung immer langsamer und kehrt sich sogar zwischen 85 und 90 Jahren um. Für steinalte Bürger – Arbeiter erreichen dieses Alter sowieso nicht – sind die Aussichten immer erfreulicher, je mehr die Ausbeutung und Zerstörung der Lebenskraft der arbeitenden Klassen zunehmen.

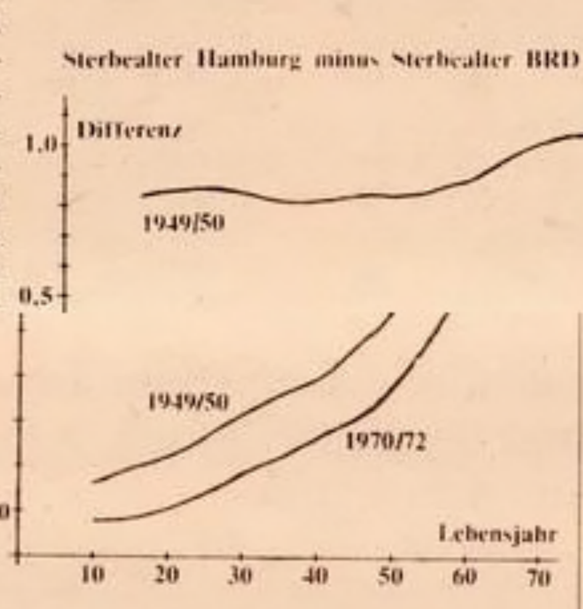
Da für Hamburg keine kontinuierlichen Angaben über die einzelnen Jahre seit 1949/50 zu bekommen sind, kann man nur davon ausgehen, daß die kapitalistischen Krisen noch weit größere Einbrüche, also Raub an zigtausenden Lebensjahren der Arbeiterklasse, hervorgerufen haben (vergl. Arbeitsheft 9, wo dies für die BRD nachgewiesen ist).



Quelle: Hamburg in Zahlen 5/65 und 5/75



Quelle: Statistisches Jahrbuch



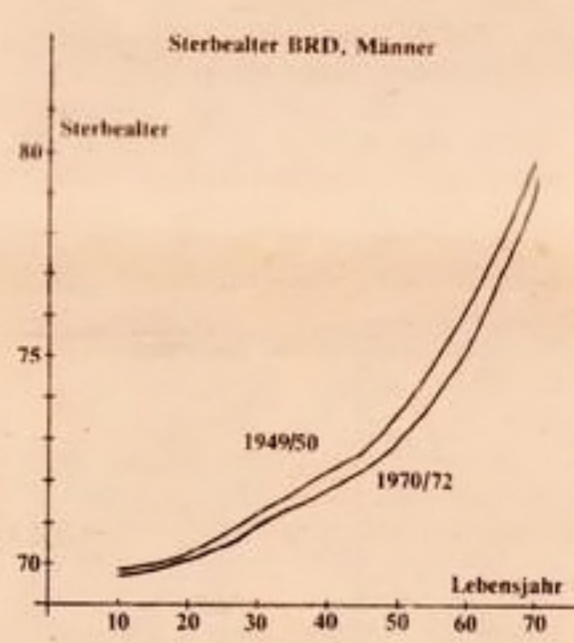
da ist und noch ein paar Jahre vor sich hat. Entscheidend ist aber das Niveau, auf dem sich die Kurve bewegt. Das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland hatte bereits im Oktober 1976 nachgewiesen, daß die Lebenserwartung auf Bundesebene gesunken ist (Arbeitsheft 9, S.23). Die Kurve von 1970/72 liegt deutlich unter der von 1949/50. Für einen 50jährigen bedeutet das z.B. ein Sinken der Lebenserwartung um 0,7 Jahre.

Derselbe Vergleich für Hamburg zeigt einen wesentlich größeren Abstand der beiden Kurven, also ein wesentlich stärkeres Sinken der Lebenserwartung. Für einen 50jährigen ein Sinken der Lebenserwartung um 1,63 Jahre. Hier die Differenzen für einige Altersstufen:

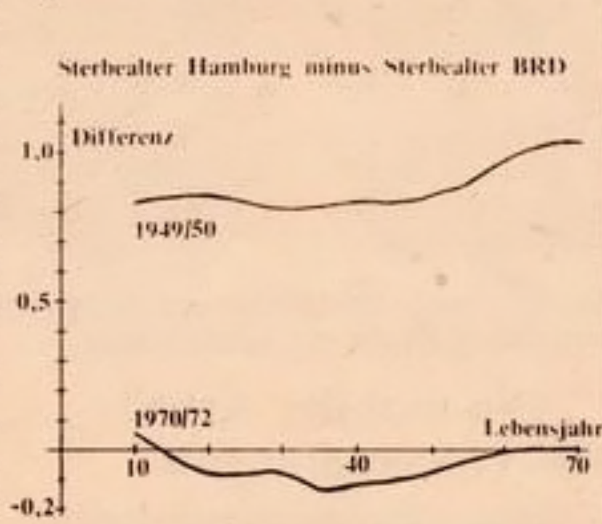
Alter	10	20	30	40	45	50	55
Diff.	0,86	1,07	1,28	1,49	1,53	1,63	1,77
Alter	60	65	70	75	80	85	90
Diff.	1,86	1,79	1,56	1,06	0,70	0,18	+ 0,39

Im Vergleich zum Sinken der Lebenserwartung auf Bundesebene ergibt sich, daß die Lebenserwartung meist doppelt, bei den 40jährigen sogar dreimal so schnell gesunken ist. Gut abzulesen ist die Auswirkung der zunehmenden Ausbeutung in der imperialistischen Metropole Hamburg: Bis zu dem Alter, in dem die Arbeiter aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden

Quelle: Hamburg in Zahlen 5/65 und 5/75



Quelle: Statistisches Jahrbuch



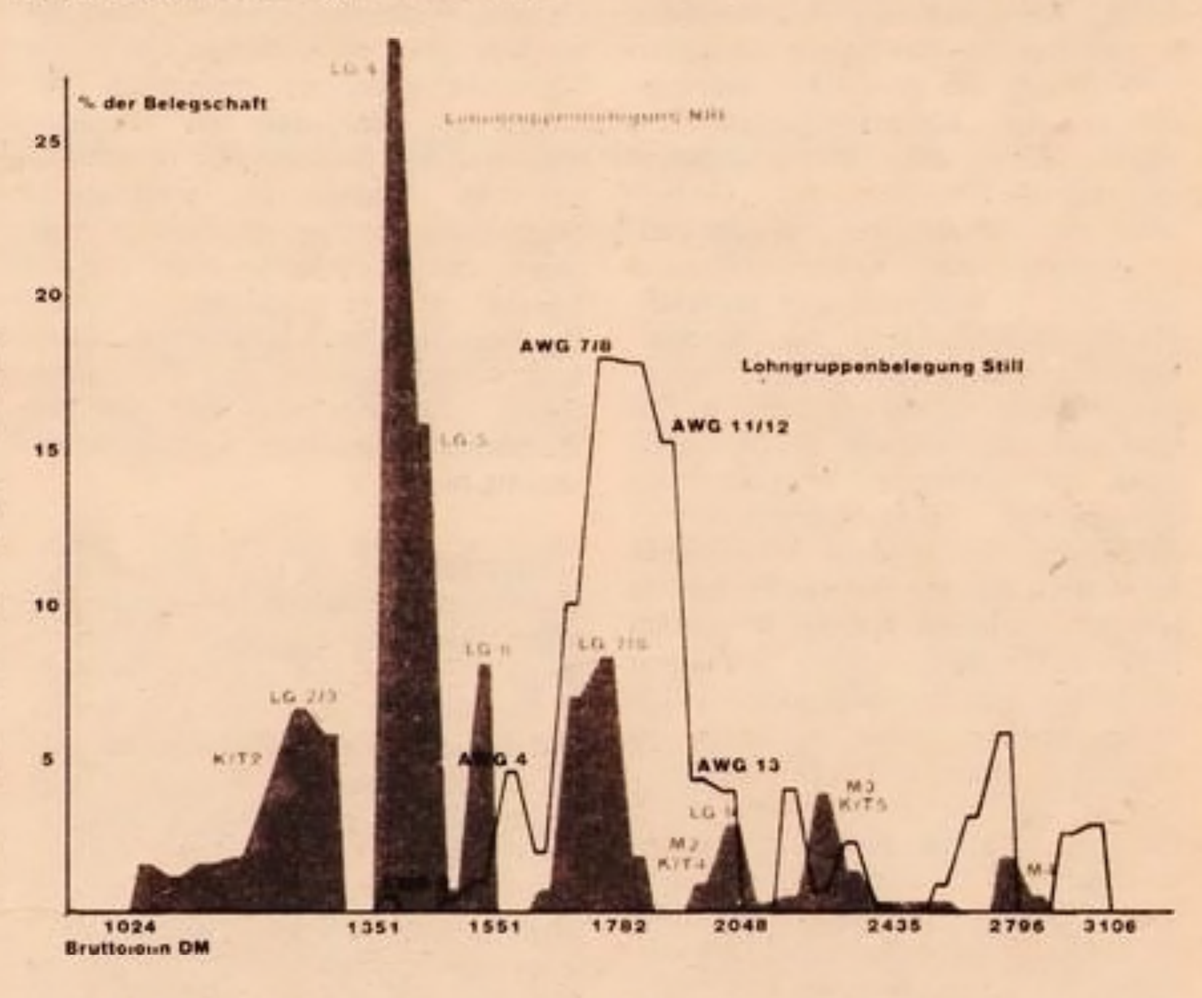
Vergleich der Lohngruppenbelegung bei Still und NRI

Das nebenstehende Schaubild stellt die tarifliche Lohngruppenbelegung zweier Belegschaften dar, der Gabelstaplerfabrik Still und des Münzprüfwerks National Rejektor Inc. Sie geben wieder, in welch unterschiedlichem Maße es den Fahrzeugbau- und Elektrokapitalisten gelungen ist, die Belegschaften in untersten Lohngruppen zu Hungerlöhnen zu beschäftigen. Wir haben bei der Darstellung die tariflichen Löhne genommen, wohl wissend, daß die Effektivlöhne darüber liegen. Denn allerhand Schinderei ist nötig, damit der Arbeiter auf einen höheren Effektivverdienst kommt.

Dem Schaubild kann man entnehmen, daß die Elektrokapitalisten schon erhebliche Fortschritte gemacht haben im Herabdrücken der Belegschaft. Die Produktion der Münzprüfer ist bei National Rejektor Inc. soweit zerlegt, daß nahezu alle Tätigkeiten einfache Handgriffe sind, die ohne Ausbildung erledigt werden können. Für die Kapitalisten ist dies ein Mittel, die Löhne zu drücken. Gut 45% der Belegschaft sind in die Lohngruppen 2-4 bzw. T/K2 eingestuft. Der Druck, den diese unteren Entlohnungsklassen insgesamt ausüben, läßt sich auch daran sehen, daß die Facharbeitergruppen 6-9 bei NRI unter denen bei Still liegen.
Jeder Fortschritt in der Produktion kehrt sich gegen die Arbeiter und soll den Lohn senken. Still hat sich dafür eigens das System der Arbeitswertgruppen geschaffen.

Durch diese automatische schiefe Ebene wollen die Still-Kapitalisten den ,,Facharbeiterberg'' auflösen, große Teile der Belegschaft in die unteren Arbeitswertgruppen setzen.

Es bedarf bewußter politischer Anstrengungen der Arbeiterbewegung, diese Absichten der Kapitalisten, ein Heer von Niedrigstlohnarbeitern zu züchten, zu durchkreuzen.



,,Eine Bestie schlummert in jedem von uns''

Das Programm kirchlicher Jugendarbeit

b.hel. ,,Jetzt ist Vertrauensarbeit nötig'', sagte der Hamburger Bischof der Nordelbischen Kirche, D. Hans-Otto Wölber, kürzlich vor dem Landestag der Hamburger Jungen Union. Nach Harrisburg und dem Gorleben-Hearing erweise sich das viele Zureden der Verantwortlichen zur Kernenergie als Beschwichtigungstaktik. Das könne auch angesichts der dahinterstehenden erheblichen kommerziellen und politischen Interessen nicht anders sein. Und weil die Kirche eh Schwierigkeiten hat, daß die Jugend den Pfaffen traut, wenn sie allzusehr den Klartext der Finanzbourgeoisie spricht, rät er seinem christdemokratischen Jungvolk zur Schläue. Er verrät auch, wie man's machen soll: Vertrauensarbeit sei etwas anderes als die übliche Drohrede über mögliche wirtschaftliche und soziale Einschränkungen. Eine ,,Vision vom Wohlstand auf dem Pulverfaß'' sei für niemanden überzeugend.

Wie soll dieses Vertrauen, natürlich Vertrauen in die Bourgeoisie, geschaffen werden? Vor zwei Monaten hat die ,,Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)'' ein ,,Jugendpolitisches Positionspapier'' veröffentlicht, in dem es heißt, die evangelische Jugend ,,... möchte junge Menschen befähigen, sich aktiv gegen Gewalt, Haß, Elend, Leid, Ausbeutung, Militarismus und Aufrüstung einzusetzen.'' Läßt sich ein Jugendlicher auf sowas ein, steht er sofort gegen die Völker der Dritten Welt, die sich rüsten, um mit Waffengewalt die Imperialisten zu verjagen. Er gerät in heftigen Widerspruch zum notwendigen Kampf der Arbeiterklasse, die die Ausbeuterklasse haßt und schließlich sollen ihm auch noch die Henker der Imperialisten leid tun, die im Iran von den Revolutionären hingerichtet werden, um mit der Bourgeoisie nach Menschenrechten zu rufen.

Am Ende steht nichts anderes als die Unterwerfung der Jugend der Arbeiterklasse unter die Interessen der Bourgeoisie. Diese Arbeitsgemeinschaft, der 32 Mitgliedsorganisationen angehören, repräsentiert immerhin fast eine Million Jugendliche. Dieses Konzept der evangelischen Jugendarbeit ist nichts anderes als die alte Ideologie der Versöhnung der Klassengegensätze und der Erstickung aller Elemente der Selbständigkeit der Jugend in ihrem vielfältigen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Ist die Jugend in dieser Weise ideologisch durch die kirchliche Arbeit entwaffnet, kann die Bourgeoisie sie politisch leichter niederhalten.

In recht eindrucksvoller Weise haben Norderstedter Jugendliche vor kurzer Zeit dies erfahren. Im Stadtteil Glashütte wurde die Polizei der ,,Jugendkriminalität'' nicht mehr Herr. Geschäftsleute, denen z.B. sehr häufig die Schaufensterscheiben eingeworfen wurden und die sich überhaupt durch die ,,herumlungernden Jugendlichen'' belästigt fühlten, beschlossen gemeinsam mit der CDU eine Art Bürgerwehr gegen die rebellischen Gruppen zu bilden. Demgegenüber trat der ortsansässige Pfaffe sehr menschenfreundlich und sozialkritisch auf. Man müsse den Jugendlichen Freizeiteinrichtungen bieten. ,,Wir alle'' seien an diesen Zuständen schuld. Und in Bezug auf straffällig gewordene Jugendliche: ,,Eine Bestie schlummert in jedem von uns!'' Um das Vertrauen zueinander wiederherzustellen und die Verhältnisse in Glashütte zu beruhigen, wurde eine Diskussionsveranstaltung angesetzt. Auf dem Podium saßen neben dem Pfaffen ein Vertreter der Kapitalisten und der Polizeichef von Norderstedt. Unter der Fuchtel dieser heiligen Dreieinigkeit wurde nun ein Konzept für die Jugendlichen in Glashütte ausgekocht: Verstärkte Jugendarbeit der Kirche mit an die dreißig ehrenamtlichen Helfern und statt offener Polizeieinsätze mehr Zivilstreife. Wie man hört, sollen die Geschäfte im Glashütter Einkaufszentrum wieder besser laufen, und die Kirchengemeinde rühmt sich, die Jugendlichen ,,weg von der Straße'' zu bringen.

Jede größere Kirchengemeinde betreibt Jugendarbeit. Man kann beobachten, daß kirchliche Freizeitstätten, tritt der Pfaffe nicht gar zu orthodox auf, von Jugendlichen eher aufgesucht werden als die staatlichen. Das hat seinen Grund darin, daß der kirchliche Raum freier und dem unmittelbaren staatlichen Zugriff entzogen erscheint. Der Staat weiß diese ,,Freie Trägerschaft'' zu schätzen und fördert gebührend diese Arbeit. Für ein kirchliches Jugend-Cafe hat die Stadt Norderstedt ohne viel Federlesen über DM 100000 herausgerückt. Die Bourgeoisie weiß ihre Interessen an der Jugend bei der Kirche gut aufgehoben.

Das Programm kirchlicher Jugendarbeit

b.hel. ,,Jetzt ist Vertrauensarbeit nötig'', sagte der Hamburger Bischof der Nordelbischen Kirche, D. Hans-Otto Wölber, kürzlich vor dem Landestag der Hamburger Jungen Union. Nach Harrisburg und dem Gorleben-Hearing erweise sich das viele Zureden der Verantwortlichen zur Kernenergie als Beschwichtigungstaktik. Das könne auch angesichts der dahinterstehenden erheblichen kommerziellen und politischen Interessen nicht anders sein. Und weil die Kirche eh Schwierigkeiten hat, daß die Jugend den Pfaffen traut, wenn sie allzusehr den Klartext der Finanzbourgeoisie spricht, rät er seinem christdemokratischen Jungvolk zur Schläue. Er verrät auch, wie man's machen soll: Vertrauensarbeit sei etwas anderes als die übliche Drohrede über mögliche wirtschaftliche und soziale Einschränkungen. Eine ,,Vision vom Wohlstand auf dem Pulverfaß'' sei für niemanden überzeugend.

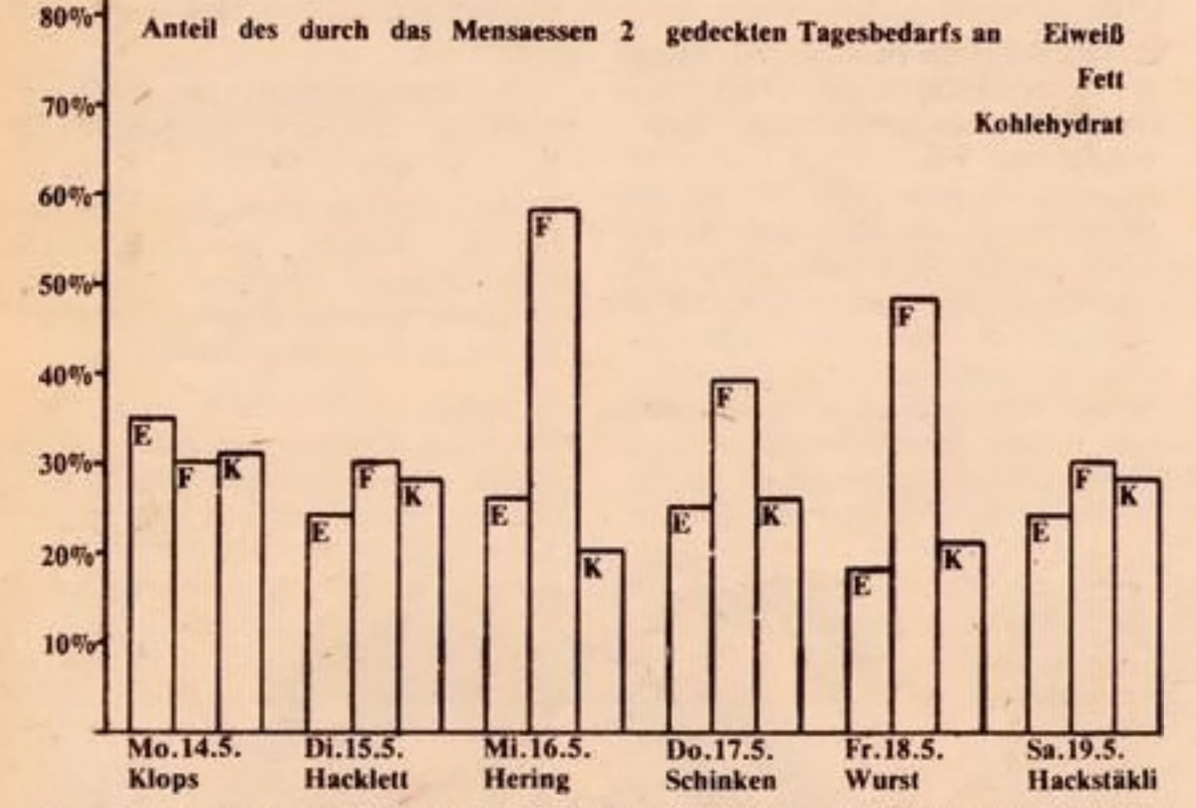
Wie soll dieses Vertrauen, natürlich Vertrauen in die Bourgeoisie, geschaffen werden? Vor zwei Monaten hat die ,,Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)'' ein ,,Jugendpolitisches Positionspapier'' veröffentlicht, in dem es heißt, die evangelische Jugend ,,... möchte junge Menschen befähigen, sich aktiv gegen Gewalt, Haß, Elend, Leid, Ausbeutung heftigen Widerspruch zum notwendigen Kampf der Arbeiterklasse, die die Ausbeuterklasse haßt und schließlich sollen ihm auch noch die Henker der Imperialisten leid tun, die im Iran von den Revolutionären hingerichtet werden, um mit der Bourgeoisie nach Menschenrechten zu rufen.

Am Ende steht nichts anderes als die Unterwerfung der Jugend der Arbeiterklasse unter die Interessen der Bourgeoisie. Diese Arbeitsgemeinschaft, der 32 Mitgliedsorganisationen angehören, repräsentiert immerhin fast eine Million Jugendliche. Dieses Konzept der evangelischen Jugendarbeit ist nichts anderes als die alte Ideologie der Versöhnung der Klassengegensätze und der Erstickung aller Elemente der Selbständigkeit der Jugend in ihrem vielfältigen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Ist die Jugend in dieser Weise ideologisch durch die kirchliche Arbeit entwaffnet, kann die Bourgeoisie sie politisch leichter niederhalten.

In recht eindrucksvoller Weise haben Norderstedter Jugendliche vor kurzer Zeit dies erfahren. Im Stadtteil Glashütte wurde die Polizei der ,,Jugendkriminalität'' nicht mehr Herr. Geschäftsleute, denen z.B. sehr häufig die Schaufensterscheiben eingeworfen wurden und die sich überhaupt durch die ,,herumlungernden Jugendlichen'' Jugendlichen Freizeiteinrichtungen bieten. ,,Wir alle'' seien an diesen Zuständen schuld. Und in Bezug auf straffällig gewordene Jugendliche: ,,Eine Bestie schlummert in jedem von uns!'' Um das Vertrauen zueinander wiederherzustellen und die Verhältnisse in Glashütte zu beruhigen, wurde eine Diskussionsveranstaltung angesetzt. Auf dem Podium saßen neben dem Pfaffen ein Vertreter der Kapitalisten und der Polizeichef von Norderstedt. Unter der Fuchtel dieser heiligen Dreieinigkeit wurde nun ein Konzept für die Jugendlichen in Glashütte ausgekocht: Verstärkte Jugendarbeit der Kirche mit an die dreißig ehrenamtlichen Helfern und statt offener Polizeieinsätze mehr Zivilstreife. Wie man hört, sollen die Geschäfte im Glashütter Einkaufszentrum wieder besser laufen, und die Kirchengemeinde rühmt sich, die Jugendlichen ,,weg von der Straße'' zu bringen.

Jede größere Kirchengemeinde betreibt Jugendarbeit. Man kann beobachten, daß kirchliche Freizeitstätten, tritt der Pfaffe nicht gar zu orthodox auf, von Jugendlichen eher aufgesucht werden als die staatlichen. Das hat seinen Grund darin, daß der kirchliche Raum freier und dem unmittelbaren staatlichen Zugriff entzogen erscheint. Der Staat weiß diese ,,Freie Trägerschaft'' zu schätzen und fördert ge-

Mensa-,,Essen'': Mangelernährung über Jahre hinweg



Das Stammessen der Hamburger Uni-Mensa entspricht vollständig den neuen ,,ernährungsphysiologischen Richtlinien'' des Studentenwerks: lediglich 30% des Tageskalorienbedarfs werden gedeckt (normalerweise soll ein Mittagessen 50% decken), die Anteile von Eiweiß und Kohlehydraten liegen im Durchschnitt sogar nur bei einem Viertel des jeweiligen Tagesbedarfs. – Da das Studentenwerk Preiserhöhungen nicht im gewünschten Umfang gegen die Studenten durchsetzen kann, will es einen Teil durch die systematische Verschlechterung der Qualität zum Kauf der teureren Gerichte zwingen.

HAW-Arbeiter kämpfen um Lohnangleichung

Für den Beginn der Woche hat der Betriebsrat Abteilungsversammlungen einberufen

b.güt. Im Kampf um die Angleichung der Löhne der Gießereiarbeiter und der Arbeiter im Schwarzbereich (Anodenherstellung) (siehe KVZ 18/79) haben die Gießereiarbeiter jetzt die nächsten Schritte unternommen. Am Dienstag – einen Tag, nachdem der Betriebsrat mit der Betriebsführung über die Lohnangleichung verhandelt hatte – haben sich 15 Arbeiter der Frühschicht beim Meister abgemeldet, um sich beim Betriebsrat über die Ergebnisse der Verhandlungen zu erkundigen. Für ½ Stunde ruhte die Arbeit in der Gießerei. Die Spätschicht hat, trotz wilder Drohungen der Abteilungsleitung, bei Schichtbeginn um 14 Uhr erstmal den Betriebsrat gerufen. Kein Arbeiter hat vor 14.30 Uhr den Pausenraum verlassen, ehe nicht der Betriebsrat über die Verhandlungen informiert hatte.

Die Betriebsführung hatte am Tag zuvor Angebote gemacht: Lohnangleichung käme im Prinzip nicht in Frage, aber über Anwesenheitsprämien oder Einarbeitung der Erschwerniszulagen in den Grundlohn könne man sprechen. Es soll sogar der Vorschlag gemacht worden sein, den Lohn der Hüttenarbeiter zu senken und dafür den Lohn der Gießereiarbeiter anzuheben.

Die Früh- und Spätschicht haben diese Überlegungen der Betriebsführung gleich zurückgewiesen und beschlossen, daß sie an der Forderung festhalten werden.

Für Anfang nächster Woche hat der Betriebsrat Abteilungsversammlungen einberufen. Dort wird die Betriebsführung ein Angebot machen müssen. Die Einheit und Entschlossenheit der Arbeiter ist groß. Sie lassen sich auch nicht durch Entlassungsdrohungen einschüchtern, sondern beraten ihre Taktik.

Die Geschäftsführung wird die Spaltung der Löhne zwischen den einzelnen Abteilungen und innerhalb der Abteilungen (in der Gießerei gibt es 35 verschiedene Löhne) hartnäckig verteidigen. Es ist ihr entscheidendes Mittel, um die Verschärfung der Ausbeutung gegen die Arbeiter durchzusetzen. In der Gießerei wurden im letzten Jahr die Einstellungslöhne um 20 Pf gesenkt und gleichzeitig der Arbeitstag ins Unerträgliche verdichtet. Bis zu 130 Stunden Mehrarbeit im Monat (in den achtstündigen Arbeitstag gepreßt) hat sie den Gießereiarbeitern abgezwungen. Einzelnen Arbeitern wurden immer wieder Lohnerhöhungen versprochen und zum Teil auch gezahlt. Insgesamt aber wurde der Lohn bei HAW gesenkt: die Treueprämie wurde gestrichen und der Fahrgeldzuschuß gekürzt.

Entscheidend können die Arbeiter die dauernden Lohnsenkungen nur im nächsten Tarifkampf stoppen. Im innerbetrieblichen Lohnkampf können dafür die Bedingungen verbessert werden, indem einige Spaltungslinien zwischen den Arbeitern beseitigt werden. Leicht ist dieser Kampf nicht, aber stellt man sich auf eine hartnäckige Auseinandersetzung ein, kann man gewinnen.

Europagedanke ist und bleibt ein konterrevolutionäres Machwerk

z.jük. Gegenwärtig soll den europäischen Arbeitern und Volksmassen der „Europagedanke" nahegebracht werden. Was hat es mit dem „Europagedanken" auf sich? Einer seiner bekanntesten Ziehväter ist der Aristokrat und k.u.k. Zögling Graf R. Coudenhove-Kalergi. Zusammen mit verschiedenen Vertretern der herrschenden Klassen Europas hat Kalergi nach dem 1. Weltkrieg die Pan(all)europabewegung und den „Europagedanken" ausgebrütet. Was hat Kalergi darunter verstanden? Der Kern des „Gedankens" war, wie auf Grundlage der neuen internationalen Kräfteverhältnisse nach dem 1. Weltkrieg eine imperialistische Allianzbildung der europäischen imperialistischen Staaten vollzogen werden kann, die es erlaubt, in Europa und auch weltweit die ökonomischen und politischen Interessen der europäischen Finanzbourgeoisie zu verteidigen. „Aus dem Mittelpunkt der Welt ist Europa in deren Peripherie gerückt", schreibt Kalergi in seinem 1923 veröffentlichten Buch „Paneuropa". „Europas Welthegemonie ist für immer gestürzt. Einst wurde es gefürchtet – heute wird es bemitleidet". Kalergi und die europäischen herrschenden Kapitalistenklassen sahen sich nach dem 1. Weltkrieg zwei Tatsachen gegenüber: der siegreichen russischen Oktoberrevolution und dem aufstrebenden amerikanischen Imperialismus. Im Übergreifen der proletarischen Revolution sahen die europäischen Bourgeois seit der Oktoberrevolution eine akute Gefahr, die durch den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion noch verstärkt wurde. Sie stellten diese Bedrohung als Bedrohung durch Rußland dar. „Wie unmittelbar die Gefahr ist, die Europa droht, ergibt sich aus der Tatsache, daß Rußland im Laufe des letzten Jahrzehnts zweimal den Versuch unternommen hat, die Hegemonie über Europa an sich zu reißen, das erste Mal durch den Weltkrieg, das zweite Mal durch die Weltrevolution." Zum einen war der Weltkrieg keineswegs dadurch bestimmt, daß nur das zaristische Rußland die Hegemonie über Europa errichten wollte, sondern das wollten alle in den 1. Weltkrieg verwickelten Mächte, zum anderen war die Frage der Weltrevolution keine Frage der Errichtung der Hegemonie Rußlands über Europa, sondern eine Frage des Kräfteverhältnisses zwischen Bourgeoisie und Proletariat in den einzelnen europäischen Ländern wie vorher schon in Rußland selber. Aber den europäischen Bourgeois erschien es klüger, statt offen der Revolution die Konterrevolution, den „Europagedanken" dem „roten Imperialismus" entgegenzustellen: „Die europäische Frage wird erst gelöst werden durch den Zusammenschluß seiner Völker. Dieser Zusammenschluß wird entweder freiwillig erfolgen durch Bildung einer Paneuropäischen Föderation oder aber gewaltsam durch eine russische Eroberung".

strebenden amerikanischen Imperialismus. Im Übergreifen der proletarischen Revolution sahen die europäischen Bourgeois seit der Oktoberrevolution eine akute Gefahr, die durch den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion noch verstärkt wurde. Sie stellten diese Bedrohung als Bedrohung durch Rußland dar. „Wie unmittelbar die Gefahr ist, die Europa droht, ergibt sich aus der Tatsache, daß Rußland im Laufe des letzten Jahrzehnts zweimal den Versuch unternommen hat, die Hegemonie über Europa an sich zu reißen, das erste Mal durch den Weltkrieg, das zweite Mal durch die Weltrevolution." Zum einen war der Weltkrieg keineswegs dadurch bestimmt, daß nur das zaristische Rußland die Hegemonie über Europa errichten wollte, sondern das wollten alle in den 1. Weltkrieg verwickelten Mächte, zum anderen war die Frage der Weltrevolution keine Frage der Errichtung der Hegemonie Rußlands über Europa, sondern eine Frage des Kräfteverhältnisses zwischen Bourgeoisie und Proletariat in den einzelnen europäischen Ländern wie vorher schon in Rußland selber. Aber den europäischen Bourgeois erschien es klüger, statt offen der Revolution die Konterrevolution, den „Europagedanken" dem „roten Imperialismus" entgegenzustellen: „Die europäische Frage wird erst gelöst werden durch den Zusammenschluß seiner Völker. Dieser Zusammenschluß wird entweder freiwillig erfolgen durch Bildung einer Paneuropäischen Föderation oder aber gewaltsam durch eine russische Eroberung".

Im weiteren diente der „Europagedanke", von Kalergi auf allerlei Kongressen verbreitet, gefördert durch verschiedene Vertreter der herrschenden Klassen Europas, zur Sicherung der Profitquellen und Konkurrenzvorteile gegenüber dem aufstrebenden Konkurrenten USA, der von seiten seiner ökonomischen und politischen Struktur her ansonsten Vorbild für die „Vereinigten Staaten von Europa" ist: „Der Gegensatz in der Entwicklung Nordamerikas und Europas nimmt zu. Amerikas Wohlstand wächst, während Europas Wohlstand sinkt." „Aus seiner herrschenden Stellung ist es in die Defensive gedrängt, militärisch bedroht von der russischen Invasion, wirtschaftlich bedroht von der amerikanischen Konkurrenz, verschuldet, zersplittert, unruhig, geschwächt, zerrissen durch nationale und soziale Kämpfe, schwer geschädigt in seiner Bevölkerungskraft und Industrie, in einem wirtschaftlichen und Währungschaos". „Europa wird den Rest des Wohlstandes einbüßen, wenn es weiter uneinig bleibt".

Entsprechend ist das Wirtschafts- und Einigungskonzept der paneuropäischen Bewegung: ein großes Völkergefängnis Europa soll errichtet werden, in dem die Arbeiter brutal ausgebeutet und die vorhandenen Kolonien bis aufs letzte ausgeplündert werden. Dabei wettert Kalergi gegen engstirnigen Nationalismus und Chauvinismus der einzelnen europäischen Staaten, um den Chauvinismus auf europäischer Basis insbesondere gegen Sowjetrußland zu züchten. Um innereuropäische Konkurrenzkämpfe und Kriege zu verhindern, soll ein „Schiedsvertrag" mit England geschlossen werden, welches so lange nicht in die „Vereinigten Staaten von Europa" eingegliedert werden sollte, wie es seine Macht auf ein überseeisches Kolonialreich gründete: „Die Gefahr des europäischen Vernichtungskrieges kann nur gebannt werden durch einen paneuropäischen Schiedsvertrag, die Gefahr der russischen Herrschaft ... durch ein paneuropäisches Defensivbündnis, die Gefahr des wirtschaftlichen Ruins ... durch eine paneuropäische Zollunion ... Diese drei Punkte enthalten im wesentlichen das paneuropäische Programm. Paneuropa umfaßt die Halbinsel zwischen Rußland, dem Atlantischen und Mittelländischen Meer, dazu Island und die Kolonien der europäischen Staaten. Die größte europäische Kolonie, die zwischen Tripolis und Kongo, Marokko und Angola halb Afrika umfaßt, könnte bei rationeller Bewirtschaftung Europa mit Rohstoffen versorgen", heißt es in einem Manifest der „Paneuropäischen Bewegung" 1924. Man sieht, um nichts anderes ging es beim „Europagedanken", als um die Niederhaltung der proletarischen Revolution in den europäischen Staaten und den Ausbau der Machtbasis des europäischen Finanzkapitals. Darum geht es heute noch. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die westeuropäischen Staaten heute nochmal mehr zurückgeblieben sind und in der SU als zweiter Supermacht einen

züchten. Um innereuropäische Konkurrenzkämpfe und Kriege zu verhindern, soll ein „Schiedsvertrag" mit England geschlossen werden, welches so lange nicht in die „Vereinigten Staaten von Europa" eingegliedert werden sollte, wie es seine Macht auf ein überseeisches Kolonialreich gründete: „Die Gefahr des europäischen Vernichtungskrieges kann nur gebannt werden durch einen paneuropäischen Schiedsvertrag, die Gefahr der russischen Herrschaft ... durch ein paneuropäisches Defensivbündnis, die Gefahr des wirtschaftlichen Ruins ... durch eine paneuropäische Zollunion ... Diese drei Punkte enthalten im wesentlichen das paneuropäische Programm. Paneuropa umfaßt die Halbinsel zwischen Rußland, dem Atlantischen und Mittelländischen Meer, dazu Island und die Kolonien der europäischen Staaten. Die größte europäische Kolonie, die zwischen Tripolis und Kongo, Marokko und Angola halb Afrika umfaßt, könnte bei rationeller Bewirtschaftung Europa mit Rohstoffen versorgen", heißt es in einem Manifest der „Paneuropäischen Bewegung" 1924. Man sieht, um nichts anderes ging es beim „Europagedanken", als um die Niederhaltung der proletarischen Revolution in den europäischen Staaten und den Ausbau der Machtbasis des europäischen Finanzkapitals. Darum geht es heute noch. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die westeuropäischen Staaten heute nochmal mehr zurückgeblieben sind und in der SU als zweiter Supermacht einen
weiteren Konkurrenten haben. Der Gedanke bleibt konterrevolutionär und reaktionär. Sein Gegenpol ist der proletarische Internationalismus der Arbeiterklasse, der sich weder auf Europa beschränkt noch sich gegenüber anderen Ländern ausspielen läßt.

Aus dem Inhalt

Kommunistische Volkszeitung Nr. 21

- Schmidts Energieprogramm: Sparen und Zahlen / Ölmonopole haben billig eingekauft / Preiserhöhungen für die Massen / Billigstrom für die Kapitalisten
- Mit ihrem Grundbesitz pressen die Bourgeois den Arbeitern große Teile des Lohns ab
- Dringliche Gesetzesvorhaben der Bundesregierung / Die SPD/FDP-Koalition will noch viel unter Dach und Fach bringen
- Deckung der Staatsschuld? Steuern, Polizei!
- 100 Arbeitsstunden in der Woche, Stundenlohn 4,85 DM / Britische Landarbeiter kämpfen gegen Agrarkapitalisten
- Fischereitag auf Norderney / Niedersächsischer Landwirtschaftsminister will Fischerei „den wirtschaftlichen Daten anpassen"
- Jusos für die Wiedervereinigung Deutschlands / Jungsozialdemokratischer Großmachtchauvinismus zur Europawahl
- Kampfmaßnahmen der Lehrer für Arbeitszeitverkürzungen / Beschlußfassungen der GEW-Vertreterversammlungen
- Neue Arbeitszeitordnung im Anmarsch / Abgeordnete regen an und fordern / Regierung läßt auftragsforschen
- Die Einheit der Patriotischen Front wird gefestigt / US-Senat fordert Aufhebung der UNO-Sanktionen durch Carter / Vance nach London
- „Meistbegünstigung" / Daran lassen die USA die Sozialimperialisten nur schnuppern
- Der Handelskrieg um den inneren Markt des Rivalen / Die Warenströme zwischen den Supermächten – Hauptmittel der Konkurrenz
- Lohnerhöhungen in französischen Stahlwerken / Rückschlag für die Rationalisierungspläne / Arbeiter kämpfen um ihre Einheit
- Frankreich: Kernenergieprogramm beschleunigt / „Warum soll Frankreich nicht in der Lage sein, mit Deutschland zu rivalisieren?"
- Die Arbeiter El Salvadors kämpfen für den Sturz der Ausbeuterherrschaft
- Der Kampf des Volkes von Ost-Timor stärkt die Befreiungskämpfe der ganzen Region
- Nach Albrechts Regierungserklärung – alles beim alten? / Bourgeoisie: Stellungnahme ausbaufähig / Lüchow-Dannenberg: Bauern besetzten Bohrmaschinenplatz

Quellenhefte zum Revolutionären Volksbildungsprogramm

08. Reihe Europäische Gemeinschaft

1957 Gründung der EWG – von Anfang an ein Verein zur imperialistischen Expansion. Die Fortsetzung der Kolonialpolitik heißt jetzt Entwicklungshilfe und Assoziierung.

Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) Vom 25. März 1957

Erster Teil. Grundsätze

Art. 1 (Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft)

Durch diesen Vertrag gründen die Hohen Vertragsparteien untereinander eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

Art. 2 (Aufgabe der Gemeinschaft)

Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung, eine größere Stabilität, eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung und engere Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern, die in dieser Gemeinschaft zusammengeschlossen sind.

Art. 3 (Tätigkeit der Gemeinschaft)

Die Tätigkeit der Gemeinschaft im Sinne des Artikels 2 umfaßt nach Maßgabe dieses Vertrages und der darin vorgesehenen Zeitfolge

a) die Abschaffung der Zölle...;
b) die Einführung eines Gemeinsamen Zolltarifs und einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber dritten Ländern;
c) die Beseitigung der Hindernisse für den freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten;
d) die Einführung einer gemeinsamen Politik auf dem Gebiet der Landwirtschaft;
e) die Einführung einer gemeinsamen Politik auf dem Gebiet des Verkehrs;
f) die Errichtung eines Systems, das den Wettbewerb innerhalb des Gemeinsamen Marktes vor Verfälschungen schützt;
g) die Anwendung von Verfahren, welche die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und die Behebung von Störungen im Gleichgewicht ihrer Zahlungsbilanzen ermöglichen;
h) die Angleichung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften...;
i) die Schaffung eines Europäischen Sozialfonds...;
j) die Errichtung einer Europäischen Investitionsbank...;
k) die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, um den Handelsverkehr zu steigern und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung durch gemeinsame Bemühungen zu fördern...;

Kapital 4. Der Kapitalverkehr

Art. 67 (Freier Kapitalverkehr)

(1) Soweit es für das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes notwendig ist, beseitigen die Mitgliedstaaten untereinander während der Übergangszeit schrittweise alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs in bezug auf Berechtigte, die in den Mitgliedstaaten ansässig sind, und heben alle Diskriminierungen auf Grund der Staatsangehörigkeit oder des Wohnorts der Parteien oder des Anlageorts auf.

(2) Die mit dem Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten zusammenhängenden laufenden Zahlungen werden bis zum Ende der ersten Stufe von allen Beschränkungen befreit...

Art. 110 (Ziele der Handelspolitik)

Durch die Schaffung einer Zollunion beabsichtigen die Mitgliedstaaten, im gemeinsamen Interesse zur harmonischen Entwicklung des Welthandels, zur schrittweisen Beseitigung der Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr und zum Abbau der Zollschranken beizutragen.

Bei der gemeinsamen Handelspolitik werden die günstigen Auswirkungen berücksichtigt, welche die Abschaffung der Zölle zwischen den Mitgliedstaaten auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen dieser Staaten haben kann...

Die Europäische Gemeinschaft – Ein Treibhaus zur Bauernvernichtung und der Entwicklung des Kapitalismus auf dem Lande

Erweiterung der EG um Portugal, Spanien und Griechenland. Bauernlegen und imperialistische Expansion zur Potenz.

Roy Jenkins, Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, am 13. Ferbruar vor dem Europäischen Parlament:

„Mit der Erweiterung wird die Bedeutung der Landwirtschaft natürlich entsprechend zunehmen. In einem Europa der Zwölf werden auf die Landwirtschaft etwa 11% der Erwerbsbevölkerung entfallen im Vergleich zu 8% in unserer derzeitigen Neunergemeinschaft. Das Paradoxon der Mittelmeerlandschaftwirtschaft ist jedoch folgendes: Wir können nicht hoffen, die Einkommen der ländlichen Familien allein oder hauptsächlich durch die Unterstützung der Landwirtschaft zu verbessern, sondern vielmehr durch die Entwicklung anderer Wirtschaftssektoren in diesen Regionen, damit es schließlich eine echte Alternative zur Arbeit auf dem Land gibt." (Programm der Kommission für 1979, Brüssel 2/79)

W. Haferkamp, EG-Kommission der BRD, „Chancen und Risiken der zweiten EG-Erweiterung", Europa-Archiv Nr. 19/77:

„Das außenpolitische Gewicht einer südlich erweiterten Gemeinschaft wird zwangsläufig zunehmen... Die Mittelmeererweiterung bietet Chancen – und in einigen Fällen die Notwendigkeit – für neue außenpolitische Verflechtungen der Gemeinschaft mit Lateinamerika, dem arabischen Raum, mit der Türkei und Jugoslawien ..."

Die Tätigkeit der Gemeinschaft im Sinne des Artikels 2 umfaßt nach Maß- lung durch gemeinsame Bemühungen zu fördern...; werbsfähigkeit der Unternehmen dieser Staaten haben kann...

Die Europäische Gemeinschaft – Ein Treibhaus zur Bauernvernichtung und der Entwicklung des Kapitalismus auf dem Lande

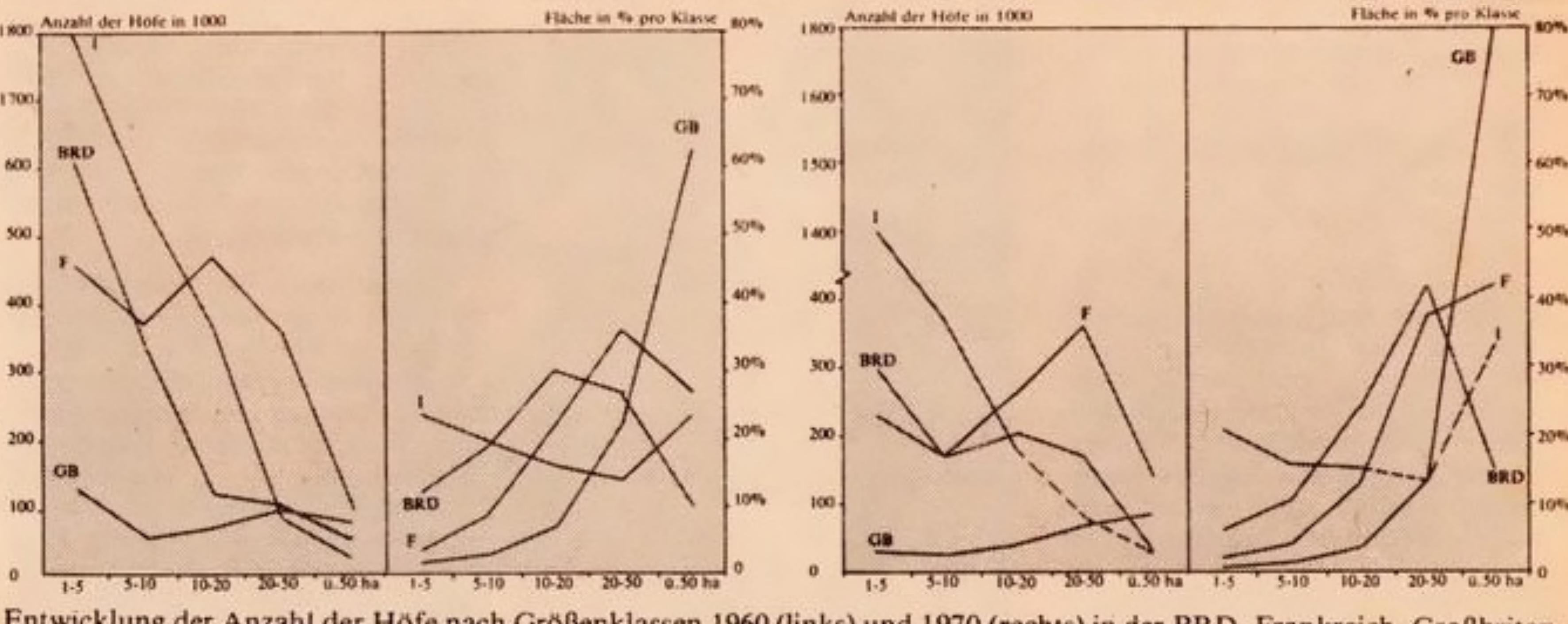
Erweiterung der EG um Portugal, Spanien und Griechenland. Bauernlegen und imperialistische Expansion zur Potenz.

Roy Jenkins, Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, am 13. Ferbruar vor dem Europäischen Parlament:

„Mit der Erweiterung wird die Bedeutung der Landwirtschaft natürlich entsprechend zunehmen. In einem Europa der Zwölf werden auf die Landwirtschaft etwa 11% der Erwerbsbevölkerung entfallen im Vergleich zu 8% in unserer derzeitigen Neunergemeinschaft. Das Paradoxon der Mittelmeerlandschaftwirtschaft ist jedoch folgendes: Wir können nicht hoffen, die Einkommen der ländlichen Familien allein oder hauptsächlich durch die Unterstützung der Landwirtschaft zu verbessern, sondern vielmehr durch die Entwicklung anderer Wirtschaftssektoren in diesen Regionen, damit es schließlich eine echte Alternative zur Arbeit auf dem Land gibt." (Programm der Kommission für 1979, Brüssel 2/79)

W. Haferkamp, EG-Kommission der BRD, „Chancen und Risiken der zweiten EG-Erweiterung", Europa-Archiv Nr. 19/77:

„Das außenpolitische Gewicht einer südlich erweiterten Gemeinschaft wird zwangsläufig zunehmen... Die Mittelmeererweiterung bietet Chancen – und in einigen Fällen die Notwendigkeit – für neue außenpolitische Verflechtungen der Gemeinschaft mit Lateinamerika, dem arabischen Raum, mit der Türkei und Jugoslawien ..."



Entwicklung der Anzahl der Höfe nach Größenklassen 1960 (links) und 1970 (rechts) in der BRD, Frankreich, Großbritannien und Italien. Prozent der landwirtschaftlichen Fläche pro Größenklasse.

„Europa der Menschen". Ein mobiler Arbeitsmarkt und ein finsteres Völkergefängnis

Im Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wird empfohlen, Lohnsenkungen zu koordinieren.

Artikel 68

2. Stellt die Hohe Behörde fest, daß ein oder mehrere Unternehmen ungewöhnlich niedrige Preise anwenden, und daß sich diese Preise aus Löhnen ergeben, die von diesen Unternehmen auf ein im Vergleich zu den Löhnen des gleichen Gebietes ungewöhnlich niedriges Niveau festgesetzt worden sind, so richtet sie an diese nach Stellungnahme des Beratenden Ausschusses die erforderlichen Empfehlungen. Sind die ungewöhnlich niedrigen Löhne eine Folge von Regierungsentscheidungen, so setzt sich die Hohe Behörde mit der beteiligten Regierung ins Benehmen, an die sie nach Stellungsnahme des Beratenden Ausschusses eine Empfehlung richten kann, wenn es zu keiner Einigung kommt.

3. Stellt die Hohe Behörde fest, daß eine Lohnsenkung zugleich eine Senkung des Lebensstandards der Arbeiterschaft zur Folge hat und als Mittel dauernder wirtschaftlicher Anpassung der Unternehmen oder des Wettbewerbs zwischen den Unternehmen angewendet wird, so richtet sie nach Stellungnahme des Beratenden Ausschusses an das beteiligte Unternehmen oder die beteiligte Regierung eine Empfehlung, um der Arbeiterschaft zu Lasten der Unternehmen Vorteile zu sichern, die diese Lohnsenkungen ausgleichen.

Diese Vorschrift findet keine Anwendung

a) auf die von einem Mitgliedstaat zur Wiederherstellung seines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts getroffenen Gesamtmaßnahmen. (...)

b) auf Lohnsenkungen, die sich aus der Anwendung der gesetzlichen oder vertraglich vereinbarten gleitenden Skala ergeben;

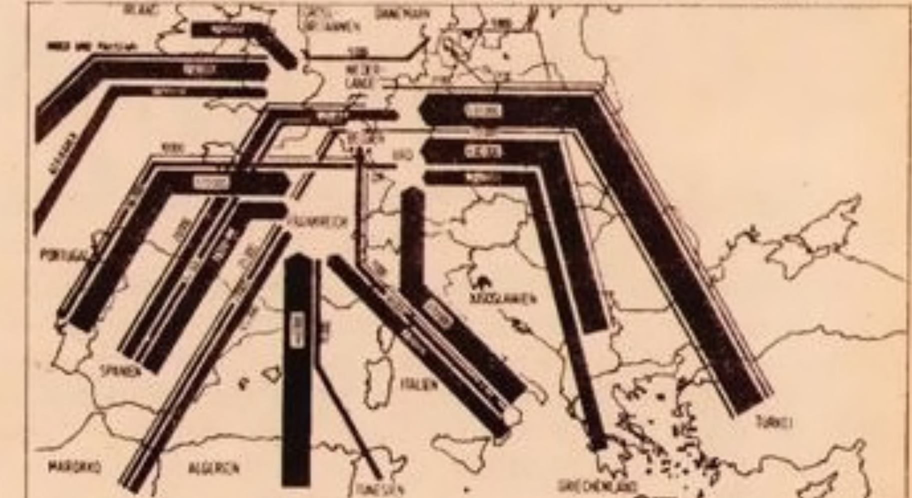
c) auf Lohnsenkungen, die durch eine Senkung der Lebenshaltungskosten hervorgerufen werden;

d) auf Lohnsenkungen, die ungewöhnliche Erhöhungen berichtigen, welche sich auf Grund außergewöhnlicher, inzwischen wirkungslos gewordener Umstände früher ergeben haben.

Artikel 50

Die Mitgliedstaaten fördern den Austausch junger Arbeitskräfte im Rahmen eines gemeinsamen Programms.

Entwicklung der Arbeitslosen der Länder der EG an der Gesamtzahl der Arbeitslosen



Wanderströme ausländischer Lohnarbeiter in den europäischen Staaten